

# Inhalt

**Eisenhower am 22. Mai 1960 – und wie ich  
zu Adolf Eichmann kam**

7

**Die Bundesrepublik im Mai 1960**

17

**Das US-amerikanisch-argentinische Atomprojekt**

23

**Eichmann bis Mai 1960**

31

**Eichmann und Standard Oil**

31

**Eichmann und die Zionisten**

36

**Das braune Exil in Argentinien**

54

**Der militärisch-industrielle Komplex in Argentinien**

69

**Das israelische Atomprogramm**

79

**Das nukleare Dreiecksgeschäft:**

**Der Geschäftsfreund**

87

**Eichmann und das Pariser Gipfeltreffen**

107

**Die Entführung Eichmanns**

118

**Teller im Mai 1960: Bombs for Peace  
und das Erdbeben in Valdivia**

126

**Eichmann, Plowshare und der  
Geschäftsfreund nach dem 23. Mai 1960**

153

**Was ist noch offen?**

194

Anmerkungen

201

Personenregister

219

## Eisenhower am 22. Mai 1960 – und wie ich zu Adolf Eichmann kam

Am 22. Mai 1960 wollte Dwight D. Eisenhower ein erholsames Wochenende verbringen. Das Gipfeltreffen der vier Siegermächte in Paris war am Montag zuvor gescheitert und der von der Sowjetunion geforderte Teststopp für Atomwaffen vom Tisch. Der US-Präsident war erleichtert, denn die Hardliner in seinem Kabinett hatten ihn unter Druck gesetzt, allen voran das Pentagon und die US Atomic Energy Commission (AEC). Die Militärs wollten unbedingt ihre neue Atomwaffe testen, und die AEC suchte nach einer Hintertür. Sie behauptete, künftig Atombomben für friedliche Zwecke einsetzen zu wollen, etwa beim Bau von Kanälen und Häfen. Ihre Parole hieß: Bombs for Peace, Bomben für den Frieden.

Weltweit warnten Ärzte und Wissenschaftler vor den Folgen des radioaktiven Niederschlags, des Fallouts. Um die Öffentlichkeit zu beruhigen, hatte das Weiße Haus anderthalb Jahre zuvor in Genf Abrüstungsverhandlungen aufgenommen und, gemeinsam mit dem Kreml, ein »freiwilliges« Moratorium verkündet. Es sah weder Sanktionen vor, noch war es zu kontrollieren: Angesichts weniger seismischer Kontrollstationen waren kleinere Atomexplosionen nicht auszumachen, und es war kaum zu unterscheiden, welche Erdbewegungen auf natürliche Ursachen und welche auf Sprengungen zurückgingen. Außerdem war in dem Moratorium nur vom eigenen Staatsgebiet die Rede, nicht von fernen Ländern.

An diesem Sonntag betrat der US-Präsident um 8.28 Uhr die Presbyterian Church in Gettysburg, Pennsylvania. Nach der Messe ging es zurück auf seine Farm. Dort traf um 15.37 Uhr Major Richard Streiff ein und überbrachte die neuesten Nachrichten.<sup>1</sup> Am Vortag war Südchile von mehreren Erdstößen erschüttert worden, mit Werten über sieben Einheiten auf der Richter-Skala. Und an diesem Sonntag hatte knapp anderthalb Stunden zuvor ein noch gewalti-

geres Erdbeben den Andenstaat mit einer Stärke von 9,5 erschüttert – das mächtigste Erdbeben, das jemals gemessen wurde. Eine Naturkatastrophe? Oder ein Unfall – ausgelöst von einer unterirdischen Atomexplosion? Von jener nuklearen Wunderwaffe des Atomphysikers Edward Teller, die das Pentagon gerade heimlich am Südzipfel des Kontinents testete?

Würden Eisenhowers Generäle dafür verantwortlich gemacht werden, dass in Südamerika jetzt die Erdkruste aufplatzte, sich Berge verschoben und Inseln verschwanden? Der US-Präsident hatte am 15. Mai – also zur selben Zeit, als er selbst in Paris landete, um auf dem Gipfeltreffen vollmundig von Abrüstung zu sprechen – seinen obersten Atomwaffen-Entwickler mit mehreren Atomwaffenträgern nach Argentinien geschickt. Dort war er vom Präsidenten empfangen worden, der ihm Glück gewünscht hatte. Über den Besuch wurde in der Zeitung berichtet und im Senat diskutiert. Die argentinische Kriegsmarine war an den Versuchen beteiligt.

Würde Eisenhower am folgenden Tag des Wortbruchs, der Irreführung und der Verantwortungslosigkeit beschuldigt werden? Würde die Weltöffentlichkeit ihn und seine Hardliner für die Katastrophe in Chile zur Rechenschaft ziehen? Südchile ist dünn besiedelt, es starben nach einer Studie der United States Geological Survey »lediglich« 1665 Menschen, aber der Tsunami zerstörte die Küsten Kaliforniens, Hawaiis und der Philippinen und machte zwei Millionen Menschen obdachlos. Wie konnte die Weltöffentlichkeit abgelenkt werden?

Wann genau der US-Präsident von dem Erdbeben erfuhr, ist ein Staatsgeheimnis. Die Akten der Presidential Library in Kansas erwähnen die Katastrophe erst eine Woche später, im Zusammenhang mit der humanitären Hilfe an Chile. Und meine Anträge, die noch geheimen Dokumente offenzulegen, lehnen das Pentagon und das U.S. Department of Energy bis heute ab.

Daher kann nur gemutmaßt werden, ob sich Eisenhower im ersten Moment der Panik daran erinnerte, dass vor wenigen Tagen in Argentinien ein ehemaliger SS-Mann dingfest gemacht und nach Israel geschafft worden war. Präsident David Ben Gurion hatte ihn gar nicht haben wollen. Er verhandelte mit Konrad Adenauer über eine Milliardenspende für sein Atomprogramm. Der deutsche Bundeskanzler wollte damit einen Schlusstrich unter die Verbrechen des Nationalsozialismus ziehen und Prozesse gegen deutsche Kriegsver-

brecher im Ausland vermeiden. Am Morgen des 23. Mai wusste Ben Gurion noch nicht, was er mit seinem Gefangenen anstellen sollte, ohne die Beziehungen zu Adenauer zu belasten. Sicher ist, dass am 23. Mai um 16 Uhr Ortszeit Ben Gurion überraschend vor die Knesset trat und verkündete, man habe den Kriegsverbrecher Adolf Eichmann verhaftet und werde ihn vor Gericht stellen. Da war es in Washington neun Uhr morgens und Eisenhower auf dem Weg ins Weiße Haus.

Auf jeden Fall füllten nicht das Erdbeben in Chile und die US-Atomexplosionen in Patagonien die Titelseiten der Weltpresse, sondern die sensationelle »Entführung« von Adolf Eichmann. Eine gigantische Desinformationskampagne nahm ihren Lauf.

Auf das Projekt Bombs for Peace, das Project Plowshare (Pflugschar), bin ich durch Zufall bei meiner Recherche zu Adolf Eichmann und seinem letzten Arbeitgeber, Mercedes-Benz Argentina (MBA), gestoßen. Bei anderen Kriegsverbrechern haben zumindest die westlichen Geheimdienste inzwischen zugegeben, wer nach 1945 auf ihrer Payroll gestanden hat. Der Ryan-Report etwa berichtete über die Zusammenarbeit der CIA mit dem nach Bolivien geflüchteten Klaus Barbie,<sup>2</sup> dem »Schlächter von Lyon«, der auch für den BND tätig war, wie die Behörde in Pullach einräumte.<sup>3</sup> Auch vom Mossad weiß man, dass er – ebenso wie der BND – Walter Rauff, den Erfinder der fahrbaren Gaskammern, für sich arbeiten ließ.<sup>4</sup> Nur zu Eichmann bleiben die Archive geschlossen, die der CIA, des KGB, des Mossad, der argentinischen Geheimdienste und die des BND noch teilweise – über meine Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig ist nicht endgültig entschieden. Doch was unterscheidet den Fall Eichmann von denen anderer Kriegsverbrecher? Meine Recherchen zu seiner Person waren irgendwann in eine Sackgasse geraten. Und eine Frage ließ mich nicht los: Eichmann wurde am 11. Mai 1960 in Buenos Aires ergriffen und tauchte erst am 23. Mai in Israel auf. Was ist in diesen zwölf Tagen geschehen?

Ich tat das, womit alle Journalisten beginnen: Ich las die zeitgenössische Presse. Was war zwischen dem 11. und dem 23. Mai 1960 in der Welt passiert? Ich stieß auf drei wichtige Ereignisse: Das Gipfeltreffen in Paris am 16. Mai, auf dem die Großmächte unter anderem über Abrüstung und den Atomtest-Stopp verhandeln wollten, das große

Erdbeben am 22. Mai in Chile und eben die Eichmann-Entführung, bekanntgegeben einen Tag später.

Drei Ereignisse, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben: ein Treffen der Staatschefs in Frankreich, eine Naturkatastrophe in Chile und die Entführung eines NS-Kriegsverbrechers nach Israel.

Ich begann, in den Archiven zu suchen: Um die Akten des Bundesnachrichtendienstes, des BND, einsehen zu können, musste ich vor Gericht ziehen.<sup>5</sup> Inzwischen habe ich wenigstens einen Teil erhalten. Darin steht, dass das Nazi-Exil in Argentinien von den Nachrichtendiensten aus Ost und West infiltriert war. So meldete der BND unter Berufung auf den Oberkommandierenden der argentinischen Armee, dass Eichmann als »Doppelagent« für Israel und Deutschland gearbeitet haben soll.<sup>6</sup> Und »französische Kreise« wollten danach erfahren haben, dass sogar Kontakte zum »sowjetischen Nachrichtendienst« bestanden hätten.<sup>7</sup> Eichmanns Kameraden lieferten der CIA und dem BND regelmäßige Rapporte. Ich merkte, dass der Fall Eichmann weniger mit seinen Verbrechen während des Nationalsozialismus zu tun hatte, sondern vielmehr Teil des Kalten Krieges war. Ebenso wenig – um es vorsichtig auszudrücken – wie sich die Großmächte während des Zweiten Weltkrieges um die Rettung der europäischen Juden bemüht hatten, wollten in der Nachkriegszeit die Geheimdienste die Verantwortlichen des Holocausts verfolgen, um sie vor Gericht zu stellen. Die Kampagnen der DDR gegen Adenauers Minister Hans Globke und Theodor Oberländer blieben Einzelfälle. Im Allgemeinen diente die Sammelwut von Informationen über Altnazis bei der Gegenseite eher dem Zweck der Erpressung.

Historisch fundiert aufgearbeitet ist Eichmanns Tätigkeit während des Nationalsozialismus: als »Judenexperte« im Reichssicherheitshauptamt, als Leiter der Wiener »Zentralstelle für Auswanderung« und als effizienter Erfüller des Vernichtungsplans gegen die ungarischen Juden. Seine Tätigkeit während dieses Zeitraums braucht an dieser Stelle nur skizziert zu werden, da sie an anderer Stelle bereits detailliert dargelegt wurde.<sup>8</sup>

In diesem Buch geht es um das, worüber nicht oder selten berichtet wird, um Tabus, und um gezielte Desinformation. Sie erklärt die bis heute währende Geheimhaltung, der gleichzeitig eine wahre Bücherflut gegenübersteht. Denn über kaum einen Nationalsozialisten

wurde so viel veröffentlicht wie über Adolf Eichmann. In den letzten Jahren entstand sogar eine Kampagne, die Eichmann die zentrale Verantwortung für die Ermordung von sechs Millionen Juden zuweisen will, wie die 2011 erschienene Arbeit »Eichmann vor Jerusalem« von Bettina Stangneth – von der Bildzeitung hoch gelobt.

Was die Eichmann-Operation angeht, haben Journalisten und Historiker das, was der Geheimdienst in die Welt posaunt, ungeprüft übernommen – als hätten sie nie etwas von Desinformations- und PR-Kampagnen gehört. Sie von der Wahrheit zu trennen, sollte ihr täglich Brot sein. Denn jedes Kind weiß, dass Lügen und Fälschen zur Grundausrüstung des Spitzelwesens gehören – überall auf der Welt. Und plötzlich hängt sich der Mossad ein Gerechtigkeitsmäntelchen um? Doch in den Redaktionen blieben die Alarmsirenen stumm.

Die Eichmann-Biografie des Briten David Cesarani ist solide, hat aber leider die Behauptungen des Mossad nicht hinterfragt. Der Autor von »Hunting Eichmann«, der US-Journalist Neal Bascomb, reiste mit großem Spesenbudget quer durch Europa, Israel und Nord- und Südamerika, um Informationen zu sammeln. Seine lobenden Worte über die angebliche Heldentat des Mossad sind an jedem Flughafenkiosk zu haben.<sup>9</sup>

Selbst als ich erfolgreich den BND auf Freigabe seiner Eichmann-Akten verklagt hatte und auf die Übergabe des Materials wartete, strahlte zur besten Sendezeit und trotz meiner Einwände der Norddeutsche Rundfunk sein teuer produziertes Dokudrama »Eichmanns Ende – Liebe, Verrat, Tod« aus, eine Coproduktion mit dem israelischen Fernsehen.<sup>10</sup> Die deutsche Presse lobte diese zum Teil frei erfundene Story, die auf manipuliertem Material beruhte, nämlich auf dem Sassen-Interview. In dem Film wird behauptet, Silvia Hermann, die Tochter des jüdischen Emigranten Lothar Hermann, habe ein Liebesverhältnis mit Klaus Eichmann gehabt. Diese Romanze habe in Olivos, einem Vorort von Buenos Aires, stattgefunden, wo viele Deutsche lebten. »Diese Geschichte ist frei erfunden, meine Tante wird als Nazi-Liebchen denunziert«, so Liliana Hermann, die Nichte, »sie soll dazu dienen, den Namen der Familie Hermann in den Schmutz zu ziehen.«<sup>11</sup>

Allerdings ist das Dokudrama ein exzellentes Beispiel, wie mediale Seilschaften funktionieren. Der NDR engagierte für sein Machwerk Bettina Stangneth, Autorin von »Eichmann vor Jerusalem«, als »wis-

senschaftliche Fachberaterin«. <sup>12</sup> Stangneth stellt Eichmann als »diabolischen Täter«, »Satan in Menschengestalt«, »Caligula«, »Großinquisitor« oder »erbarmungslose Bestie« dar <sup>13</sup> – eine Art Einzeltäter des Holocausts –, so als habe er bei der Wannsee-Konferenz nicht das Protokoll geführt, sondern Entscheidungen getroffen. Ihr wichtigstes Beweisstück sind die unvollständigen Interviews Eichmanns mit Willem Sassen, den sie als »charmant« und »sprachbegabt« darstellt. Sie vergisst, seine beiden Verurteilungen als Nazi-Kriegsverbrecher und seine Zuträgerdienste für die US-Botschaft in Buenos Aires zu erwähnen. <sup>14</sup> Sie erwähnt zwar, dass es der Mossad-Chef Isser Harel war, der die angebliche Liebesgeschichte zwischen Klaus Eichmann und Silvia Hermann als Erster in die Welt gesetzt hat, »denn Nazis und Sex geht immer«. <sup>15</sup> Aber dann lobt sie den NDR für seine »hervorragende Recherche« in Argentinien und breitet auf vielen Seiten erneut die Liebesgeschichte aus.

Nun kann man keinem Journalisten den Vorwurf machen, dass er Gerüchten nachgeht, auch nicht einem Gerücht aus der Geheimdienstküche. Im Gegenteil. Beide Familien haben in der Zeitgeschichte eine wichtige Rolle gespielt, da ist auch Privates zum Verständnis der Umstände wichtig. Es war Lothar Hermann, ein ehemaliger KZ-Häftling, der 1957 dem Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer den Wohnort Eichmanns, seines Nachbarn, mitgeteilt hatte. Wäre zwischen seiner Tochter und dem Sohn des Massenmörders eine heftige Liebe entbrannt – wäre das eine Nachricht wert. Doch die Filmemacher hatten für Harels Gerücht weder Zeugen noch Beweise gefunden – und setzten die Lovestory trotzdem in die Welt. Bei Stangneth liest sich das so: »Eine Freundin erinnert sich, dass Silvia den fünf Jahre älteren Klaus in der Schule kennengelernt, sich in ihn verliebt und ein Foto von ihm aufgehoben habe. [...] Es gibt [...] viele, die angeben, es gesehen zu haben, weil es sogar bei den Hermanns an der Wand gehangen haben soll.« <sup>16</sup> Aber wer diese »viele« sind, verrät sie nicht. Und die Aussagen der im Auftrag des NDR interviewten Zeitzeugen, die diese Liebesbeziehung für »Unsinn« halten, werden unterschlagen. <sup>17</sup>

Silvia ist 1941 geboren, und die Hermanns zogen Ende 1955 aus dem Vorort Olivos weg in das 500 Kilometer entfernte Coronel Suárez, da war Silvia gerade 14 Jahre alt. Silvias Nichte, die heute 40-jährige Lilliana Hermann, ist empört über das einer jüdischen Antifaschistin

angedichtete Liebesverhältnis. Sie beschwert sich bei Stangneth über diese beleidigende Darstellung in ihrem Buch und in dem NDR-Film. Stangneth heuchelt Verständnis. Aber: »Ich habe das Drehbuch nicht geschrieben, ich war wissenschaftliche Beraterin. Ein Berater ist wie ein Arzt. Er kann seine Meinung äußern und eine Diät empfehlen. Aber er hat keine Macht, seine Patienten zu zwingen, seine Empfehlungen zu befolgen.«<sup>18</sup> Liliana Hermann akzeptiert diese Erklärung nicht und fordert eine schriftliche Bestätigung, dass sie, die wissenschaftliche Beraterin, den NDR darauf hingewiesen hat, dass die zentrale Aussage des »Doku-Dramas« frei erfunden sei und vom Mossad-Chef stamme. Sie will den Hamburger Sender zu einer Entschuldigung bewegen. Doch Stangneth bleibt dieses Schreiben schuldig und schweigt. Im Oktober 2011 erhält sie den »NDR Kultur Sachbuchpreis 2011«, dotiert mit 15 000 Euro.

Dass Eichmann zuletzt bei Mercedes-Benz Argentina tätig war, erwähnen nur wenige, fast schamvoll, am Rande. Mehr wollten die Journalisten nicht wissen – etwa, warum die Firma 1955 beim Putsch gegen Perón beschlagnahmt wurde und jahrelang unter Zwangsverwaltung stand. Die Journalisten hätten gar nicht nach den Unterlagen der Untersuchungskommission suchen müssen, die ich Jahrzehnte später fand.<sup>19</sup> Es hätte gereicht, die zeitgenössische Presse zu lesen, die auf den Titelseiten über die Beschlagnahmung, die Verhaftung des Firmenchefs und seiner Manager, die folgende Untersuchungskommission und die Gerichtsurteile berichtet hatte, in dem von »Korruption« im großen Stil und von einer »monströsen Organisation« (»monstruosa organización«) gesprochen wurde.<sup>20</sup>

Mercedes-Benz Argentina war die wohl wichtigste Geldwäsche-Unternehmung der deutschen Industrie, um das während des Zweiten Weltkrieges geraubte Kapital in den Kreislauf der Nachkriegswirtschaft zu pumpen. Auch andere deutsche Großkonzerne wuschen über Daimlers Argentinien-Connection ihr Nazigold.

Gar nicht wurde recherchiert, was zum Verstehen der Ereignisse notwendig ist: wie Argentinien, Israel und die junge Bundesrepublik bei der Nuklear-Technologie zusammengearbeitet haben. Und schließlich gibt es ein weiteres Tabu: Eichmanns Zusammenarbeit mit den zionistischen Verbänden während und nach der Nazi-Zeit.

Bereits während des Prozesses waren kritische Stimmen laut geworden. Die aus New York angereiste Philosophin Hannah Arendt,

Autorin des Buches »Eichmann in Jerusalem«<sup>21</sup>, prägte nicht nur den Begriff der »Banalität des Bösen«, sondern setzte sich mit der jüdischen Kollaboration und dem Zionismus auseinander – was man ihr in Israel bis heute übelnimmt.

Eichmann, so heißt es, sei der einzige Kriegsverbrecher gewesen, den seine Opfer gerichtet haben. Das ist richtig. Unterschlagen wird dabei, dass sie ihn offensichtlich gleich zweimal für dieselbe Sache belangt haben: einmal öffentlich 1961 und – wie ich den Akten des BND entnehmen konnte – zuvor nicht-öffentlich in einem anderen Verfahren.<sup>22</sup>

Kaum ein anderes Ereignis hat die internationale Diskussion über Ethik, Moral und Gerechtigkeit so beeinflusst wie das Jerusalemer Strafverfahren gegen Adolf Eichmann nach dessen angeblicher Entführung aus Buenos Aires durch den israelischen Geheimdienst im Mai 1960. Der Prozess beherrschte monatelang die Schlagzeilen der Weltpresse. Endlich sollte Gerechtigkeit geschehen, und der Cheforganisator des Mordes an den europäischen Juden bestraft werden. Das Verfahren wurde als Meilenstein in der Diskussion über Menschenrechte gefeiert. Heute wissen zumindest die Interessierten, dass die Darstellung des Mossad gelogen und der Prozess manipuliert worden ist.

Die Auseinandersetzung über Ethik und Schuld ist unverzichtbar. Aber sie muss auf der historischen Wahrheit basieren und nicht auf dem, was die Geheimdienste vorsezen und hochbezahlte Publizisten nachbeten. Muss alles neu geschrieben werden? Nicht alles, aber einiges. Nämlich die Geschichte vom Mai 1960.

In den fünfziger und sechziger Jahren war in der israelischen Öffentlichkeit das Kapitel NS-Kriegsverbrecher kaum präsent. Die Regierung war an guten Beziehungen zur westlichen Welt interessiert und machte mit der Bundesrepublik Waffengeschäfte. An den ehemaligen NS-Juristen, -Beamten und -Militärs in den Bonner Regierungsstuben nahm Ministerpräsident David Ben Gurion keinen Anstoß. Und in der Diaspora wie in Argentinien führten die jüdischen Flüchtlinge mit ihren Nachbarn mit brauner Vergangenheit eine Art friedliche Koexistenz. Man traf sich beim deutschen Bäcker oder im Konzert, die Vergangenheit war tabu, man fragte besser gar nicht.

Erst ab Anfang der siebziger Jahre wird die israelische Regierung stolz auf den Kampf für Gerechtigkeit sein – einen Kampf, den es nie

gegeben hat. Für Ben Gurion hatte die Sicherheit des Staates Israel oberste Priorität, und er glaubte, sie sei von der Atombombe abhängig. Ihr wurde alles andere untergeordnet, die Moral sowieso.

Ab 1975 beschrieben mehrere Mossad-Agenten in Büchern und Filmen »die fünfzehn Jahre dauernde unermüdliche Jagd nach Eichmann«. <sup>23</sup> Am 11. Mai 1960 wollen sie ihn vor seiner Haustür in Buenos Aires entführt, ihn dort zehn Tage gefangen gehalten und am 22. Mai nach Israel geflogen haben. Und lange Zeit ging die Rechnung auf, der Mossad sonnte sich in dem Image eines gerechtigkeits-suchenden Geheimdienstes.

Doch seine Geschichte, so hübsch sie klingt, kann nicht wahr sein. Nach heute bekannten Dokumenten entpuppt sie sich als eine konstruierte Legende. CIA, BND und die Nachrichtendienste des Ostblocks wussten seit langem, wo Eichmann war, und was er und seine Nazi-Kameraden trieben. Jemand anderes als der Mossad hat bei der Festsetzung Eichmanns in Buenos Aires die Regie geführt und ihn der israelischen Regierung aufgezwungen. Die verhandelte gerade mit Konrad Adenauer über Know-how für die Atomtechnologie und einen sehr hohen Geldbetrag, um den geheimen Atomreaktor in der Negev-Wüste – Dimona – zu finanzieren. Da kam die »Entführung« in Buenos Aires äußerst ungelegen.

Am Ende sorgte die israelische Regierung dafür, dass Eichmann vor Gericht schwieg: über Hans Globke, Kommentator der Nürnberger Rassengesetze und Adenauers Staatssekretär, über die deutsch-israelisch-argentinische nukleare Zusammenarbeit und über die Rolle der Nazis im Kalten Krieg. Adenauer zahlte im Gegenzug für »Entwicklungsprojekte«, sprich: die israelische Atombombe. Die Dokumente habe ich in diversen Archiven gefunden, in den USA, Deutschland und in Südamerika.

Ich arbeite seit Mitte der achtziger Jahre als Auslandskorrespondentin, zuerst aus Montevideo und dann aus Buenos Aires. Im August 1999 habe ich die Menschenrechtsverletzungen während der argentinischen Militärdiktatur in den siebziger Jahren recherchiert und erfuhr von 14 Betriebsräten der Firma Mercedes-Benz Argentinien, die damals ermordet wurden. Manager haben mit den Militärs Hand in Hand gearbeitet. Der schwäbische Autobauer hatte den Folterkammern Brutkästen »gespendet«, und wohl nicht zufällig tauchten in den Familien der Chefs Babys auf, die sicher oder vermutlich

ermordeten Regimegegnern geraubt worden sind.<sup>24</sup> Ich begann, mich für diese Firma näher zu interessieren.

Daimler-Benz hatte über seinen Strohmann Jorge Antonio, rechte Hand von Präsident Juan Domingo Perón, 1951 Mercedes-Benz Argentina gegründet. Ab Ende der vierziger Jahre hatten tausende Nazis Unterschlupf in Argentinien gefunden. Sie kamen bei den Niederlassungen der deutschen Firmen unter, die dort ihr während des Dritten Reiches in der Schweiz gebunkertes Kapital als Exportvergütung in den Kreislauf der Nachkriegswirtschaft leiteten. Mercedes-Benz Argentina war ein Nazi-Nest. Ab 1959 arbeitete dort Adolf Eichmann, gegen den zu diesem Zeitpunkt schon ein deutscher Haftbefehl vorlag. Welche Fähigkeiten MBA zur Einstellung bewegt haben, hat das Unternehmen bis heute nicht verraten. Das Arbeitsverhältnis endete am 12. Mai 1960, als ihn Mercedes-Direktor William Mosetti bei der Sozialversicherung abmeldete. Am 12. Mai wussten nur wenige, dass Eichmann nicht an seinen Arbeitsplatz zurückkehren würde.

## Die Bundesrepublik im Mai 1960

Frühlingsstimmung herrscht im Regierungsviertel am Rhein, die Krokusse strecken ihre Köpfe aus dem Boden. Das dunkle Kapitel des Tausendjährigen Reiches soll endlich Teil der Vergangenheit werden. Die Bevölkerung sitzt am Nierentisch vor dem Fernseher, das Auto parkt vor dem Gartentor. Das Wirtschaftswunder macht die Verdrängung leicht.

Dank internationaler Verträge sind für die Strafverfolgung von deutschen Kriegsverbrechern die deutschen Gerichte zuständig, und die machen wenig Anstalten, die Amtsstuben zu durchforsten. Dort sitzen dieselben »erprobten« Juristen, die im Dritten Reich treu ihren Dienst versehen hatten.

Auf internationalem Parkett darf der junge Bonner Staat wieder mitreden. Die Konzentrationslager sind vor fünfzehn Jahren geschlossen worden, und weder in Paris noch in Washington sind sie ein Thema – der Kalte Krieg beherrscht das Tagesgeschehen in der Politik. Mit dem ebenfalls jungen Staat Israel hat man zwar noch keine offiziellen diplomatischen Beziehungen, aber das Wiedergutmachungsabkommen von 1952 hat das Verhältnis deutlich entspannt. Mit Ministerpräsident David Ben Gurion hatte sich Adenauer erst im März in New York getroffen und eine weitreichende Zusammenarbeit verabredet.

Aus Argentinien erwartet Adenauer keine Überraschungen. Dort, am anderen Ende der Welt, träumen Widersacher von rechts von ihrem geliebten »Führer« – den nicht wenige auf einer entlegenen Estancia in Patagonien vermuten – und von einem Deutschland in den Grenzen von 1934, einige sogar von den Grenzen von 1939 oder noch später. Das Freikorps Deutschland und die Bruderschaft beschimpfen die Regierung in Bonn als Verräter und US-Knechte. Ihre Anhänger in Deutschland werden vom Verfassungsschutz überwacht, die Sozialistische Reichspartei ist seit 1952 verboten – der Große Bru-

der in Washington will keine neue NSDAP oder eine nationalistische Partei. Das braune Exil ist für Adenauer schon lange nicht mehr ein Fundus für Amtsträger in Wartestellung, sondern eine peinliche Last. Trotzdem alimentieren Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz den einen oder anderen für Rapporte. Man will auf Nummer Sicher gehen, man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, wenn diese Leute wieder vor der Haustür stehen.

Noch in diesem Jahr verjähren die während des Dritten Reiches begangenen Straftaten wie Totschlag und Beihilfe zum Mord, und in fünf Jahren, 1965, auch Mord. Spätestens dann wollen die Nazis in die Bundesrepublik zurückkehren, Ansprüche einfordern und sich in das politische Geschehen einmischen. Doch bis dahin wird noch viel Wasser den Rhein herunterfließen.

Die Rechnung der Nazis, dass sie von den Vertretern deutscher Konzerne tatkräftig unterstützt werden – so wie nach dem Ersten Weltkrieg und dem Versailler Vertrag –, ist nicht aufgegangen. Fünfzehn Jahre nach Kriegsende hat die deutsche Großindustrie ihre expansionistischen Träume an den Nagel gehängt und auf eine andere Option gesetzt. Der wirtschaftliche Wiederaufbau steht auf der Tagesordnung, man segelt im Windschatten der USA. Die deutschen Konzerne wollen die Europäische Wirtschaftsintegration und das Nordatlantische Bündnis.

Das während des Dritten Reiches geraubte Kapital ist, mehr oder weniger erfolgreich, über argentinische Dreiecksgeschäfte in den Kreislauf der Nachkriegswirtschaft gepumpt worden. Sogar das wichtigste Geldwäscheunternehmen, Mercedes-Benz Argentina, wird nach jahrelanger Zwangsverwaltung vermutlich in den nächsten Wochen endgültig legalisiert. Man ist sich mit dem argentinischen Präsidenten Arturo Frondizi einig geworden. Für Mitte des Jahres ist sein Besuch in Bonn geplant – bis dahin wird das Problem Mercedes-Benz vom Tisch sein. Neue, vielversprechende Investitionen stehen an, Frondizi hat sich bei den deutschen Industriekapitänen angemeldet, bei Ferrostahl, das an einem Hochofen in Argentinien beteiligt ist. Die Rohstoffzufuhr muss gesichert werden.

Am 16. Mai werden sich in Paris die vier Siegermächte treffen, und die Deutschen reisen ebenfalls an. Nikita Chruschtschow hat Wahlen in einem entmilitarisierten und entnazifizierten Gesamtdeutschland vorgeschlagen, Berlin solle eine »freie Stadt« werden, alle frem-

den Truppen sollen deutschen Boden verlassen. Doch die Westmächte nehmen dem Kremlchef nicht ab, dass er es mit der Abrüstung ernst meint. Er wolle, fürchten sie, den sowjetischen Einfluss in Europa ausweiten.

Das Pentagon lehnt sämtliche sowjetischen Vorschläge ab, hat es in internen Gesprächen klargestellt, nicht nur ein entmilitarisiertes Gesamtdeutschland, sondern auch die Abrüstung und vor allem den Atomtest-Stopp.<sup>25</sup> Auch Präsident Eisenhower will kein entmilitarisiertes Deutschland. Doch wie er die sowjetischen Vorschläge bei dem kommenden Gipfeltreffen in Paris vom Tisch fegen will, hat er Adenauer nicht verraten. Denn die Weltöffentlichkeit ist wegen des radioaktiven Niederschlags alarmiert und fordert die Verlängerung des Moratoriums.

Der Bundeskanzler weiß, dass das Weiße Haus die Bundesrepublik braucht, als nicht-souveränen Staat, dem man Befehle erteilen und auf dessen Territorium man Atomwaffen stationieren kann. Dafür soll Washington zahlen und die Sicherheit Westberlins garantieren, gibt Adenauer seinem Amtskollegen zu verstehen. Doch der führt Krieg in Asien und will die Kosten des US-Engagements in Europa verringern.

Eisenhower und Adenauer verbindet ein ausgeprägter Antikommunismus. Und der ist tragfähig. Doch Ende des Jahres wird in den Vereinigten Staaten gewählt, und der Herausforderer der Demokraten, der junge John F. Kennedy, hat im Wahlkampf zu verstehen gegeben, den sowjetischen Vorschlägen gegenüber offen zu sein.

Die Welt ist im Umbruch. Wollen das State Department und seine westlichen Verbündeten ihre Vormachtstellung halten, müssen sie sich auf die veränderte Lage einstellen. In Afrika werden die französischen Kolonien unabhängig, in Asien toben Befreiungskriege, und selbst im traditionellen Hinterhof der USA, in Lateinamerika, stehen die Zeichen auf Aufruhr. In Kuba haben im vergangenen Jahr Fidel Castro und Che Guevara den langjährigen US-freundlichen Diktator vertrieben und drohen nun, sich dem sowjetischen Lager zuzuwenden. Sogar die bürgerlichen Regierungen gehen im Subkontinent neue Wege und wollen sich nicht mehr in das Ost-West-Schema einordnen lassen.

Im Nahen Osten ist die Situation nach der Sueskrise unübersichtlich geworden, der Einfluss des Westens schwindet. Das State De-

partment braucht neue Stellvertreter in den Regionen, und im Nahen Osten scheint Israel der einzige zuverlässige Partner im Kalten Krieg zu sein. Die Stellung des jungen Staates muss aufgewertet werden. Wird das ohne eine atomare Bewaffnung des Heiligen Landes gehen?

Seit vier Jahren besitzt Adenauer einen »richtigen« Nachrichtendienst, hervorgegangen aus der improvisierten Organisation Gehlen: den Bundesnachrichtendienst unter Leitung von Reinhard Gehlen, einst General der Wehrmacht. Koordiniert und beaufsichtigt wird er von Staatssekretär Hans Globke, dem wohl mächtigsten Mann der Republik. Der BND unterhält inzwischen enge Kontakte zu seinen israelischen Kollegen und setzt nicht nur, wie noch bis vor kurzem, auf arabische Dienste. Der Mossad liefert zuverlässige Informationen aus der Region.

Dass im BND fast ausnahmslos frühere SS- und Gestapoleute ihren Dienst versehen, daran stören sich weder Adenauer noch der Verbündete auf der anderen Seite des Atlantiks. CIA-Chef Allen Dulles wiegt sich in dem Glauben, dass die Bonner Regierung damit erpressbar sei. Dass er nicht der einzige Erpresser ist, wird Dulles erst später merken.

Innenpolitisch hat Adenauer sein Feld bestellt. Die Kommunistische Partei ist seit 1956 verboten, ihre Kader sind in die Illegalität gedrängt, etliche sitzen im Gefängnis. Die Sozialdemokraten sind lästig, aber man unterhält regelmäßige Konsultationen. Willy Brandt will man auffordern, endlich diese unschöne Affäre um den Berliner Rechtsanwalt zu beenden, diesen undankbaren Max Merten. Der war im vergangenen Jahr in Athen als Kriegsverbrecher verurteilt worden, und das Auswärtige Amt hatte größte Mühe und lockende Kreditversprechen aufbringen müssen, um den Mann nach zwei Jahren Haft herauszubekommen. Doch statt Ruhe zu geben, stänkert der Mann herum. Gehlen glaubt, dass er vielleicht nicht nur von der SPD, sondern auch von der »Sowjetischen Besatzungszone«, wie die DDR genannt wird, angestachelt wird. So soll Merten Staatssekretär Globke jetzt beschuldigt haben, 1943 die Rettung der griechischen Juden verhindert zu haben. Wird da noch etwas nachkommen?

Globke ist wie sein Dienstherr katholisch und stramm antikommunistisch. Während der NS-Zeit hatte er den wichtigen Kommentar zu den Nürnberger Rassengesetzen verfasst, den juristischen Rahmen

für die Judenverfolgung. Als Ministerialrat im Reichsinnenministerium hatte er dafür gesorgt, dass diese Gesetze gegen die Juden und ihre Besitztümer im In- wie Ausland durchgesetzt wurden. Und es war seine Initiative gewesen, die Pässe der Juden mit einem »J«-Stempel und mit den Vornamen Sara und Israel zu versehen, damit die Schweizer Grenzbeamten sie herausfischen und ins Reich zurückschicken konnten.<sup>26</sup>

Die Amerikaner stören sich nicht an Leuten wie Globke, auch nicht, als aus Ostberlin die Kampagne gegen ihn anläuft. Globke verteidigt die US-Militärdoktrin sowie die deutsche Mitgliedschaft in der NATO vehement und lehnt den Vorschlag des sowjetischen Staatschefs – Wahlen in einem neutralen Gesamtdeutschland – strikt ab. Das State Department braucht die Bundesrepublik als Bollwerk gegen den Kommunismus.

Dass die SPD die Aussagen von Merten gegen Globke politisch ausschalten wird – damit rechnet Adenauer. Dass der Fall jedoch vor Gericht landen würde, hält er vor dem 23. Mai 1960 nicht für möglich. Es winkt ja bald die Gnade der Verjährung. Von »Völkermord« oder »crimes against humanity«, die nicht verjähren, redet niemand. Seine Parole heißt: »Keine Experimente.« Durch schieres Aussitzen will er das Problem Merten lösen.

Da schlägt am Nachmittag des 23. Mai die Meldung von der Entführung Eichmanns wie eine Bombe ein. Vor den überraschten Abgeordneten der Knesset gibt Ben Gurion bekannt, dass sich der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in israelischer Haft befinde und man ihn wegen seiner Verbrechen am jüdischen Volk vor Gericht stellen werde. Jubel bricht aus in Israel.

Der BND fällt aus allen Wolken, Adenauer und Globke toben. Saßen sie nicht noch im März 1960 in New York friedlich mit Ben Gurion zusammen? Und dann das! Was würde Eichmann zu seiner Verteidigung vorbringen? Würde er sich als Befehlsempfänger darstellen und die Hauptschuld auf Leute wie Globke schieben? Warum hat Ben Gurion das in New York vereinbart, die geheime Finanzierung des israelischen Atomprogramms, einseitig aufgekündigt? Warum hat er sie nicht wenigstens vorgewarnt? Was, um Himmels willen, ist nur geschehen?

Die Sensation von der Entführung des deutschen Kriegsverbrechers aus Argentinien verdrängt eine andere Nachricht, die sonst die

Titelseiten der Weltpresse belegt hätte: die Katastrophe in Südchile. Schon das Vorbeben am 21. Mai ist sehr heftig, aber was am folgenden Tag passiert, hat die Menschheit noch nicht erlebt. Um 15.11 Uhr bricht in Chile die Erde auf, 14.11 Uhr Ortszeit in Washington D. C. – da ist es in Israel schon Nacht.

Dass unmittelbar vor dem Beben US-Militärs unterirdische Atomspaltungen in Südargentinien durchführten – davon wusste Adenauer nichts. Erst sechs Monate später wird der deutsche Botschafter den Ort der Detonationen inspizieren. Am 23. Mai jedoch ist der Bundeskanzler wütend, weil er unvorbereitet von Eichmanns Entführung hört. Das Erdbeben am Südpazifik ist weit weg.

Ausgerechnet Eichmann! Das ist doch dieser Kerl, den Merten im Zusammenhang mit der Deportation der griechischen Juden nach Auschwitz genannt hat!<sup>27</sup> Ein potenzieller Kronzeuge gegen Adenauers Staatssekretär Hans Globke also! Und nicht nur das. Vor kurzem hatte sich die CIA beim BND nach Eichmanns Aufenthalt erkundigt – war der Mann vielleicht ein KGB-Agent? Einer, der im Herzen des militärisch-industriellen Komplexes von Daimler-Benz in Argentinien arbeitet! Eine Katastrophe.

Wenige Tage nach Eichmanns Auftauchen in Israel leitet der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, Sozialdemokrat, ein Ermittlungsverfahren gegen Globke ein. So unterbricht er die Verjährung, die wenige Tage später eingetreten wäre. Ist da eine Verschwörung gegen Adenauers rechte Hand im Gang?

## Das US-amerikanisch-argentinische Atomprojekt

Am 8. Dezember 1953 hatte US-Präsident Eisenhower in der Generalversammlung der Vereinten Nationen sein Atoms-for-Peace-Programm vorgestellt, Atome für den Frieden. Er bot allen Mitgliedsstaaten die Atomtechnologie an, aber nur für eine friedliche Nutzung, für Atomkraftwerke und für medizinische Zwecke. Eine neue UN-Behörde sowie die USA selbst sollten darüber wachen, dass das gelieferte angereicherte Uran nicht für militärische Zwecke verwendet würde.

Diese Kontrollen, die Safeguards, empfanden viele Regierungen als demütigend, denn die Atombombe schien gleichbedeutend mit Macht. So dachte man nicht nur in Tel Aviv und Kairo, sondern auch in Buenos Aires.

Mit Argentinien unterzeichneten die USA schon im Juli 1955 einen bilateralen Vertrag, der fünf Jahre gültig sein sollte.<sup>28</sup> In Artikel II versprechen die USA, der Comisión Nacional de Energía Atómica, CNEA, sechs Kilo angereichertes Uran zu liefern, für »friedliche Zwecke« und gebunden an regelmäßige Kontrollen.<sup>29</sup> Dieser Vertrag lief im Juli 1960 aus und musste verlängert werden. Aber die Argentinier wollten sich nicht auf »friedliche Zwecke« beschränken lassen und lavierten. Sie empfanden diese Kontrollen als Schmach, nicht als eine Behandlung auf gleicher Augenhöhe.

Saßen sie nicht mit dem Pentagon in einem Boot, seit im Februar 1960, bei dem Besuch von Präsident Eisenhower, eine militärische Zusammenarbeit und eine US-Militärpräsenz verabredet worden war? Man erlaubte ihm sogar, über und unter argentinischem Territorium Atomversuche durchzuführen, die dem Pentagon im eigenen Land wegen des Teststopp-Moratoriums verboten waren.

Eisenhower wollte sein Atomwaffen-Monopol verteidigen. Aus seiner Sicht war es schlimm genug, dass die Sowjetunion über die Kernwaffe verfügte. Weitere Staaten sollten auf keinen Fall hinzukommen.

Und in diesem Punkt war man sich sogar mit der UdSSR einig geworden. Am 24. November 1959 hatte Präsident Eisenhower den Chef der sowjetischen Atombehörde, Wassili Emiljanow, ins Weiße Haus eingeladen. Bei der langen Unterredung war der Chef der US-Atombehörde, John McCone, anwesend.<sup>30</sup>

Die Stimmung war bestens, man hatte dem Mann aus der Kälte zuvor elf US-Einrichtungen gezeigt, damit er sich ein eigenes Bild über das amerikanische Atomprogramm verschaffen konnte. Emiljanow drückte seine Dankbarkeit aus, indem er Eisenhower für das kommende Jahr einlud.<sup>31</sup> Der US-Präsident sollte nukleare Forschungseinrichtungen besichtigen, in Moskau, Dubna und Obninsk. McCone bat ihn, die gerade erst ins Leben gerufene Wiener Atomenergie-Kontrollbehörde zu stärken.<sup>32</sup> Das Weiße Haus wollte zu diesem Zeitpunkt – 1959 – keine Atomwaffen im Nahen Osten und sah es mit Sorge, dass die Regierung in Kairo mit der UdSSR einen Vertrag über atomare Kooperation abgeschlossen hatte und nun auf Konkretisierung drängte.

Wie Ägypten wollte sich auch Argentinien schon seit den Zeiten Peróns die militärische Option offenhalten. In Buenos Aires war 1958 die US-freundliche Militärdiktatur abgetreten, und die Wahlen gewann der als links geltende Arturo Frondizi von der Radikalen Bürgerunion (UCR). Er hatte zuvor ein geheimes Abkommen mit Perón abgeschlossen, der ins Exil gedrängt worden war. Um seine Wählerstimmen zu erhalten, hatte ihm Frondizi versprochen, eine Lösung für den immer noch beschlagnahmten Komplex Mercedes-Benz Argentinien zu finden, damit Jorge Antonio ausbezahlt und Perón wieder flüssig werden konnte. Vor allem aber versprach er, das argentinische Erdöl nicht dem ausländischen Kapital überlassen zu wollen.

Schon bald nach seinem Wahlsieg änderte Frondizi seinen Kurs und stützte sich zunehmend auf seine Generäle. Und die wollten sich – so ergeben sie den USA im Kalten Krieg waren – bei der Atomtechnologie nicht auf »friedliche Zwecke« festlegen lassen. Vor allem die Marine verfolgte eigene Träume von der atomaren Option, einer Zukunftstechnologie, wie sie meinte. Sie erfand, wie zuvor das Pentagon, eine »zivile Anwendung der Atomexplosionen«.<sup>33</sup>

Heute klingt dies absurd, aber damals war es in aller Munde. Auch die UdSSR hatte ein solches Programm, »Nuklearexplosionen für die Nationalökonomie«. Im November 1949, zwei Monate nach

der ersten sowjetischen Atomexplosion, hatte der sowjetische UN-Vertreter Andrei Wyschinski verkündet: »Die UdSSR nutzt die Atomenergie nicht, um Atomwaffen anzuhäufen, sondern für die eigene Nationalökonomie: Wir werden Berge wegsprengen, Flussläufe verändern und Wüsten bewässern.«<sup>34</sup> Das tat sie auch – was im Kalten Krieg ausreichend war, um die Aufrüstung der westlichen Seite zu legitimieren.

Die Argentinier übernahmen diese vollmundigen Pläne und wollten ebenfalls mit Atomsprengstoff den »Lauf der Flüsse« verändern und Kanäle bauen. So hofften sie, Kontrollen zu entgehen. Woher sie den Atomsprengstoff nehmen wollten, verrieten sie nicht, denn offiziell besaßen sie kein nukleares Waffenmaterial. Auf jeden Fall verzögerten sie die Ratifizierung der Verlängerung des Vertrags mit den USA über die Genehmigung der Safeguards, der seit September 1959 unterschriftsreif vorlag. Die Argentinier stellten sich stur, und die Eisenhower-Administration nahm dies hin. Denn sie brauchte Argentinien für ihr Project Plowshare.

Dieses Projekt war im Juli 1957 entwickelt worden, es wurde auch Bombs for Peace genannt, in Anlehnung an Eisenhowers Atoms-for-Peace-Kampagne. Plowshare heißt Pflugschar, das Messer des Pfluges, das sich tief in die Erde gräbt. Mit dem pazifistischen, biblischen Konzept »Schwerter zu Pflugscharen« hatte das Vorhaben nichts gemein. Es ging um die zivile Anwendung der Atomsprengkraft, um ein drohendes Verbot der Waffentests zu umgehen.

Bis Ende 1958 hatten die drei Atommächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion 210 Atomtests unternommen.<sup>35</sup> Die Winde verteilten die radioaktiven Teilchen, den Fallout, um den Globus, Ärzte warnten vor Gesundheitsschäden und der Verseuchung ganzer Landstriche. US-Präsident Dwight Eisenhower und seine Republikanische Partei standen unter dem Druck der Öffentlichkeit, vor allem, nachdem die Sowjetunion einen Test-Stopp vorgeschlagen hatte. Davon wollten AEC und Pentagon nichts wissen. Sie hatten im September 1957 ihre erste vollständig unterirdische Nuklearexplosion – »Rainier« – durchgeführt, die keinen sichtbaren Atompilz und keinen Fallout verursachte und von Unbeteiligten nicht festgestellt werden konnte. Man wusste zwar, dass Sprengungen unter der Erdoberfläche Erdbewegungen hervorrufen, aber die waren mangels ausreichender Seismografen nicht festzustellen.

Auch die europäischen Verbündeten sorgten sich um die Folgen der Atomtestversuche. So heißt es u. a. in einem späteren Vermerk des deutschen Außenamtes, dass in »ausgedehnten Landstrichen Lapplands eine beängstigend hohe Radioaktivität, verursacht durch Atomspaltungen, herrsche«. Und weiter: »Die Verseuchung sei nicht, wie man erwarten möchte, durch sowjetische, sondern durch amerikanische Atomspaltungen verursacht.«<sup>36</sup>

Am 31. Oktober 1958 trafen sich die Großen Drei erstmals zu Atomversuchsstopp-Gesprächen in Genf. Nur widerwillig nahmen die Amerikaner am Verhandlungstisch Platz, denn die Hardliner in Eisenhowers Kabinett wollten mit allen Mitteln ein Abkommen verhindern, da die USA, so notierte das AA, 1958 gerade mit für sie wichtigen Atomtests beschäftigt gewesen seien und ein Teststopp ihnen deshalb technisch denkbar unangelegen käme. Nur angesichts des psychologischen Drucks hätten sich die Vereinigten Staaten dann zu einem zeitlich begrenzten, unilateralen Beitritt zum Testmoratorium entschlossen.<sup>37</sup>

Doch das Moratorium von 1958 änderte nichts an der grundsätzlichen Einstellung der Amerikaner. In Vorbereitung der weiteren Verhandlungen setzten sie auf taktische Winkelzüge. Innerhalb der NATO war Eisenhower mit seiner ablehnenden Haltung zusehends isoliert. Die deutsche Botschaft in Paris berichtete im März 1960 von einem Gespräch mit dem französischen Außenminister Maurice Couve de Murville: »Couve glaubt aber nicht, dass die Amerikaner wirklich an einem Abkommen interessiert sind. Das Pentagon sei eindeutig gegen ein solches Abkommen eingestellt. Durch das Einschwenken der Sowjets auf den amerikanischen Vorschlag der unterirdischen Versuche seien die Amerikaner im Augenblick in eine gewisse Schwierigkeit geraten. Harold Macmillan [der britische Premierminister – gw] wünscht aber ein solches Abkommen.«<sup>38</sup>

Die Atomenergiekommission AEC und das Pentagon wiegelten ab, die Gesundheitsschäden des Fallout seien nicht nachzuweisen, Strahlungen kämen auch in der Natur vor und »jede Strahlung habe irgendeinen Effekt auf lebendes Gewebe«.<sup>39</sup> Sie fürchteten um ihren technologischen Fortschritt bei der Waffenentwicklung. Doch sie konnten nicht verhindern, dass Eisenhower und Nikita Chruschtschow Ende 1958 ein Testmoratorium besiegelten. Es war freiwillig und ohne Kontrollen und hatte den Nachteil, dass – so das AA unter

Berufung auf eine Pressemitteilung von Eisenhowers Science Advisory Committee – »Studien und neue Daten ergeben haben, dass es schwieriger ist, Untergrundexplosionen zu identifizieren als vormals angenommen.«<sup>40</sup>

»Die Vereinigten Staaten«, glaubte das AA und verwies auf einen Artikel in der *New York Times*, »würden das vorgeschlagene Moratorium einhalten, wären jedoch besorgt, dass es die Sowjetunion im Geheimen verletzen könnte.«<sup>41</sup> Dass die US-Regierung hingegen selbst das Testmoratorium verletzen und heimlich unterirdisch oder in großer Höhe Sprengsätze zünden würde, das konnten oder wollten sich die Bonner Diplomaten nicht vorstellen. Als sie kurze Zeit später erfuhren, dass genau dies eingetroffen war, schwiegen sie.

So heißt es in einem vertraulichen Vermerk: »Die erst unlängst bekannt gewordenen Kernwaffenversuche, die im Herbst vergangenen Jahres von der amerikanischen Atom-Energie-Behörde über dem Südatlantik in einigen 100 Kilometern Höhe durchgeführt wurden, waren offenbar allen bisherigen Beobachtungsmitteln entgangen. Von amerikanischer Seite wurde dadurch der praktische Beweis erbracht, dass das Kontrollsystem, auf das sich im Sommer vergangenen Jahres die wissenschaftlichen Experten der Atomkräfte geeinigt hatten, dem heutigen Stand der Kernwaffentechnik nicht mehr entspricht.«<sup>42</sup>

Wann genau diese heimlichen Stratosphären-Versuche vonstatten gegangen und wie sie bekannt geworden waren, steht in dem Vermerk nicht. Der Vermerk ist vom 22. April 1959. Danach hätten diese Tests im Herbst 1958 stattgefunden, kurz vor der Vereinbarung des Testmoratoriums. Im August und September 1958 hatten – das ist bekannt – das Pentagon und die AEC im Rahmen der »Operation Argus« über Südafrika in großer Höhe Atomsprengsätze gezündet. Die »task force« – so feierte die *New York Times* ein halbes Jahr später – sei über Brasilien in die USA zurückgekehrt.<sup>43</sup> Doch in der argentinischen Presse heißt es, dass die US-Luftwaffe auch 1959 von argentinischem Territorium aus »wissenschaftliche Stratosphärenversuche« unternommen hatte.<sup>44</sup> Die fehlen in der offiziellen Statistik.

Eisenhower beauftragte seinen Wissenschaftsrat damit, herauszufinden, wie man Untergrundexplosionen, die keinen sichtbaren Atompilz hinterlassen, feststellen kann. Man wusste, dass unterirdi-

sche Sprengungen Erdbewegungen bewirken. Aber wie sollten diese von »normalen« Erdbeben unterschieden werden? Antwort des Wissenschaftsrates: »Diese Tests [in Nevada – gw] und neue Daten haben ergeben, dass unterirdische Sprengungen schwieriger zu identifizieren sind, als vormalig angenommen.«<sup>45</sup>

Auch die deutsche Botschaft in Washington war über die Schwierigkeiten bei der Unterscheidung zwischen unterirdischen Sprengungen und normalen Erdbewegungen unterrichtet. Sie drahtete nach Deutschland, dass Untergrundversuche und Erdbeben in Zickzacklinien festgehalten würden. Bei Explosionen werde der erste Ausschlag des Seismografen als Druckwelle verzeichnet, bei Erdbeben hielten einige Mess-Stationen den Ausschlag als Druckwelle, andere als Unterdruck fest. Um diesen Unterschied belegen zu können, bräuchte man ein »verhältnismäßig dichtes Netz von Kontrollstationen«, um die seismischen Bewegungen aufzuzeichnen und miteinander vergleichen zu können.<sup>46</sup> Dieses Netz gab es damals nicht.

Ab Oktober 1958 verabredeten die Atommächte – USA, Großbritannien und die Sowjetunion – ein Testmoratorium bis zum Abschluss der Genfer Abrüstungsgespräche.

Das ganze Jahr 1959 verging mit Verhandlungen. Im April schlugen die Amerikaner vor, Atomversuche auf unterirdische und auf Stratosphärenversuche in über 50 Kilometern Höhe zu beschränken. »Die neuen, westlichen Vorschläge hätten die vom Pentagon erwünschte Weiterentwicklung kleinster taktischer Atomwaffen durch unterirdische Versuche oder Versuche in sehr großer Höhe ermöglicht.«<sup>47</sup> Die Sowjetunion lehnte dies ab, Versuche in großer Höhe verseuchten ebenfalls die Atmosphäre.<sup>48</sup> Dann stritt man sich über Inspektionsreisen vor Ort, was die Russen ablehnten, weil sie Spionage befürchteten. Im Frühjahr 1960 wollten die Briten dann nach Rücksprache mit der US-Regierung der Sowjetunion ein Verbot aller nuklearen Waffenversuche, ob in der Atmosphäre, unter Wasser oder unterirdisch, vorschlagen, die eine Stärke von 4,75 Einheiten auf der Richterskala überschritten.<sup>49</sup> Weitere Verhandlungen folgten.

Über fünfzig Jahre lang hielt die US-Regierung ein Dokument über ein Gespräch von Präsident Eisenhower mit Außenminister Christian Herter, CIA-Chef Dulles, Vize-Verteidigungsminister Donald Quarles und John McCone geheim. Sie hatten am Morgen des 5. Mai 1959 über die mögliche Einstellung der Atomtests gespro-

chen. McCone erklärte der Runde, welche Möglichkeiten der Überprüfung eines solchen Teststopps bestünden, vor allem was unterirdische Atomexplosionen angeht, nämlich fast keine. McCone »warnte, dass unter der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Technik« solche Zündungen nicht erfasst werden könnten.<sup>50</sup> Er empfahl ein »Zwei-Phasen-Programm«. Quarles stimmte den Ausführungen McCones diesbezüglich zu, meinte aber, dass das Verteidigungsministerium auf der Fortführung der Verhandlungen mit der Sowjetunion beharre, da ein Erfolg dieser Verhandlung so weit entfernt sei, dass keine große Gefahr für ein Übereinkommen bestehe (»no serious risk was involved«).<sup>51</sup>

In diesem Gespräch äußerte sich Eisenhower »besorgt« über die in der ganzen Welt wie im eigenen Land »wachsende Furcht bezüglich radioaktiven Fallouts«.<sup>52</sup> Er forderte eine bessere Überprüfung, ob die Gegenseite unterirdische Test durchführe, zusätzliche Stationen und Seismografen seien dazu erforderlich.<sup>53</sup> Falls die Verhandlungen mit der Sowjetunion, wie erwartet, scheiterten, sollte sein Land bereit sein, so Eisenhower, auch einseitig einen Teststopp zu erklären – allerdings nur für Atomzündungen in der Atmosphäre.<sup>54</sup> Nicht für unterirdische Explosionen, die nicht nachzuweisen seien, weil sie keine sichtbaren Konsequenzen wie den Atompilz hinterlassen.

AEC-Chef McCone war innerhalb des Kabinetts Fürsprecher des militärisch-industriellen Komplexes und zog gegen die Einstellung aller Atomtests zu Felde. In seinen Augen würde ein Moratorium den technologischen Vorsprung der USA bremsen. Er entwickelte Plowshare, die Atomsprengkraft für zivile Zwecke. Schließlich wollte auf sie, argumentierte McCone, auch die UdSSR nicht verzichten.

Plowshare wurde in der Abteilung Division of Military Application des Lawrence Livermore National Laboratory angesiedelt.<sup>55</sup> Das Labor ist an die Universität in Berkeley angegliedert. Öffentlich gab die AEC am 6. Juni 1958 die Gründung des Pflugschar-Programms bekannt. So wie die Bibel alle Schwerter in Pflugscharen verwandeln wollte, wollte man nun Atombomben einem friedlichen Zweck zuführen – Bombs for Peace. Die geistigen Väter von Plowshare waren die Physiker Edward Teller und Herbert York.

Die US-Militärs waren nicht die einzigen, die mit Atombomben Gräben ausheben und Öl fördern wollten. Die Argentinier verfügten zwar nicht über eine eigene Atombombe, waren aber von der Idee der

»zivilen Nutzung« angetan, sagt Roberto Ornstein, damals Offizier bei der argentinischen Kriegsmarine und später hoher Beamter bei der Atomkommission: »Man dachte, man könnte sehr kleine, kontrollierte Explosionen durchführen, natürlich unterirdisch.«<sup>56</sup> Von den Gefahren der Nukleartests sei damals, in seinen Kreisen, wenig bekannt gewesen.

Einen Kanal in Mittelamerika mit normalem Sprengstoff auszuheben, wäre »sehr schwierig gewesen, ein enormer Arbeitsaufwand und hätte Jahre in Anspruch genommen«, so Ornstein. »Alle Länder, die die Atomtechnologie beherrschten, unternahmen einen Versuch, ihre gewaltige Sprengkraft für das zivile Bauwesen einzusetzen. Zumindest studierten sie diese Möglichkeit. Auch die Internationale Atomenergiebehörde unterhielt bis in die achtziger Jahre eine Abteilung für die zivile Anwendung von Atomexplosionen für das Ingenieurwesen.«<sup>57</sup>

Project Plowshare gelangte nie zur industriellen Anwendung. Doch es wurde, offiziellen Angaben zufolge, intensiv getestet. Der erste offizielle Test mit nuklearem Sprengmaterial im Rahmen von Plowshare soll 1961 in New Mexico stattgefunden haben, gefolgt von den Experimenten in Nevada, insgesamt 27 Atomtests. Ende 1975 wurde das Programm stillschweigend zu den Akten gelegt.<sup>58</sup>

Aber war der Test von 1961 in New Mexico wirklich der erste Test des Bombs-for-Peace-Programms? Oder hatte es an einem anderen Ort einen heimlichen Testversuch gegeben? Tatsache ist, dass am selben Tag, an dem Eisenhower in Paris landete, um auf dem Gipfeltreffen über Abrüstung und Teststopps zu verhandeln, sein Chefentwickler für Atomwaffen in Argentinien eintraf, zusammen mit Physikern und Marines, wie der militärische Geheimdienst Argentinien bemerkte: »Am kommenden Sonntag Nachmittag [15. Mai – gw] wird in Ezeiza eine Kommission von US-Wissenschaftlern ankommen, geleitet von Dr. Herbert F. York, Forschungs- und Entwicklungsdirektor des US-Verteidigungsministeriums. Sie ist vom Kriegs-Sekretariat eingeladen worden. Während ihres Aufenthalts wird sie verschiedene wissenschaftliche Forschungsinstitute besuchen und mit der Führung des Kriegs-Sekretariats Gespräche über die Möglichkeit eines wissenschaftlichen Austausches der beiden Armeen führen.«<sup>59</sup>

## Eichmann bis Mai 1960

Wo sich Eichmann an diesem 15. Mai 1960 befand, ist nicht bekannt. Sein Arbeitgeber, Mercedes-Benz, hatte ihn zu diesem Zeitpunkt bereits von der Sozialversicherung abgemeldet. Mercedes-Direktor war William Mosetti, ein Mann von Standard Oil. Aus dem Schoß dieser Firma war auch Eichmann gekommen.

## Eichmann und Standard Oil

Adolf Eichmann wurde in Solingen geboren und wuchs in Linz auf. 1928 bekam er eine vielversprechende Anstellung bei der Vacuum Oil Company, die zum Rockefeller-Imperium gehörte. Er wurde großzügig bezahlt und machte sich mit gelegentlichen Zuwendungen bei seinen braunen Freunden in Linz beliebt.

Die russische Revolution hatte für die US-Großindustrie neue Horizonte eröffnet, um in der Alten Welt die Verteilung der Rohstoffe neu zu ordnen. Die Sowjetunion hatte die europäischen Vorbesitzer der Erdölquellen im Kaukasus enteignet – was, obwohl dies durch den Klassenfeind geschehen war, durchaus den Interessen Rockefellers entsprach. In seiner Logik konnte nur ein kapitalistischer Besitzer wirklicher Besitzer dieses Reichtums sein, und somit warteten die Ölfelder von Baku förmlich auf einen neuen Besitzer. Und das wollte Rockefeller sein. Ihm war klar, dass die Sowjets sie nicht freiwillig hergeben würden. Und dass die U.S. Army für seine Pläne Krieg führen würde, war ausgeschlossen, damals. Also musste jemand anders für Standard Oil die Ölfelder erobern.

Die russische Oktoberrevolution hatte die Welt neu geordnet. Bis 1917 hatten die Europäer das Weltgeschehen bestimmt, nun wollten die USA mitmischen, an der Spitze stand John D. Rockefeller, der

1870 Standard Oil gegründet hatte. 1879 übernahm er die Vacuum Company und viele andere und erlangte schließlich eine Monopolstellung, die der US-Regierung die Bedingungen diktieren wollte. Nach einem Urteil des Supreme Courts wurde der Trust 1911 zerlegt, das Imperium zerfiel in Einzelunternehmen, SOCONY (Standard Oil of New York), Standard Oil of New Jersey, Vacuum Oil usw. Aber die Rockefellers zogen weiter die Fäden.

Die US-Großindustrie unterhielt seit Ende des Ersten Weltkrieges enge Verbindungen zur deutschen Großindustrie und hatte bis zum Zeitpunkt der US-Kriegserklärung gegen Hitlerdeutschland 475 Millionen Dollar in das Deutsche Reich investiert, allein Standard Oil of New Jersey 120 Millionen.<sup>60</sup> Das NS-Regime tastete diese Anlagen auch nach dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbor und dem US-Kriegseintritt nicht an, nicht nur, weil sie, wie etwa Ford, in Deutschland Kriegsgeräte für die Front produzierten, sondern auch, weil der SD-Chef und oberste Vorgesetzte Eichmanns, SS-Brigadeführer Walter Schellenberg, bei der US-Holding International Telephone and Telegraph (ITT) einen hochdotierten Direktorenposten innehatte und ein ansehnliches Aktienpaket hielt.<sup>61</sup> Schellenberg wurde nach 1945 in Nürnberg zu sechs Jahren Haft als Kriegsverbrecher verurteilt, aber vorzeitig entlassen.

Die Interessen der US-Erdölindustrie deckten sich mit denen der Deutschen Bank. Nach dem Ersten Weltkrieg waren deren Anteile an der Türkischen Petroleum Gesellschaft als »Feindvermögen« beschlagnahmt und den Franzosen übergeben worden. Die Bank verlor damit die Rechte auf die Bodenschätze beiderseits der Bagdad-Bahn. Jahrelang klagte sie erfolglos, bis sie einsah, dass sie an der juristischen Front nicht weiterkam und auf eine andere Front umsatteln musste. Sie suchte und fand Verbündete in der amerikanischen Erdölindustrie. Ein neuer Weltkrieg schien unvermeidbar, um alte Positionen wiederzulang, plante das deutsche Finanzkapital. Die Deutschen hatten den Ersten Weltkrieg auch wegen Treibstoffmangels verloren, vor einem künftigen Angriff müsste also die Brennstoffversorgung sichergestellt werden.

1927 gründeten Standard Oil und die IG Farben das Unternehmen »Standard IG Farben« mit Sitz in den USA.<sup>62</sup> Präsident wurde der texanische Ölhändler William Stamps Farish II. Standard überließ der IG Farben die weltweiten Rechte für die Verflüssigung von

Kohle zu Öl. Im Gegenzug erteilte der deutsche Konzern den Amerikanern das Patent für die Herstellung von Buna, synthetischem Gummi. Während die europäischen Großmächte ein Erstarken der deutschen Industrie verhindern wollten, schlossen die USA mit der Weimarer Republik Handelsverträge ab.

Die Regierung in Washington wollte, im Gegensatz zu den europäischen Großmächten Frankreich und Großbritannien, keine schwache Weimarer Republik. Der US-Kongress ratifizierte nie den Versailler Vertrag, und deutsche Staatsanleihen fanden in den zwanziger Jahren reißenden Absatz in den USA. Die Bank W.A. Harriman & Co., geleitet von Averell Harriman, dem späteren Gouverneur von New York, gründete dafür die Union Banking Corporation, ihr erster Präsident wurde George Herbert Walker. Die Union Banking Corporation, 1943 wegen »Geschäften mit dem Feind« aufgelöst, war hochprofitabel und verkaufte für über 50 Millionen Dollar Deutsche Staatsanleihen. 1926 ernannte George Walker seinen Schwiegersohn Prescott Bush, Großvater von George W. und Vizepräsident von Harriman and Co., zum Obersten Chef der Union Banking, 1929 kaufte Harriman die Dresser Industries, einen Zulieferer der Erdölindustrie, Prescott Bush wurde sein Finanzchef.

Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 erteilte Rockefeller dem texanischen Ölmanager William Stamps Farish II. weitgehende Vollmachten für künftige Investitionen in Deutschland. Farish zog nach New York und nahm enge Beziehungen zu Hermann Schmitz auf, Chef des Chemie-Imperiums IG Farben. Farish ließ die Standard-Oil-Tanker mit Parteigenossen besetzen und ernannte Emil Helfferich, Chef der Hamburg-Amerika-Linie im Besitz von Harriman-Walker-Bush, zum Chef aller Standard-Oil-Niederlassungen im Deutschen Reich. Und Helfferich hatte beste Beziehungen zu Heinrich Himmler.

Wie bei den künftigen Eroberungen Risiken und Profite aufgeteilt werden sollten, verrät ein Aktenvermerk der Deutschen aus dem Jahr 1935: »Es wurde außerdem mitgeteilt, dass die D.P. AG [Deutsche Petroleum AG – gw] in Baden Konzessionen für Erdölbohrungen erworben hat, und dass sie diese [...] sowie andere ölhöfliche Gebiete mit Staatszuschuss erbohren will, und dass sie an den auf sie entfallenden halben Bohrkosten noch die Royal Dutch Shell und die Vacuum Oil Co. unterbeteiligen will, und zwar gegen Beteiligung an

den evtl. entfallenden Ölen, so dass sich ihr Risiko hieraus außerordentlich verringert, allerdings auch der Gewinn bei Fündigwerden stark schmälert.«<sup>63</sup>

Auch mit Beginn des Zweiten Weltkriegs blieben die Geschäftsbeziehungen bestens. Noch 1942 wollte die Vacuum Oil Company den Nazionalsozialisten sogar bei der militärischen Einnahme von Irak und Iran behilflich sein. »Ziel unseres Vormarsches wird neben der Besetzung der Länder Irak, Syrien und Palästina der Sueskanal und der Persische Golf sein«, vermerkte der »Bevollmächtigte für die arabischen Länder« im Berliner Auswärtigen Amt, »[...]vorbereitet werden muss die Übernahme der Erdölanlagen in den verschiedenen Gebieten Arabiens und Irans. [...] Ein Stab von Fachleuten unter Leitung des Geologen Dr. C. Schmidt (von der Vacuum-Oil-Company in Hamburg) wird zusammengestellt und die erforderlichen Materialien, insbesondere Bohrgeräte, bereitgestellt.«<sup>64</sup>

Um die deutsche Wehrmacht mit Erdöl zu beliefern, brauchte Standard Oil Stützpunkte in neutralen erdölproduzierenden Ländern. Standard Oil of New Jersey schickte den jungen William Negley aus der New Yorker Rechtsabteilung nach Venezuela, und nach Argentinien ging für SOCONY William Mosetti. Er kam dort laut Stempel in seinem Pass am 2. November 1940 an.<sup>65</sup>

Die Rechnung Rockefeller ging nicht auf. Trotz massiven Drucks einer Pronazi-Gruppe namens America First, die von der Großindustrie gesponsert wurde und in der Leute wie Allen Dulles, später CIA-Chef, und sein Stiefbruder John Foster, später US-Außenminister, gegen den Kriegseintritt wetterten, erklärten die USA im Dezember 1941 dem Deutschen Reich den Krieg. Die Petroleum Administration for War wurde ins Leben gerufen, um zu verhindern, dass das strategisch wichtige Erdöl in die Hände des Feindes gelangte. Sie hatte Einblick in die Bücher von Standard Oil und verhinderte Lieferungen an den Feind. Und die Engländer kontrollierten die Seewege und versenkten Tanker, die sie verdächtigten, der Wehrmacht Treibstoff zu schicken. Am Ende gelang es Rockefeller nicht, ausreichende Mengen Erdöl an das Deutsche Reich zu schicken.

Die US-Regierung eröffnete nach der Kriegserklärung ein Ermittlungsverfahren gegen Standard Oil wegen »Handels mit dem Feind«.<sup>66</sup> Die Firma soll der U.S. Navy Patente für Buna und Aluminium vorenthalten und deutsche U-Boote und Flugzeuge betankt

haben. John D. Rockefeller verteidigte sich, er wollte davon nichts gewusst haben. Und Farish verweigerte als Beschuldigter die Aussage, wies den Staatsanwalt aber darauf hin, dass Standard Oil auch die US-Streitkräfte mit Treibstoff versorge.<sup>67</sup>

Im März 1942 bat das Pentagon Präsident Roosevelt, die Ermittlungen gegen Standard Oil auszusetzen, um die Kriegsproduktion nicht zu gefährden. Langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen, so die Begründung, würden »unvermeidbar viel Zeit von Führungskräften und Angestellten dieser Firmen in Anspruch nehmen, die sich um kriegswichtige Aufgaben [war work – gw] kümmern.«<sup>68</sup> Roosevelt stimmte notgedrungen zu. Gegen Zahlung einer Geldstrafe von 5000 Dollar und das Versprechen, den Feind nicht weiter zu beliefern, wurde das Verfahren eingestellt. Farish musste sich jedoch vor einem Hearing im US-Senat verantworten, das der spätere US-Präsident Truman leitete, der von »Verrat« sprach.<sup>69</sup> Farish in der Anhörung im Senat: »Unsere Verträge [mit der IG Farben – gw] von 1929 sollten bis 1947 gelten. Sie, Gentlemen, werden verstehen, dass Verträge wie diese rechtlich nicht unwirksam, sondern höchstens ausgesetzt werden, wenn die Regierungen der Vertragsparteien gegeneinander Krieg führen. Die Vertragspartner müssen daher einen Weg finden, um mit ihrem eigenen Geschäft fortzufahren [...]«<sup>70</sup>

Einer, der für Rockefeller einen Weg suchte, um mit diesem »eigenen Geschäft fortzufahren«, war William Mosetti, gebürtiger Italiener. Er erblickte am 25. November 1914 als Spross einer Triestiner Familie des Geldadels das Licht der Welt. Sein Vater war Direktor des mächtigen Lloyd Triestino. Williams Zwillingbruder Francesco »Franzi« leitete Ende der dreißiger Jahre das Lloyd-Büro in Alexandria – ein strategischer Hafen für die legale und illegale, weil von der britischen Mandatsmacht unterbundene, jüdische Auswanderung nach Palästina. Der älteste der drei Mosetti-Brüder war Carry, 1938 persönlicher Adjutant Mussolinis beim Hitler-Besuch in Neapel, dann ging er nach Berlin an die italienische Botschaft.<sup>71</sup>

William trat 1934 standesgemäß in die italienische Armee ein. Er nahm am Abessinien-Feldzug teil und wurde danach von General Motors in Ägypten angeheuert. Anfang 1939 wechselte er zu den Ford-Werken nach Deutschland, doch offensichtlich störte er sich an den »allgegenwärtigen Proleten« der SA und SS.<sup>72</sup> William ließ sich von Standard Oil abwerben. Rockefeller hatte für den jungen

Mann aus gutem Haus Verwendung und holte ihn in die Zentrale der Standard Oil Company of New York. Dort kam er am 10. August 1939 an, wenige Wochen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Es sollte der Beginn einer erfolgreichen Karriere werden. Seine erste Station wurde Argentinien.

Nach der US-Kriegserklärung und dem Versprechen Rockefeller, das Deutsche Reich nicht mehr zu beliefern, war Mosettis Verbleib in Buenos Aires nicht mehr sinnvoll. Er wurde in die USA zurückkommandiert, wo er am 18. März 1943 eintraf.<sup>73</sup> Eigentlich wurden italienische Staatsbürger, zudem ehemalige Offiziere Mussolinis, interniert. Nicht so Mosetti. Er erhielt im September 1943 auf Empfehlung eines »sehr einflussreichen Geschäftsmannes«, wie es in den Unterlagen des FBI heißt, die US-Staatsbürgerschaft. Den Namen des Wohltäters schwärzte das FBI, bevor es mir eine Kopie der Akten zuschickte. Aber bereits im Mai 1943 – der Krieg hatte schließlich begonnen – wurde er in die U.S. Army aufgenommen und in Camp Crowder, Missouri, im Nachrichtenwesen ausgebildet.<sup>74</sup> Im Dezember 1943 wurde er einem geheimen Befehl der Armeeführung unterstellt und nach Nordafrika abkommandiert. Von dort aus nahm er an der Invasion Italiens teil.

Spätestens im Dezember 1948 knüpfte Mosetti enge Bande zu Mercedes-Benz, als er bei der US-Militärregierung im Raum Stuttgart tätig war. Während die Franzosen in ihren Besetzungszonen Daimler-Werke demontierten, hielten die Amerikaner die schützende Hand über den Autobauer. Zwei Jahre später wechselte Mosetti wieder in die US-Ölindustrie und ging nach Nordafrika, Senegal, Belgisch Kongo, wo er bis Ende der fünfziger Jahre blieb, bis Daimler-Benz ihn abwarb.

## Eichmann und die Zionisten

Im Juni 1933 hatte Eichmann die Vacuum Oil Company im »gegenseitigen Einverständnis« verlassen und war nach Deutschland gegangen, fünf Monate nach der Machtergreifung Hitlers. Seine Verbindung zu Rockefeller wird in der Literatur selten erwähnt, in der Personalakte des Berliner Bundesarchivs ist in der Akte »Rasse- und

Siedlungsamt« ein gefälschter Lebenslauf hinterlegt.<sup>75</sup> Darin war seine Anstellung bei der Vacuum Oil Company zwar erwähnt, aber weit vorverlegt worden. Wie das gefälschte Dokument in die Bestände des Bundesarchives gelangen konnte, ist bis heute unklar. Zum Glück kannte ich aus meinen Besuchen im US-Bundesarchiv NARA den echten Lebenslauf. Ich beschwerte mich beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, und der schrieb: »Ihren Verdacht des gezielten Unterschiebens gefälschter Dokumente im Bundesarchiv muss ich ganz entschieden zurückweisen.« Er vermutete andere Urheber. Da das Dokument lange Zeit vom US-Document-Center verwaltet worden wäre, müsse es »im Zuge der Nachsortierung Eingang in die Akte gefunden haben.«<sup>76</sup>

Standard Oil brauchte einen Brückenkopf im Nahen Osten, die Araber schienen wenig vertrauenswürdig. Schon zu Zeiten der Weimarer Republik hatte das »Deutsche Komitee pro Palästina zur Förderung der jüdischen Palästinaansiedlung« die Werbetrommel gerührt, und die Elite der deutschen Politik war dort vertreten, der Preußische Ministerpräsident, Staatsminister, der Reichstagspräsident, der Oberbürgermeister von Berlin, Staatssekretäre sowie der Rabbiner Leo Baeck.<sup>77</sup>

Nach seinem Ausscheiden bei der Vacuum Oil Company machte Eichmann im Dritten Reich dank seines Jugendfreundes, dem späteren Chef des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner, Karriere im Sicherheitsdienst der SS, dem SD. Dort avancierte er zum »Experten für die Judenfrage«. Er spielte bei der »Lösung« dieser Frage in allen drei Phasen eine zentrale Rolle: zunächst bei der mehr oder minder freiwilligen Emigration nach Palästina, dann bei der durch Terror forcierten Auswanderung und, ab 1942, bei der »Endlösung«, der Vernichtung.

Eichmann schickte die Auswanderer mit deutschen Personalpapieren auf die Reise. In Palästina angekommen, wurden sie sofort von der Palestine Police verhaftet, die in Deutschland anfragte, ob die Pässe dieser Personen echt seien. Die Antwort der deutschen Standesämter war immer dieselbe: Der Mann sei leider nicht bekannt, die Papiere müssen gefälscht sein, er sei kein Deutscher, könne folglich nicht zurück ins Deutsche Reich deportiert werden.<sup>78</sup>

Eichmann beobachtete für den SD die jüdische Szene in Deutschland. Die Gestapo wollte Eichmann getarnt zum Zionistenkongress

in der Schweiz schicken, um herauszufinden, wie die Diskussionen über Auswanderung und Boykott verliefen.<sup>79</sup>

Am Ende fuhr jemand anders, aber Eichmann reiste im September 1937 nach Ägypten und Palästina. Der Bericht über die Reise liegt im Berliner Bundesarchiv.<sup>80</sup>

In Kairo traf er Feivel Polkes, einen hohen Funktionär des jüdischen Nachrichtendienstes Hagana. Der SD wollte Polkes als ständigen Zuträger gewinnen, er sei »Nationalzionist. Aus dieser Einstellung heraus ist er Gegner aller jüdischen Bestrebungen, die sich gegen die Errichtung eines Judenstaates in Palästina wenden.«<sup>81</sup> Er sei bereit, »Dienste in Form von Nachrichten zu leisten, soweit sie nicht seinen politischen Zielen entgegenstünden. Er würde u. a. die deutschen außenpolitischen Interessen im vorderen Orient tatkräftig unterstützen, [und – gw] sich dafür verwenden, dem Deutschen Reich Erdölquellen in die Hand zu spielen [...]«. <sup>82</sup>

Direkt nach der Machtübernahme der NSDAP hatte die Jagd auf die linke Opposition begonnen. Im Mai 1933 wurde das Gesetz über die Einziehung des Kommunistischen Vermögens erlassen. Da dort offensichtlich nicht viel zu holen war, folgte zwei Monate später das Gesetz über die Einziehung »volks- und staatsfeindlichen Vermögens«. Das erlaubte auf dem Amtsweg die Konfiszierung von Privatvermögen und Immobilien all derjenigen, die von den Nationalsozialisten zu »Staatsfeinden« erklärt worden waren – christliche Institutionen, Logen und Parteien. Der künftige Krieg sollte finanziert werden, und woher, wenige Jahre nach der Weltwirtschaftskrise, gewaltige Kapitalmengen für die Aufrüstung nehmen? Mit »Volksfeinden« waren die Juden gemeint, die das Dritte Reich – zu diesem Zeitpunkt – zur geordneten Auswanderung nach Palästina bewegen wollte.

Die zionistischen Organisationen propagierten die Emigration, aber sie waren eine verschwindend kleine Minderheit innerhalb der jüdischen Weltbewegung. Die Mehrheit der deutschen Juden fühlte sich als Deutsche und wollte ihre Rechte verteidigen. Der 1893 gegründete Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) betrachtete den Kampf gegen den Antisemitismus als seine Hauptaufgabe und lehnte den Zionismus scharf ab. »Wäre die Besiedlung von Palästina nichts weiter als ein großes Hilfswerk, so wäre vom Standpunkt des Centralvereins gegen die Förderung dieses Wer-

kes nichts zu sagen«, hieß es in einem Beschluss des Hauptvorstandes des CV vom 10. April 1921, »die Besiedlung von Palästina ist aber in erster Linie das Ziel nationaljüdischer Politik. Ihre Förderung und Unterstützung ist daher abzulehnen.«<sup>83</sup>

Dem Centralverein war die Übereinstimmung von zionistischen und faschistischen Grundpositionen unheimlich, denn beide basierten auf einer völkischen Theorie, auf mythischen Kategorien wie Volkstum und Rasse. »Das zionistische Programm begreift die Auffassung eines einheitlichen, ungeteilten Judentums auf nationaler Grundlage in sich. Kriterium des Judentums ist hiernach nicht ein religiöses Bekenntnis, sondern das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Volksgemeinschaft, die, durch Gemeinsamkeit des Blutes und der Geschichte verbunden, gewillt ist, ihre nationale Individualität zu erhalten.«<sup>84</sup>

Die Idee der jüdischen Besiedlung Palästinas und der Schaffung eines Eretz Israels, einer Heimstatt aller Juden im Heiligen Land, fand besonders in den USA und England Anklang. Die dortigen jüdischen Gemeinden sammelten Spenden, die ausgerechnet über die Deutsche Bank in den Nahen Osten transferiert werden sollten. Dass in Deutschland Devisenbewirtschaftung herrschte und jede Überweisung ins Ausland strengen Kontrollen unterlag, schien diese Pläne nicht zu behindern.

Palästina unterstand damals der britischen Verwaltung, und die Mandatsmacht versuchte, den Flüchtlingsstrom zu verhindern, denn die arabischen Staaten protestierten gegen die Zuwanderung und die Landnahme. Viele der Auswanderer gelangten illegal in den Nahen Osten, und hilfreich war die Schifffahrtslinie Lloyd Triestino in Triest, in der William Mosettis Zwillingbruder Franzi in leitender Funktion tätig war.

Rockefeller finanzierte in den zwanziger Jahren die ersten jüdischen Siedlungen in Palästina. Die Jewish Agency verwaltete den »Emergency Fund for Palestine«, der sein Kapital in Dollars und Reichsmark bei der Deutschen Bank deponierte. »Der Emergency Fund for Palestine« wurde nach den Augustunruhen des Jahres 1929 in Hebron für Zwecke des Wiederaufbaus der durch die Araber zerstörten jüdischen Siedlungen in Höhe von rund 600 000 Pfund gesammelt, heißt es in einem Schreiben des deutschen Generalkonsulats in Jerusalem 1932.<sup>85</sup> Ein großer Teil dieser Summe sei nach den

Angaben des Herrn Maurice Beck Hexter von der Jewish Agency auf der Deutschen Bank in Berlin deponiert worden.<sup>86</sup>

Hexter beantragte die Freigabe dieses Geldes und den Transfer nach Palästina. Im Frühjahr 1930 sei der Plan fertig ausgearbeitet gewesen, eintausend Familien in Palästina, um die bereits bestehenden Kolonien herum, anzusiedeln. Man sei nun so weit, um mit der Pflanzung von Orangensetzlingen zu beginnen.<sup>87</sup>

Die Zionisten und die Nationalsozialisten verband ein objektives Interesse: Die Nazis wollten ein judenfreies Europa, und die Zionisten wollten die europäischen Juden in den noch zu gründenden Staat Israel umsiedeln. Der Chefideologe der NSDAP, Alfred Rosenberg, gab die Parole aus: »Der Zionismus muss tatkräftig unterstützt werden, um jährlich eine zu bestimmende Zahl deutscher Juden nach Palästina oder überhaupt über die Grenze zu befördern.«<sup>88</sup>

Nach 1933 wurden alle jüdischen Zeitungen der Aufsicht des Propaganda-Ministeriums unterworfen beziehungsweise sofort verboten wie die Presseorgane der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die *Jüdische Rundschau* aber, das Zentralorgan der Zionisten, durfte weiter erscheinen. Und während weltweit die Antifaschisten den Boykott gegen Produkte aus Hitlerdeutschland organisierten, kurbelten die zionistischen Organisationen den Absatz deutscher Waren an.

Den deutschen Behörden waren alle Mittel und Wege recht, um den drohenden Boykott zu brechen. Das Generalkonsulat aus Jerusalem kablete im Mai 1933 nach Berlin, dass man sich bereits mitten im Boykott deutscher Waren befinde, was insbesondere die deutschen Zionisten bedauern würden. Sie hätten aber einen schweren Stand, weil ihnen vielfach »der Vorwurf der Leisetreterei gemacht wird«.<sup>89</sup> Die deutsche Vertretung riet, die boykottbereiten Juden unter Druck zu setzen. Sie würden mit dem Boykott deutscher Waren auch ihre eigenen Glaubensgenossen treffen; Deutschland wolle die Warenausfuhr erleichtern, um den nach Palästina auswandernden Juden »den Aufbau einer neuen Existenz zu ermöglichen«.<sup>90</sup>

Diese Taktik stellte sich als erfolgreich heraus, und die zionistischen Gruppen bekämpften auch innerhalb des jüdischen Weltkongresses, die Boykottaktivisten. Zitat aus einer Aufzeichnung des Legationsrats Hans Pilger aus dem Auswärtigen Amt über ein Gespräch mit Sam Cohen von der Paltreu, der Palästina-Treuhandstelle zur Beratung Deutscher Juden GmbH, der sich über die Restriktionen

für den Devisen-Transfer nach Palästina beschwerte: »In der Hauptsache befürchtete aber Herr Cohen eine recht ungünstige Rückwirkung dieser Einschränkung auf die jüdischen Boykottbestrebungen. Er und seine Freunde hätten dauernd den Boykott als unglücklich und sinnlos bekämpft und hätten auch durch die Einrichtung des deutsch-palästinensischen Transfers eine starke Bresche in die Boykottbestrebungen geschlagen. Auf dem Prager Zionisten-Kongress sei es ihm dadurch gelungen, die beabsichtigt gewesene Boykott-Erklärung unschädlich zu machen [...].«<sup>91</sup> Cohen rechne mit »schädlichsten Rückwirkungen bei dem im Juli d. J. stattfindenden neuen Zionistenkongress. Wenn er jetzt mit leeren Händen nach Palästina zurückkehren müsse, so würden die dem Transfer an und für sich feindlich gesinnten jüdischen Elemente die Oberhand gewinnen [...].«<sup>92</sup> Das Auswärtige Amt empfahl der Reichsbank aus diesem Grund, wenigstens bis zum Kongress ausreichende Devisen für die Auswanderung bereitzustellen. Doch die Bank lehnte ab.

Nur wenige Wochen nach der Machtergreifung, im Mai 1933, hatte eine zionistische Zitruspflanzungsgesellschaft beim Reichswirtschaftsministerium eine Bewilligung für den Kapitaltransfer aus dem devisenbewirtschafteten Deutschland erwirkt, und noch im gleichen Jahr, am 25. August 1933, schlossen die Jewish Agency und die Zionistische Vereinigung Deutschland mit dem Dritten Reich das Ha'avara-Abkommen über den Kapital-Transfer aus Deutschland nach Palästina ab.

Danach sollten auswanderungswillige Juden ihr Hab und Gut in Deutschland verkaufen und den Erlös auf ein deutsches Sonderkonto einzahlen. Von diesem Konto wurden deutsche Warenlieferungen nach Palästina und in den Nahen Osten bezahlt. Die Auswanderer erhielten das Geld in Palästina-Pfunden nach dem Verkauf der Waren. Vermittlerin war die Palästina Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden GmbH (Paltreu). Nach Abzug aller Spesen und Kommissionen für die zionistischen Organisationen bekam der Auswanderer den Gegenwert seines Geldes in palästinensischen Pfunden in seiner neuen Heimat ausgezahlt, um deutsche Waren zu importieren und im Nahen Osten zu verkaufen.

Mit diesen jüdischen Transfergeldern wurden nicht nur neue Existenzen gegründet, sondern vor allem Pipelines, Orangenplantagen und Landkauf finanziert. Und die Ausgewanderten mussten oft

monatelang vor Ort auf die Auszahlung warten. Es profitierten von diesem Abkommen, neben den deutschen Exporteuren, vor allem die jüdischen Geschäftsleute in New York und London, die Aktien an den neuen Gesellschaften hielten: die Rural and Suburban Settlement Company Ltd. etwa, die eine »sichere und gewinnbringende Anlage« versprach.<sup>93</sup> Erstunterzeichner war Chaim Weizmann, London.<sup>94</sup>

Die Transfergelder entpuppten sich als glänzendes Geschäft. Das Reichswirtschaftsministerium schlug dem Auswärtigen Amt die Finanzierung einer Erdölraffinerie in Haifa mit Auswanderergeldern vor. Gerade sei der Iraq Petroleum Company die Konzession zur Ausbeutung der reichen Ölfelder Mesopotamiens erteilt worden, an der die Anglo-Persian Oil Company, die Royal Dutch-Shell Gruppe und eine amerikanische Gruppe vertreten durch die Standard Oil of New Jersey beteiligt seien.<sup>95</sup> Der Gesellschaft sei die Verpflichtung auferlegt worden, eine Pipeline nach Haifa zu bauen. Die Finanzierung des Unternehmens und die »Voraussetzung für die Rentabilität« hänge von dem Entgegenkommen der deutschen Behörden ab.<sup>96</sup> Den Grund und Boden würden die jüdischen Organisationen beschaffen, aber die Investitionskosten für den Bau einer Raffinerie würden etwa fünf Millionen Reichsmark betragen. Die Maschinen, mit Auswanderergeldern bezahlt, würden zu achtzig Prozent aus Deutschland kommen. Der Plan stelle eine sinngemäße Ergänzung des Palästina-Treuhandabkommens dar und verfolge den Zweck, die Abwanderung von Juden aus Deutschland und den »Abfluss von abwanderungsbereiten jüdischen Kapitals in geordnete Bahnen zu lenken.«<sup>97</sup>

Ab Ende der dreißiger Jahre spielte das Ha'avara-Abkommen kaum noch Bares auf das Sonderkonto der Deutschen Bank ein. Es mussten neue Mittel und Wege gefunden werden, um den kommenden Krieg zu finanzieren. Eichmann sorgte mit seiner Gründlichkeit dafür, dass diese Pläne umgesetzt wurden.

Immer weniger Juden wollten und konnten Europa verlassen, und die Berichte aus Palästina waren alles andere als einladend. Zwar wurde in den offiziellen Erklärungen das Leben der Auswanderer in ihrer neuen Heimat in höchsten Tönen gelobt – intern berichtete das Deutsche Generalkonsulat aber bereits 1935 von den vielen nicht erfüllten Erwartungen des Abkommens: seine Kapazität sei viel zu gering, der Transfer habe »als Mittel zur Bekämpfung des Boykotts

und zur Durchbrechung der Weltboykottfront gerade in Palästina« teils sehr erklärte Feinde und die Jewish Agency dementsprechend eine »entschieden schwierige Stellung«. <sup>98</sup> Auch die Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung des Abkommens wurden angesprochen. Demnach drohe ein Abbruch des Transfers, weil die jüdischen Vertragspartner zu der Erkenntnis gelangen könnten, »dass sie es nicht länger verantworten können, die deutschen Juden mit der Einzahlung ihrer Gelder auf [das – gw] Sonderkonto einen Weg betreten zu lassen, dessen Anfang zwar in Deutschland liegt und der dort klar ist, dessen Ende aber hier liegt und ganz in Dunkel gehüllt ist und auf dem wie beim einstigen Zuge durch die Wüste alle möglichen Gefahren lauern (ein Jahr lang und vielleicht länger zu tragendes Kursrisiko, Zinsverluste, Unmöglichkeit während dieser langen Wartezeit aus Mangel an anderen Mitteln ihren Lebensunterhalt zu fristen usw)«. <sup>99</sup>

Nach Schätzungen des Auswärtigen Amtes sind von 1933 bis Ende 1937 etwa 75 Millionen Reichsmark durch die Ha'avara transferiert worden. Die auf diesen Kapitaltransfer gestützte Auswanderung betrug in diesem Zeitraum 40 000 Personen. Das Abkommen war an seine Grenzen gelangt, und die handelspolitische Abteilung des AA schlug vor, es nicht aufrechtzuerhalten. <sup>100</sup> Das Reichswirtschaftsministerium schloss sich dieser Auffassung an. Und mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kamen sowohl das Abkommen wie der Auswandererstrom zum Erliegen.

Eichmann wurde 1938 nach dem »Anschluss« Österreichs Leiter der Zentralen Auswanderungsstelle in Wien. Unterstützt wurde er bei seiner Arbeit von zionistischen Funktionären, deren Organisationen nicht aufgelöst wurden. Mit Genugtuung schickte seine Dienststelle im Februar 1939 den Wochenbericht der israelitischen Kultusgemeinde Wien nach Berlin: »Die israelitische Kultusgemeinde Wien stellt fest, dass die vom Genfer Büro des jüdischen Weltkongresses abgegebene Erklärung über die Behandlung des Judentums in Österreich nicht den Tatsachen entspricht. Die jüdischen Organisationen sind durchaus nicht alle aufgelöst worden. [...] Die Behörden sind nur bemüht, der grundlosen organisatorischen Zersplitterung der Judenschaft ein Ende zu bereiten, um die Organisationen zu einer planvollen Arbeit auf zionistischer Grundlage zu führen [...] Die israelitische Kultusgemeinde Wien begrüßt die Auflösung derjenigen

Verbände, die durch ihre Abwendung vom Judentum dem zionistischen Gedanken großen Schaden zugefügt haben.«<sup>101</sup>

Die jüdische Gemeinde war zu diesem Zeitpunkt deutlich geschrumpft, bis Ende 1938 hatte man die Zahl von einst 165 000 »Seele« auf 80 000 Personen »heruntergedrückt«, vor allem jüngere »Elemente« wären ausgewandert. Die meisten hatten die Reise nach Übersee dem Weg ins Heilige Land vorgezogen – trotz aller Versprechungen des Palästina-Amtes, das Umschulungen für Landwirtschaft und Kurse in Hebräisch »im Geist des zionistischen Ideales« anbot.<sup>102</sup>

Viele von den in der Ostmark Zurückgebliebenen, ältere Menschen und Kinder, konnten nicht für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen. »Die Ärzte berichteten von der steigender Unterernährung der auswandernden Kinder«, heißt es im Tätigkeitsbericht des Wiener Palästinaamtes, »und befürchten, dass das Material in absehbarer Zeit im Sinn der palästinensischen Einwanderungsbestimmungen nicht mehr auswanderungsfähig sein wird.«<sup>103</sup>

Der Leiter der Auswanderungsstelle ordnete auf der einen Seite Terrormaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung an, ihre Ghettoisierung und Entfernung aus dem öffentlichen Leben. Gleichzeitig suchte er nach Ländern, die die Juden aufnehmen könnten; Madagaskar, Polen und Übersee. Drei Gebiete des britischen Empires – British Guayana, British Honduras und Rhodesien – waren in die engere Auswahl gelangt, sowie Alaska und die Philippinen. »Am weitesten ist das Guyana-Projekt. Dorthin ist eine amerikanische Expertenkommission entsendet worden.«<sup>104</sup>

Der Bericht stellte fest, dass in Guayana der Versuch einer jüdischen Massensiedlung gemacht werden könnte, und zwar zunächst mit etwa 3000 bis 5000 gesunden jungen Männern und Frauen, die den Urwald zu roden und Musterfarmen anzulegen hätten. Dies sei mit 600 000 Pfund Anfangskapital zu bewerkstelligen, die von jüdischen Hilfsorganisationen aufgebracht werden müssten.<sup>105</sup> »Bezüglich Neu-Kaledoniens erklärte Dr. Lasersohn, ein Mitglied der Exekutive der jüdischen Hilfsorganisation Ort-Ose, nach einer Studienreise durch Australien [...], eine begrenzte Einwanderung nach Neu-Kaledonien, einer dem australischen Festland vorgelagerten Insel, für möglich.«<sup>106</sup> Man müsse diese Projekte noch detaillierter studieren, es gäbe Probleme mit dem Klima: »Das Hauptbedenken

gegen alle diese Projekte liegt jedoch darin, dass die dorthin zu entsendenden Menschen keine innere Beziehung zu dem Land hätten, das sie besiedeln sollen, dass ihnen die Begeisterung und der Schwung fehlen würden, die die Juden bei ihrer Aufbauarbeit in Palästina be-seelt haben. Auch das nationaljüdische Kapital würde nicht im gleichen Maß wie nach Palästina in Bewegung gesetzt werden können. Deshalb wäre es in allen vorgeschlagenen Gebieten auf lange Zeit hinaus nur möglich, ein paar tausend Menschen anzusiedeln, und in der Mehrzahl von ihnen würde es vermutlich der erste und letzte Versuch sein.«<sup>107</sup>

Die zionistischen Funktionäre hatten also vor allem an der Auswanderung nach Palästina Interesse, weniger an alternativen Fluchtrouten und alternativen Aufnahmeländern wie Guayana.

Im Juli 1938 fand auf Initiative des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt im französischen Évian-les-Bains die internationale Flüchtlingskonferenz statt, auf der die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung durch das Naziregime und das Problem der jüdischen Flüchtlinge diskutiert werden sollten. Doch bis auf die Dominikanische Republik, die 100 000 Flüchtlinge aufnehmen wollte, erklärte sich kein Land bereit, den hilfesuchenden Juden Exil zu gewähren, auch nicht die USA oder England. Die Vertreter der zionistischen Organisationen hatten keinen »Plan B« und stellten sich stur. Golda Meir forderte die Ansiedlung von einer Million Juden in Palästina – was angesichts des Widerstandes der arabischen Länder und Großbritanniens völlig unrealistisch war.

Die Konferenz scheiterte, weil niemand den Ernst der Situation sehen wollte und bereit war, die Juden aus dem Deutschen Reich aufzunehmen – von denen aus Osteuropa war zu diesem Zeitpunkt noch nicht die Rede.

Das Gesetz über die Einziehung des volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. Juli 1933 hatte auf die politische Opposition abgezielt. Die Preußische Staatsbank, auch Seehandlung genannt, verwaltete und verwertete ab 1934 die entzogenen Wertpapiere. Diese Ausbeute war bescheiden. Das sollte sich ab dem 3. Dezember 1938 ändern, als die »Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens« erlassen wurde. Knapp drei Jahre darauf beauftragte Walther Bayrhofer aus dem Direktorium der Reichsbank die Preußische Staatsbank mit der »Sicherung der börsengängigen Aktien und Kurse, die

das Reich aufgrund der Verordnung vom 3. Dezember 1938 beansprucht oder die dem Reich verfallen.«<sup>108</sup>

Den noch im Reich verbliebenen Juden wurden sogenannte »Sühneleistungen« aufgebürdet. Sie mussten in ihrer Steuererklärung angeben, was sie besaßen, wann sie auszureisen beabsichtigten und wie viel Geld sie für die Ausreise benötigten. Ob nach der letzten Rate noch etwas übrig blieb, prüfte die Seehandlung: »Eine lückenlose Nachprüfung der Berechnungen des Annahmewerts wird die Preußische Staatsbank (Seehandlung) vornehmen, wenn die Sühneleistung der Juden voll entrichtet sein wird.«<sup>109</sup>

Mit der Verordnung vom Dezember 1938 setzte ein Raubzug im großen Stil ein. Nicht nur die Preußische Staatsbank, die Finanzämter und die Ministerien waren daran beteiligt, sondern auch die privaten Banken und Versicherungen – allen voran die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und der Gerling Konzern.<sup>110</sup>

Die Juden mussten in ihrer Steuererklärung ihre Vermögenswerte offenlegen und die JuVA, die Judenvermögensabgabe, entrichten. Sämtliche in jüdischem Besitz befindlichen Wertpapiere sollten binnen einer Woche nach Inkrafttreten der Verordnung, also bis zum 12. Dezember 1938, in ein Depot bei einer Devisenbank eingeliefert werden. Für die Paltreu, die Palästina Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden GmbH, galten besondere Bestimmungen, da die Auswanderer »Vorzeigegeld« oder Transferzahlungen vorweisen mussten. Und nur noch diese Auswanderung wollte das Dritte Reich zulassen, wissend, dass zu diesem Zeitpunkt – Ende 1938 – der Höhepunkt des Kapitaltransfers aus dem Ha'avara-Abkommen längst überschritten war.

Die Seehandlung verkaufte die eingezogenen Wertpapiere auf Rechnung des Berliner Oberfinanzpräsidenten und später für die zuständigen Finanzämter. Allerdings konnten nicht alle Aktien bis Kriegsende veräußert werden.

Regelmäßig schickte die Wirtschaftsgruppe privates Bankgewerbe Rundschreiben an ihre Mitglieder und vermeldete, wo den arischen Kapitaleigner lukrative Geschäfte erwarteten. Bei der »Verfügung über Wertpapiere aus jüdischem Besitz« rechnete die Wirtschaftsgruppe im April 1939 bei der Behandlung der »Depots von Juden« die angeblich hohen Ausgaben der Banken, »Drucksachen, Postgebühren u. ä.« vor, deren »Tragung« man aber nicht den Mit-

gliedern zumuten wolle.<sup>111</sup> Die Kosten werde man sich, beruhigte die Wirtschaftsgruppe ihre arischen Kunden, von den »jüdischen Depoteigentümern« zurückholen.<sup>112</sup>

Eingezogene Aktien wurden auf dem Kapitalmarkt angeboten, und umgehend gingen die Offerten ein: »Die Dresdner Bank, Berlin, hat Interesse für einen Posten RM 250 000,– von Schultheiss Patzenhofer Brauerei Aktien.«<sup>113</sup> Details, Kommissionen und Fristen regelte die Seehandlung.

In den Akten des Reichsfinanzministeriums befinden sich Eingaben der Betroffenen aus dem Jahr 1939 – bis zur Wannsee-Konferenz sind es noch drei Jahre; viele hielten das Dritte Reich noch für einen Rechtsstaat. So reichte beispielsweise »der judenvermögensabgabepflichtige Justizrat Israel Simon Hausmann aus Breslau« einen Antrag auf Dividendenerstattung ein.<sup>114</sup> Der Mann kannte sich im deutschen Recht beziehungsweise in dem, was einmal Recht war, aus. Hausmann hatte am 15. Dezember 1938 einen Teil seines Aktienpaketes für die erste Rate der JuVA in Zahlung gegeben. Er hatte die Seehandlung gebeten, die auf die Aktien zur Ausschüttung gelangende Dividende anteilmäßig an ihn zurückzuvergüten. Der Antrag wurde abgelehnt, und auch die darauffolgende Beschwerde »des Hausmann vom 16. Januar 1939« sei aufgrund eines neuen Erlasses unbegründet, beschied das Reichsfinanzministerium.<sup>115</sup>

Ein Dr. Springer hatte mehr Glück. Er hatte von vornherein darauf hingewiesen, dass er nicht Volljude, sondern nur Halbjude sei. Der Beweis hierfür sei ihm jedoch infolge der schwierigen Beschaffung der Unterlagen erst später gelungen. Schließlich entschied das Finanzamt Zehlendorf unter der Steuernummer 18/374, dass ihm die geleistete Judenabgabe zurückerstattet werden solle.<sup>116</sup> Was später mit diesem Dr. Springer geschehen ist, geht aus der Akte nicht hervor.

Alle Lücken wurden gründlich gestopft. So hatte der Gerling-Konzern den bedrängten Juden Leibrenten angeboten, nicht aus Menschenliebe, sondern mit hohen Raten. Im Dezember 1938 schrieb er an das Reichswirtschaftsministerium, dass er »der Ansicht [sei – gw], dass der Abschluss von Leibrentenversicherungen auf das Leben besonders älterer Juden, mit deren Auswanderung nicht zu rechnen ist, im Interesse des Deutschen Reiches liegt«.<sup>117</sup>

Das Ministerium sah das anders und wies acht Monate später das Rechtsaufsichtsratsamt für die Privatversicherungen an, mit Juden

keine Lebensversicherungen mehr abzuschließen. »Die Juden sind in der letzten Zeit in vermehrtem Umfange dazu übergegangen, Wertpapiere als Einmalprämie für Kapitalversicherungen und Leibrentenversicherungen in Zahlung zu geben«, eine Umlegung der Wertpapiere zugunsten der Versicherungsgesellschaft sei genehmigt, der Wertpapierverkauf werde aber grundsätzlich nicht zugelassen.<sup>118</sup>

Geregelt werden musste auch die Frage, in welchem Depot die jüdischen Aktien verbleiben sollten, bei den privaten Banken oder bei den Versicherungsgesellschaften. Die deutschen Versicherer hatte die Ministerialbürokratie unter Kontrolle, das Risiko lauerte im Ausland: »Es besteht jedoch die Gefahr, dass inländische Zweigniederlassungen ausländischer Versicherungsunternehmungen die in Zahlung gegebenen Wertpapiere etwa zum Sperrmarktkurs auf die Prämienschuld anrechnen und dem Versicherungsnehmer die Auszahlung des Gegenwertes in Devisen nach seiner Auswanderung im Ausland in Aussicht stellen. Hierdurch wird jüdisches Inlandsvermögen im großen Umfange den ausländischen Versicherungsunternehmen zugeführt [...].«<sup>119</sup> Das sei unzulässig, denn diese Leibrentenverträge erschwerten den Zugriff auf das jüdische Vermögen, das sonst bei einer Auswanderung der »deutschen Ausfuhrförderung« zur Verfügung stehen würde.<sup>120</sup> Offensichtlich war Mitte 1939 schon klar, dass es zu einer Auszahlung dieser Leibrenten nicht mehr kommen würde.

Die Wannsee-Konferenz beschloss im Januar 1942 die »Endlösung« der Judenfrage. Eichmann führte Protokoll und sorgte im Reichssicherheitshauptamt und ab 1944 im besetzten Budapest für den Abtransport in die Vernichtungslager. Zitat aus den 2010 freigegebenen Akten des BND über die Eichmann-Memoiren: »Eichmann stand mit den Kommandanten von KZs auf kameradschaftlich, freundschaftlichem Fuß. Er war verschiedentlich bei der Vernichtung (Vergasungen, Erschießungen) von Juden anwesend. Er habe bei den Exekutionen »weiche Knie bekommen« und habe Müller [Heinrich Müller, Chef der Gestapo – gw] gegenüber geäußert: ›So gehe die Endlösung der Judenfrage nicht.«<sup>121</sup> Doch seine »weichen Knie« minderten seinen Eifer bei den Deportationen nicht.

Was mit der bei Kriegsende übrig gebliebenen Judenvermögensabgabe passiert ist – darüber gibt es viele Geschichten und wenig Seriöses. Das eingetriebene Bargeld dürfte zum Stopfen der Haushaltslöcher benutzt worden sein. Davon ist nichts übrig geblieben. Auch

die meisten Juwelen und Wertgegenstände fanden mit Hilfe der Banken zahlungskräftige Käufer, und die Erlöse sind im Staatshaushalt aufgegangen – der Krieg sollte finanziert werden. Mit den Aktienpaketen war dies nicht so einfach zu bewerkstelligen, vor allem mit ausländischen Aktien. Die wurden von ihren Besitzern, sofern sie im Exil lebten, an den Börsen, wo sie registriert waren, gesperrt.

Die Unterlagen über die JuVA sind nicht komplett vorhanden. Im Berliner Bundesarchiv liegen die Papiere des Reichsfinanz- und des Wirtschaftsministeriums, aber sie sind unvollständig. Nach mündlicher Auskunft des Bundesarchivs sollen die JuVA-Unterlagen noch vor der Kapitulation in die Festungsstadt Sigmaringen geschafft und bei einem Brand im dortigen Finanzamt vernichtet worden sein.<sup>122</sup> Im Bundesfinanzministerium war zu dieser Frage keine befriedigende Auskunft zu erhalten,<sup>123</sup> ebenso wenig bei der Bundeszentralbank.<sup>124</sup>

»Die Verwertungskartei der Preußischen Staatsbank war noch in den fünfziger Jahren lückenlos erhalten«, schrieben zwei Autorinnen 2004, »im Rahmen des Projekts konnte ihr heutiger Aufbewahrungsort trotz Nachfragen etwa beim Geheimen Staatsarchiv nicht ermittelt werden.«<sup>125</sup> Auch meine Recherchen beim Geheimen Preußischen Staatsarchiv endeten ergebnislos. Dort lagern nur einige Papiere, die zufällig das Kriegsende und die Spurenvernichter überstanden haben.

Die Zentrale der Preußischen Staatsbank lag im Ostteil Berlins und wurde von der Roten Armee am 2. Mai 1945 besetzt. Zu dieser Zeit lagerte dort ein Barbestand von 5 106 871,59 Reichsmark, den der Kassierer den sowjetischen Soldaten übergab. Eine Quittung wurde nicht erteilt, heißt es in dem Tagesbericht.<sup>126</sup> In den Tresoren, die die Sowjetische Militärverwaltung (SMAD) übernahm und aufschweißen musste, befanden sich fast ausschließlich Wertpapiere und Wertgegenstände. Die Geschäftsbücher waren weg. Was die SMAD dort fand – darüber geben die verfügbaren Akten keine Auskunft. Im Januar 1947 übergab sie die Tresore an deutsche Verwalter, und die stellten bei einer Inventur ein Vermögen mit dem Nominalwert von knapp 125 Millionen Reichsmark fest.<sup>127</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren noch nicht alle Tresore erfasst worden.<sup>128</sup>

Bis Juni 1949 wurden bei der Preußischen Staatsbank Wertpapiere im Nennbetrag von 1,4 Milliarden Reichsmark festgestellt. Und

selbst nach Gründung der DDR war die Lage noch unübersichtlich. Auch in anderen Banken kamen waschkörbeweise Aktienpakete zum Vorschein, so ein Aktenvermerk vom 26. Juni 1950, in dem es heißt, dass man von der Hauptverwaltung der SED bei Aufräumarbeiten in den Trümmern des Dresdner-Bank-Gebäudes aufgefundene Wertpapiere übernommen habe.<sup>129</sup>

Was mit dem übrig gebliebenen Kapital und den Aktien aus der Judenvermögensabgabe nach 1945 geschehen ist, darüber ist in den Akten der Bankenkommission, der späteren DDR-Staatsbank, nichts zu erfahren. In den Unterlagen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR auch nichts. Die DDR übrigens hat jüdisches Eigentum nicht anerkannt und die Opfer nicht entschädigt. Sie hat die Besitzverhältnisse vom Mai 1945 als rechtmäßig zugrunde gelegt und Auskunftersuchen der Opfer oder ihrer Erben abgelehnt. Ausnahmen machte man lediglich bei Immobilien, die die früheren Eigentümer selbst nutzen wollten.

Die DDR begründete dies damit, dass der alliierte Kontrollrat zwar die Nazigesetze außer Kraft gesetzt, den bestehenden Rechtszustand aber nicht aufgehoben hatte. Dadurch galt rechtlich bei Kriegsende das eingezogene jüdische Vermögen als Reichsvermögen und wurde später Volkseigentum der DDR. Selbst in den Fällen, in denen sich die Nazis nicht die Zeit genommen hatten, den Raub jüdischen Eigentums durch einen Eintrag im Grundbuch zu legalisieren, galten die Eigentumsverhältnisse von Mai 1945. Klagen auf Wiedergutmachung wurden auf ausdrückliche Anordnung des DDR-Justizministeriums nicht zugelassen. Als Grund wurde die Nicht-Existenz einer Vereinbarung über Wiedergutmachung zwischen der DDR und den kapitalistischen Staaten genannt.<sup>130</sup>

Wenig ist bekannt über den Verbleib des vom Dritten Reich eingekassierten Vermögens. Es stammt aus der Reichsfluchtsteuer, der Judenvermögensabgabe und anderen Maßnahmen, inklusive Enteignung, Diebstahl, Erpressung und Raub. Der Großteil davon ist sicher für die Finanzierung des Krieges verwandt worden. Hat sich der Rest nach der Kapitulation in Luft aufgelöst?

Wo Faktenmaterial fehlt, sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Da ist von U-Booten die Rede, die Goldschätze nach Patagonien geschafft haben sollen, ein anderes Mal sollen Kisten voller Juwelen vergraben oder in österreichischen Seen versenkt worden sein.

In den freigegebenen Akten der CIA liegt ein Brief von Simon Wiesenthal vom 3. März 1954 an Nahum Goldmann über den flüchtigen Eichmann. Er soll 1945 große Teile der JuVA sichergestellt haben, heißt es darin. »Eichmann wurde nicht nur von den Juden und den Alliierten gesucht, sondern auch von den Nazis selbst, da er mit sich laut Aussagen vor dem Nürnberger Gerichtshof die sogenannten Goldbestände der JuVA (es waren laut Augenzeugenberichten 22 Kisten Gold und Pretiosen) führte, die er in einem Versteck im Totengebirge deponiert haben sollte. In verschiedenen vertraulichen Berichten, die der oberösterreichischen Sicherheitsdirektion zugegangen sind, stand Eichmann in den Jahren 1948/49 in engem Kontakt mit den Organisationen: Edelweiß, Sechsgestirn und Spinne.«<sup>131</sup>

In den freigelegten BND-Akten gibt es einen ähnlichen Hinweis: »E. ist einer der Autoren des Endlösungsplanes der Judenfrage (Wannsee-Protokoll) und der Verantwortliche für die Vergasungen in den KZ. Unmittelbar vor Kriegsende setzte sich E. mit seinem Stab in die Alpenfestung ab. Nachweislich soll er 22 Kisten mit Gold und Juwelen mitgenommen haben.«<sup>132</sup> Natürlich ist nicht auszuschließen, dass CIA und BND voneinander abgeschrieben und Gerüchte als Informationen ausgegeben haben – um sich selbst wichtig zu machen; und schließlich verhindert die Geheimhaltung die Überprüfung. Dennoch: Dass sich in zwei unterschiedlichen Quellen – Langley und Pullach – derselbe Hinweis befindet, spricht für Authentizität.

Was hat also Eichmann mit diesen 22 Schatzkisten gemacht? Nach Südamerika hat er davon nichts mitgenommen. Hat er die Fluchtbewegungen seiner Kameraden finanziert, wie Wiesenthal vermutete, oder einen Teil davon an die zionistischen Organisationen ausgehändigt, um sich freizukaufen? Letzteres würde erklären, was seine Kameraden so »erbost hatte«, dass sie den früheren Obersturmbannführer »suchten«. Freundlich hört sich das jedenfalls nicht an.

Ein weiterer interessanter Hinweis findet sich in den freigelegten BND-Akten, und zwar in dem Interview, das der SS-Mann Willem Sassen mit Eichmann führte. Diese vom Gericht überreichten Akten haben eine weitaus größere Beweiskraft als die Sassen-Papiere, die, bevor sie im Koblenzer Bundesarchiv gelandet sind, durch viele Hände gingen, die sie zum Beispiel mit Tipp-Ex manipuliert haben.

Eichmann erklärt dort: »(Durcheinander) In **GELÖSCHT** wurde ich verurteilt, weil ich, und das sage ich Ihnen nun auch als langjähriger Fachmann, denn ich habe ja gewissermaßen mein halbes Leben als Polizeimann zugebracht, weil die Punkte offenbar so diffiziler Natur sind und die Akte Zentner wiegt, dass meine eine Verurteilung in **GELÖSCHT** nicht so ohne weiteres durchführbar war, zumal die Gegenseite sich daraus ein materielles Kapital verspricht.«<sup>133</sup> Das Dokument ist sehr schlecht lesbar und widersprüchlich, da der Interviewte selbst kurz vorher sagt: »Nein, mir ist kein Prozess gemacht worden, konnten sie auch nicht.«<sup>134</sup> Ein Antrag zur vollständigen Offenlegung ist anhängig, denn der BND hat den Ort, an dem Eichmann verurteilt wurde, mit Tipp-Ex überpinselt.

In Österreich und Deutschland ist Eichmann sicher nicht verurteilt, auch das US-Justizministerium weiß von keinem Verfahren. Und einen Prozess im sowjetischen Einflussgebiet hätte Eichmann kaum überlebt. Dieses Verfahren, verrät er einige Seiten weiter, sei im Rahmen des Prozesses erfolgt, den Rudolf Kasztner in Israel gegen sich selbst beantragt hatte, um sich von der Beschuldigung, mit den Nazis in Budapest kollaboriert zu haben, reinzuwaschen.<sup>135</sup> Kasztner, ein jüdischer Journalist und Jurist aus Ungarn, war von 1943–45 stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Hilfe und Rettung der zionistischen Bewegung in Budapest. In dieser Position verhandelte er mit der deutschen Besatzungsmacht über die Auswanderung ungarischer Juden. Nachdem ihm in einem Zeitungsartikel Ende 1952 vorgeworfen wurde, sich persönlich bereichert und seine Verwandten vor der Deportation gerettet zu haben, während er Hunderttausende in den Tod schickte, strengte Kasztner einen Verleumdungsprozess an, den er verlor. 1957 fiel er einem Attentat zum Opfer. Erst nach seinem Tod, 1958, entlastete ihn das Oberste Gericht Israels größtenteils von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen.

Sollte Kasztner also ein Verfahren gegen Eichmann angestrengt haben, kann dies im Grunde nur in Israel und vor 1957 geschehen sein. Alle zu Rate gezogenen Historiker haben von solch einer Verurteilung nie etwas gehört. In diesem ungeklärten Punkt wird hoffentlich die endgültige Offenlegung der Akten des BND und anderer Geheimdienste Auskunft geben.

Die Hagana, die in Mitteleuropa unmittelbar nach Kriegsende SS-Offiziere suchte und liquidierte, erhielt 1947 von der Jewish

Agency den Befehl, derartige Strafaktionen in Zukunft zu unterlassen. Und so sei es auch geschehen, andere Behauptungen entsprängen der Fantasie, gibt der Wiesenthal-Biograf, der israelische Historiker Tom Segev zu: »Der Mossad hat Eichmann nicht gesucht.«<sup>136</sup> Als Wiesenthal im Dezember 1949 Adolf Eichmann im österreichischen Ausseerland festnehmen wollte, soll sich ein ange-reister Mossad-Agent verplappert und so die Aktion vermässelt haben.<sup>137</sup> Nazijäger Wiesenthal beschwerte sich wiederholt, von den eigenen Leuten bei der Suche nach Eichmann behindert worden zu sein.

Eichmanns Vorgesetzter im besetzten Budapest, der SS-Standartenführer Kurt Becher, war einer der Geschäftstüchtigsten, was die Erpressung von Schutzgeldern anging. Zahlungskräftige ungarische Juden hatte er in die Schweiz und nach Wien ausreisen lassen, während Hunderttausende Mittellose nach Auschwitz deportiert wurden. Becher soll dafür »einen Millionenbetrag, dessen Höhe unbekannt ist«, erhalten haben.<sup>138</sup> Pro Juden sollte ein Kopfgeld von 1000 Dollar gezahlt werden, das macht bei 1700 Personen 1,7 Millionen Dollar. Nach deutscher Version sollen nur 750 000 Dollar gezahlt worden sein, »während die jüdischen Aktivisten [...] hartnäckig behaupten, dass der volle Preis bezahlt worden sei.«<sup>139</sup> Was davon nach 1945 noch übrig war, drei Koffer voller Gold und Schmuck, soll er bei der Jewish Agency in Genf abgeliefert haben. Becher war bei Kriegsende an Ungarn ausgeliefert worden, kam aber bald wieder frei, da Kasztner im Nürnberger Prozess für ihn aussagte.

Der genaue Inhalt und Umfang des Becher-Schatzes wurde nie bekannt. In jüdischen Kreisen kursierten unterschiedliche Angaben darüber, was zu gegenseitigen Verdächtigungen führte.<sup>140</sup> Die zionistischen Organisationen betrachteten geraubte private jüdische Besitztümer als ihr Eigentum, schrieb der israelische Autor Shraga Elam, und hatten auch kaum eine Wahl. Sie brauchten nach Kriegsende gewaltige Summen, um die Flüchtlingsströme zu versorgen und den Guerillakampf um die Gründung des Staates Israel zu finanzieren.<sup>141</sup>

Auszug aus den Akten des BND: »Vor dem Dritten Reich war er [Becher – gw] Angestellter bei einer Getreidefirma, nach dem Dritten Reich hat er als Eigenunternehmer in Bremen ein Vermögen erworben. Er besaß die Unterstützung des **GELÖSCHT** und des

**GELÖSCHT**, die es beide zuwege brachten, dass Becher auch in das deutsch-israelische Geschäft einsteigen konnte.«<sup>142</sup> Becher habe, so heißt es weiter, während der deutschen Besatzung Ungarns Fabriken der Schwerindustrie »arisiert und dafür die ganze Familie in das neutrale Ausland gebracht.«<sup>143</sup> Er habe ein Verhältnis mit einer »Volljüdin« unterhalten, die er »zu Wochenenden häufig besuchte« und sich mit ihr öffentlich zeigte. 1500 Juden soll er gegen den Betrag von einer Million Schweizer Franken in die Schweiz entlassen haben, »darüber hinaus aber soll er noch vielen einzelnen Juden geholfen haben, doch immer nach balkanischer Gepflogenheit gegen Sachleistungen«.<sup>144</sup>

Becher wurde erfolgreicher Geschäftsmann, Mitglied des Bremer Schaffermahls. Im Nachkriegsdeutschland handelte er mit Getreide und über seinen Geschäftspartner, die Firma Citrusboard in Tel Aviv, mit Obst. Eine klassische deutsche Karriere.

## Das braune Exil in Argentinien

Nach der Gründung der Bundesrepublik setzte eine wahre Völkerwanderung nach Südamerika ein. Über die sogenannte Rattenlinie flohen Tausende Nazis mit Hilfe des Vatikans und des Roten Kreuzes über Genua nach Argentinien. Viele setzten sich auch über skandinavische Länder ab. Diese Fluchtbewegungen konnten an den Alliierten nicht vorbeigegangen sein.

Das Nazi-Exil in Argentinien jonglierte zwischen Ost und West, war Teil des Kalten Krieges, der auch in den entlegensten Winkeln des Planeten ausgetragen wurde. Die geflüchteten SS-Leute dienten sich in diesem Machtkampf allen Seiten als Experten an, aus Gründen der eigenen Sicherheit und aus Gründen des finanziellen Überlebens. Die Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkrieges waren kein Thema, in Argentinien am wenigsten.

Eichmann soll laut offizieller Geschichtsschreibung nach Kriegsende unauffällig in der Nähe von Celle gelebt haben, erst als Holzfäller, dann als Hühnerzüchter. Doch laut freigegebenen BND-Akten hielt er sich bis 1948 vorwiegend in Oberösterreich auf.<sup>145</sup> Die Siegermacht USA hatte keine Hemmungen, die gerade besieigten Gegner –

die Hitlerleute – im Kalten Krieg militärisch gegen die bis vor kurzem noch verbündete Sowjetunion zu verwenden. Es waren der Geheimdienst der U.S. Army CIC und die 1947 gegründete CIA, die diese Leute dank ihres »antikommunistischen Erfahrungsschatzes« vor der Strafverfolgung schützten und für ihre Zwecke benutzten.

In Oberösterreich war eine U-Bewegung von alten Nazis entstanden, die in engem Kontakt mit den US-Behörden stand. Sie nannten sich Spinne oder Sechsgestirn. Ihre Mitglieder, ehemalige Angehörige der SS, SA und der Gestapo, bezeichneten sich als »U-Boote«. Ihre Aufgabe bestand nicht nur in der Sammlung der alten Kameraden, um sich einer möglichen Strafverfolgung zu entziehen. Sie wollten das Dritte Reich und den Führerstaat zurückhaben.

Welche konkreten Aufgaben Eichmann hatte – das geht aus den BND-Akten nicht hervor. Dort ist die Rede von einer straff organisierten Nazistruktur in Oberösterreich, die mit »Kenntnis« der Westalliierten militärisch in Osteuropa operieren sollte. »Eichmann war bis vor zirka drei Monaten, vermutlich seit Kriegsende 45, in den Bergen bei Grundlsee und bei einem Schriftsteller in Grundlsee selbst im Aufenthalte [...] Bis Sommer dieses Jahres hat Eichmann unter dem Namen »Ehrenreich« gelebt«, heißt es in einem Vermerk der Linzer Sicherheitsdirektion.<sup>146</sup> »Eichmann bekam vor einigen Monaten von der in Österreich bestehenden U-Bewegung einen österreichischen I-Ausweis auf den Namen »Veres, Alfred«, geboren im Wiener-Neustadt, ausgestellt. Seine letzte Zusammenkunft mit seiner Frau Veronika Liebl (Eichmann) erfolgte vor ca. drei Monaten auf einer Almhütte im Totengebirge. Er hatte damals seiner Frau gesagt, dass er zu seiner weiteren Sicherheit von seinem Aufenthaltsort Grundlsee verschwinden müsste. [...] Weiter erzählte Eichmann seiner Frau, dass er von seinen Kameraden verständigt worden sei, nach Braunau am Inn zu kommen, da er dort gebraucht wird. [...] Frau Eichmann hat letzten Sonntag am 12. Dezember 1948 bei einer Besprechung mit Vertrauensleuten ein kleines Lichtbild ihres Gatten vorgezeigt.«<sup>147</sup> Post erhalte Frau Eichmann laufend mittels Kurier, und zwar durch ihren Schwager Fritz aus Linz.

»Eine Zusammenkunft mit Eichmann ist möglich, doch nur für solche Personen, die Eichmann persönlich kennen. Der Ort der Zusammenkunft kann fallweise bestimmt werden«, heißt es in den BND-Akten in einem Bericht aus Linz.<sup>148</sup>

In der Nähe von Frau Eichmann, in Altaussee, lebte Dr. Euler, einst Arzt bei der SS-Division Totenkopf, sowie die SS-Ärzte Dr. Konrad und Hofer. Ganz in der Nähe, in Südtirol, hielt sich Siegfried Uiberreither auf, einst Gauleiter der Steiermark, dann Zeuge beim Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, der sich einer drohenden Auslieferung an Jugoslawien durch Flucht aus einem Lager der Alliierten entzogen haben soll und schließlich in Argentinien landete, sowie Armin Dadieu, der laut Geheimdienst-Vermerk »das Versteck von sieben Kubikmeter Schwerem Wasser, welches in der Steiermark vergraben sein soll« kannte.<sup>149</sup> Vermerk der Linzer Erhebungsgruppe vom 13. Dezember 1948: »Eichmann und Skorzeny sollen sich, wie Mitterhuber behauptet und Frau Eichmann andeutete, in Bayern bzw. an der bayerisch-österreichischen Grenze bei Passau aufhalten und sollen im Begriffe sein, eine Bande (Partisanen) zu organisieren, die sich vom Böhmerwald bis nach Salzburg erstrecken soll. Diese angebliche Bande soll mit Kenntnis und Einverständnis der Amerikaner aufgebaut werden und bei einer eventuellen Auseinandersetzung zwischen den Ost- und Westmächten in Aktion treten.«<sup>150</sup>

Der V-Mann berichtete von konkreten militärischen Plänen der Amerikaner: »Neuerdings soll er [Mitterhuber – gw] aus Deutschland von der dort bestehenden U-Bewegung die Weisung erhalten haben, in Österreich sämtliche Kraftfahrzeuge erfassen zu lassen, welche Fahrzeuge für eine eventuelle Mobilmachung vorgesehen sind.«<sup>151</sup> Die U-Bewegung in Europa werde von einem ehemaligen deutschen Offizier geleitet: »Vermutlich Kesselring, welcher im Sommer 1948 mittels Flugzeug und angeblich im Einvernehmen mit den Amerikanern nach Spanien flüchtete. Als zweiter Führer der U-Bewegung für Deutschland und Österreich wurde der SS-General Paul Hausser benannt, welcher sich in Bayern befindet. [...] Herbert Raner soll ebenfalls dem Sechsgestirn angehören.«<sup>152</sup>

Generalfeldmarschall Albert Kesselring hatte in Italien Hunderte Zivilisten als Vergeltung für Partisanenangriffe erschießen lassen, er befehligte noch im März 1945 die Westfront. Ob er wirklich, wie es in dem Linzer Bericht heißt, »nach Spanien flüchtete«, ist zweifelhaft. Er war, zumindest zeitweise, im Zuchthaus Werl inhaftiert, wurde aber 1952 nach massivem politischen Druck der Adenauer-Regierung endgültig »aus Gesundheitsgründen« entlassen. Dann

gründete er Organisationen wie »Stahlhelm« und »Bund der Frontsoldaten« und starb friedlich 1960. Ob er sich vor 1952 in Österreich aufhielt und die Untergrundbewegung leitete, muss dahingestellt bleiben.

Die U.S. Army wollte sich bei ihren Invasionsabsichten gen Osten der Nazioffiziere bedienen, auch des Generaloberst der Waffen-SS Paul Hausser. Er war an schweren Kriegsverbrechen in der Sowjetunion beteiligt. Nachdem er sich dem US-Geheimdienst angedient hatte, wurde er 1949 offiziell aus der Haft entlassen, Anklage gegen ihn nie erhoben. Aber schon vor seiner Entlassung soll er für seinen neuen Dienstherrn aktiv gewesen sein. Die U-Bewegung versorgte die alten Kameraden, viele von ihnen nunmehr im Dienst des CIC und der CIA, mit falschen Papieren, Geld und Unterkünften. »Das Ziel der U-Bewegung ist vorerst nur ein militärisches, im Falle einer Auseinandersetzung zwischen Ost und West sollte dann ein aktives Auftreten erfolgen. Über das spätere politische Ziel dürfte jedoch kein Zweifel bestehen: die Wiedergeburt eines Führerstaates im nationalsozialistischen Sinne zu erkämpfen. Einige Männer der U-Bewegung wie Hausser und Ranner sind außerdem bei den Amerikanern im Spionagedienst tätig.«<sup>153</sup>

Der »geistige Oberleiter« der U-Bewegung war Josef Urban, vormals SS-Obersturmbannführer und enger Mitarbeiter Eichmanns im SD in Ungarn. Ihm kauften nach dem Krieg die Dienste in Ost und West seine meist frei erfundenen Geschichten ab, zuerst gegen Straffreiheit, dann mit Geld. Im Juni 1946 »flüchtete« Urban aus einem Internierungslager des CIC, endgültig »entlassen« aus den Diensten des CIC wurde er laut BND im Frühjahr 1950.<sup>154</sup> In den Kreisen der U-Bewegung, so ist den Akten im Bundesarchiv zu entnehmen, verbreitete Urban munter, dass Hitler leben und die U-Bewegung Verbindung zu Hitler und Eichmann haben würde, auch dass er, Urban, für ihn arbeite. Später hätte er sogar behauptet, dass eine unmittelbare Verbindung zu Hitler bestünde, die über Argentinien liefe. Über dessen Aufenthaltsort hätte er geheimnisvolle Andeutungen gemacht, so z. B. dass eine 1939 ausgelaufene deutsche Antarktisexpedition im Südpolargebiet fruchtbares Land gefunden und dort ein Refugium geschaffen hätte. Im Rahmen der Neonazigruppen sei das Argument, dass Hitler noch lebe, bedeutsam gewesen, da Urban daraus ableitet hätte, dass der dem Führer geschworene

Eid noch seine Gültigkeit habe und alle, die dies nicht anerkennen wollten, einmal als Verräter bestraft werden würden.<sup>155</sup>

Mal wollte Urban dem BND geheime Dokumente aus Ungarn besorgen, ein anderes Mal spiegelte er enge Verbindungen ins Zentralkomitee der österreichischen kommunistischen Partei vor und versprach, an Interna heranzukommen. Es erwies sich alles als Bluff – aber Urban beschäftigte die CIA und die europäischen Dienste jahrelang. Der BND übernahm ihn offiziell 1956. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Linzer Sicherheitsdirektion längst gemerkt, dass Urban vor allem in die eigene Tasche wirtschaftete: Er organisiere einerseits die NS-Bewegung, andererseits verkaufe er selbst diese von ihm irreführten und verführten Menschen auf Antrieb der Polizei.<sup>156</sup> Seine Beziehungen zum israelischen Nachrichtendienst seien ein nicht minder pikantes Gegenstück.<sup>157</sup>

1949 wurde die Bundesrepublik gegründet und die militärischen Angriffspläne auf Osteuropa und die Sowjetunion erst einmal aufgegeben. Der Kalte Krieg brach aus. Wann dieser junge Staat wiederbewaffnet und eine eigene Armee haben würde, stand noch in den Sternen. Wohin also mit den Tausenden, die mit einem Prozess wegen Kriegsverbrechen zu rechnen hätten? Mit ihnen war der neue Staat nicht aufzubauen, sie waren, würde man heute sagen, ein »Arbeitskraftüberhang« und mussten weg. Gleichzeitig sollte das versteckte Kapital in den Kreislauf der Nachkriegswirtschaft integriert werden, und das ging nur über die Exportwirtschaft und Auslandsinvestitionen mit Nazigeldern.

Laut BND-Akten war Eichmann von Celle aus, wo er einen Stützpunkt unterhielt, von seinem Freund Luis Schintlholzer in dessen Auto aus Deutschland heraus bis über die österreichische Grenze nach Italien verbracht worden. »Vor seiner Abreise hat Eichmann dem Schintlholzer gegenüber geäußert, dass er Dokumente und Unterlagen über die Endlösung der Judenfrage in Norddeutschland (vermutlich im Raum Celle) sichergestellt habe«, heißt es in einem BND-Vermerk.<sup>158</sup> Wo diese »Unterlagen über die Endlösung der Judenfrage« zum Schluss gelandet sind, ist unklar. Der BND dürfte das wissen.

Im Juni 1950 schiffte sich Eichmann als Ricardo Klement in Genua Richtung Argentinien ein. Der Geheimdienst wusste vermutlich von seiner Flucht, denn »der BND verfügt in diesem Raum über

mehrere gute Verbindungen«, heißt es in den freigegebenen Papieren.<sup>159</sup> Außerdem war einer seiner Mitarbeiter nah an Schintlholzer dran. Dieser gehörte, laut BND, »in den Kreis, der 1950 Eichmann nach Argentinien schleuste. Sch. brachte Eichmann selbst in seinem Wagen von Celle bis an die österreichische Grenze. [...] Schintlholzer ist Österreicher, er hat seit Kriegsende eine gefälschte deutsche Staatsangehörigkeit. In Innsbruck, wo er wegen Vorfällen im November 1938 verurteilt werden soll, ist er offiziell totgesagt. Er beabsichtigt, sich der Innsbrucker Staatsanwaltschaft zu stellen. Dem [...] Staatsanwalt ist dies bekannt, er steht dem Fall Sch. wohlwollend gegenüber und hat ihm sagen lassen, er möge sich nicht vor September stellen.«<sup>160</sup> Auszug aus einem BND-Vermerk vom August 1960: »In der Anlage wird die Fotokopie eines Schreibens vorgelegt, das V-54026 abgefasst hat und mit dem sie bat zu prüfen, wie dem zur Fahndung ausgeschriebenen ehemaligen SS-Führer Schintlholzer geholfen werden kann. V-54026 wurde mitgeteilt, [...] dass sie sich aus der Angelegenheit heraushalten soll, was, so wie die Dinge hier beurteilt werden, allerdings schwierig sein dürfte, denn der ganze Kreis ehemaliger SS und SD-Führer, mit dem V-54026 freundschaftlich verbunden ist und politisch sympathisiert, stellt auf die Dauer gesehen, wenn Aktionen wie im Fall Eichmann eintreten, doch eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar.«<sup>161</sup>

Systematisch wurde bisher nicht aufgearbeitet, wie viele Nazis sich nach 1945 an den Río de la Plata abgesetzt hatten. In den ungeordneten Archiven der argentinischen Einwanderungsbehörde finden sich Einreisebelege – aber ob die vorgelegten Personalpapiere echt oder gefälscht waren, wurde nur in den wenigsten Fällen untersucht. 1997 hatte die argentinische Regierung die Kommission CEANA ins Leben gerufen, um die Nazi-Aktivitäten zu untersuchen. Doch Neues ermittelte die Kommission nicht. Das meiste war durch die Recherchen des argentinischen Journalisten Uki Goñi bekannt, der Rest waren Zeitungsausschnitte. Deshalb fehlen bis heute sowohl konkrete Zahlenangaben über die braune Völkerwanderung als auch Informationen über die wahren Identitäten.

In der Literatur wird der Eindruck erweckt, dass »nur« wenige Kriegsverbrecher in Argentinien waren, zwei- bis dreihundert. Doch ohne einen kompletten Abgleich der Einreisedokumente mit den Daten der ausgewanderten Nazis bleibt der strafrechtlich relevante

Hintergrund der Emigration im Dunkeln. Das ist wohl beabsichtigt.

Man kennt einige Namen, die mit falschen Papieren gekommen sind, Adolf Eichmann, Josef Mengele, Armin Dadiou, Siegfried Uiberreither. Die meisten nahmen, einmal in Südamerika angekommen, wieder ihren richtigen Namen an, andere behielten ihre geborgte Identität. Nur die wenigsten bemühten sich um die argentinische Staatsbürgerschaft.

Viel wurde geschrieben über die U-Boote, die voller Gold am Südatlantik eingetroffen sein sollen, um den neuen Einwanderern ihr Leben zu versüßen. Abgesehen von den beiden U-Booten U-530 und das U-977, kurz nach Kriegsende, entspringen diese Geschichten jedoch der Fantasie. Nur wenige Nazis verfügten über größere Finanzmittel wie der KZ-Arzt Josef Mengele, der von seiner Familie in Bayern alimentiert wurde. Die meisten waren mittellos und nahmen Jobs bei den deutschen Niederlassungen an, um sich über Wasser zu halten. In den dortigen Führungsriegen konnte man es zu einem ansehnlichen Auskommen bringen. Das Land am Rio de la Plata war damals reich.

Anführer des Nazi-Exils war Hans-Ulrich Rudel, hochdekorierter Stuka-Flieger im Zweiten Weltkrieg, Gründer des Freikorps Deutschland, das den Kommunismus wie die Einbindung des jungen Bonner Staates in die NATO gleichermaßen bekämpfte, sowie des Kameradenwerks, einer Hilfseinrichtung für ehemalige NS-Leute in Argentinien. Rudel feierte am 20. April 1952 zusammen mit dem früheren Generalmajor Adolf Galland im westfälischen Minden »Führers Geburtstag«. »Rudel wie Galland besitzen die argentinische Staatsbürgerschaft«, so ein Bericht des Geheimdienstes der U.S. Army, CIC, der die Tournee der beiden quer durch Deutschland auf Schritt und Tritt überwachen ließ.<sup>162</sup> Sie konferierten mit der Sozialistischen Reichspartei und anderen Nazigrößen wie Otto Skorzeny. Es ging um die Gründung einer Massenbewegung der Deutschen Führung, dessen Finanzier Hjalmar Schacht sei, so der CIC-Bericht.<sup>163</sup> Rudel verfüge über den stolzen Betrag von 32 Millionen DM, verteilt auf Schweizer und lateinamerikanische Bankkonten. Er war ein enger Vertrauter von General Perón und vertrat als »Auslandsvertreter« u. a. den Siemens-Konzern in Argentinien und Paraguay.

Dem Bericht lag ein Flugblatt des Freikorps bei, gerichtet an »Deutsche Männer, Deutsche Jugend!«: »Wir halten eine gesamt-nationale Opposition so lange für notwendig, als die Siegermächte ihre Aufgabe in der Erhaltung eines Systems der Schwäche in Deutschland, in der wirtschaftlichen und sozialen Niederhaltung unseres Volkes und in der Diffamierung unserer ehrenvollen vaterländischen Tradition einschließlich der Ehre des deutschen Soldaten des letzten Krieges erblicken.«<sup>164</sup>

1953 wurde das Freikorps auf amerikanischen Druck verboten, die Überwachung von Rudel und seiner Kameraden verstärkt. Die Alt-nazis in Argentinien seien sowohl gegen die USA wie gegen die Sowjetunion eingestellt, heißt es in einem Bericht des State Department aus dem gleichen Jahr, der von 7000 eingewanderten Deutschen seit Ende des Zweiten Weltkrieges spricht, aber »einige Neo-Nazi-Anführer in Argentinien und Deutschland sind für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Sie stehen in Verbindung mit ehemaligen Wehrmachts- und Waffen-SS-Offizieren in der sowjetischen Zone Deutschlands [...]«. <sup>165</sup> Die sowjetische Regierung habe in den letzten Monaten Interesse am Peronismus bekundet und den neuen argentinischen Botschafter in Moskau mit offenen Armen aufgenommen, eine hochrangige SU-Handelsmission sei an den Rio de la Plata geschickt worden, um die antiamerikanischen Bestrebungen Peróns zu fördern und um das Land dem US-Einfluss zu entziehen.<sup>166</sup>

»Eberhard Fritsch und andere Mitglieder des ›Weg-Kreises‹ sollen in Kontakt mit Vertretern von Ministerien und Behörden der Ostzone stehen. Karl Freiherr von Merck, der mit Fritsch zusammenarbeitet, soll Mitglied der in Argentinien ansässigen ›Deutschen Pro-Russischen Bewegung‹ [German pro-Russian Movement – gw] sein.«<sup>167</sup>

Die Bruderschaft soll aus Moskau finanziert werden, woran sich die Gruppe später spalten würde. Rudel wolle keine militärische oder politische West-Anbindung, sondern »ein unabhängiges Deutschland mit eigener Armee«. <sup>168</sup> Über ihn, so der Bericht, lägen unterschiedliche Einschätzungen vor, mal werde er als pro-UdSSR, ein anderes Mal als Antikommunist beschrieben. »Auf jeden Fall ist er antiamerikanisch eingestellt und nennt die Adenauer-Regierung einen US-Satelliten«, er bewundere die Sowjetunion wegen ihrer totalitären Organisation und würde »den sowjetischen Vorschlag von

einem vereinten, neutralen Deutschland und einer vereinten deutschen Armee« unterstützen.<sup>169</sup>

Auch wenn die Gehaltslisten der Geheimdienste aus Ost und West noch nicht vorliegen und wahrscheinlich niemals komplett deklassifiziert werden – die Nationalsozialisten diesseits und jenseits des Atlantik gerieten in Finanznot. Die Unterstützung durch die deutsche Großindustrie hielt sich in Grenzen, deshalb dienten sie zunehmend ihre Dienste den Spionagenetzwerken beider Seiten an. Zitat BND: »Bei seinem letzten Deutschland-Besuch hatte Sassen engen Kontakt mit Rudel, von dem [...] immer nachdrücklicher berichtet wird, dass seine politische Aktivität von Pankow beeinflusst wird. Es hat sich auch bestätigt, dass Sassen während seines Deutschlandaufenthaltes in Leipzig und Dresden war.«<sup>170</sup>

Eine der schillerndsten Figuren ist der SS-Offizier und zweifach verurteilte Kriegsverbrecher Willem Sassen. Bezeichnenderweise fehlt in den Akten des niederländischen Nationalarchivs das Urteil: »Wir wissen auch nicht, wie das geschehen konnte«, teilte das Archiv in Amsterdam auf Anfrage mit. Die Verurteilungen an sich wurden bestätigt.

Willem Sassen war in Belgien wegen seiner Beteiligung im deutschen Heeresdienst bei den Befreiungskämpfen um Belgien zum Tode und in den Niederlanden zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.<sup>171</sup> Über Dublin flüchtete er nach Argentinien und ließ seine zweite Frau, eine Tochter des süddeutschen Grafengeschlechts von Taufkirchen nachkommen. Er gründete ein Fotopressbüro in Buenos Aires, interviewte Präsident Perón und General Pedro Aramburu für *Life* – und dann Adolf Eichmann.

In seinem südamerikanischen Exil betätigte sich Sassen als Journalist, er schrieb für *Life*, und der *Stern* führte ihn im Impressum. Seinen Kontakt zu der Hamburger Illustrierten verdankte er seiner Bekanntschaft zu dessen Gründer und Herausgeber Henri Nannen. BND: »N. [Nannen – gw] war ab Herbst 44 stellv. Kommandeur (Obltn.) des SS-Propaganda-Unternehmens ›Südstern‹ in Italien. Er blieb allerdings Luftwaffenoffizier. – S. [Sassen – gw] war holländischer Kriegsberichterstatter bei der Waffen-SS. [...] Im *Stern*-Impressum wird er nur als ›schmückendes Beiwerk‹ gebracht, um die Weltweite dieser Illustrierten zu demonstrieren.«<sup>172</sup> Sassen sei eine »ausgesprochene Abenteurernatur, die sich nach 1945 nach Argentinien absetzte

und sich dem Kreis um den ehemaligen Oberst Rudel anschloss«. <sup>173</sup>  
Und weiter heißt es in den BND-Akten vielsagend: »In der Berichterstattung nicht immer zuverlässig und nicht billig«. <sup>174</sup>

Vor allem aber hielt der BND Sassen für einen Mann, der auf zwei Schultern trägt, denn, so der Vermerk von 1959, Sassen verfüge »über gute Kontakte zum amerikanischen Botschafter in Buenos Aires«. <sup>175</sup> Sassen selbst machte zumindest aus seiner Geheimdiensttätigkeit für die Deutschen keinen Hehl: »Er hatte bisher keinen ordnungsgemäßen Pass. Sassen [...] erklärte dann aber, er arbeite für eine deutsche Organisation, über deren Charakter er nichts sagen dürfe. Sie werde von einem bekannten deutschen General geleitet, der Name beginne mit ›G‹. [...] Sassen verfügt im Gegensatz zu früher über reichlich Geldmittel.« <sup>176</sup>

Obwohl die Niederlande seinen Namen erst 1969 von der Fahndungsliste strichen, erhielt Sassen im Januar 1959 einen deutschen Reisepass. Wieso – das wollte später das Auswärtige Amt klären. Ihm teilte der BND seine Informationen nicht mit, sondern antwortete lakonisch: »Zur Frage der Klärung der Staatsangehörigkeit des Sassen liegen hier keine Erkenntnisse vor.« <sup>177</sup> Das Bundesamt für Verfassungsschutz erwähnte zwar, dass er bei Kriegsende den Rang eines SS-Oberscharführers besessen habe, aber: »anderen nationalsozialistischen Organisationen gehörte er laut DC-Auszug nicht an.« <sup>178</sup>

DC steht für das Document Center, damals noch unter US-Verwaltung in Westberlin. Wie es der mehrfach verurteilte Kriegsverbrecher geschafft hat, von dort einen dienlichen Auszug zu bekommen, ist ebenso unerklärlich wie der Erhalt der bundesdeutschen Staatsbürgerschaft. Auch in den Beständen des Berliner Bundesarchivs war kein einziger Hinweis über ihn zu finden: »Zu Sassen ließen sich im Aktenbestand der Sammlungen BDC und NS-Archiv des MfS keine Hinweise auf Überlieferung ermitteln.« <sup>179</sup> Im Unterschied zum Archiv in Amsterdam wunderten sich die Beamten im Berliner Bundesarchiv nicht. Nicht mal in den Beständen des Document Centers, die inzwischen in Berlin liegen, ist Sassen aufgelistet. Die Geschichtsfälscher haben gründliche Arbeit geleistet. Auch im US-Bundesarchiv NARA ist Sassen nicht vermerkt, weder in den verfilmten DC-Beständen noch in den SS-Akten.

Bei Eichmanns Ankunft in Argentinien erwartete ihn die illustre Runde um Rudel und dessen Kameradenhilfswerk bereits. Im Hafen

wurde er abgeholt und zunächst in die nördliche Provinz Tucumán geschickt, wo er bei der Firma Capri unterkam. Das Personal dieser Firma bestand fast ausschließlich aus Altnazis. Die Firma war in der Wasserwirtschaft tätig und erhielt Aufträge der Regierung. 1952 ließ Eichmann seine Frau Veronika und die drei Söhne nachkommen; der Familie ging es wirtschaftlich nicht schlecht.

Im Handelsregister von Buenos Aires ist die Capri-Akte verschwunden, die Auskunft über ihre Gründungsmitglieder geben könnte – nicht die einzige Akte, die entfernt wurde, um die Firmengeschichte zu säubern. Eichmanns Biografen haben sich damit zufriedengegeben. Capris Chefingenieur war ein gewisser Carlos Laucher. Er hatte 1952 – da war Eichmann schon sein Angestellter – zusammen mit Ernesto Altgelt ein ehrgeiziges Projekt entworfen: einen Tunnel unter dem Río Paraná zu bauen, mit einer Länge von insgesamt 3000 Metern. So sollten die Provinzen Santa Fé und Entre Ríos miteinander verbunden werden. Laucher und Altgelt kamen dafür nach Paraná, wer mit ihnen reiste, war nach fast sechzig Jahren nicht mehr festzustellen. Zwei Jahre später wurde ihr Projekt bewilligt, aber dann kam der Putsch gegen Perón und legte das Vorhaben auf Eis. Doch die Generäle erwärmten sich für die deutsche Technik, und General Aramburu erklärte das Vorhaben zur Angelegenheit von nationalem Interesse. 1957 wurde das Projekt erneut ausgeschrieben, und ein Firmenkonsortium unter der Leitung von Hochtief erhielt mit den Plänen von Laucher und Altgelt den Zuschlag. Ab 1962 begann der Bau.

Hatte Hochtief schon mit den alten Kameraden von Capri zusammengearbeitet? Nein, meinte die Essener Firma auf Anfrage. Hochtief sei doch erst 1959 nach Argentinien gegangen. Das ist falsch. Richtig ist, dass zwar die Hochtief SA, also die Aktiengesellschaft, 1959 gegründet wurde. Das geht aus dem Handelsregister hervor. Aber wer die Akte eingehend studiert, der findet darin ein Schreiben, aus dem hervorgeht, dass die Aktiengesellschaft aus einer GmbH hervorgegangen ist.<sup>180</sup> Doch die Akte über die GmbH ist verschwunden. Schon seit längerem, wurde mir gesagt.

Von Capri wechselte Eichmann auf eine Großbaustelle, die am Río Paraná ein Kraftwerk baute, hundert Kilometer von Buenos Aires entfernt. Dort erkannte ihn jemand, der Simon Wiesenthal informierte, und der benachrichtigte 1954 den jüdischen Weltkongress in New York, um die US-Behörden zum Einschreiten zu bewegen.<sup>181</sup>

Doch die CIA hatte schon im Oktober des Vorjahres beschlossen: »Es ist nicht unsere Aufgabe, Kriegsverbrecher zu jagen«, und heftete den Brief kommentarlos ab.<sup>182</sup> Laut internationaler Abkommen waren die deutschen Behörden für die Strafverfolgung nationalsozialistischer Verbrecher zuständig, und für irgendwelche »dirty tricks« sah man in Langley keine Veranlassung.

Die Biografen haben sich um Eichmanns Arbeitgeber wenig gekümmert. Dabei wäre dies nicht schwer gewesen. Nur ein Kraftwerk wurde damals im Umkreis der argentinischen Hauptstadt errichtet: San Nicolás, am Ufer des Río Paraná. Das Projekt begann im Februar 1950, noch unter Perón. Der Auftrag war an ein deutsches Konsortium gegangen, bestehend aus den Siemens-Schuckertwerke AG, AEG und L&C Steinmüller. Der erste Großauftrag für eine deutsche Auslandsniederlassung, ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik! Siemens war federführend. Im Oktober 1957 wurde das Kraftwerk eingeweiht – aber da war Eichmann nicht mehr dabei.

Nach dem Sturz Peróns 1955 versuchte er sich mit einer Kaninchenzucht, dann mit einer Wäscherei, bis er 1959 bei Mercedes-Benz angestellt wurde.

Das braune Exil gab in der deutschen Kolonie den Ton an, man musste sich nicht verstecken oder rechtfertigen. Nach ihrer Herkunft, ihren Positionen im Dritten Reich fragte sie niemand. Für die argentinische Innenpolitik interessierten sich die Nazis relativ wenig, sie wollten bei der Neuordnung Europas mitmischen.

Wo Eichmann war, erfuhr die CIA schon 1954. Aber an seiner Verhaftung hatte sie kein Interesse. Jedenfalls nicht 1954. Vier Jahre später, am 19. März 1958, teilte der BND der CIA erneut seinen Aufenthaltsort und Decknamen mit.<sup>183</sup>

Ab 1956 wurde Eichmann von Willem Sassen interviewt. Er und der Inhaber des rechtsradikalen Dürer-Verlages, Eberhard Fritsch, kürzten das umfangreiche Interview von ursprünglich 3000 Blatt auf eine »kommerzielle Version« von 800 Seiten und boten sie Zeitschriften und Geheimdiensten an. Das wenige, was im Bundesarchiv in Koblenz als Kopie liegt, ist ungeordnet, mit Tipp-Ex bearbeitet und lückenhaft.<sup>184</sup> Es ging, bevor es dort landete, durch mehrere Hände: Nicht nur durch die von Sassen und Fritsch, sondern – mindestens – durch die der israelischen Staatsanwaltschaft und der US-Dienste. Sassen werden, so heißt es in internen BND-Vermerken, »amerikani-

sche Nachrichtendienst-Beziehungen nachgesagt.«<sup>185</sup> Die CIA hält ihre Sassen-Papiere weiterhin geheim, teilte sie mir auf meinen Antrag mit.

Sassen war geschäftstüchtig, er starb unbehelligt und mit üppigen Finanzpolstern ausgestattet in Südamerika. Wie Sassen arbeiteten die meisten Nazis für mehrere Geheimdienste, manche für West und Ost, und Carlos Fuldner, Organisator der Nazi-Einwanderung und Eichmanns Arbeitgeber Anfang der fünfziger Jahre, sogar für eine dritte Seite. Fuldner war laut BND-Quellen auch noch für den argentinischen polizeilichen Nachrichtendienst SIDE tätig und spielte bei der Verhaftung Eichmanns eine zentrale Rolle.<sup>186</sup>

Der BND hätte das Sassen-Interview für 80–100 000 DM erstehen können, heißt es in einem Aktenvermerk.<sup>187</sup> Sassen und Fritsch boten es auch dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) an. Vermutlich, um einen höheren Preis zu erzielen.

Die Rechte an dem Gespräch, das sich über mehrere Jahre hinzog, reservierten sich Eberhard Fritsch und Sassen. Fritsch war Herausgeber des argentinischen Naziblattes *Der Weg (El Sendero)*. Gegen ihn ermittelte die Staatsanwaltschaft Lüneburg wegen »Staatsgefährdung«, der Verfassungsschutz überwachte ihn bei seinen Deutschland-Besuchen. Zitat aus den BND-Akten: »E. F. hat einem zuverlässigen VM einige Probeblätter der Aufzeichnungen (DIN A4) in Ablichtung gezeigt. Die Probeblätter beinhalten Erklärungen Eichmanns über einen angeblichen Briefwechsel zwischen dem Generalgouverneur Dr. Hans Frank und Dr. Globke. Nach Eichmann soll Dr. Globke sich gegenüber Frank über das »zu weiche und unentschlossene Auftreten« Eichmanns beschwert haben. Eichmann versucht (die Echtheit der Aufzeichnungen vorausgesetzt) damit eindeutig, die Verantwortung für seine Maßnahmen auf »Weisungen von oben« abzuwälzen.«<sup>188</sup>

In Deutschland und Israel war 1956 das Buch Alex Weissbergs über Joel Brand erschienen.<sup>189</sup> Darin beschreibt der Leiter des jüdischen Widerstandes in Ungarn Eichmanns führende Rolle bei den Transporten von 434 000 Juden nach Auschwitz und sein Angebot, für 10 000 LKW eine Million Juden zu verschonen. Eichmann sei, so Brand, ein eiskalter Antisemit gewesen, ein gnadenloser Erfüller der Endlösung, bei der sechs Millionen Juden ermordet worden seien. Eichmann fühlte sich von Brand zu Unrecht beschuldigt und wollte

sich verteidigen. Er habe gar nichts gegen Juden, sprach er Sassen ins Mikrofon, sondern habe nur seine Pflicht getan, und die Zahl der sechs Millionen sei »Quatsch«, maßlos übertrieben.

Wie viele Juden der NS-Vernichtungsmaschinerie zum Opfer gefallen waren, wollte in jenen Tagen auch die Adenauer-Regierung herausfinden. Ihr fiel nichts Besseres ein, als bei den Tätern in Argentinien nachzufragen. Ob sie auch bei Eichmann anklopfte, geht aus den Akten des Auswärtigen Amtes nicht hervor. Dort finden sich aber Anfragen des Bundes-Innenministeriums an die deutsche Botschaft in Buenos Aires und an das Deutsche Institut für Zeitgeschichte. Man möge bitte bei Juan Maler, einem früheren Abwehragenten auf dem Balkan (richtiger Name: Reinhard Kopps) nachfragen, denn man sollte »Herrn Maler gerade wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit die Möglichkeit geben, sich über die während dieser Zeit verübten Greuelthaten an zuverlässiger Stelle« zu äußern.<sup>190</sup> Der schrieb aus Bariloche, dass »derartige Vergasungen nicht erfolgt sind«.<sup>191</sup> Dabei ließ man es bewenden.

Das komplette Sassen-Interview befindet sich in den Archiven der Geheimdienste. Im Koblenzer Bundesarchiv liegen zensierte Bruchstücke, die die Zeit nach 1945 fast komplett ausklammern. Weder die nukleare Zusammenarbeit der Argentinier mit den Deutschen und den Israelis noch der Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Adenauers Staatssekretär Globke, sind in den Akten aus Koblenz bzw. in dem bisher vom BND freigegebenen Sassen-Interview ein Thema. Das ist unglaublich, denn Globke stand Ende der fünfziger Jahre im Zentrum der Kritik der antifaschistischen Kräfte. Laut BND-Akten muss Sassen Eichmann auch zu Globke befragt haben, stand doch in den, dem BND angebotenen, Probeblättern des Interviews, dass Eichmann meinte, Globke hätte ihn für zu »weich« und »unentschlossen« gehalten.

Was Sassen und Fritsch vor dem Prozess in Jerusalem mit dem Eichmann-Interview anstellten – darüber wurde der BND über seine V-Leute auf dem Laufenden gehalten. Und die meldeten beflissen, dass Fritsch enttäuscht meinte, »Sassen habe ihm das Material nicht geschickt, weil er erfahren hat, dass [CIA-Chef Allen – gw] Dulles in den USA in einem Gespräch mit dem Verleger von *Life* geäußert hat, dass in der BRD beziehungsweise in Österreich Verhandlungen zum Kauf von Kopien laufen«.<sup>192</sup> Die Quelle 7396 wurde angerufen und

zu einer »sofortigen Besprechung mit Sassen« gebeten: »V-7396 lehnte ab. Sassen hatte sich, bevor er am 25. Dezember zu der Besprechung nach München kam, mit Hilfe von Rudel, mit dem er in Kufstein zusammengetroffen war, darüber Klarheit verschafft, dass er nicht im Fahndungsbuch steht.«<sup>193</sup>

An den deutschen Strafverfolgungsbehörden gingen diese Aktivitäten vorbei bzw. störten sie sich nicht daran. Zwar ermittelte der Generalbundesanwalt in Karlsruhe Anfang der sechziger Jahre gegen Rudel »wegen des Verdachts der Geheimbündelei im Zusammenhang mit der OAS, der Opération de l'Armée Secrète«, einer rechtsradikalen Söldnertruppe, die gegen die algerischen Befreiungsbestrebungen kämpfte. Doch das Verfahren wurde damals »mangels Tatverdacht eingestellt« – ob der BND mit daran gedreht hat, teilte die Bundesanwaltschaft nicht mit.<sup>194</sup> Auch für Spionage war die Bundesanwaltschaft zuständig, und damals reichte schon ein Besuch in der DDR für die Eröffnung eines Ermittlungsverfahrens. Doch bei den Nazis waren die Behörden nachsichtig. Hinweise zu Kontakten Rudels zum MfS seien nicht vorhanden, so die Bundesanwaltschaft.<sup>195</sup> Pullach hat seine Informationen den Strafverfolgern vorenthalten. Zu Eberhard Fritsch und Eichmann seien aber Ende der fünfziger / Anfang der sechziger Jahre »Aktenvorgänge angelegt« worden, so die Bundesanwaltschaft.<sup>196</sup> Sie wurden 1959 bzw. 1962 geschlossen, der Inhalt könne nicht nachvollzogen werden. Ein Ermittlungsverfahren sei nicht eingeleitet worden.<sup>197</sup>

Bis heute ist das Kapitel des argentinischen Nazi-Exils nicht aufgearbeitet worden – vermutlich weil nicht nur die Geheimdienste von Ost und West diese Leute für sich arbeiten ließen und ihnen bei der Flucht vor den Strafverfolgungsbehörden halfen. Auch die deutschen Firmen, allen voran Daimler-Benz, schweigen vornehm dazu, dass ihre Chefetagen Nazi-Nester waren. Viele ihrer Angestellten waren mit falschen Papieren ins Land gekommen, und bis heute ist nicht bekannt, welche Identitäten sich dahinter verbergen.

Der Einzige, der Informationen zu Eichmann gesammelt hatte, war ein blinder Jude. Lothar Hermann war im September 1935 der Gestapo aufgefallen, weil er beim Devisenschmuggel nach Frankreich erwischt worden war. Es ging um 90 RM, reichte aber für ein Ermittlungsverfahren wegen Spionageverdachts. Hermann landete im KZ Dachau. Nach seiner Entlassung flüchtete er zunächst nach

Holland und dann nach Südamerika, wohin drei Jahre zuvor sein Bruder Hugo übergesiedelt war. In Rosario wurde seine Tochter Silvia geboren, später siedelte die Familie nach Buenos Aires über. Die Hermanns zogen in das von Deutschen bewohnte Stadtviertel Olivos, wo ab Mitte der fünfziger Jahre auch die Familien Eichmann und Mengele unter ihren richtigen Namen lebten. Silvia hatte in einem Kino in der Nachbarschaft Klaus Eichmann kennengelernt. Das meldete ihr Vater 1957 dem Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Und der alarmierte die israelischen Behörden.

Doch die zeigten kein Interesse. Ben Gurion ging es nicht um Gerechtigkeit, sondern um Waffen, Atomtechnologie und Geld.

## Der militärisch-industrielle Komplex in Argentinien

In Südamerika landeten nicht nur SS- und Gestapo-Leute, sondern auch die deutschen Ingenieure und Wissenschaftler, die schon dem militärisch-industriellen Komplex Hitlers treue Dienste geleistet hatten: in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, in der die »Wunderwaffe« V2 entwickelt worden war, in den Flugzeugfabriken und in den Raketen- und Sprengstoff-Forschungszentren. Die Siegermächte rissen sich um sie. Denn die deutschen Ingenieure waren Träger von tödlichem Wissen.

Die USA pickten sich mit ihrer Operation Paperclip die wichtigsten heraus, den SS-Offizier Wernher von Braun, den Vater der nordamerikanischen Raumfahrt, sowie Walter Dornberger, dem im Reichsheereswaffenamt das gesamte Raketen-Programm unterstanden hatte. Er wurde Vizepräsident des US-Unternehmens Bell Aircraft Corporation.

Für die US-amerikanische Öffentlichkeit war das Thema heikel und wurde mit den Jahren immer heikler. Mehrere Untersuchungsberichte des US-Justizministeriums und des US-Kongresses sollten aufdecken, warum man wenige Jahre nach Kriegsende die einstigen Gegner hofierte. Doch man gab immer nur das zu, was ohnehin schon in der Presse stand. Dass die US-Botschaft in Buenos Aires Kontakte zum Kriegsverbrecher Sassen unterhielt – das war bis zur

teilweisen und durch das Bundesverwaltungsgericht erzwungenen Freigabe der BND-Akten im Jahr 2010 nicht bekannt. Das State Department hat sich dazu bisher nicht geäußert.

Argentinien schickte unmittelbar nach Kriegsende Werber nach Europa. General Juan Domingo Perón war während des Zweiten Weltkrieges Militärattaché in Rom gewesen, er bewunderte Mussolini und die deutsche Kriegskunst. Seine Regierung hatte dem Deutschen Reich erst wenige Wochen vor Kriegsende den Krieg erklärt, sie gehörte also nicht zu den Siegermächten, die den ersten Zugriff hatten, sondern musste sich mit dem abfinden, was übrig blieb. Deshalb war sie wenig wählerisch und nahm nicht nur Techniker und Experten, sondern Tausende Nazis auf.

1946 traf in Italien Juan San Martín, Direktor der FMA (Fabricaciones Militares Argentinas), in Begleitung des Generals César Ojeda ein, um Köpfe und Maschinen einzukaufen. Von Fiat bekamen sie Flugzeugteile, bestückt mit Motoren von Daimler-Benz.<sup>198</sup>

Den deutschen Ingenieuren versprach Perón ein üppiges Budget und freie Hand für alle Forschungen, die sie im Nachkriegsdeutschland nicht oder nur unter Aufsicht der Amerikaner machen konnten: die Entwicklung moderner Waffen, Raketen und Bomben.

Die deutschen Wissenschaftler kamen nicht nur auf der mit Hilfe des Vatikans eingerichteten Rattenlinie über Genua, sondern bequem u. a. über die Schweiz nach Argentinien. Hans Kleiner zum Beispiel, ein Nazi der ersten Stunde. 1923, mit 16 Jahren, war er in die NSDAP eingetreten, ein Jahr später in die schwarze Reichswehr, 1929 in den Schlageterbund. Der Ingenieur machte Karriere bei der Kölner Wilhelm Schmidding KG, zuletzt als Miteigentümer. In Hitlers Rüstungsamt leitete er den Hauptausschuss der Flugzeugausrüstung und entwickelte im schlesischen Zweigwerk Schmiedeberg, zusammen mit der Firma Heinkel, das Kampfflugzeug Julia I und den Raketentreibstoff Myrol. Hunderte Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge kamen dabei zum Einsatz. Hans Kleiner wurde von Oberst Rodolfo Jeckeln, einem hohen Offizier der argentinischen Militärwerkstätten, über die Schweiz nach Buenos Aires geschleust, die Dokumente liegen im Schweizer Bundesarchiv.<sup>199</sup> Jeckeln war von seiner Regierung beauftragt worden, in Europa Spezialisten anzuheuern.

Eine dritte, wenig bekannte Fluchtroute verlief über Skandi-

navien, auch dort halfen argentinische Botschaftsangehörige. Der Chefkonstrukteur der Focke-Wulff-Werke, Professor Kurt Tank, flog mit seiner Mannschaft, über sechzig Ingenieure, 1947 aus Dänemark nach Buenos Aires. Sie richteten sich in Córdoba in einem Flugzeugwerk ein und entwickelten dort den Düsenjäger Pulqui I und II, eine Bombe mit Fernsteuerung und einen Windtunnel, einen Kanal, um aerodynamische Eigenschaften zu testen. Mit von der Partie bei der Entwicklung des Pulqui – ein Begriff aus der Quechua-Sprache, der *Pfeil* bedeutet – waren auch Émile Dewoitine aus Toulouse, 1948 in Abwesenheit in Frankreich zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt, sowie Generalleutnant Adolf Galland, Hans-Ulrich Rudel und Reimar Horten. Horten war spezialisiert auf die »fliegenden Flügel«, Flugzeuge, die nur aus Flügeln bestanden.

Ende der vierziger Jahre entstanden in Córdoba eine komplette Flugzeugfabrik und eine geheime Forschungsanlage in der nahe gelegenen Kleinstadt Falda del Carmen. Dort entwickelten Hans Kleiner, die Brüder Julius Henrici und der frühere Messerschmitt-Pilot Karl Henrici sowie die Bombenspezialisten Bandel und Werner Baumbach Raketen, auch sogenannte intelligente Raketen. Beliefert wurden sie von Firmen, die Anfang der fünfziger Jahre mit Geldern aus Deutschland gegründet worden waren. Daimler-Benz hatte dieses Geldwäscheunternehmen geleitet und stellte der Gruppe in Córdoba auch seinen Ingenieur Dr. Roth zur Verfügung.<sup>200</sup>

Mercedes-Benz Argentina war 1951 von Jorge Antonio, der rechten Hand Peróns, gegründet worden. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte es sich zu einem wahren Imperium. Mit Geldern, die Daimler-Benz während des Dritten Reiches versteckt hatte, kaufte Antonio innerhalb weniger Jahre über sechzig Aktiengesellschaften. Das Kapital dafür kam illegal ins Land, denn offiziell registrierte die argentinische Zentralbank keine einzige Transaktion.<sup>201</sup>

Antonio ließ am Río de la Plata nicht nur Lastwagen herstellen, sondern in den eigenen Fabriken an jenen sensiblen Technologien arbeiten, deren Entwicklung in der jungen Bundesrepublik verboten war, an Raketen, Triebwerken und High-Tech-Kriegsgerät. Antonio kaufte über 60 Konzerne auf, nicht nur im herstellenden Gewerbe, sondern auch im Bergbau, in der Landwirtschaft sowie Zulieferer für Rüstungsunternehmen und die Luftfahrtindustrie. Dieses Daimler-Imperium wurde 1955, nach dem Putsch gegen General Perón,

wegen Geldwäsche beschlagnahmt und unter Zwangsverwaltung gestellt.<sup>202</sup>

Die Unterlagen hierzu waren jahrelang verschwunden, sie seien vernichtet worden, hieß es. Das waren sie aber nicht. Ich fand sie schließlich in einem Verließ einer privatisierten Staatsbank und durfte sie auswerten. Darin befanden sich die Zeugenaussagen über das Geldwäschesystem und die Korruptionszahlungen an Richter und Politiker sowie die schwarze Buchführung.

Im Imperium von Jorge Antonio und seinen Strohmännern befand sich auch der Rüstungsbetrieb Forja AG, ein gemischtes Unternehmen, das in Córdoba Teile für Flugzeuge und Eisenbahnen produzierte. Ihr Leiter war Hans Kleiner, der sich nunmehr Juan Kleiner nannte. In Falda del Carmen wurde die VI aus Peenemünde nachgebaut und weiterentwickelt. Diese Arbeiten hätten im Nachkriegsdeutschland nicht durchgeführt werden dürfen. Die Bundeswehr wurde erst 1955 gegründet, und die Pariser Verträge untersagten ausdrücklich die Forschung, Entwicklung und Herstellung von ABC-Waffen, von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Allerdings verbot der Vertrag nur die Entwicklung auf deutschem Boden, von argentinischem Boden war in dem Vertragstext nicht die Rede.<sup>203</sup> Und offensichtlich gab es im Nachkriegsdeutschland und in der jungen Bundesrepublik genügend Kräfte, die sich an dieses Verbot nicht halten wollten und wie nach dem Ersten Weltkrieg u. a. in der Sowjetunion und Schweden heimlich im Ausland diese Forschungen weiterführten.

Die Rechnung Peróns ging auf. Zusammen mit den Deutschen bauten die Argentinier eine »fliegende Bombe«, ein 3,5 Meter langes, zweiteiliges Projektil, das 500 Kilogramm Sprengstoff fassen und mit einem eigenen Motor sein Ziel suchen konnte. Sie war ein Nachbau der HS-293 der Firma Henschel, die noch während des Zweiten Weltkrieges eingesetzt worden war. Aus ihr entstanden die argentinischen Versionen Condor I und Condor II, acht Meter lang, getrieben mit festem Treibstoff, mit dem Hans Kleiner in Schlesien mit KZ-Häftlingen experimentiert hatte.

Auch in der Nukleartechnologie sollten die Deutschen mithelfen und bauten die Nationale Atomkommission (CNEA) auf. Argentinische Physiker hatten bis zu diesem Zeitpunkt allenfalls theoretische Kenntnisse von der Kernspaltung und wollten von den Einwande-

ern lernen. In Tucumán sollte ein Atomzentrum errichtet werden, angegliedert an die lokale Universität, unter der Leitung der Wissenschaftler Hans Flegenheimer und Walter Seelmann-Eggebrecht, letzterer war einst Mitarbeiter von Otto Hahn. Dann verlagerte sich der Schwerpunkt nach Patagonien, in das idyllische San Carlos de Bariloche am Ufer des Nahuel-Huapi-Sees. Auf der Insel Huemul baute ein Team unter der Leitung von Ronald Richter, aus dem Umkreis von Manfred von Ardenne, ab 1950 ein Nuklear-Forschungszentrum auf, das Centro Atómico und das Instituto Balseiro.

Heute verfügt das Land am Río de la Plata über eine ansehnliche atomare Infrastruktur, es exportiert mittlere Atomkraftwerke in alle Welt, ist erfolgreich bei der Urankonzentrierung, besitzt in Patagonien eine Fabrik zur Herstellung von Schwerem Wasser, gebaut von der Firma Sulzer, und kann in Pilcaniyeu Plutonium wiederaufbereiten. In Ezeiza, nahe des internationalen Flughafens, steht eine moderne nukleare Forschungsanlage. Drei AKWs sind in Betrieb, die von den Deutschen errichteten Atucha I und II sowie das kanadische Embalse.

Bariloche wirkt immer noch wie ein Kurort in Oberösterreich und war bei den Nazis besonders beliebt. Dort wohnten nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweise so illustre SS-Größen wie Erich Priebke, Josef Schwammberger, Ferdinand Tröstl, Hans-Ulrich Rudel und Reinhard Koppas alias Juan Maler, ein Balkan-Experte des SD.

Argentinien wollte Atommacht werden, wie das Nachbarland Brasilien – der ewige Konkurrent in Südamerika. General Manuel Savio hatte im August 1945 per Dekret verfügt, dass die Uran-Vorräte in Mendoza, die der Dirección General de Fabricaciones Militares unterstanden, als »strategischer Rohstoff« behandelt werden sollen, das heißt nicht exportiert werden dürfen.<sup>204</sup> Das Ziel war die Entwicklung von Atomkraftwerken, die mit Natururan statt mit angereichertem Uran funktionierten, das nur von den US-Amerikanern zu bekommen war und ausschließlich für zivile Zwecke eingesetzt werden durfte. Weder die Argentinier noch die Deutschen wollten sich von den Amerikanern reinreden und auf zivile Zwecke festlegen lassen.

Walther Schnurr, während des Krieges Munitions- und Kampfstoffexperte der IG Farben, kam schon 1945 nach Argentinien und baute mit deutschen Spezialisten die Waffenschmiede Peróns auf, die

Fabricaciones Militares. Erst nach der Gründung des Bundesministeriums für Atomfragen im Jahr 1955 kehrten er und die meisten Wissenschaftler in die Bundesrepublik zurück. Schnurr landete beim Kernforschungszentrum Karlsruhe. Zu seinen lateinamerikanischen Freunden hielt er enge Kontakte und nahm 1958 an der Einweihung des ersten argentinischen Atomreaktors teil. In der Bundesrepublik waren zwar Entwicklung und Forschung von Atomwaffen nach den Pariser Verträgen verboten, aber im Rahmen der NATO wurden die bundesdeutschen Streitkräfte mit atomarer Bewaffnung ausgerüstet. Und, wie gesagt, die heiklen Forschungen konnte man nach Argentinien auslagern.

Doch so praktisch diese ausgelagerte Werkbank in Südamerika war – sie war nur eine Notlösung. Die Patente mussten angemeldet werden, um rechtswirksam zu sein. Schon 1951 wurde in der Bundesrepublik der Verband zur Förderung der Luftfahrt e. V. gegründet, zwei Jahre später die Aero-Union, ein Zusammenschluss ehemaliger Flugzeug- und Motorenbauer.<sup>205</sup> Und der laut der Daimler AG »seinerzeit der Fachwelt bekannteste Raketenspezialist und Raumfahrt-pionier Eugen Sänger« wurde im Herbst 1954, aus Frankreich zurückgekehrt, Leiter des in Stuttgart gegründeten Instituts für Physik der Strahlantriebe.<sup>206</sup> »Schon für das Wintersemester 1953/54 hatte er einen Lehrauftrag erhalten, der Titel seiner Vorlesung hieß: Raketenantriebe.«<sup>207</sup> Die deutsche Industrie war von Anfang an mit von der Partie. Bei der Gründung trugen sich in die Mitgliederliste ein: Daimler-Benz AG, die Robert Bosch GmbH, Ernst Heinkel AG und die Dornier-Werke GmbH.<sup>208</sup>

Der Putsch gegen Perón im Jahr 1955 bedeutete eine Zäsur für die deutsche Atomforschung in Argentinien. Den deutschen Spezialisten passierte zwar nichts, aber man gab ihnen zu verstehen, dass sich das Klima geändert hatte.

Die neue Militärregierung in Buenos Aires knüpfte wieder engere Bande zum Weißen Haus. Statt auf die Nazi-Wissenschaftler zu setzen, schlossen sie 1955 ein bilaterales Abkommen mit der U.S. Atomic Energy Commission, die das Eisenhower-Projekt Atoms for Peace in der ganzen Welt propagierte. Die AEC lieferte schlüsselfertige Reaktoren und angereichertes Uran – gegen strenge Kontrollen, für den zivilen Zweck.

Die argentinischen Generäle fuhren zweigleisig. Einerseits un-

terschrieben sie, zumindest bis 1959, die Safeguards, kauften Waffen »Made in USA« und fachsimpelten auf den gemeinsamen Militärtagungen. Andererseits wurden nationalistische Kreise nicht müde, dies als imperialistische Bevormundung zu beschimpfen. Warum nicht heimlich, mit der deutschen Atomtechnologie, weitermachen?

Die Firma Forja, einst Besitz von Mercedes-Benz unter der Leitung von Hans Kleiner, wurde nach 1955 ebenfalls unter Zwangsverwaltung gestellt. Teile wurden aufgelöst, der Rest der argentinischen Luftwaffe übergeben. Und die machte mit dem deutschen Know-how weiter. Wie Arbeiter später beobachten werden, wurden nach der Wiedereröffnung 1959 und unter dem neuen Generaldirektor William Mosetti auf dem Firmengelände von Mercedes in González Catán Antriebssysteme für Raketen ausprobiert.

Mit der deutschen Technologie lässt sich auf der Basis von Natururan Plutonium herstellen. Und über Natururan verfügte Argentinien in knappem, aber ausreichendem Maße. In Malargüe bei Mendoza und Córdoba wurde Uranerz gefördert und zu Yellowcake, dem Ausgangsstoff für die Herstellung von Brennelementen, verarbeitet, das zu 75 Prozent aus Uranverbindungen bestand. Die weitere Reinigung fand in Ezeiza statt.<sup>209</sup>

Die deutsche Technologie versprach Unabhängigkeit, und die Regierungen in Buenos Aires – zivile wie militärische – entwickelten sie mit eigenen Ingenieuren weiter. Später, Ende der sechziger Jahre, erteilten sie Siemens den Auftrag für das erste kommerzielle AKW, Atucha I. Das Geschäft fädelte der Leiter der Karlsruher Forschungszentrale und »Argentinienexperte« Dr. Schnurr ein.<sup>210</sup> Atucha verarbeitete Natururan und benötigte als Moderator Schweres Wasser. Hier ist man heute Eigenversorger, 1976 erhielt die Schweizer Firma Sulzer den Bauauftrag.

Lange Zeit hatten die Länder der südlichen Halbkugel – allen voran Argentinien und Brasilien – den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet. Sie argumentierten, dass sie ein Recht auf atomare Verteidigung besäßen, da sich die Industriestaaten bis an die Zähne damit bewaffneten. Auch linke Kreise verwiesen auf den atomaren Imperialismus, eine mächtige Antiatomkraft-Bewegung konnte sich in Südamerika nie etablieren. Heute ist Südamerika ein atomwaffenfreier Kontinent, doch die Regierung in Buenos Aires verteidigt fa-

natisch die Atomkraft für zivile Zwecke – auch nach Fukushima 2011.

Nach dem Putsch gegen Perón, 1955, übten die USA massiven Druck auf die Militärs aus. Etliche Firmen des Komplexes Mercedes-Benz wurden aufgelöst oder vom Verteidigungsministerium übernommen. Und mangels Finanzierung warf Kurt Tank in Córdoba das Handtuch, Ronald Richter bemühte sich vergeblich um eine Anstellung bei der Air Force. Das gesamte Imperium von Mercedes-Benz Argentina wurde richterlich beschlagnahmt. Die Geldwäsche sollte bis ins Details untersucht werden, und eine Untersuchungskommission wurde einberufen. Das erstinstanzliche Urteil bestätigte die Beschlagnahmung ohne Entschädigung. Viel stand für das Unternehmen in Untertürkheim auf dem Spiel. Da erinnerte es sich an den alten Schutzherrn von der US-Militärregierung in Stuttgart und nahm Mosetti unter Vertrag. Und der zog die richtigen Strippen. Am 19. Februar 1959 – zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Uniformierten in ihre Kasernen zurückgezogen – erging das Urteil in zweiter Instanz in Sachen Jorge Antonio und Mercedes-Benz Argentina. Die Richter urteilten zugunsten von Daimler-Benz und hoben das Urteil über die Einziehung sämtlicher Vermögenswerte auf. Ein schwerwiegender Eingriff in die Besitzverhältnisse sei allein aufgrund der durch die vom Unternehmen begangenen Unregelmäßigkeiten nicht zu rechtfertigen.<sup>211</sup> Das Verfahren landete wieder bei der Staatsanwaltschaft, und es begann ein langwieriges Hin und Her über die Höhe einer zu verhängenden Geldstrafe. Doch der Wiedereröffnung der Werkspforten stand nichts mehr im Weg. Im April 1960 wurde Mosetti zum Generaldirektor von Mercedes-Benz Argentina gewählt, kurz vor Eichmanns Abgang.

Ob Eichmann in Argentinien engeren Kontakt zu Mosetti hatte, ist nicht belegt und eher unwahrscheinlich. Es trennten sie Klassen. Mosetti stammte aus einer wohlhabenden Familie, er war erfolgsverwöhnt, polyglott. Er repräsentierte Standard Oil und die Traditionsfirma mit dem Stern, redete mit Ministern und dem US-Botschafter. In Junín de los Andes nannte er eine Jagdhütte sein Eigen und stieg bei seinen engsten Freunden, Roberto Facht und Alfred und Ruth von Ellrichshausen, ab. Die Ellrichshausens nannten eines der edelsten Etablissements am Ufer des Nahuel-Huapi-Sees ihr Eigen. Das Hotel El Casco war wegen seiner Cuisine berühmt, der US-Bot-

schafter und hohe Militärs stiegen dort regelmäßig ab. Die Ellrichshausens waren nach dem Zweiten Weltkrieg eingewandert. Alfreds Familie war mit der Familie Neurath, Hitlers erstem Außenminister, verwandt. Seine Mutter Emy Bunge gehörte zum Clan der Firma Bunge & Born – dem wohl mächtigsten argentinischen Agrarimperium, das das Dritte Reich mit Getreide versorgt und bei der Geldwäsche von Mercedes-Benz eine wichtige Rolle gespielt hatte. Alfred Ellrichshausen erlebte das Ende des Zweiten Weltkrieges auf seinem Gut Hütschhof bei Eisenach. 1945 flüchtete er mit Hilfe der U.S. Army zuerst nach Stuttgart und dann nach Südamerika.<sup>212</sup>

Mosetti hatte Facht über Willy Staudt kennengelernt, Sohn von Richard Staudt. Der Senior hatte 1887 die Staudt & Co gegründet, mit den beiden Firmensitzen Berlin und Buenos Aires. Er handelte mit Leder und Wolle und wurde ab 1921 deutscher Generalkonsul in Buenos Aires. Dort gründete er mit der Friedrich Krupp AG und den Siemens-Schuckertwerken die *Compañía Argentina de Comercio* – ein Unternehmen, das *Waffen made in Germany* importierte. Richard Staudt unterstützte, gemeinsam mit Ludwig Freude und Carlos Fuldner, den »Gau Ausland« und finanzierte ab 1945 die Rattenlinie und den Wahlkampf Peróns.<sup>213</sup> Sein Sohn Willy liebte, wie Mosetti, die Hirschjagd, und Facht war Eigentümer eines riesigen Jagdgebietes in der Nähe von Junín de los Andes. Außerdem gehörte ihm die *Estancia Lolem* mit ihren 15000 Hektar besten Ackerlandes bei Coronel Suárez. Dort war Facht 1957 von Lothar Hermann und seiner Tochter Silvia aufgesucht worden, die das Gut inspizieren wollten, offensichtlich auf der Suche nach Nazis.<sup>214</sup> 1957 war das Jahr, in dem Lothar Hermann dem Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer die Adresse Eichmanns in Buenos Aires mitgeteilt hatte.

Eichmann entstammte dem Linzer Bürgertum und blieb sein Leben lang der farblose Verwaltungsmensch. Damals, 1957, wohnte er in Olivos, einem Vorort von Buenos Aires. Ab 1959 trat er unter dem Namen Ricardo Klement eine Anstellung in der Lastwagen-Fabrik von Mercedes-Benz in González Catán an. Offiziell war er als Elektriker angestellt, doch am Band stand er nicht, haben Arbeiter berichtet. Gegen einen regelmäßigen Acht-Stunden-Tag spricht auch der Umstand, dass der Weg von Olivos nach González Catán mit öffentlichen Verkehrsmitteln knapp drei Stunden in Anspruch genom-

men hätte. Er muss andere Aufgaben gehabt haben. Eichmann hatte in den dreißiger Jahren Hebräisch gelernt, um mit den zionistischen Organisationen über die Auswanderung von deutschen Juden nach Palästina verhandeln zu können. Fließend sprechen konnte er nicht, aber er verstand die Sprache und konnte sie lesen. Das war für seinen Arbeitgeber nicht uninteressant. Denn die Bande zwischen dem jungen Bonner Staat und Argentinien wurden noch enger, als sich Ende der fünfziger Jahre ein dritter Partner zu ihnen gesellte: Israel, auf der Suche nach einer eigenen Atombombe.

## Das israelische Atomprogramm

Die Regierung in Tel Aviv scheute seit der Staatsgründung im Mai 1948 keine Mühen für den Bau einer eigenen Atombombe, von der, wie sie glaubte, die Existenz ihres Staates abhängt. Doch das Vorhaben erschien unmöglich, es fehlten sowohl das technische Know-how als auch die finanziellen Mittel. 1949 wurde in Rehovot das Weizmann-Institut für Wissenschaften gegründet, und unter der Leitung von Ernst David Bergmann ging es von Anfang an auch um Atomforschung für militärische Zwecke. Bergmann gründete 1952 die Israelische Atomenergie Kommission und gilt als der Vater des wissenschaftlichen Nuklearprogramms.

Der israelische Staatshaushalt hing damals von Überweisungen aus den USA ab, und das Weiße Haus wollte im Nahen Osten keine Atommacht. Jedenfalls nicht bis Mai 1960. Präsident Eisenhower pflegte gute Beziehungen zu den erdölexportierenden arabischen Staaten. Er hielt sogar zu antikolonialistischen Kreisen in Algerien Kontakt – zum Unmut der Franzosen, die den Verlust ihrer Kolonien fürchteten.

Atomtechnologie war nur an zwei Orten zu bekommen: in den USA oder in der Sowjetunion. Mit Letzterer hatten die Israelis seit ihrer Staatsgründung gute Beziehungen unterhalten. Doch sie verschlechterten sich zunehmend. In der Sowjetunion war die jüdische Bevölkerung Repressalien ausgesetzt, dort lebten drei Millionen Menschen, die Israel gerne ins Heilige Land geholt hätte. Und dann knüpfte Moskau enge Bande zu den arabischen Ländern, vor allem zu Gamal Abdel Nasser, ab 1954 Staatspräsident von Ägypten.

Schon im August des folgenden Jahres erfuhren die westlichen Geheimdienste von einer geplanten Waffenlieferung der kommunistischen Tschechoslowakei an Nasser.<sup>215</sup> Und im Juli 1956 versprach die Sowjetunion den Ägyptern Hilfe bei der Entwicklung von Kernkraft. In Tel Aviv machte man sich große Sorgen.

Die Beziehungen Ben Gurions zu US-Präsident Eisenhower waren zu diesem Zeitpunkt alles andere als eng. Dem überzeugten Antikommunisten Eisenhower war vieles in der israelischen Gesellschaft verdächtig, so die Kibbuzbewegung und die Arbeiterpartei. In den Vereinigten Staaten rührte in den fünfziger Jahren keine jüdische Lobby die Werbetrommel, und das Weiße Haus setzte im Nahen Osten auf Deeskalation. 1952 hatten die USA, Frankreich und Großbritannien ein Waffenembargo verabredet, und die drei Großmächte tauschten Informationen aus, um eine Aufrüstung dieser explosiven Gegend zu verhindern. Nicht mal Gewehre durfte Israel im Ausland kaufen.<sup>216</sup>

Die USA wollten ihr Atomwaffen-Monopol sichern und den Kreis der Atomkräfte klein halten. US-Gesetze verboten die Herstellung von Atomwaffen für andere Staaten. Deshalb hatte Eisenhower das Atoms-for-Peace-Programm vorgestellt, das die Länder der Dritten Welt nicht grundsätzlich von der Atomtechnologie ausschließen sollte. Israel hatten die USA im Juli 1955 angereichertes Uran für Forschungszwecke versprochen – gegen scharfe Sicherheitskontrollen.

In diesem Punkt war sich John McCone, Chef der US-Atombehörde AEC, ausnahmsweise mit seinem sowjetischen Amtskollegen Wassili Emiljanow einig. Die beiden vereinbarten 1959, Atomtechnologie für nicht-zivile Zwecke nicht zu exportieren.<sup>217</sup> Nikita Chruschtschow ging davon aus, dass McCone nicht nur die Israelis unter Kontrolle halten würde, sondern auch seine Verbündeten in Argentinien und Deutschland. Er selbst machte sich bei seinen Verbündeten am Nil unbeliebt. Und die Amerikaner lehnten – das geht aus den Akten des State Departments hervor – die von Tel Aviv gewünschte Aufrüstung freundlich, aber bestimmt ab.<sup>218</sup> Gegen Ende der fünfziger Jahre änderte sich die Lage im Nahen Osten. Ein Putsch hatte ein pro-westliches Regime im Irak beseitigt, und in Libanon und Jordanien waren die westlichen Interessen ins Schwanken geraten. Das State Department begann, Israel als seinen Stellvertreter in der Region zu betrachten, und weichte das Waffenembargo auf.

Es war dem sowjetischen Spionagenetzwerk nicht entgangen, dass die Deutschen seit Kriegsende am Río de la Plata nicht nur Lastwagen bauten, sondern auch Atomzentren und Flugzeug- und Raketenfabriken. Die argentinische Presse hatte stolz darüber berichtet, als Perón sein erstes Düsenflugzeug, Pulqui I, öffentlich gefeiert hatte.

Es folgten neue gelenkte Raketen mit Radarsuchköpfen aus Córdoba, die Kriegsgerät aller Art transportieren konnten, Atombomben inklusive.

Schon vor dem Abschluss des sowjetisch-ägyptischen Atomabkommens hatte Ben Gurion bei den Franzosen angeklopft und seinen stellvertretenden Verteidigungsminister Shimon Peres, Ben Gurion selbst hatte den Ministerposten inne, nach Paris geschickt. Der hatte dort im Mai 1955 eine lange Wunschliste hinterlassen.<sup>219</sup> Doch noch wollte die französische Regierung keinen Streit mit Washington riskieren und lehnte ab. Erst als sie bedrohliche Informationen über die Pläne Nassers bezüglich des Sueskanals erhielt, wurde man sich in Paris klar, dass man dringend Informationen aus dem Nahen Osten benötige. Und die hatte der Mossad.

Die Ereignisse spitzten sich zu. Im September 1955 blockierten die ägyptischen Streitkräfte israelische Häfen, und Nasser gab die Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei bekannt. Einen Monat später flog Peres erneut nach Paris. Mit dem Amtsantritt des Sozialisten Guy Mollet am 1. Februar 1956 wurde Tel Aviv strategischer Partner in der Region. Und dieser Partner brauchte logischerweise Waffen. Im April 1956 landeten die ersten französischen Kampffjets *Mystère* in Israel und läuteten eine neue Ära ein.<sup>220</sup> Peres forderte mehr, zweihundert Panzer, 72 *Mystère*-Flieger, Raketen etc. – alles in allem für 70 Millionen Dollar.<sup>221</sup> Das war so viel, dass selbst Peres nicht daran glaubte, einen größeren Teil davon zu bekommen.

Kurz darauf, am 26. Juli 1956, verkündete Nasser vor Hunderttausenden die Nationalisierung des Sueskanals. Er war enttäuscht wegen der Weigerung der USA und Englands, den Bau des Assam-Staudammes zu finanzieren. Eisenhower hatte die Welt in Ost und West aufgeteilt, und die Länder des Südens mussten sich in dieses Schema einfügen und Partei für eine Seite ergreifen. Wer, wie Nasser, mit der Sowjetunion Handel treiben und politische Beziehungen unterhalten wollte, wurde von Finanzströmen abgeschnitten. Diese Strafen trieben Nasser erst recht in die Arme des Ostblocks – so wie es später mit Kuba geschehen sollte. Als die Revolutionäre um Fidel Castro und Ernesto Che Guevara 1959 das korrupte Regime weggefegt hatten, sprach die Kommunistische Partei Kubas noch von Kleinbürgern, die noch im selben Jahr in den USA Unterstützung für das neue demokratische Kuba suchen würden. Die Revolutionäre knüpften

jedoch zum Ostblock Kontakte, nicht zuletzt, um die Großmächte gegeneinander auszuspielen. Das State Department interpretierte dies als Annäherung an den Kommunismus und verschloss seine Türen.

Die Nationalisierung des Sueskanals verletzte massiv die Interessen der britischen und französischen Kapitalgeber. Ende September 1956 traf sich eine hochrangige französische Regierungsdelegation unter der Leitung von Außenminister Christian Pineau mit Shimon Peres, Golda Meir und Moshe Dayan in Paris.<sup>222</sup> Man wurde sich schnell handelseinig. Die französische Regierung bewilligte im Eilverfahren die israelischen Waffen-Wünsche. Am 29. Oktober des Jahres drangen israelische Streitkräfte in den Gazastreifen und auf die Sinai-Halbinsel vor und nahmen Kurs in Richtung Kanal. Zwei Tage später begann die Royal Air Force zusammen mit der französischen Luftwaffe, ägyptische Flughäfen zu bombardieren. Die USA schlossen sich der Offensive nicht an. Sie wollten im Rahmen ihrer Containment-Politik gute Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt, um den sowjetischen Einfluss einzudämmen, und sahen es nicht ungerne, dass die früheren europäischen Weltmächte ihre kolonialen Besitztümer aufgeben mussten. In dieses Vakuum wollten sie irgendwann selbst stoßen. Das Weiße Haus forderte einen Waffenstillstand und den Rückzug Israels aus Sinai und strich Israel die Entwicklungshilfe. So geschah es, Nasser ging gestärkt aus dem Angriff hervor, und die Beziehungen der USA zu Israel sanken auf einen Tiefpunkt.

Dafür mussten nun die Franzosen ihr im September ausgehandeltes Versprechen halten: den Bau von Dimona, des Atomkraftwerks in der Negev-Wüste. In der Nacht vom 5. auf den 6. November 1956 beschloss Mollet, Israel zur Atombombe zu verhelfen, heißt es in einer Publikation der Wiener Atombehörde.<sup>223</sup> Alles sollte streng geheim bleiben, damit die Amerikaner kein Veto einlegten. Die Anlage wurde als Textilfabrik getarnt.

Washington übte Druck auf Paris aus. Dort hatte im Dezember 1958 Charles de Gaulle das Amt des Ministerpräsidenten angetreten, und der störte sich an dem geerbten Atomdeal mit Israel – zum einen, weil er unter seinem sozialistischen Vorgänger Guy Mollet auf »sehr unorthodoxe Weise« zustande gekommen war,<sup>224</sup> zum anderen gefährdete er seine Force de frappe, sein eigenes Atomwaffenprogramm. Dafür benötigte er die Hilfe seiner atlantischen Freunde. Eisenhower hatte unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass er

kein Interesse an einer Atommacht im Nahen Osten habe. De Gaulle kündigte Ben Gurion an, Dimona nicht weiterzubauen – solange nicht klargestellt sei, dass das neue AKW internationalen Kontrollen unterliegen würde. Offiziell teilte dies der französische Außenminister dem israelischen Botschafter erst am 13. Mai 1960 mit,<sup>225</sup> aber schon im Jahr zuvor wusste Ben Gurion, dass er dem Rat der Franzosen folgen sollte, es bei den Deutschen zu versuchen. Der Atomminister Franz Josef Strauß hatte einen »geheimen Pakt« mit der französischen Regierung ausgehandelt, um eine eigene, europäische Atomindustrie, inklusive der militärischen Option, zu errichten.

Dass die Deutschen Pioniere bei der nuklearen Entwicklung gewesen sind, wusste auch Dr. Josef Cohn vom Europäischen Komitee des Weizmann-Instituts in Zürich. Er war enger Vertrauter Weizmanns und schon in den fünfziger Jahren auf der Suche nach Geldern und Know-how für das israelische Atomprogramm.

Die NS-Atomforschungen waren auf zwei Schienen verlaufen. Nach der Entdeckung der Uranspaltung durch Otto Hahn, Fritz Straßmann, Otto Frisch und Lise Meitner Ende 1938 sollte die durch die Spaltung von Atomkernen erzeugte Energie militärisch genutzt werden. Ab 1939 bildete sich in der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt unter der Leitung von Professor Abraham Esau der Uranverein, auch Uranprojekt genannt. Renommierete Wissenschaftler waren dabei, Werner Heisenberg, Carl Friedrich von Weizsäcker und Karl Wirtz vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Paul Harteck und Wilhelm Groth von der Universität Hamburg sowie Kurt Diebner vom Heereswaffenamt. Mit von der Partie waren private Firmen, an erster Stelle die IG Farben und die Degussa. Auf einer zweiten Schiene forschte der General der Waffen-SS, Hans Kammler, der unabhängig vom Uranverein und mit eigenen Leuten an einer neuen Raketentechnik samt nuklearem Sprengmaterial arbeitete.<sup>226</sup> Ob sie voneinander wussten, ist zweifelhaft, meinte die Degussa, die beide Gruppen mit »Spezialmetall«, also Uranmetall, belieferte, in einem internen Vermerk.<sup>227</sup> Beide Gruppen sollten kernwaffenfähiges Material herstellen, nicht, wie die Amerikaner, angereichertes Uran, sondern Plutonium auf der Grundlage von Natururan und Schwermem Wasser.

Im Sommer 1941 reichte Carl Friedrich von Weizsäcker das Patent für die »Erzeugung des Elements 94« in der »Uranmaschine« ein, das

die militärischen Einsatzmöglichkeiten von Kernreaktoren und Plutonium hervorhob.<sup>228</sup> Ein weiteres Patent von Karl Wirtz betraf einen Kernreaktor.<sup>229</sup>

Was mit diesen Patenten nach 1945 passierte, ist ungewiss, vermutlich wurden sie in den letzten Kriegstagen beiseite geschafft, um sie nicht den Alliierten in die Hände fallen zu lassen. Tatsache ist, dass Wirtz 1955 erneut ein Patent zu einem Kernreaktor anmeldete – so als hätte es die Vorgeschichte nie gegeben.<sup>230</sup> Die Firma Evonik, Nachfolgerin und Verwalterin des Firmenarchivs der Degussa, vermutet, dass es sich um dasselbe Patent gehandelt hat.<sup>231</sup>

Die gesamte Uranforschung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt wurde in den letzten Monaten vor Kriegsende nach Thüringen ausgelagert – ein großer Teil in die Lederfabrik Weida, in die Otto & Albrecht Dix AG.<sup>232</sup> Das Unternehmen hatte schon in den dreißiger Jahren Geschäftsbeziehungen zu Argentinien und von dort im großen Stil Felle bezogen. Es bestanden also bewährte Lieferrouuten. Gerätschaften und Material der PTR sollen vor dem Zugriff der Siegermächte über Dänemark nach Argentinien verschifft worden sein.<sup>233</sup>

1955 war das Bundesministerium für Atomfragen gegründet worden, mit dem CSU-Politiker Franz Josef Strauß an der Spitze. Die Bundesrepublik versuchte, in dieser Branche wieder an die Spitze zu gelangen. Allerdings verboten die Pariser Verträge die militärische Forschung zu ABC-Waffen, und die zivile Anwendung durfte nur unter US-Regie stattfinden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie befand, dass dies ein nicht zu akzeptierender Wettbewerbsnachteil war, und schrieb an Strauß: »Es ist Ihnen sicherlich bekannt, dass die deutsche Industrie für die friedliche Anwendung der Kernenergie die Notwendigkeit einer strengen und lückenlosen Kontrolle über die Verwendung von Kernbrennstoffen anerkennt. [...] Ich glaube aber, dass man der Gefahr der Industriespionage unter Umständen auch dadurch begegnen könnte, dass man die Ausübung der Kontrolle der Betriebe [...] ausschließlich nationalen Kontrolleuren anvertraut. [...] Wahlweise wäre auch noch der Vorschlag zu überlegen, ob man nicht [...] bestimmte Angestellte in betrieblich leitender Funktion (also Cheffingenieure und Betriebsleiter) vereidigt, die für die Kontrollbehörden notwendige Kontrolle durchzuführen. Mit freundlichen Grüßen Ihr ergebener Dr. Nenne«<sup>234</sup>

Die Industrie wich aus – zunächst auf Argentinien, wo deutsche Atomforscher seit Ende der vierziger Jahre tätig waren und ihre während des Nationalsozialismus erworbenen Fähigkeiten weiterentwickeln konnten. Dann knüpfte die deutsche Atomindustrie enge Bande mit den Franzosen und gründete 1957 Euratom. Dort lief ohne das Wissen der Deutschen wenig. Zu diesem Zeitpunkt waren die Franzosen bereits mit den Israelis im atomaren Geschäft, indirekt also auch die Deutschen.

Die AEC, die US-Atomenergiebehörde unter der Leitung von John McCone, erhielt von allen Seiten Informationen von den israelischen Atomplänen. 1959 informierte das norwegische Außenministerium offiziell, dass Israel bei der Firma Norsk Hydro zwanzig Tonnen Schweres Wasser bestellt habe.<sup>235</sup> Die Firma war in Europa der einzige Hersteller für Schweres Wasser, das bei der Herstellung von Plutonium benötigt wird. Plutonium wird für zivile Zwecke nicht verwendet, sondern ausschließlich für militärische. In den USA war die israelische Atombehörde mit ihrem Kaufwunsch abgeblitzt, weil sie sich den Sicherheitsbestimmungen, den Safeguards, nicht unterwerfen wollte. Sie machte Druck in Skandinavien und schrieb am 9. August 1957 an den Direktor der norwegischen Atombehörde NORATOM, Fredrik Møller, das Schwere Wasser für einen 40-KW-Reaktor dringend zu benötigen, »für die Entwicklung und Produktion von Plutonium für Israels künftigen Kernenergie-Betrieb«.<sup>236</sup> Es folgte ein diplomatisches Hin und Her, bis Israel schließlich im Februar 1959 versicherte, die Substanz nur zu friedlichen Zwecken verwenden zu wollen.<sup>237</sup>

1962 informierte die argentinische Atomkommission den US-Verbindungsoffizier von zwei Uran-Lieferungen an Israel.<sup>238</sup> Die erste 1960, fünf Tonnen über die Bundesrepublik, und die zweite 1962 von »zehn metrischen Tonnen von U<sub>308</sub> in Form von Urankonzentrat« direkt ins Heilige Land. Von der dritten Lieferung, 1963, über hundert Tonnen Yellowcake, werden die Argentinier vermutlich ebenfalls berichtet haben – allerdings hat das US-Energieministerium mir gegenüber nur die ersten beiden Lieferungen zugegeben.

Die ersten fünf Tonnen, so heißt es in einem Dekret der argentinischen Regierung vom 31. Oktober 1960, gingen über die deutsche Metallgesellschaft und die Nukem, eine Tochtergesellschaft der Degussa.<sup>239</sup> Degussa, die im Zweiten Weltkrieg an der Herstellung von

Plutonium arbeitete, hatte das Patent von Zyklon B besessen, des Giftgases, mit dem die SS in den Vernichtungslagern Millionen ermordete. Ich habe die Degussa gefragt, ob sie für die Israelis in den sechziger Jahren den Yellowcake aufbereitet hatte, erhielt aber keine Antwort, auch kein Dementi. In ihrem Firmenarchiv ließ mich die Firma nur Dokumente bis 1950 einsehen.

Im November 1960 kam der Atomwissenschaftler der Universität Michigan, Henry Gomberg, von einer Israelreise zurück und berichtete AEC und CIA gegenüber von einer geheimen Atomanlage, die in einem Jahr fertig sein würde.<sup>240</sup> Israel gehe zwei Wege, so Gomberg, den offiziellen mit einem Forschungsreaktor sowie den geheimen in Dimona, wo Plutonium hergestellt werden soll.<sup>241</sup> US-Außenminister Christian Herter bestellte den israelischen Botschafter, Avraham Harman, ein und legte ihm die Informationen und Fotos vor.<sup>242</sup> Er wollte wissen, von welchem Haushaltsposten man die Millionen für den Bau abgezogen habe – da dieser Betrag in keinem Titel der Wirtschaftshilfe enthalten war, die aus den USA kam. Harman stellte sich dumm und meinte, er würde »urgent advice« einholen.<sup>243</sup>

Am 13. Dezember schrieb die *Time*, dass eine kleine, nicht-kommunistische Macht, die nicht in der Nato sei, Atomwaffen herstelle.<sup>244</sup> Drei Tage später nannte die britische Presse Israel beim Namen, und am 18. Dezember bestätigte AEC-Chairman McCone öffentlich die Existenz von Dimona. Die US-Regierung schätzte dessen Baukosten auf 100 bis 200 Millionen Dollar.<sup>245</sup>

Dieser Betrag entsprach in etwa den israelischen Berechnungen. Sie erhielten letztlich 630 Millionen DM – zum damaligen Kurs also 150 Millionen Dollar – im Gegenzug für das Schweigen Eichmanns über die Nazis in der Adenauer-Regierung vor dem Tribunal in Jerusalem.

## Das nukleare Dreiecksgeschäft: Der Geschäftsfreund

Die Judenvernichtung während des Dritten Reiches war in den fünfziger Jahren kein Thema, weder in den USA noch in Israel, und am wenigsten in der Bundesrepublik. Dort standen die Zeichen auf Wiederaufbau und Wirtschaftswunder, und von den alten Geschichten wollte man nichts wissen. Die Wenigen, die es wissen wollten, wie der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, standen allein auf weiter Flur. In der DDR war das nicht viel anders, dort war der Aufbau des Sozialismus vordringliche Aufgabe, Entschädigungen für die Enteignung des jüdischen Eigentums wollte Ostberlin nicht zahlen. Und in Israel wollte man in die Zukunft blicken, den Staat aufbauen und nicht über die Traumata der Vergangenheit reden. Aber man brauchte Geld, und die USA waren in zahlreiche Kriege verwickelt, die astronomische Finanzmittel verschlangen. Wo sollte und wo konnte die Regierung in Jerusalem die Hand aufhalten, wenn nicht in Bonn?

Und wie sollte und wie konnte sich Konrad Adenauer diesen Wünschen verschließen – nach all den Gräueln des Nationalsozialismus? Wenn seine Regierung im Weltgeschehen jemals wieder mitreden wollte, dann musste sie sich um eine Normalisierung des Verhältnisses zum jüdischen Staat bemühen. Dass dies mit Geld geschehen würde, war allen klar. Aber in der israelischen Öffentlichkeit war bereits das Wiedergutmachungsabkommen von 1952 kritisch aufgenommen worden. Menachem Begin etwa sprach in der Knesset von »Blutgeld«, Ben Gurion musste sich wegen seiner zu guten Beziehungen mit Adenauer verteidigen – ein äußerst sensibles Thema in der israelischen Öffentlichkeit, wenige Jahre nach dem Ende des Naziregimes. Dass man von der jungen Bundesrepublik nicht nur Waffen kaufte, sondern auch – streng geheim – Waffen lieferte, kam erst später heraus, rief aber, als diese Lieferungen bekannt wurden, Ent-

setzen hervor. Nicht nur, dass man Kriegsgerät bezogen hatte – man hatte umgekehrt die Deutschen beliefert, das Tätervolk! Doch die Regierung Ben Gurions dachte gar nicht daran, ihre guten Kontakte nach Bonn einzustellen. Im Gegenteil. Wenn ihr Traum von einer eigenen Atombombe Wirklichkeit werden sollte, dann brauchte sie nicht nur deutsche Technologie – vor allem brauchte sie Geld, viel Geld.

Im Bonner Parlament hatte Adenauer das Luxemburger Abkommen von 1952, das sogenannte »Wiedergutmachungsabkommen«, nur mit den Leihstimmen der Opposition durchbekommen. Die Details des Abkommens hatte Hermann Josef Abs ausgehandelt, der als Vorstandsmitglied der Deutschen Bank für die Arisierung jüdischen Vermögens mitverantwortlich war. Nach Kriegsende saß er einige Wochen in Haft, wurde Finanzberater der britischen Besatzungszone und als entlastet eingestuft. Abs baute die staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) auf und trat 1952 in den Vorstand der Deutschen Bank ein. Über viele Jahre war er engster Vertrauter und Finanzberater Konrad Adenauers.

Laut »Wiedergutmachungsabkommen« sollten an die israelische Regierung 3,5 Milliarden DM gezahlt werden, um die Eingliederung der mittellosen jüdischen Flüchtlinge zu erleichtern. Die arabischen Staaten hatten protestiert. Auch ihnen, sagten sie, haben der Zweite Weltkrieg und der Nationalsozialismus Schaden zugefügt und Probleme hinterlassen, etwa das Problem der palästinensischen Flüchtlinge. Doch irgendwann ließen diese Proteste nach. Die Wiedergutmachung sollte ausschließlich für humanitäre und nicht für militärische Zwecke gezahlt werden und Mitte der sechziger Jahre auslaufen.

Von diesem Geld landete bei den KZ-Überlebenden so gut wie nichts – dafür aber umso mehr bei denjenigen, die schon mit Hitler gute Geschäfte gemacht hatten. 75 Millionen D-Mark aus der Wiedergutmachung wurden etwa zum Bezug von Öl aus dem Wirtschaftsraum des Vereinigten Königreiches gezahlt, unter anderem an Shell und Standard Oil.<sup>246</sup>

Abs war deutscher Verhandlungsführer des Londoner Schuldenabkommens gewesen, das 1953 mit der Zahlung von 14 Milliarden DM in mehreren Raten und einem Moratorium der Reparationen bis zu einem Friedensvertrag endete.<sup>247</sup> Damit sollten alle weiteren For-

derungsansprüche wie die Entschädigungen von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden. Ansprüche der Sowjetunion infolge von Kriegsschäden wurden von vornherein abgewehrt. In den Verhandlungen über das Schuldenabkommen wurden die Forderungen jenseits des Eisernen Vorhangs nicht gehört, nicht beantwortet oder pauschal abgelehnt. Aber die Fragen von Regierungen, mit denen man im Kalten Krieg auf derselben Seite stand, waren nicht so einfach vom Tisch zu wischen. Nach dem Wiedergutmachungsabkommen mit Israel und dem Bundesentschädigungsgesetz fürchtete das Auswärtige Amt, dass andere ebenfalls anklopfen würden.

So geschah es auch, notiert ein Vermerk des AA: »Es hat sich aber herausgestellt, dass dieses Werk eine Lücke aufweist, nämlich die weitgehende Nichtberücksichtigung der ausländischen Opfer des nationalsozialistischen Regimes.«<sup>248</sup> Es gab zu diesem Zeitpunkt – 1958 – konkrete Demarchen von elf Ländern, und das AA schätzte die benötigte Summe, um diese Ansprüche zu befriedigen, auf etwa 500 Millionen DM.<sup>249</sup> Dazu müssten die 18 bis 23 Milliarden DM aus dem Bundesentschädigungsgesetz addiert werden sowie die 3,5 Milliarden DM für Israel. An diesen Zahlungen führe kein Weg vorbei, andere Forderungen stünden noch aus. Die Holländer etwa verweigerten die Rückgabe von Gebieten, bis Bonn die holländischen KZ-Häftlinge entschädigen würde.<sup>250</sup> Der AA-Vermerk warnte, dass man eine Regelung finden müsse, mit der man »etwaige Ansprüche von Ostblockstaaten abwehren« könne.<sup>251</sup>

Die deutsche Botschaft in Oslo berichtete von den Entschädigungs-Verhandlungen mit der norwegischen Regierung. Adenauer hatte ausgerechnet seinen Vertriebenenminister Theodor Oberländer geschickt, einst ein an der Ostfront aktiver Nazi-Ideologe, der in einem Artikel im *Neuen Bauernleben*, dessen Urheberschaft er später abstritt, die klare Trennung von »Deutschtum« und »Polentum« als »eine absolute Notwendigkeit, wenn die Reinerhaltung der Rasse gewährleistet sein soll«, bezeichnet hatte.<sup>252</sup> Im Dezember 1958 traf sich der mittlerweile »entlastete« Minister mit dem norwegischen Ministerpräsidenten Einar Gerhardsen. Sein Besuch fiel zeitlich mit der deutschen Note zur Entschädigungsfrage vom 8. Dezember 1958 zusammen. Oberländer habe sich laut norwegischem Protokoll schließlich dazu bereiterklärt, eine Summe von bis zu 60 Millionen DM für

Norwegen und 20 bis 25 Millionen dänischer Kronen für Dänemark als Entschädigungsleistung aufzubringen.<sup>253</sup>

Um Entschädigungsforderungen ging es auch bei der sogenannten Merten-Affäre. Im April 1957 war der Berliner Rechtsanwalt Max Merten sorglos nach Athen gefahren. Er war während der deutschen Besatzung Militärverwaltungsrat in Thessaloniki und dort zuständig für die Beschlagnahmung jüdischen Vermögens gewesen. Die lokalen griechischen Behörden wollten das seinerzeit nicht hinnehmen. Schließlich waren die dort lebenden Juden in den meisten Fällen griechische Staatsbürger, warum sollte ihr Besitz, im Falle einer Deportation, an die Deutschen fallen? Ob diese kontroverse Diskussion vom Geist der Solidarität geleitet war, mag dahingestellt sein, viele Länder wehrten sich mehr gegen das Einkassieren jüdischer Vermögen als gegen das Einkassieren jüdischer Menschen. Auch im Falle der geflüchteten deutschen Juden war die Rechtsfrage bezüglich ihres Vermögens ungeklärt. Auf welcher Rechtsgrundlage man sich ihren Besitz im In- und Ausland einverleiben wollte, wurde auf einer Sitzung in Berlin am 15. Januar 1941, ein Jahr vor der Wannsee-Konferenz, beraten. An ihr nahm auch der Ministerialrat Hans Globke teil, der einen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen verfasst hatte und als Experte in diesen Fragen galt.<sup>254</sup> Auf der Tagesordnung stand die »Ordnung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse im Großdeutschen Reich«. <sup>255</sup> Zunächst beriet man, wie man infolge der Nürnberger Gesetze, die Juden und nicht-jüdischen Fremdblütigen die deutsche Staatsangehörigkeit absprachen, nun mit dieser Problematik weiterverfahren sollte. Den Entwurf, die Juden im Großdeutschen Reich in den Rang der Schutzangehörigen zu stellen, hatte Hitler zuvor mit der Begründung abgelehnt, dass es nicht angängig sei, im Großdeutschen Reich die »artverwandten Fremdvölkischen« mit den »artfremden Juden« auf eine Stufe zu stellen.<sup>256</sup> Der neue Entwurf sah vor, allen Juden deutscher Staatsangehörigkeit im In- und Ausland diese zu entziehen und sie zu Staatenlosen zu machen – vom Verlust der Staatsangehörigkeit ausgenommen werden sollten lediglich diejenigen Juden, die in »privilegierten Mischehen« lebten.<sup>257</sup>

Anschließend ging es ans Eingemachte: »Hierauf fand eine Aussprache über die Behandlung des Vermögens der im Ausland lebenden Juden statt. [...] Der Vorsitzende führte hierzu aus, dass der Entwurf eine Einziehung des Vermögens uno actu vorsehe und dass die

Bestimmungen über die Durchführung der Einziehung und der Haftungsbeschränkung im wesentlichen der Regelung im Ausbürgerungsgesetz [...] nachgebildet seien.«<sup>258</sup> Der Vorsitzende erklärte, »dass sich die Maßnahmen gegen das gesamte Vermögen des Ausgebürgerten richten, dass allerdings ihre Durchführung im Ausland praktisch nicht möglich sei. Im Zusammenhang hiermit werde noch zu prüfen sein, in welcher Weise die Vermögenswerte im Generalgouvernement und den besetzten Westgebieten zu behandeln seien.«<sup>259</sup>

Man prüfte und prüfte, doch trotz aller Klimmzüge fanden die Nazijuristen keinen Ausweg aus der juristischen Zwickmühle: Wenn man den Menschen ihr Deutsch-Sein weggenommen hat, kann man nicht ihrem Besitz das Deutsch-Sein zusprechen. So war also nicht an das jüdische Vermögen im Ausland heranzukommen, jedenfalls nicht auf legale Weise. Was lag also näher, als das Ausland in Inland zu verwandeln?

Knapp drei Monate nach der Besprechung in Berlin griff die Wehrmacht im Rahmen ihres Balkanfeldzuges Griechenland an. Dort sollte der Jurist Max Merten für eine reibungslose Einvernahme des jüdischen Besitzes sorgen. Er hatte 1936 ein Juraexamen abgelegt, wurde Gerichtsassessor beim Landgericht Berlin, und wegen einer Verletzung am linken Fuß blieb ihm die Front erspart. Seinen Posten bei der Militärverwaltung in Saloniki trat er am 12. April 1942 an. Seine Aufgabe war die »Abschirmung des jüdischen Vermögens gegen ungesetzliche griechische Zugriffe«.<sup>260</sup> Dazu erwirkte er 1943 den Erlass des Gesetzes Nr. 205, das die »ordnungsmäßige Verwaltung des zurückgebliebenen jüdischen Vermögens sicherstellen sollte«.<sup>261</sup> Es sei aber ein Schlag ins Wasser gewesen, weil es viel zu spät gekommen sei.<sup>262</sup> Merten: »Ich kannte andererseits schon damals die Schmutzigkeit der griechischen Behörden und Zivilisten in derartigen Dingen, die stets darauf bedacht waren, sich selbst möglichst zu bereichern und dann die Verantwortung für das illegale Verschwinden des jüdischen Vermögens den deutschen Dienststellen in die Schuhe zu schieben.«<sup>263</sup> Die griechischen Behörden taten dieses mit dem Hinweis auf die griechische Staatsbürgerschaft der Juden.

Nach dem Krieg wurde Merten entnazifiziert und baute in Berlin eine Anwaltskanzlei auf. Eines Tages erhielt er Post von der Frau seines früheren Dolmetschers, die sich vergeblich an die Rechtsabtei-

lung der Deutschen Botschaft in Athen gewandt hatte. Frau Meissner berichtete von ihrem in Deutschland lebenden Ehemann, der nach Griechenland zurückwollte, aber in einem griechischen Kriegsverbrecherverfahren angeklagt und dessen Haus von den Behörden beschlagnahmt worden sei. Merten wollte helfen und sprach zusammen mit Frau Meissner in der deutschen Botschaft in Athen vor. Er kündigte einen Besuch bei Generalstaatsanwalt Andreas Toussis an.<sup>264</sup> Dem gegenüber erklärte Merten, sein ehemaliger Dolmetscher habe nur übersetzt und Befehle ausgeführt.<sup>265</sup> Welche Befehle? Und wessen Befehle? Zum Beispiel Mertens Anordnung über die Kennzeichnung und Ghettoisierung von Juden? Davon wusste Toussis aus einer Broschüre, die in Saloniki verbreitet wurde und die zahlreiche Dokumente über die Verfolgung der griechischen Juden enthielt.<sup>266</sup> Merten versuchte zunächst, die Echtheit seiner Unterschrift zu leugnen, dann meinte er, er habe auf Weisung von Vorgesetzten gehandelt und sich strikt an die Gesetze gehalten, darunter das Nürnberger Rassengesetz.<sup>267</sup> Der Generalstaatsanwalt hörte ihn an und verhaftete ihn an Ort und Stelle.

In Bonn war man entsetzt, so etwas hätte nicht passieren dürfen. Laut internationaler Verträge war die Bundesrepublik für die Ermittlung und Aburteilung nationalsozialistischer Verbrechen zuständig. Anfangs hatten sich die meisten Staaten daran gehalten. Die Regierung in Athen hatte nach Kriegsende Strafverfahren gegen 470 deutsche Offiziere eingeleitet, darunter gegen General Wilhelm Speidel, nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Hans Speidel, dem NATO-Oberbefehlshabers für Mitteleuropa. Nachdem die Adenauer-Regierung versprochen hatte, Nazi-Verbrechen vor bundesdeutschen Gerichten anzuklagen, stellten die Griechen ihre Ermittlungen ein.<sup>268</sup> Doch die deutschen Behörden dachten gar nicht daran, diese Verfahren aufzurollen. Im Bundesjustizministerium wurden sie von Ministerialdirigent Ernst Kanter verschleppt. Während des Dritten Reichs war Kanter Militärgerichtsrat im besetzten Dänemark, er verurteilte mindestens 103 Widerstandskämpfer zum Tode. Später wurde er Senatspräsident des Bundesgerichtshofes.

1956 schickte die griechische Regierung eine Delegation nach Bonn und machte Druck. Ohne Erfolg. So kündigte sie an, diese Fälle wieder selbst in die Hand zu nehmen. Im Auswärtigen Amt ahnte man nichts Gutes und richtete, um gegen alles gewappnet zu

sein, die Zentrale Rechtsschutzstelle ein. Ihr Leiter Hans Gawlik, während des Zweiten Weltkriegs Erster Staatsanwalt in Breslau, sollte die Bundesregierung über im Ausland gegen deutsche Kriegsverbrecher erlassene Haftbefehle informieren und warnen.

Im Oktober 1957, nach der Verhaftung von Merten, diskutierte man in Bonn, wie man die Kriegsverbrecherverfahren weiter behandeln solle. Konkret ging es um achtzig Fälle, bei denen das Ausland Druck ausübte – Druck, der vermutlich durch Geld aus dem Weg zu räumen war. Das AA wollte aber nicht nachgeben und lehnte die griechische Forderung nach Zahlung einer Entschädigung außerhalb des Londoner Schuldenabkommens ab. Begründung: Es gäbe schließlich ein Abkommen mit der griechischen Regierung, dass sie ihre Verfahren gegen deutsche Kriegsverbrecher solange suspendieren, bis die deutschen Verfahren laufen würden, und nach Abschluss der deutschen Verfahren hätten sie ihre Ermittlungen einzustellen.<sup>269</sup> Gawlik stellte Merten nach dessen Verhaftung einen Anwalt zur Seite. Dessen Verteidigungslinie lautete: Befehlsnotstand. Sein Mandant habe vor Beginn der Maßnahmen gegen die griechischen Juden im Reichsinnenministerium telefonisch angefragt, »ob es wahr sei, dass die Nürnberger Gesetze samt Ausführungsvorschriften auch im besetzten Gebiet anzuwenden seien«. Man habe ihn nach einigen Tagen angerufen und erklärt, dass laut Auskunft von Ministerialrat Globke an der Gültigkeit der Weisung, die Nürnberger Gesetze auch in den besetzten Gebieten anzuwenden, kein Zweifel bestehe. Man werde ihm den bekannten Kommentar Globkes übersenden.<sup>270</sup> 1959 wurde der Militärprozess in Athen eröffnet. Merten erklärte zu seiner Verteidigung, dass er im Februar 1943 ihm bekannte Juden vor den Deportationen gewarnt habe.<sup>271</sup> Er habe mit dem Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, René Burkhardt, einen Rettungsplan entworfen. Zehntausend jüdische Frauen sollten auf Schiffen, die Lebensmittel für das Rote Kreuz gebracht hatten und im Hafen ankerten, nach Palästina gerettet werden. »Ich hatte ihn [Burkhardt – gw] vertraulich davon unterrichtet, dass beabsichtigt sei, die Juden Salonikis in das Generalgouvernement Krakau umzusiedeln. Ich hatte ihn gebeten, die jüdische Gemeinde Salonikis von dieser drohenden Gefahr zu unterrichten, was Herr Dr. Burkhardt auch getan hat. Nachdem er bei dem jüdischen Oberrabbiner Dr. Koretz kein Verständnis für diese Warnung gefunden hatte – der es ihm

nicht glaubte – unterrichtete Dr. Burkhardt seine jüdischen Bekannten in Saloniki [...]. Es flohen daraufhin einige Tausend junge Israeliten zu den Partisanen, wurden allerdings später vom Oberrabbiner Dr. Koretz wieder zur Rückkehr nach Saloniki veranlasst und auf diese Weise von Wisliceny mit abtransportiert.«<sup>272</sup> Auf Burkhardts Bitte habe er einige Tage nach dem 13. März 1943 ein Telegramm nach Genf geschickt: »Bitte Interrotkreuz Metropole Genf drahten. Deportation 45 000 Juden aus Saloniki fast bestimmt. Dringliche Prüfung mit betreffenden Regierungen wegen Deportation von Frauen und Kindern nach Palästina erforderlich.«<sup>273</sup> Merten habe dieses Telegramm über den Heeresfernschreiber nach Berlin gekabelt, und von dort sei es in die Zentrale des Roten Kreuzes in Genf geschickt worden. Das Telegramm landete »wegen seines für die damalige Zeit ungewöhnlichen Inhaltes im Reichssicherheitshauptamt und damit bei Eichmann«,<sup>274</sup> Der habe ihn angerufen und gefragt, ob er verrückt geworden sei, »eine Frage, die er noch mit weiteren Beschimpfungen verband«.<sup>275</sup> Merten kannte Eichmann von dessen Besuch in der deutschen Gesandtschaft in Athen wenige Wochen zuvor. Eichmann hatte einige Weihnachtswünsche, »Olivenöl und Zigaretten«, vorgebracht, und er, Merten, sei bei der Beschaffung behilflich gewesen.<sup>276</sup> Die deutsche Botschaft hätte daraufhin den Rotkreuz-Mann Burkhardt des Landes verwiesen. Merten jedoch habe sich mit dem Scheitern des Rettungsplans nicht abfinden wollen und sei nach Berlin, zu Adolf Eichmann, gefahren. Merten: »Eichmann war der Ansicht, dass er sich des Einverständnisses von Sts. Globke [...] für eine solche Auswanderung von Juden nach Palästina versichern müsste [...]. Eichmann trug die einschlägige Absicht des Internationalen Roten Kreuzes, von dem die Anregung und der Plan für diese Auswanderung jüdischer Frauen und Kinder nach Palästina ausgegangen war, Herrn Globke am Telefon vor. Er erhielt, wie ich aus seinen Gegenfragen schließen musste, [...] eine schroff ablehnende Antwort. Ich erinnere mich noch deutlich daran, dass nach Abschluss des Gespräches Eichmann [...] in seinem bescheidenen Dienstzimmer wie ein angestochener Stier hin und her lief, fürchterlich auf – wie er sich ausdrückte – »diese blöden Bürokratenhengste« schimpfte und sich wie toll gebärdete.«<sup>277</sup>

Warum Eichmann diese Juden retten wollte? Um die innenpolitische Lage in Griechenland ruhig zu halten, vermutete Merten: »Eich-

mann wünschte den Engländern alles Gute zu diesem Zuwachs in Palästina und fügte noch in zotigen Worten hinzu, alle diese jüdischen Frauen sollten sich vor ihrer Abreise aus Saloniki von irgendwelchen Männern schwängern lassen, damit die Engländer einen recht hübsch großen Zuwachs an Juden hätten.«<sup>278</sup> Zur Rettung kam es nicht. Etwa 40 000 griechische Juden wurden nach Auschwitz deportiert.

Merten legte im Prozess Beweismittel vor: das Telegramm an das Rote Kreuz in Genf, und Burkhardt bestätigte dem Gericht den Rettungsplan. Der Angeklagte habe ihm dabei geholfen.<sup>279</sup> Merten musste seine Hilfsaktionen und die Lebensmittelspenden genehmigen. Während die SS und der SD nur das bewilligten, was der griechischen Bevölkerung zugute kam, nicht aber den Juden, erlaubte Merten auch die Hilfe für die Juden. Er habe seinerseits Angst vor der SS gehabt. Burkhardt: »Ich weiß, dass Dr. Merten Juden geholfen hat, insbesondere amerikanischen und italienischen Juden, aber auch griechischen Juden hat er Beistand gewährt. So hat er griechische Juden vor der Verhaftung gewarnt.«<sup>280</sup>

Im Januar 1959 beantragte Merten beim Landgericht Berlin die eidesstattliche Vernehmung Globkes. Er habe ihm befohlen, die Rassengesetze in Griechenland anzuwenden.<sup>281</sup> Die bundesdeutsche Presse übergang diesen Antrag vornehm, lediglich die *Neue Rhein Zeitung* meldete am 11. Februar, dass Globke eine Rolle »im Fall Merten« spiele.<sup>282</sup>

Trotzdem wurde Merten in Griechenland als Kriegsverbrecher zu 25 Jahren Haft verurteilt. Das Beispiel hätte Schule machen können. Schon während Merten in Haft saß, setzte die deutsche Diplomatie alle Hebel in Bewegung, um ihn nach Deutschland überstellen zu lassen. Dies erfolgte aber erst wenige Monate nach dem Urteil. Was dafür »geleistet« werden sollte, erklärte Botschaftsrat Gustav von Schmoller in seiner Zeugenvernehmung so: »Als Ministerpräsident Karamanlis Anfang November 1958 zu einem Staatsbesuch nach Bonn reiste, bei dem insbesondere über die wirtschaftliche Mithilfe der Bundesrepublik bei der Industrialisierung Griechenlands gesprochen werden sollte [...], ist auf deutscher Seite bewusst vermieden worden, ein Junktim zwischen dieser zur Verhandlung stehenden deutschen Wirtschaftshilfe und einer befriedigenden Lösung im Fall Merten herzustellen. In der Besprechung hat Bundeskanzler Ade-

nauer dem griechischen Ministerpräsidenten jedoch dargelegt, dass die Angelegenheit ihm im Hinblick auf eine gedeihliche Weiterentwicklung der deutsch-griechischen Beziehungen sehr große Sorgen machte. Konstantinos Karamanlis erwiderte, dass er aus politischen und rechtlichen Gründen leider keine Möglichkeit sehe, das Verfahren gegen Merten in Griechenland nicht durchführen zu lassen. Er versprach dem Bundeskanzler jedoch, um eine echte Bereinigung bemüht zu sein, sobald das – nunmehr möglichst zu beschleunigende – Verfahren zu Ende geführt sei.«<sup>283</sup>

Am 5. September 1959 wurde Merten in die Bundesrepublik überstellt. Adenauer zahlte. Zuerst eine Kredithilfe von 200 Millionen DM, dann eine Anschlussfinanzierung von 100 Millionen sowie eine »technische Hilfe« von fünfzehn Millionen, so Botschaftsrat von Schmoller.<sup>284</sup>

Zurück in Berlin entzog Merten dem Anwalt des Auswärtigen Amtes das Mandat und beauftragte Diether Posser, mit dem er seit Anfang der fünfziger Jahre befreundet war. Der Sozialdemokrat wurde später nordrhein-westfälischer Justizminister. Nach Mertens Verhaftung hatte Posser an dessen Frau geschrieben und seine Hilfe angeboten. Aber Merten musste den von der Zentralen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes bestellten Verteidiger behalten, um nicht, wie er fürchtete, den konsularischen Schutz zu verlieren. Der Anwalt der Zentralen Rechtsschutzstelle habe ihm dringend geraten, »keine lebenden Deutschen, soweit sie nicht der SS angehörten, zu belasten«.<sup>285</sup>

Merten habe ihm bereits in der Haft von dem Gespräch mit Eichmann erzählt, sagte Posser aus: »Er fragte mich, ob er diese Tatsache in seiner ›Apologie« [...] erwähnen solle. Ich habe ihm davon abgeraten mit der Begründung, das Sondermilitärgericht werde diesen Umstand gegen ihn verwerten, weil sich daraus ergebe, dass er sogar mit dem Leiter des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt in Verbindung« stünde.<sup>286</sup> Bezüglich der Rettung von Juden berichtete Posser, dass während der Zusammenkunft Mertens mit Eichmann, dieser Ministerialrat Globke angerufen habe und Merten dem Telefonat entnommen haben will, dass Globke die Frage Eichmanns, ob der Plan zur Evakuierung der jüdischen Frauen und Kinder aus Saloniki durchführbar sei, ablehnend beantwortet habe: »Dr. Merten gab dann die Worte Eichmanns dahingehend wieder, dass Eichmann die

Sprache seines Gesprächspartners nachgeahmt habe mit den Worten: »der Führer wünscht das nicht, der Führer wünscht das nicht.« Dann habe Eichmann sinngemäß hinzugesetzt: »immer diese Bürokratenhengste« [...].«<sup>287</sup> Posser kannte den Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, Jude, Sozialdemokrat und Antifaschist. Solche Leute waren im Adenauerstaat lästig und verdächtig. Die CIA bespitzelte Bauer, und in Globkes Akten findet sich die Notiz des BND, dass Bauer »persönlich zwei Staatsanwälte aus Ostberlin empfangen« habe.<sup>288</sup>

Wann Merten Kontakt zu Bauer aufnahm, geht aus den Akten der Staatsanwaltschaft nicht hervor, erwähnt wird lediglich eine Rücksprache am 3. Juni 1960,<sup>289</sup> wahrscheinlich kannten sich die beiden aber schon vorher. Bauer ermittelte bereits seit geraumer Zeit gegen Hans Globke. Die von ihm kommentierten Rassengesetze hatten schließlich dafür gesorgt, dass sie gegenüber den Juden in den besetzten Ländern angewandt wurden. Sie wurden nach Auschwitz deportiert, ihr Vermögen von den Nazis eingezogen. Nach dem Krieg wurde Globke allmächtiger Staatssekretär Adenauers.<sup>290</sup> Die Angriffe auf seine rechte Hand kommentierte der Bundeskanzler mit der Bemerkung: »Wenn ich kein sauberes Wasser habe, kippe ich das schmutzige nicht weg.«

Globkes Straftaten drohten zu verjähren, notierte Bauer. Da kam ihm Merten gerade recht. Zitat: »Übersandt mit dem Antrag zum Zwecke der Unterbrechung der sonst am 30. Juni 60 zu erwartenden Strafverfolgungsverjährung den Rechtsanwalt Dr. Max Merten über den von ihm [...] gegen Staatssekretär Dr. Hans Globke [...] ausgesprochenen Verdacht strafbaren Verhaltens als Zeugen zu vernehmen.«<sup>291</sup>

Mertens Aussage alleine hätte für eine Anklageerhebung gegen Globke kaum gereicht. Bauer brauchte einen weiteren Zeugen, und das konnte nur Eichmann sein. Gegen ihn hatte die Berliner Staatsanwaltschaft 1953 ein Ermittlungsverfahren wegen seiner Teilnahme an der Wannsee-Konferenz eingeleitet.<sup>292</sup> Es wurde wegen Abwesenheit vorläufig eingestellt. 1956 nahm Bauer diese Ermittlungen wieder auf und erließ am 24. November 1956 Haftbefehl wegen Mordes.<sup>293</sup>

Der Aufenthaltsort von Eichmann – und den anderen Kriegsverbrechern – war dem Bundesnachrichtendienst bekannt. In den vor

dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig bisher teilweise erstrittenen BND-Akten befindet sich eine Karteikarte aus dem Jahr 1952 mit dem Hinweis auf seinen Wohnort. Und aus dem BND-Bestand im Bundesarchiv Koblenz geht hervor, dass schon seiner Vorgängerorganisation Eichmanns Aktivitäten in Österreich vor seiner Auswanderung 1950 bekannt waren.<sup>294</sup> Die Geheimdienste der USA und die des Ostblock kannten die Szene wahrscheinlich ebenso. Den Strafverfolgungsbehörden wurde dieses Wissen vorenthalten, ebenso der Bundesregierung, obwohl das Bundeskanzleramt Eichmanns Aufenthaltsort im Ausland im November 1952 feststellen lassen wollte<sup>295</sup> – warum, geht weder aus den Akten des Bundesarchivs noch aus den bisher freigegebenen BND-Unterlagen hervor.

Generalstaatsanwalt Bauer war Eichmanns Wohnort 1957 von dem in Argentinien lebenden jüdischen Emigranten Lothar Hermann mitgeteilt worden. Bauer wusste, dass ein Auslieferungsersuchen den Nazi warnen und flüchten lassen würde. Er informierte stattdessen im September 1957 die israelische Regierung. Doch die zeigte kein Interesse. Erst Monate später schickten sie einen Agenten, der ohnehin auf Dienstreise in Südamerika war, nach Buenos Aires, der einen lustlosen Blick auf Eichmanns Bleibe warf und zu dem Schluss kam, dass ein so wichtiger Nazi nicht unter solch bescheidenen Bedingungen leben könne. Auf Drängen Bauers reiste ein zweiter Agent nach Argentinien, recherchierte nicht selbst, sondern bat Hermann, der im 500 Kilometer entfernten Coronel Suárez lebte und fast vollständig erblindet war, um eine Kopie von Eichmanns Personalausweis. Für eventuelle Ausgaben hinterließ er ihm 130 Dollar und reiste ab. Mossad-Chef Harel legte im September 1958 den Fall zu den Akten.<sup>296</sup>

Hermann ließ nicht locker, wandte sich an die jüdische Gemeinde, die DAIA, und empfing den Leiter ihrer politischen Abteilung bei sich zu Hause. Immer mehr Personen kannten Eichmanns Aufenthaltsort und auch den Umstand, dass er Interviews gab. Im März 1960, nachdem der israelische Nazijäger Tuvia Friedman eine Belohnung von 10 000 Dollar auf die Ergreifung Eichmanns ausgelobt hatte, schrieb Hermann an die israelische Regierung: »Es scheint, dass Sie kein Interesse haben, Eichmann zu verhaften.«<sup>297</sup>

Das hatte Ben Gurion in der Tat nicht. Er wollte weder Eichmann noch andere Nazis verfolgen. Sein Schweigen war der Preis für die

Finanzierung der israelischen Atombombe durch die Bonner Regierung.

Schon ab 1955 sollte Josef Cohn für diesen Plan wissenschaftliche Partner und Gelder aufreiben. Cohn war zunächst Repräsentant des Amerikanischen Komitees für das Weizmann-Institut und nach der Gründung des Europäischen Komitees dessen Vizepräsident in Zürich. Ihm ging es konkret um die Zusammenarbeit zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und dem Weizmann-Institut in Rehovoth.<sup>298</sup> Cohn hatte Ende der fünfziger Jahre auf Empfehlung des Bonner Kanzleramtes Kontakte mit wichtigen Wirtschaftsführern, darunter Ulrich Haberland, Vorsitzender der Farbwerke Bayer AG, und Hermann J. Abs von der Deutschen Bank.<sup>299</sup> Und er stand in Verbindung mit dem Bundesminister für Atomfragen Siegfried Balke, dem Nachfolger von Franz Josef Strauß. Eine konkrete deutsche Hilfe für die israelische Atombombe war jedoch ohne grünes Licht von ganz oben nicht zu erhalten, das heißt: Adenauer musste seine Zustimmung geben. Cohn schrieb ihm 1959 einen persönlichen Brief, in dem er die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Zusammenarbeit betonte. »Hier [wird – gw] ein wichtiger Ansatzpunkt erblickt, um über die Ebene der Reparationszahlungen und Wiedergutmachungen hinaus zu einem normalen und freundschaftlichen Verhältnis zu dem Staate Israel und damit zu dem Judentum der Welt zu kommen.«<sup>300</sup> Adenauer war zunächst skeptisch, ließ sich aber schließlich mit Cohns Hinweis, dass der Technologietransfer ein »konstruktiver Beitrag zum Abbau des Antisemitismus« sei, überzeugen.<sup>301</sup> Interessiert waren auch die deutsche Industrie und die deutschen Wissenschaftler, mit denen Cohn schon länger in Verbindung stand, allen voran der Kernphysiker Wolfgang Gentner.

Gentner war im Dezember 1959 mit einer hochrangigen Delegation deutscher Atomwissenschaftler zehn Tage lang zum Weizmann-Institut nach Rehovoth gereist. Geleitet wurde sie von Otto Hahn, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen. Sowohl Gentner wie Hahn forschten bereits unter Hitler im Uranverein. Hahn war von dem Besuch begeistert. Rehovoth erinnere ihn an die »Gründungsgedanken an das Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem«.<sup>302</sup> Die Deutschen sollten Betriebsmittel schicken und Forschungsaufträge übertragen. Hahn plädierte für den Austausch von Know-how und eine solide Finanzierung.

Am 2. März 1960 bewilligte das Bundeskabinett drei Millionen DM für die »wissenschaftliche Zusammenarbeit« mit Israel. Nicht zufällig kam das Geld aus dem Etat des Atomministeriums, unter dem Vorgangs-Titel 893. Es ging um die Herstellung von Schwerm Wasser. »Wie mir bekannt ist, befasst sich das Chaim-Weizmann-Institut erfolgreich mit dem Problem der Endkonzentrierung vorangereicherten Schwerwassers und es hat auf diesem Gebiet [...] eine Art Forschungsauftrag u. a. von der Argentinischen Atomkommission.«<sup>303</sup> Das Dreiecksgeschäft mit Argentinien war schon im Gange, wegen des Schweren Wassers sowie der Lieferung von Natururan.

Mit den bewilligten drei Millionen bewies Adenauer seinen guten Willen, den Israelis zu helfen. Es war ein Anfang, denn ein kompletter Reaktor, mit dem atomwaffenfähiges Material hergestellt werden konnte, war damit nicht zu errichten. Dessen Finanzierung wurde am 14. März 1960, zwölf Tage nach der Bewilligung der drei Millionen im Bundeskabinett, in New York besprochen; die Aktion Geschäftsfreund lief an.

Offiziell wurde das Treffen von Adenauer und Ben Gurion, eingefädelt von Josef Cohn, als privater Meinungs austausch dargestellt. Ein harmonisches Treffen, schrieb die Presse. Nach einem zweistündigen Gedankenaustausch stellten sie sich der Presse und den Fotografen. Das Bild ging um die Welt: »ein Vertreter des Volkes der Opfer und ein Vertreter des Volkes der Täter gemeinsam wie alte Freunde an einem kleinen Couchtisch sitzend, freundlich lächelnd, freundschaftliche Gesten austauschend und einander die Hände schüttelnd.«<sup>304</sup> Die Unterredung endete gegen 11.30 Uhr. Abschließend dankte Adenauer seinem Amtskollegen, »dass in einem jüdischen Gebet der Ausdruck »die Deutschen« durch den Ausdruck »die Nazis« ersetzt worden sei.«<sup>305</sup>

Das Treffen hatte am Rande einer UN-Vollversammlung im Hotel Waldorf Astoria stattgefunden. Man habe allgemeine Themen der Weltpolitik besprochen, über den bevorstehenden Gipfel der vier Siegermächte am 16. Mai in Paris und die Vorschläge Chruschtschows bezüglich der Berlin-Frage und der Wiedervereinigung. Dass man insgeheim über Handfestes paktiert hatte, kam erst viele Jahre später heraus: Adenauer versprach im Waldorf Astoria Ben Gurion einen Zwei-Milliarden-Kredit über zehn Jahre für die »Erschließung der

Negev-Wüste«; über Verzinsung und Tilgung redeten die beiden alten Männer nicht.<sup>306</sup>

Der Inhalt der Unterredung wurde zunächst weder im israelischen Außenministerium noch im Auswärtigen Amt bekanntgegeben, er galt jahrelang als Staatsgeheimnis.<sup>307</sup> Erst in den neunziger Jahren gelangten einige Details an die Öffentlichkeit. Der Geschäftsfreund ging über den Tisch, ohne dass das Parlament oder der Finanzminister informiert worden wären. Es gab nicht einmal einen Vertragstext, in den bis 2011 geheim gehaltenen Akten des Auswärtigen Amtes liegt lediglich der Entwurf eines Kreditvertrages.<sup>308</sup>

Die Einzelheiten des Geschäftsfreundes sollte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Hermann Josef Abs regeln – verantwortlich war er nur Adenauer gegenüber, keinem anderen Kabinettsmitglied. Für Abs sollte der Gesamtbetrag 500 Millionen DM nicht überschreiten, und das Geld sollte als Kredit betrachtet und verzinst werden.<sup>309</sup> Er schlug die von ihm gegründete staatseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Abwicklung der Transaktion vor.

In einem Aktenvermerk des Auswärtigen Amtes, gerichtet an Staatssekretär Karl Carstens, heißt es: »Bei dem Treffen des Herrn Bundeskanzlers mit Herrn Ben Gurion am 14. März 1960 in New York sei u. a. über eine deutsche Entwicklungshilfe an Israel gesprochen worden [...] Der Herr Bundeskanzler habe eine Entwicklungshilfe auf kommerzieller Basis in Form eines Darlehen von jährlich 200 Millionen DM für zehn Jahre zugesagt. [...] In diesem Sinne seien dann weitere Gespräche mit dem Herrn Bundeskanzler, Minister Erhard und Staatssekretär Globke [...] geführt und [...] mit einer Verabredung beendet worden, wonach ein erster Teil der diesjährigen Rate [...] also insgesamt 85 Millionen DM im Juni/Juli dieses Jahres angewiesen werden sollte.«<sup>310</sup>

Gezahlt wurde für ein Entwicklungsprojekt in der Negev-Wüste. Das Einzige, was damals dort im Bau war, war das Atomkraftwerk Dimona, samt seiner versteckten unterirdischen Anlagen. In einem »streng geheimen« Vermerk notierte Carstens: »Bundesminister Strauß ist vor wenigen Tagen mit Ben Gurion zusammengetroffen. [...] Ben Gurion ist auf die Produktion atomarer Waffen zu sprechen gekommen. In dem Gespräch habe Ben Gurion erklärt, der Herr Bundeskanzler habe ihm versprochen, dass sich die Bundesrepublik an der Erschließung der Negev-Wüste beteiligen [...] werde.«<sup>311</sup> Doch

der verneinte und erklärte: »Keinesfalls könne vor Beendigung des Eichmann-Prozesses etwas unternommen werden.«<sup>312</sup>

Das Auswärtige Amt freundete sich nie mit der Aktion Geschäftsfreund an. Es befürchtete, dass sie einen »neuen Weltkonflikt« anheizen würde, nicht nur im Nahen Osten, sondern einen weltumspannenden Kalten Krieg, bei dem die Industriestaaten mehr zu verlieren als zu gewinnen hätten.

Die Sueskrise, die um ein Haar in eine größere bewaffnete Auseinandersetzung ausgeartet wäre, war gerade erst wenige Jahre vorbei, und aus ihr war die Sowjetunion gestärkt hervorgegangen, zumindest in der Region. Bereits Anfang 1960, als erst der kleine Kredit von drei Millionen DM bewilligt worden war und die diplomatischen Vorbereitungen des Treffens von Adenauer mit Ben Gurion in New York auf Hochtouren liefen, warnte das AA, dass die deutsche Finanzierung eines für militärische Zwecke zu nutzenden Projekts in Israel die Sowjets ebenso wie den Konflikt von 1956 mit allen Kräften für sich auszubeuten suchen würden. Beim Sueskonflikt 1956 sei die Bundesrepublik kaum mehr als ein unbeteiligter Zuschauer gewesen. Wenn sie jetzt, allein oder zusammen mit anderen Ländern, den mit so viel Zündstoff beladenen israelischen Negev-Plänen zur Durchführung ver helfe, könne sie zu dem Faktor werden, der die »brennende Lunte ans Pulverfass« lege.<sup>313</sup>

Aus Sicht des AA sprachen noch weitere Gründe gegen die deutsch-israelische nukleare Kooperation. Zwar wurde sie auf der höchsten Geheimhaltungsstufe – streng geheim – behandelt und selbst in den internen Vermerken meist nur mit Tarnfloskeln wie Entwicklungsprojekt etc. umschrieben. Nicht einmal im Kabinett wurde über sie gesprochen. Trotzdem würde sie früher oder später ans Licht kommen und weitere atomare Vorhaben nach sich ziehen, bei denen ein militärischer Hintergrund nicht auszuschließen sei. Die Diplomaten sollten recht behalten. So heißt es in einem späteren Vermerk: Nach wie vor habe die israelische Regierung die Absicht, »bei den kommenden Wirtschaftsverhandlungen uns in erster Linie um eine finanzielle Unterstützung für die geplante Meerwasserentsalzungsanlage auf atomarer Basis zu ersuchen. Es handelt sich dabei um ein Projekt, über das die israelische Regierung mit der US-Regierung bereits seit längerem in Verhandlungen steht. [...] Es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass eine deutsche Beteiligung an einem Atomenergieprojekt in Israel

in der arabischen Welt nicht ohne erhebliche Reaktionen bleiben wird. Die Bundesregierung hat schon früher [...] für die kernphysikalische Abteilung des Weizmann-Instituts in Jerusalem wissenschaftliches Gerät für Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Atomenergie zur Verfügung gestellt. Diese Unterstützung hat in der vergangenen Zeit bis in die jüngste Vergangenheit zu heftigen Angriffen in der arabischen Propaganda gegen uns geführt. [...] Eine Hilfe unsererseits für ein atomares Projekt dürfte auf keinen Fall militärischen Zwecken zugute kommen. Auf welche Weise dies verhindert werden kann, vermag Abteilung I nicht zu beurteilen.«<sup>314</sup>

Carstens fürchtete eine Verschlechterung der deutsch-arabischen Beziehungen, falls der Deal bekannt würde. »Die erste Folge wäre der Bruch mit der arabischen Welt«, so der Staatssekretär.<sup>315</sup> Bereits das Wiedergutmachungsabkommen vom September 1952 hätte die Araber gegen die Bundesregierung »aufgebracht und die deutsch-arabischen Beziehungen seitdem schwer und ununterbrochen belastet.«<sup>316</sup> Es sei damals nur mit Mühe gelungen, die Araber von Boykottmaßnahmen abzubringen. Zum Glück hätten sich allmählich die Wogen geglättet und man habe sogar Verständnis für die Reparationen gezeigt – vor allem, weil das Abkommen zeitlich begrenzt war und weil es, so Carstens, in dem Schriftwechsel Nr. 1 zu dem Abkommen hieß, dass der Staat Israel keine weiteren Forderungen aufgrund oder in Verbindung mit Schäden, die durch die NS-Verfolgung entstanden sind, gegen die Bundesrepublik erheben werde.<sup>317</sup>

Carstens hatte bereits im Juli 1960 sein Veto gegen die Lieferung nicht-atomaren Kriegsgerätes eingelegt. Der Streit zog sich hin. Noch als Verteidigungsminister Strauß ihm 1962 von Transportflugzeugen aus US- und französischen sowie deutschen Beständen berichtete, die mit der Begründung, dass die Israelis »extreme Hetze gegen uns verhindert« hätten, über Frankreich an Israel geschickt werden sollten,<sup>318</sup> hielt Carstens die Sache für »aa) bedenklich, bb) unmöglich«.<sup>319</sup>

Die Aktion Geschäftsfreund, so sie denn publik würde, führte zweifelsohne zu einem radikalen Bruch, so Carstens.<sup>320</sup> Der Staatssekretär notierte im Juli 1960, dass man hierdurch so gut wie alles verneinen würde, was man den Arabern seit Jahren und bis in die neueste Zeit hinein erklärt hätte.<sup>321</sup> Bislang wüssten sie noch nichts genaueres über das New Yorker Gespräch, aber sie seien unruhig und

misstrauisch geworden und würden das Verhalten der Bundesregierung Israel gegenüber mit noch größerer gespannter Aufmerksamkeit als zuvor beobachten.<sup>322</sup> Würden sich ihre Befürchtungen bewahrheiten, würden sie vermutlich als Erstes die DDR anerkennen und dann die diplomatischen Beziehungen zu Bonn abbrechen.

Carstens spielte die Situation durch. Könne ein Bruch mit den Arabern hingenommen werden? Einerseits sei der Handelsaustausch relativ gering, und nach der ersten Aufregung würden sich die Gemüter beruhigen. Carstens erwähnte die »ewige arabische Uneinigkeit«.<sup>323</sup> Trotzdem war sein Fazit klar: Die Aktion Geschäftsfreund würde deutsche und gesamtwestliche Interessen gefährden. Es sei nicht auszuschließen, dass sich die Westdeutschen aus dem Nahen Osten zurückziehen und der Sowjetunion und der SBZ das Feld überlassen müssten. Und immerhin befänden sich dort drei Viertel der weltweiten Ölreserven und die wichtigste Wasserstraße der Welt.

Carstens behielt recht: Als Ägypten später von den deutschen Waffenlieferungen an Israel erfuhr, verschlechterte sich das Verhältnis radikal, und im Mai 1965 wurden die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Von dem deutsch-israelischen Nuklearpakt erfuhren die ausländischen Geheimdienste viel früher. Schon ein halbes Jahr nach dem New Yorker Treffen sprach der irakische Geschäftsträger im Außenamt vor. Es ging um die geplante Reise von Willy Brandt nach Jerusalem. Der Diplomat fragte, ob die Deutschen Israel eine neue Anleihe gewähren würden? Carstens log: Über eine neue Anleihe sei ihm nichts bekannt, sagte er und griff zum Telefonhörer, um den SPD-Mann Brandt von der Bemerkung des Irakers zu informieren.<sup>324</sup> Am 20. Januar 1961, noch vor der ersten Zahlung an Israel, suchte der Botschafter der Vereinigten Arabischen Republiken Carstens auf und fragte, ob es zutrefte, dass die BRD in Israel einen Reaktor baue. Carstens verneinte wieder.<sup>325</sup>

Die Gerüchte über eine nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Israel hielten sich seit Ende der fünfziger Jahre und kamen bei den Atomtests jedesmal wieder auf die Tagesordnung. Eine ägyptische Wochenzeitung hatte schon vor dem New Yorker Treffen zwischen Adenauer und Ben Gurion über eine Absprache zwischen dem Bundeskanzler und de Gaulle bezüglich der gemeinsamen Entwicklung der Kernwaffe und der deutschen Beteiligung an einem Test in der Sahara berichtet: »Darüber hinaus

heißt es in diesem Artikel, dass Bundesrepublik und Israel auf dem Gebiet der Atomforschung eng zusammenarbeiten und dass deutsche Wissenschaftler an der Errichtung des israelischen Reaktors im Negev mitwirken.«<sup>326</sup> Das Auswärtige Amt rechnete mit Protesten der arabischen Liga und der afrikanischen Staaten.

Die ließen nicht auf sich warten. Dass die Bundesrepublik an den französischen Tests in Afrika beteiligt war, wurde nie offiziell zugegeben – schließlich wäre dies illegal gewesen. Doch in der Dritten Welt ging man davon aus und protestierte. In Ghana etwa wurde die deutsche Beteiligung an den Sahara-Atomwaffentests kritisiert, hieß es in einem Telegramm der deutschen Botschaft vor Ort: »Hiesige Regierungspresse hat im Zusammenhang mit französischem Atombombentest Sahara uns gegenüber teilweise recht ausfällige Bemerkungen gemacht, die darin gipfelten, dass Bundesrepublik das einzige Land sei, dass sich in diesem Fall hinter Frankreich gestellt habe. Die Äußerung Staatssekretärs Eckhard [...] sei der Beweis dafür, dass wir die Atombombe mit hätten vorbereiten helfen. [...] Ich habe hierauf [...] erneut nachdrücklich versichert, dass Bundesrepublik in Pariser Verträgen auf Herstellung von Atomwaffen verzichtet hat, [...] deutsche Stellen in keiner Weise an Entwicklung oder Erprobung von Atomwaffen in dritten Ländern beteiligt sind und dies auch hinsichtlich Frankreich gelte. [...] Gegenteilige Meldungen könnten nur aus dem Ostblock, in erster Linie SBZ kommen, was nicht bestritten wurde.«<sup>327</sup>

Doch Adenauer und sein Staatssekretär Globke setzten sich durch. Da platzte am 23. Mai, kurz nach dem Mittagessen, in die Bonner Regierungsstube die Nachricht herein, dass Ministerpräsident Ben Gurion in der Knesset verkündet habe, dass Adolf Eichmann in israelischer Haft sei und wegen Verbrechen am jüdischen Volk vor Gericht gestellt werde.

Adenauer und Globke waren entsetzt. Die Aktion Geschäftsfreund wurde ausgesetzt. Der Verhandlungsführer Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank erhob Bedenken. »Gleichwohl liegen diese Wünsche Israels ihrem absoluten Betrage nach hoch«, monierte er.<sup>328</sup>

Am Ende einigten sich die Vertragspartner. Ben Gurion konnte Adenauer davon überzeugen, dass der unfreundliche Akt – das Kidnappen des Obersturmbannführers – nicht von ihm angeordnet

worden war. Von welchen Hintergründen ihm der israelische Ministerpräsident berichtete, geht aus den bisher zugänglichen Unterlagen nicht hervor. Doch Ben Gurion sorgte dafür, dass bei dem kommenden Prozess in Jerusalem nichts auf den Tisch kommen würde, was die Bundesregierung belasten könnte. Das braune Exil am Río de la Plata würde kein Thema sein, die Nazigeldwäsche und die rüstungsrelevante Forschung deutscher Forscher in Argentinien auch nicht, und die israelische Atombombe sowieso nicht.

Der Regierung in Washington war dies recht. Die CIA meldete aus Israel in die Zentrale nach Langley: »Der Geheimdienst Shin Bet hat Mitte Mai Eichmann in Gewahrsam genommen. [...] Rosen [der israelische Generalstaatsanwalt – gw] ist [davon] erst informiert worden, als Eichmann schon im Flugzeug auf dem Weg von Buenos Aires nach Dakar war, und man sagte ihm, dass er direkt von Dakar nach Israel gebracht würde. [...] Vladimir Belchenko, ein sowjetischer Diplomat in Israel, erwähnte einen ›Deal‹ zwischen Eichmann und der israelischen Regierung, die sich eine Aufbesserung ihres Ansehens erhofft. Außerdem versprechen sich die Sicherheitskräfte, laut Belchenko, von der ›Ergreifung‹ einen höheren Etat.«<sup>329</sup>

## Eichmann und das Pariser Gipfeltreffen

Der Mai 1960 sollte für US-Präsident Eisenhower ein Schicksalsmonat werden. Er war am Ende seiner Karriere, im November des Jahres standen Wahlen an, und dem jungen demokratischen Herausforderer John F. Kennedy wurden guten Chancen prophezeit. Er war für Abrüstung und einen Dialog mit der Sowjetunion und war bereit, die Berlin-Frage neu zu diskutieren. Und er wollte die Ausgaben des Pentagons, die jedes Jahr deutlich zulegten, überprüfen. Kennedys Wahlsieg würde härtere Zeiten für die Rüstungsfirmen und die staatlichen Forschungseinrichtungen bedeuten, allen voran das Lawrence Radiation Laboratory in Livermore, Kalifornien.

Kalifornien war die Heimat von John McCone, Chef der Atomkommission AEC, Antikommunist der alten Schule, Hardliner im Kabinett und Befürworter neuer Waffentechnologien. Er hielt viele Regierungsmitglieder für zu weich und überhörte absichtlich die freundlichen Signale aus Moskau. Besonders sorgte er sich um das Gipfeltreffen in Paris am 16. Mai, auf dem die Großmächte über Abrüstung und Teststopp verhandeln würden.

Chruschtschow hatte große Hoffnung auf dieses Treffen gesetzt und weltweit seine Verbündeten aufgefordert, im Vorfeld auf Provokationen oder Angriffe zu verzichten, um das Verhandlungsklima in Paris nicht zu beeinträchtigen. Das merkte auch die argentinische Linke anlässlich des Eisenhower-Besuchs bei seinem Amtskollegen Arturo Frondizi drei Monate vor dem Gipfeltreffen.

Sein Besuch wäre normalerweise Anlass für eine breite Kampagne gegen den US-Imperialismus gewesen. Doch aus Moskau kam eine andere Order, erinnert sich Isidoro Gilbert, Kader der argentinischen KP und langjähriger Korrespondent der Nachrichtenagentur TASS: »Wir sollten vorsichtig mit Eisenhower umgehen, ihn nicht allzu sehr angreifen und so unseren Beitrag dazu leisten, dass das Treffen Eisenhower–Chruschtschow in Paris ein Erfolg würde.«<sup>330</sup>

Anfang Februar 1960 waren vor der Küste Patagoniens, im Golfo Nuevo, unbekannte Objekte gesichtet worden. Sofort war von »feindlichen U-Booten« die Rede. Mindestens zwei, wahrscheinlich vier angeblich atomgetriebene U-Boote seien gesichtet worden, berichtete der Marineminister, Gastón Carlos Clement, Präsident Frondizi gegenüber.<sup>331</sup> Er war sich sicher, dass es sich um russische Boote handelte, schließlich, so die unwidersprochene Logik, habe man in der US- und der britischen Botschaft nachgefragt, und dort habe man versichert, dass man damit nichts zu tun habe.<sup>332</sup>

Ob die Briten, wie sie es wenige Wochen später tun würden, den Argentinern Anti-U-Boot-Waffen verkaufen oder ob die USA mehr Präsenz im Südatlantik gewinnen wollten, fragten sich die Generäle nicht. Und die Presse wiederholte lediglich die Version aus dem Verteidigungsministerium.

Die Generäle waren sich so sicher, dass sie nicht einmal in ihre eigenen Archive schauten. Dort hätten sie Marineberichte gefunden, wonach Anwohner schon ein Jahr zuvor »etwas Graues und Langes, mit einer Erhebung in der Mitte« gesehen haben wollten – und schon damals witterten die Zeitungen eine bedrohliche Verletzung der Hoheitsgewässer und einen Angriff auf die nationale Sicherheit. Die folgende interne Untersuchung aber fand keinerlei Anhaltspunkte für ein U-Boot. Wahrscheinlich habe sich ein Wal in die Gegend verirrt, heißt es in den Akten.<sup>333</sup>

Trotzdem erteilte Präsident Frondizi im Februar 1960 den Befehl, die unbekanntesten Schiffe zu versenken, sie befänden sich in seinen Hoheitsgewässern. Über neun Tage lang bombardierten die argentinische Kriegsmarine und die Luftwaffe das infrage kommende Areal. Doch von ihren acht Splitterbomben, den sogenannten »erizos«, zündete die Hälfte nicht, und die U-Boote oder die als U-Boote getarnten Wale entkamen.

Blieb Frondizi etwas anderes übrig, als Eisenhowers angebotene Hilfe zu akzeptieren? Der schickte gerne einen Trupp von dreizehn im U-Bootkrieg erfahrenen Männern der U.S. Navy unter dem Kommando von Captain Ray Pitts.

Alle Mittel der modernen Kriegskunst setzte Pitts ein, um die »russischen« Eindringlinge zu vertreiben, Radar und Echolot. Doch wer immer dort gewesen sein mochte – als die Navy eintraf, hatte er längst das Weite gesucht.

Pitts konnte nicht einmal Spuren eines Eindringlings entdecken, heißt es in einem »Memorandum for Major Eisenhower«. Wenn etwas da gewesen wäre, wäre es sicher schon vor fünf Tagen verschwunden, die Navy sei zu spät gerufen worden, begründete die »Division of Pan American Affairs« und machte sich über die Südamerikaner lustig: »[Pitts – gw] weiß noch nicht, wie lange er vor Ort bleiben und was das Ergebnis sein wird, aber er ist sich darüber im Klaren, dass er so lange bleiben muss, bis er irgendetwas findet, womit sich die Argentinier brüsten können.«<sup>334</sup> Denn wenn das nicht geschehe, hätte dies weitreichende politische Folgen: »Wenn Pitts nicht irgendetwas Vorzeigbares auftreibt, wird die argentinische Marine zum weltweiten Gespött, da der Fall vor allem in Südamerika große Beachtung findet.«<sup>335</sup>

Nach dieser Episode war die dauerhafte US-Militärpräsenz beschlossene Sache. Öffentlich gab dies die Regierung nie bekannt, aber im August 1960 unterschrieb Frondizi ein Abkommen mit den USA, wonach eine nicht genannte Anzahl von US-Offizieren auf unbestimmte Zeit im Land bleiben sollte.

Offiziell standen bei dem Eisenhower-Besuch in Argentinien Ende Februar Gespräche über das »weltweite Vordringen des Kommunismus« auf dem Programm. Dass der Republikaner eine gemeinsame »Basis für ferngelenkte Geschosse« in Patagonien vorschlug, erfuhr der BND zwei Wochen später.<sup>336</sup>

In der südamerikanischen Presse wurde dieser Besuch als Aufbruch zu neuen Ufern des bilateralen Verhältnisses gefeiert. Die Zeitungen brachten viele bunte Fotos über die Dinners und die Abendgarderobe der begleitenden Damen. Auch ausruhen sollte sich Mr. President, er ging Forellen fischen im idyllischen Bariloche.

Aus den Unterlagen der Eisenhower-Library geht nur Nebensächliches hervor, etwa dass US-Außenminister Christian Herter im Hotel Llao Llao seinen blauen Schlafanzug vergessen hatte, der zum Glück in seiner Suite gefunden und ihm nachgeschickt wurde. Der Dankesbrief seines Besitzers zierte die Akten, angereichert durch einen Herrenwitz. Er sei beruhigt, dass der Pyjama in seinem Zimmer und nicht woanders, »rather than elsewhere« aufgetaucht wäre.<sup>337</sup>

Chruschtschows Vorschlag einer deutschen Neutralität, so Gilbert, stammte ursprünglich von Stalin. Er sei sinnvoll gewesen. »Deutschland war verantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Und

der Sowjetunion war klar, dass sie die DDR wirtschaftlich nicht so unterstützen könnte, wie die Westmächte die Bundesrepublik mit dem Marshall-Plan. Auf Dauer würde die DDR nicht mit der BRD konkurrieren können, und die wirtschaftliche Entwicklung der beiden deutschen Staaten würde sehr unterschiedlich verlaufen.«<sup>338</sup>

Im Mai 1960 war die deutsche Teilung noch nicht besiegelt. Die Berliner Mauer sollte erst ein Jahr später gebaut werden. Noch im Januar hatte der erste Sekretär der SED Walter Ulbricht Bundeskanzler Adenauer gesamtdeutsche Wahlen vorgeschlagen. Unter zwei Bedingungen: Gesamtdeutschland sollte neutral sein, also keinen Militärbündnissen angehören. Und dieser neue Staat sollte »entnazifiziert« werden. Gemeint waren damit vor allem Vertriebenenminister Theodor Oberländer, Verkehrsminister Hans-Christoph Seebohm und Staatssekretär Hans Globke. Auch in den Geheimdiensten und bei der Polizei tummelten sich die alten Seilschaften, die Hitler treu gedient hatten.

Adenauer lehnte das Angebot eines neutralen Gesamtdeutschlands strikt ab. Dass ihm Eisenhower in diesem Punkt den Rücken stärken würde, dessen war sich der Bundeskanzler sicher. Aber wiederholt war an die deutsche Botschaft in Washington die Sorge herangetragen worden, dass der Unterhalt Westberlins auf Dauer zu teuer würde. Die Demokratische Partei begann sogar, im Wahlkampf laut über verschiedene Optionen für Berlin nachzudenken. Auf jeden Fall wollte sie den Sowjets entgegenkommen.<sup>339</sup>

Eisenhower konnte eine mögliche Wiedervereinigung nicht einfach öffentlich ablehnen, also musste es so aussehen, als sei allein Moskau schuld an der Teilung Deutschlands. Gegen Chruschtschows Vorschlag, die Nazis aus allen Regierungsstuben zu entfernen, war eigentlich nichts einzuwenden. Freundliche Winde wehten aus dem Osten. Eisenhower musste sich etwas einfallen lassen, um das Gipfeltreffen platzen zu lassen.

Das Angebot der Wiedervereinigung setzte die Regierung in Bonn unter Druck. Selbst die in Argentinien versammelten Nazis zogen es der dauerhaften Teilung unter US-Diktat vor und beschimpften Adenauer als Verräter.

US-Außenminister Herter hatte der Bundesregierung klargemacht, dass der Moskauer Vorschlag eines entmilitarisierten und entnazifizierten Gesamtdeutschlands nicht akzeptabel sei und dass

an der Teilung Deutschlands kein Weg vorbeiführe. Zitat aus einem Vermerk des Chefs der US-Atomkommission John McCone nach einem Ministertreffen mit Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik: »Das State Department glaubt, dass West-Deutschland aus politischen Gründen akzeptiert hat, nicht weiter auf der Wiedervereinigung zu bestehen.«<sup>340</sup>

Die westlichen Regierungen fürchteten eine weitere Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in Europa, wenn Deutschland entwaffnet würde. Sie glaubten nicht an den Reformwillen Chruschtschows. Er habe sein Ziel, den Kapitalismus abzuschaffen, nicht aufgegeben, hieß es, und Chruschtschows Rede anlässlich eines Empfangs beim italienischen Präsidenten Giovanni Gronchi<sup>341</sup> wanderte von einer Regierungsstube in die andere: »Es wäre logisch und nützlich, wenn das kapitalistische System in Westdeutschland beseitigt und ganz Deutschland sich auf den Weg einer sozialistischen Entwicklung begeben würde«, soll er in Rom gesagt haben. Von einer drohenden »allmählichen Übernahme Berlins« und einer »Einverleibung Berlins« war in den Bonner Amtsstuben die Rede.<sup>342</sup>

Was Eisenhower nicht laut sagte: Er benötigte die Bundesrepublik als Bollwerk im Kalten Krieg und als Atomwaffen-Stützpunkt. Vor allem hätte ein Teststopp, wie ihn Chruschtschow vorgeschlagen hatte, die Entwicklung neuer Technologien behindert. Und die brauchte der militärisch-industrielle Komplex.

Am 16. Mai 1960 wollte Chruschtschow seine Vorschläge – ein gesamtdeutsches, entmilitarisiertes Deutschland und ein umfassender Testwaffenstopp – feierlich in Paris unterbreiten. Sollte es zu einer Einigung kommen, so heißt es in den Akten des Auswärtigen Amtes, sollten alle Atomversuche eingestellt, ausländische Streitkräfte aus Mitteleuropa abgezogen und eine atomwaffenfreie Zone eingerichtet werden.<sup>343</sup> Die NATO und der Warschauer Pakt sollten einen Nicht-Angriffspakt abschließen. Falls keine Einigung über Berlin erzielt würde, drohte er mit dem Abschluss eines »Sonderfriedensvertrages« mit der DDR. Dann würde er die bislang von sowjetischer Seite anerkannten Rechte Westberlins einseitig aufheben und den Zugang auf die DDR übertragen.

Das Gipfeltreffen in Paris wurde ein Fiasko. Die offizielle Geschichtsschreibung nennt die U-2-Affäre als Grund für das Scheitern – und alle Historiker haben diese Version übernommen. Sie ist

auch nicht wirklich falsch – aber unvollständig. Am 1. Mai 1960 war über sowjetischem Territorium ein Spionageflugzeug der CIA abgeschossen und der Pilot verhaftet worden. Der Geheimdienst war heftig kritisiert worden. Hätte die U-2 nicht nach dem Gipfeltreffen losfliegen können, oder hatte die CIA den Kreml absichtlich provoziert?

Ein Geheimbericht von Sherman Kent, CIA-Verbindungsoffizier bei der Gipfelkonferenz, belegt, dass die Diplomatie beider Großmächte in den Tagen unmittelbar nach dem Abschuss die Situation weitgehend bereinigt hatte: »Am 5. Mai eröffnete Chruschtschow die erste Sitzung im Obersten Sowjet. In seinen Ausführungen kam er auf den U-2-Zwischenfall zu sprechen, den er als eine direkte Provokation bezeichnete und mit Vergeltung drohte. Am Ende seiner Rede zügelte er jedoch seinen Ton und bekannte sich zu den leninistischen Prinzipien der friedlichen Koexistenz und zu seiner Absicht, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um in Paris zu einem Abkommen zu gelangen. Am 7. Mai kritisierte er bei zwei verschiedenen Gelegenheiten [...] den Spionageflug erneut hart und betonte noch einmal die Empörung der sowjetischen Regierung, aber er sagte nichts darüber, dass die UdSSR vorhätten, ihre Pläne für das Pariser Treffen zu ändern. Einige Tage später, am 10. Mai, erhielt unsere Regierung die offizielle sowjetische Protestnote, ebenfalls ohne Erwähnung des Gipfeltreffens. Am 11. Mai, bei der Vorführung des U-2-Wracks in Moskau, benutzte Chruschtschow einige starke Worte, meinte aber, er werde die Angelegenheit vor den UN-Sicherheitsrat bringen und, falls die Vereinigten Staaten intervenieren würden, vor die Vollversammlung. Kein Wort von Paris. Am nächsten Tag fasste die TASS diese Ausführungen dahingehend zusammen, dass die sowjetische Regierung meinte, das Gipfeltreffen solle wie geplant stattfinden.«<sup>344</sup>

Chruschtschow traf nicht wie geplant in Paris ein, sondern reiste überraschend zwei Tage vorher und wutschnaubend an. Am 15. Mai, einen Tag vor Beginn des Gipfels, traf er sich unter vier Augen mit Charles de Gaulle. Was die beiden Staatschefs besprochen haben, geht aus den Akten des AA nicht hervor. Am nächsten Tag verließ der Kremlchef unter Protest Paris, obwohl das Treffen fünf Tage dauern sollte. Die verbliebene sowjetische Delegation warf den USA »Provokationen« vor, ohne Ross und Reiter zu benennen. Auf der Suche nach Erklärungen fiel der Presse nur die U-2-Affäre ein.

Keine Erklärung gab es für die Entscheidung, in den USA, in der Nacht auf den 15. Mai, landesweit die Sirenen heulen zu lassen – für Chruschtschow eine weitere Drohung, wie er in einem Brief an Senatoren der US-Demokratischen Partei klagte: Die sowjetische Regierung bedauere, dass das Gipfeltreffen nicht stattgefunden habe, doch »alle Verantwortung für das Scheitern trägt US-Regierung. Was kommt nun? Wie wird sich die internationale Situation in Zukunft entwickeln?«<sup>345</sup> Chruschtschow zeigte sich bitter enttäuscht über den Rückschritt in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern und schloss: »Wir wissen, dass die Doktrin von Aggression und Provokation nicht vom amerikanischen Volk ausgeht [...]. Weite Teile der Öffentlichkeit und viele prominente Politiker der USA sind ernsthaft besorgt über die Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung, die eine Gefahr für den Frieden darstellt [...].«<sup>346</sup>

Aber worin bestand die Doktrin von Aggressionen und Provokationen im Einzelnen genau?

Über den Militäralarm diskutierte der Nationale Sicherheitsrat in Washington wenige Tage später: »Dieser Testalarm war [laut Verteidigungsminister Thomas Gates – gw] von der Art, wie er regelmäßig durchgeführt wird. Der Präsident [Eisenhower – gw] meinte, wir sollten den Test vom 15. Mai in unseren öffentlichen Stellungnahmen herunterspielen und als einen normalen Test unserer Langstrecken-Kommunikationssysteme darstellen.«<sup>347</sup> Offenbar war er in Wirklichkeit nicht »normal« gewesen.

Es muss zwischen dem 11. und dem 15. Mai etwas stattgefunden haben, das alle Chancen für ein Abkommen der Großmächte zunichtegemacht hatte. Was hinter den Kulissen in Paris und in Buenos Aires passierte, ist bis heute nicht bekannt.

Nach seiner Rückkehr verriet Eisenhower in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats (NSC): »Es scheint klar, dass der U-2-Zwischenfall nicht der Grund für den plötzlichen Wandel war. Chruschtschow selbst hat zugegeben, seit geraumer Zeit von diesen Flügen gewusst zu haben.«<sup>348</sup> Er hätte ihm sogar angeboten, wie er in der Kabinettsitzung vom 13. Mai angekündigt hatte, in Zukunft auf die Spionageflüge zu verzichten, aber Chruschtschow habe auf einer Entschuldigung und Bestrafung der Verantwortlichen bestanden.<sup>349</sup> Doch wenn der U-2-Zwischenfall nicht der Grund für Chruschtschows schroffe Haltung war – was war es dann?

Natürlich stand bei der NSC-Sitzung die Frage im Raum, ob der U-2-Flug zu diesem Zeitpunkt sinnvoll gewesen sei oder eine politische Lösung verhindert hätte. An der Notwendigkeit von Spionageflügen und Spionageaktionen führe aber grundsätzlich kein Weg vorbei, meinte der Präsident, auch wenn der Abschuss über sowjetischem Staatsgebiet »no good time« gewesen sei.<sup>350</sup>

Weder in den Akten des Nationalen Sicherheitsrates noch in den Protokollen der Kabinettsitzungen findet sich der geringste Hinweis auf das Weltereignis, das am 23. Mai 1960 in Israel bekanntgegeben wurde: die Verhaftung des Kriegsverbrechers Adolf Eichmann am 11. Mai 1960. Offensichtlich sind die Protokolle über dieses Thema noch geheim und nicht der Öffentlichkeit zugänglich.

Hat die US-Regierung von Eichmanns Ergreifung gewusst, und war sie an seinem Abtransport nach Israel beteiligt? Fest steht, dass die CIA seinen Aufenthaltsort laut ihren eigenen Akten seit 1954 kannte – wahrscheinlich viel früher als die anderen Nachrichtendienste in Ost und West. Wo war Eichmann der US-Regierung im Mai 1960 in die Quere gekommen?

Der KGB hat bis heute seine Archiv zu Adolf Eichmann nicht geöffnet. An Argentinien und an dem dortigen sehr aktiven Nazi-Exil muss er aber großes Interesse gehabt haben – nicht zuletzt, weil einige Forderungen aus dem braunen Milieu, wie etwa der Austritt aus der NATO, durchaus in die Richtung gingen, die der Kreml vorgeschlagen hatte: die Vereinigung Deutschlands, das keinem Militärbündnis angehören sollte. Und Eichmann hielt sich in Buenos Aires nicht versteckt, er gab dem Journalisten Willem Sassen, laut BND-Akten Zuträger der US-Botschaft, monatelang Interviews. Auf der anderen Seite hatte der jüdische Emigrant Lothar Hermann bereits 1957 Eichmanns Wohnort der Frankfurter Generalstaatsanwalt mitgeteilt und wartete darauf, dass der mit Haftbefehl Gesuchte festgenommen würde. Er informierte die argentinische Linke und die jüdische Gemeinde.<sup>351</sup> Am 26. Dezember 1959 empfing er in seinem Haus in Coronel Suárez den Leiter der politischen Abteilung der DAIA, Gregorio Schurman, »in der Sache Adolf Eichmann«.<sup>352</sup> Schurman war im Alter von zehn Jahren aus der Sowjetunion nach Argentinien gekommen. An der Kommunistischen Partei Argentiniens und ihren zahlreichen jüdischen Mitgliedern kann das Treffen der beiden nicht unbemerkt vorbeigegangen sein.

In den Akten des BND findet sich ein Vermerk vom 4. Juni 1960, also kurz nach Eichmanns Verhaftung, als das Pullacher Amt alle Hebel und Quellen in Anspruch nahm, um Hintergründe der Operation zu erfahren, die im Bundeskanzleramt für Überraschung und Entsetzen gesorgt hatte. Bei der Operation, so der Vermerk, sei der israelische Nachrichtendienst »nur vorgeschoben« worden, ursprünglich hatten die Sowjets einen Propaganda-Coup vor. »Eichmann hatte Kontakte mit dem sowjetischen Nachrichtendienst und sollte in dem Augenblick überführt werden, als Chruschtschow behauptete, dass die SBZ auf jede Mitarbeit der ehemaligen Nationalsozialisten verzichtete. [...] Er hat bereits eine umfassende Liste ehemaliger Nazis angefertigt, die sich gegenwärtig im Dienste Pankows befinden. Darunter sind 220 Mitglieder der ostzonalen KP, vor allem Handelsminister Merkel, Landwirtschaftsminister Reichelt, Staatssekretär für Religionsfragen Hertwig, Präsident des Obersten Gerichtshofes der SBZ Dr. Schumann, Direktor der Rechtsakademie Kröger und General Müller.«<sup>353</sup>

Als Quelle wird der V-Mann 5473 genannt, der sich auf »französische Kreise der extremen Rechten« bezieht.<sup>354</sup> Mit »dem Augenblick« war das lange vorbereitete Gipfeltreffen der Siegermächte zu Abrüstung und Atomwaffenstopps gemeint. »Überführt« werden sollte er, laut Vermerk, um der Forderung Chruschtschows nach einer umfassenden Entnazifizierung in West und Ost Nachdruck zu verhelfen. Das wäre ein kaum zu überbietender Propaganda-Effekt gewesen, mitten im Kalten Krieg. Die Frage, welche »Kontakte« – direkte oder indirekte – der sowjetische Geheimdienst zu ihm unterhielt und ob ihn die Sowjets »überführen« oder in einem Tribunal der Öffentlichkeit präsentieren wollten, kann nicht beantwortet werden, solange die Archive verschlossen bleiben.

Dass die Aktion ursprünglich von anderen Leuten geplant und initiiert worden war, davon war auch Willem Sassen überzeugt. Noch vor der Eröffnung des Prozesses in Jerusalem wurde er von der argentinischen Zeitung *La Razón* zu den Hintergründen befragt. Die Aktion habe keineswegs dem Willen israelischer Politiker wie Ben Gurion oder irgendeinem Angehörigen seiner Regierung entsprochen. Sassen: »Ich habe jedenfalls alle Gründe dieser Welt für die Annahme, dass diese Entführung von fanatischen Elementen durchgeführt wurde, die sich über die Folgen ihrer Aktion gar nicht im Klaren waren.«<sup>355</sup>

Dass es ursprünglich die Russen waren, die mit Eichmann eine Aktion planten, geht auch aus den Unterlagen der US-Botschaft in Buenos Aires hervor, die bruchstückhaft im Bundesarchiv in Washington lagern. Da hatte Maurice Bernbaum, Konsul der US-Botschaft, eine vertrauliche Unterredung mit Vertretern des argentinischen Außenministeriums: »Pablo Pardo fragte mich, ob ich von der deutschen Publikation gehört hätte, wonach die Sowjets an der Entführung Eichmanns aus Argentinien Interesse gehabt und sie sogar stimuliert hätten. Ich antwortete, dass ich von einem solchen Artikel keine Kenntnis hätte.«<sup>356</sup> Auf jeden Fall deutet der Zeitpunkt von Eichmanns Verschwinden – der 11. Mai – auf einen Zusammenhang mit dem Pariser Treffen fünf Tage später hin.

Ob die Festnahme Eichmanns in Buenos Aires allein für das Scheitern des Gipfeltreffens ausschlaggebend war, ist unwahrscheinlich. Auch wenn er bei der Vernichtung der europäischen Juden eine wichtige Rolle spielte – er war nicht der einzige Kriegsverbrecher, der frei herumlief, mit Sicherheit aber der mitteilungsfreudigste. Für das Scheitern der Pariser Konferenz muss es noch andere Gründe gegeben haben. Die Verweigerung der vom Kremlchef verlangten Entschuldigung für den U-2-Zwischenfall kann aber nicht der Stein des Anstoßes gewesen sein.

Eisenhowers Angebot an Chruschtschow, vorläufig auf die U-2-Flüge zu verzichten, muss, falls es ernst gemeint und nicht nur für das Protokoll gemacht war, erhebliche Sorgen im Department of Defense hervorgerufen haben. Denn den Hardlinern in Eisenhowers Kabinett war jede Annäherung der beiden Großmächte zuwider. Sie waren nicht nur gegen Chruschtschows Vorschlag eines neutralen Gesamtdeutschlands, John McCone lehnte in erster Linie die Einstellung der Atomwaffen-Versuche ab. Dies hätte in seinen Augen die technologische Überlegenheit der USA bedroht. McCone, der später CIA-Chef wurde, notierte in einem internen Vermerk am 17. Mai 1960 in Paris – da war der Gipfel gerade gescheitert – zur Frage, ob man angesichts des neuen Verhandlungsklimas weiter über Abrüstung und Atomtests verhandeln solle: »Ich legte dar, dass wir unter keinen Umständen zu dem Schluss kommen sollten, diese Verhandlungen fortzuführen. [...] Unter diesen Umständen dürfen wir die Politik der Annäherung durch Verhandlungen, die in der Konsequenz wesentliche Schritte der Entwicklung und Herstellung nütz-

licher und zuverlässiger Waffen hemmt, auf keinen Fall akzeptieren.«<sup>357</sup> Die beleidigenden Ausfälle Chruschtschows in Paris sollten als Vorwand für das Scheitern des Gipfeltreffens benutzt werden. McCone: »Messers. Merchant und Bohlen sagten, dass sie diesen Punkt für nachvollziehbar hielten, sie arbeiteten an dem Ziel, Chruschtschow und nicht dem Präsidenten die Schuld für den Abbruch des Gipfeltreffens zuzuweisen.«<sup>358</sup>

Einen Tag später, noch in Paris, verfasste er einen Vermerk unter dem Titel »eyes only«. McCone kam von einer Unterredung mit Präsident Eisenhower, General Andrew J. Goodpaster und Außenminister Herter zurück und beschwerte sich Verteidigungsminister Gates gegenüber, »dass eine Verlängerung der Genfer Verhandlungen über Teststopps der Kommission [AEC – gw], den Mitarbeitern und Laboren schaden würde und ich nicht für diesen Niedergang verantwortlich sein möchte. Zu meinem Erstaunen schien Gates die Notwendigkeit der Waffenverbesserung infrage zu stellen [...]«. <sup>359</sup>

Nach dem Pariser Gipfel versuchte Chruschtschow ein weiteres Mal, Adenauer auf seine Seite zu ziehen und schrieb ihm zwei Wochen nach Ende des Pariser Treffens einen Brief. Seine Regierung habe über die entstandene Lage beraten und sei zu dem Ergebnis gelangt, dass die für die Konferenz der Regierungschefs vorbereiteten Vorschläge über eine allgemeine und vollständige Abrüstung den Regierungen aller Staaten unterbreitet werden müssen.<sup>360</sup> Es gehe in der ersten Etappe um das Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffenträger, darunter U-Boote aller Klassen und Typen.<sup>361</sup> Die Sicherheit der Staaten könne nur gewährleistet werden, wenn aus der Rüstung der Staaten sämtliche Atom- und Wasserstoffwaffenträger ausnahmslos herausgezogen und vernichtet würden, und es verstehe sich von selbst, dass zugleich alle auf fremdem Gebiet befindlichen Militärstützpunkte aufgelöst und die ausländischen Truppen abgezogen werden müssten, da solche Stützpunkte und Truppen im Falle ihrer Beibehaltung für einen Angriff auf nahegelegene Staaten gebraucht werden könnten.<sup>362</sup>

Adenauer lehnte ab. Ende Juni 1960 kündigte die *Prawda* neue Raketenversuche im Pazifik an.<sup>363</sup> Das Wettrüsten ging weiter.

## Die Entführung Eichmanns

Präsident Arturo Frondizi war Mitte Mai mit seinen ehemaligen Unterstützern hoffnungslos zerstritten. Er hatte die Wahlen mit den Stimmen der Peronisten gewonnen – doch an seine früheren Absprachen mit Perón hielt er sich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr. Er war eine Marionette der Militärs geworden.

Im Land spitzte sich die innenpolitische Situation zu, nicht zuletzt aufgrund Frondizis Entschluss, US-Erdölfirmen Konzessionen zu erteilen. Fast täglich fanden Streiks und Attentate statt, und innenpolitisch war Frondizi isoliert. Die Parlamentswahlen vom 27. März waren für ihn ein Desaster. In den neun Monaten vor den März-Wahlen hatte es 330 Attentate mit 21 Toten gegeben. Die Peronisten und die Kommunisten waren weiterhin verboten und hatten den Urnengang boykottiert. 25 Prozent der Wähler waren ihrem Aufruf gefolgt und hatten ihre Wahl ungültig gemacht. Frondizis Stuhl wackelte, und die Militärs misstrauten seiner Fähigkeit, Herr der Lage zu bleiben. Sie hatten es ihm nie verziehen, dass er einmal fortschrittlich und antiimperialistisch gewesen, sich mit Che Guevara getroffen und mit den Stimmen der Peronisten Präsident geworden war.

Überall auf dem Kontinent waren Befreiungsbewegungen entstanden. Ein Jahr zuvor hatte in Kuba die Revolution gesiegt, und selbst das aufgeschlossene lateinamerikanische Bürgertum suchte einen eigenen Entwicklungsweg. Man wollte nicht weiter im Windschatten der Vereinigten Staaten segeln und sich in den Kalten Krieg einspannen lassen. In allen Ländern wurden Stimmen für die Nationalisierung der Bodenschätze laut. CEPAL, die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, empfahl hohe Einfuhrzölle, um den eigenen Markt zu schützen und eine eigene Industrie aufzubauen.

In Argentinien hatte General Perón schon Mitte der vierziger Jahre diesen Weg eingeschlagen, bis er 1955 vertrieben wurde. Ihm folgten die traditionell antikommunistischen Militärs. Dass sich

diese den USA unterordnen würden – damit hatten alle gerechnet. Aber dann trat der Hoffnungsträger Frondizi an, der als Anhänger des Desarrollismo galt, des lateinamerikanischen Entwicklungsprozesses.

Statt auf Fortschritt und Demokratie zu setzen, drohte Frondizi mit dem Kriegsrecht, verhängte den Ausnahmezustand und rief den »Plan Conmoción Interna del Estado« (Conintes) aus, wörtlich übersetzt: Staatlicher Plan zur Bekämpfung der inneren Unruhen. Nun waren Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Folterungen und Deportationen per Dekret an der Tagesordnung. Am 11. Mai 1960, dem Tag der Entführung Eichmanns, tagte Frondizi mehrere Stunden mit seinen Kommandeuren. Man habe, so stand es in der Zeitung, Einzelheiten des Plans Conintes besprochen. Am nächsten Tag konferierte man wieder stundenlang. Am 13. Mai begann eine Verhaftungswelle. Waffen wurden gefunden, Anführer verhaftet, die Polizei sprach von einer »peronistischen Verschwörung«. Vier Tage später traf es die KP, neun ihrer Anführer wurden verhaftet.

Wo sich Eichmann zu diesem Zeitpunkt befand, ist ungewiss. Sicher ist, dass er am 11. Mai in der Mercedes-Fabrik in González Catán gesehen wurde und am Abend zu seiner Frau in die Garibaldistraße in der Vorstadt San Fernando wollte. Ehemalige Arbeitskollegen sagten dies später in einem argentinischen Verfahren, das Veronika Eichmann einleiten ließ, aus. Und schon am folgenden Tag meldete ihn Mercedes-Direktor Mosetti von der Sozialversicherung ab, während die restliche Welt erst am 23. Mai erfuhr, dass sich Eichmann in israelischer Haft befand. Es war Mosetti, der nach Eichmanns Verschleppung den Kontakt zur Polizei hielt und die Journalisten unterwies.

Zu keinem Zeitpunkt gab es eine amtliche Darstellung aus Jerusalem oder Buenos Aires über das Geschehene. Umso mehr fantasierten die Journalisten. Im Handumdrehen wollten sie in Erfahrung gebracht haben, dass Eichmann am 11. Mai von israelischen Profis gekidnappt und zehn Tage lang in einer konspirativen Wohnung in Buenos Aires gefangen gehalten wurde. Am 21. Mai sei er, betäubt und in der Verkleidung eines Stewards, in die Sondermaschine der Fluglinie El Al geschleppt und nach Israel geflogen worden.

Wahrscheinlich wäre diese Fabel in Vergessenheit geraten, hätte sich nicht der Mossad ab Mitte der siebziger Jahre in die ihm zuge-

schriebene Rolle des »edlen Rächers« verliebt. Und es passte so gut: Der Geheimdienst stand unter Rechtfertigungsdruck. 1972 hatte das palästinensische Kommando »Schwarzer September« einen blutigen Anschlag auf die israelische Olympiamannschaft in München verübt, und der Mossad sollte über alle internationalen Gesetze hinweg die Mitglieder des Kommandos zur Strecke bringen. Er brauchte eine Entschuldigung für das Brechen internationaler Abkommen, und wieder wurde die Gerechtigkeit bemüht. 1975 veröffentlichte der Mossad-Chef Isser Harel sein Buch über seine »heldenhafte« Jagd auf den Kriegsverbrecher und die gelungene Entführung.<sup>364</sup> Harels Machwerk wurde in viele Sprachen übersetzt, und während alle anderen Nachrichtendienste der Welt – BND, CIA und KGB – nur schlechte Presse ernteten, entstand der Mythos vom effizienten Mossad, dessen Agenten sich von moralischen Werten leiten ließen.

Später folgten die Memoiren zweier festgestellter Mossadagenten.<sup>365</sup> In der deutschen Ausgabe taucht als Mitautor der langjährige BND-Spitzel Wilhelm Dietl auf. Trotzdem feierte die Weltpresse diese und andere Bücher als historisch wichtige Zeugnisse und schrieb fleißig daraus ab. Kein Historiker erhob die Stimme und protestierte, dass man so nicht mit Geschichte umgehen könne.

Was bei Eichmann funktioniert hatte, nutzte dem Mossad auch im Fall des weniger bekannten Letten Herbert Cukurs. Den angeblichen »Henker von Riga« will der Geheimdienst ebenfalls aus hehren Gründen der Gerechtigkeit gerichtet haben. Richtig ist, dass der legal in Brasilien lebende Cukurs 1965 in Montevideo erschlagen wurde, auf seiner Leiche lag ein Bekenner schreiben, das während der deutschen Besatzung in Lettland begangene Kriegsverbrechen erwähnt. Wieder wurden Bücher verfasst, diesmal sogar von anonymen Autoren, und die Redaktionen unterließen eigene Recherchen und lobten in höchsten Tönen. Dass es sich, wie meine Recherchen ergaben, anders abgespielt haben muss, nahm kaum jemand zur Kenntnis.<sup>366</sup>

Die Mossad-Version zur Eichmann-Operation verletzt die Grundregeln der Naturwissenschaften und der Logik. Das fängt mit der Fluchtroute an, denn das Flugzeug der El-Al, das den Kriegsverbrecher von Buenos Aires nach Israel mit nur einer Zwischenlandung in Dakar geflogen haben soll, musste in Brasilien auftanken. Sonst wäre

es wegen seiner geringen Reichweite vor der afrikanischen Küste ins Meer gestürzt.

Warum sollen die Israelis Eichmann schon am 11. Mai entführt haben? Zu diesem Zeitpunkt war nicht klar, ob die israelische Regierungsdelegation überhaupt zu der Jahresfeier am 25. Mai anreisen würde. Noch weniger war entschieden, dass sie mit einer Sondermaschine der El Al kommen, aber nicht mit derselben Maschine zurückreisen sollte. Diese Entscheidung fiel kurz vor dem Abflug aus Israel. Die Maschine setzte die Delegation in Buenos Aires ab und flog ohne sie am 21. Mai zurück. Sinnvoll wäre gewesen, die Geisel Stunden vorher zu überwältigen und sofort in den Flieger zu verfrachten – bevor die Nachricht ihrer Entführung die Runde machte und mit Kontrollen zu rechnen war.

Außerdem: einen Mann mittleren Alters zu kidnappen und fast zwei Wochen gefangen zu halten, ist ein schwieriges Unternehmen, das mindestens ein Dutzend trainierter Personen erfordert und nicht vier israelische Agenten, unter ihnen der halbtaube Rafi Eitan. Sie waren völlig unerfahren, waren mitten im südamerikanischen Winter in Sommerkleidung angereist, sprachen kein Wort Spanisch und wurden, als sie argentinischen Boden betraten, vom polizeilichen Geheimdienst SIDE observiert. Das israelische Kommando hätte allenfalls ausgereicht, um Eichmann eine »Lektion« zu erteilen.

Fünf Tage nach Ben Gurions Bekanntgabe der Verhaftung explodierte in Buenos Aires eine Bombe, die einzige Racheaktion wegen der Eichmann-Entführung – nicht gegen eine jüdische oder israelische Einrichtung, sondern auf die Villa des Chefs des polizeilichen Geheimdienstes SIDE, General Juan Lagalaye. Personen kamen nicht zu Schaden. Der General erhielt eine Entschädigung von einer Million Pesos und, vier Monate später, Besuch aus Langley. Richard Helms, hochrangiger Beamter und späterer Direktor der CIA, lobte die »Erfahrungen der Agenten für die gemeinsame Sache« und dankte für das Gastgeschenk: ein imposantes Messer.<sup>367</sup> Besonders dankbar war er dafür, die argentinischen SIDE-Agenten persönlich kennengelernt zu haben, so einen geheimnisvollen »V«, Hauptmann Gnavi, Oberst Vacarezza, Oberstleutnant Ramírez und Major Ortíz. Von denen hatte bereits Mister Swenson, offensichtlich der Officer der lokalen CIA-Station, in höchsten Tönen geschwärmt. Und ganz besonders war Helms »das wunderbare Essen« in Erinnerung geblieben.<sup>368</sup>

Die CIA hält ihre Unterlagen zu diesem Besuch und den »gemeinsamen Erfahrungen« trotz mehrerer Anträge auf Offenlegung weiterhin geheim.

Streng unter Verschluss ist auch der Brief von CIA-Chef Dulles an Eisenhowers Sicherheitsberater Gordon Gray vom 11. Mai 1960, dem Tag, an dem Eichmann verschwand. Der Brief besteht aus zwei Seiten, trägt den Vermerk »Top Secret« und ist in einem Hefter mit dem Titel »Eyes Only« abgelegt. Auch die Freigabe dieses Briefes ist seit einiger Zeit beantragt, doch die CIA hat es mit der Begründung, ich besäße nicht die US-amerikanische Staatsbürgerschaft, abgelehnt, meinen Antrag überhaupt zu bearbeiten.<sup>369</sup>

Wer also hat an der Eichmann-Operation mitgewirkt? In den Archiven der uruguayischen Flugsicherung fand sich ein wichtiger Hinweis. Am 11. Mai 1960 flog von Montevideo eine kleine Maschine nach Buenos Aires. In Uruguay wurde der Start registriert, die Landung in Buenos Aires nicht. Auf dem Flugplan standen die Namen des Piloten Enrique Frois und des Co-Piloten: Antonio B.<sup>370</sup> Letzterer ist Sohn eines früheren uruguayischen Oberkommandierenden der Streitkräfte, er selbst ist bei der US-Airforce in Alabama ausgebildet worden. 1960 war er noch bei der uruguayischen Luftwaffe, flog aber schon für die zivile Fluggesellschaft Primera Línea Uruguaya de Navegación Aérea, kurz PLUNA. Antonio B. bestreitet, an jenem 11. Mai mit der kleinen Maschine nach Buenos Aires geflogen zu sein. Aber er erinnert sich an Frois, den Inhaber eines Lufttaxi-Unternehmens. Da Nachtflüge nur mit Pilot und Co-Pilot starten durften, sei es bei Aerotaxis üblich gewesen, einfach einen Namen auf das Formular zu schreiben, um die Besatzung zu vervollständigen. »Einmal kam Frois zu mir, als ich gerade mit einer PLUNA-Maschine in Montevideo gelandet war, und fragte mich, ob ich ihn nach Ezeiza begleiten könnte.«<sup>371</sup> Er, Antonio B., sei aber nach Hause gegangen.<sup>372</sup> Bei dem Flugzeug handelte es sich um eine kleine in den USA registrierte Piper PA-23 Apache. »Sie gehörte Brown, einem Holzunternehmer in Montevideo, der sie Frois überlassen hatte.«<sup>373</sup>

Die US-Luftfahrtbehörde FAA teilte mir auf Anfrage mit, dass die Piper auf Lutchter Brown zugelassen war. Sein Schwiegersohn William Negley lebte zu dieser Zeit in Montevideo. Es ist kein Zufall, dass Negley Anfang der vierziger Jahre in Venezuela die Erdölunternehmen von Standard Oil geleitet hat – in jenen Jahren also, als

Rockefeller das Dritte Reich für seinen Feldzug in Russland mit Erdöl versorgte. Hier schließt sich der Kreis. Denn nach Argentinien hatte Rockefeller damals William Mosetti geschickt, der 1960 Direktor von Mercedes-Benz Argentina war. Es ist davon auszugehen, dass Mosetti mit der Eichmann-Aktion zu tun hatte – worin auch immer diese Aktion bestanden hat.

Wann war der Entschluss, ihn in Israel für seine Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen, entstanden? Vor dem 11. Mai oder erst am 23. Mai, als er bereits in Israel war? Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die israelische Regierung niemals nach Nazis fahnden lassen. Die beiden Stippvisiten israelischer Beamter vor Eichmanns Haustür sollten wohl den drängenden Frankfurter Generalstaatsanwalt Bauer besänftigen – kriminalistische Ermittlungen waren sie gewiss nicht.

Es hatte unmittelbar nach Kriegsende in Europa einige jüdische Kommandos gegeben, vor allem von der Hagana, die Naziverbrecher selbst richteten. Aber nach der Gründung des Staates Israel sollten solche Operationen unterbleiben. Die Regierung in Tel Aviv brauchte im Land alle vorhandenen Kräfte. Das galt im Übrigen auch für die jüdischen Gemeinden in Südamerika, wo auf engstem Raum, oft im selben Straßenzug, Nazis und jüdische Emigranten zusammenlebten. Und bis auf Lothar Hermann ist kein Fall bekannt geworden, in dem sich die ehemals Verfolgten nicht daran hielten. Ob dies ein unausgesprochenes Agreement war oder ein verbindlicher Vertrag zwischen den Siegermächten, Israel und anderen Staaten – diese Frage ist bis heute nicht beantwortet. Der argentinische Journalist Uki Goñi hat bei seinen Recherchen über die Rattenlinie Hinweise für eine »verbindliche, aber geheime Verabredung« gefunden.<sup>374</sup>

Sinnvoll ist die Frage nach den Interessen der Überführung Eichmanns nach Israel. Cui bono? Wem nütze die Operation, den USA, Israel oder der Sowjetunion?

Weder die USA noch die Sowjetunion planten die Strafverfolgung von Kriegsverbrechern, alle Seiten nutzten ehemalige Größen des Dritten Reiches im Kalten Krieg zur Informationsgewinnung. Ben Gurion war dabei, seinen Atom-Deal mit Adenauer unter Dach und Fach zu bringen – da wäre eine sensationelle Verhaftung eines Nazis und ein Schauprozess alles andere als förderlich gewesen.

Ein Abtransport Eichmanns aus Argentinien wäre ohne das Einverständnis der US-Botschaft nicht möglich gewesen. Kein Blatt be-

wegte sich damals in dem südamerikanischen Land, von dem Militär und Polizei nichts wussten – und die sprachen alle Schritte mit der CIA ab. Bis heute ist unbekannt, wo Eichmann zwischen dem 11. Mai und dem 21. Mai war, auch die Mossad-Agenten, die ansonsten mit vielen bunten Details ihre angebliche Heldentat herumposaunen, schweigen zu diesem Punkt bis heute. Der argentinische Geheimdienst SIDE hat die vier eingereisten israelischen Agenten observiert. Der Dankesbrief des CIA-Direktors Richard Helms an seinen Kollegen der SIDE lässt auf eine gute Zusammenarbeit in jenen Tagen schließen. Wer hielt Eichmann diese zehn Tage gefangen? Ist die Tatsache, dass er am Ende Israel praktisch aufgedrängt wurde, der Absicht der US-Regierung zu verdanken, das nukleare Dreiecksgeschäft zu verhindern und die »Geschäftsfreunde« Ben Gurion und Adenauer auseinanderzubringen?

Eichmann war bei Mercedes-Benz Argentina als Elektriker angestellt. Einige Arbeiter erinnern sich an ihn, er habe mit Gewerkschaftern, Peronisten und Kommunisten geredet – Illegale wie er, heißt es. Probleme mit jüdischen Kollegen haben weder Eichmann noch andere SS-Männer aus dem Management gehabt. Diese Zeit war vorbei. In den BND-Unterlagen heißt es, dass Eichmann sogar vorzügliche Beziehungen mit Mitgliedern der jüdischen Gemeinde in Buenos Aires unterhielt.<sup>375</sup> Er verstand hebräisch, und Israel hatte ein geschäftliches Interesse an etwas, das der schwäbische Autobauer herstellen konnte: Ben Gurion und Shimon Peres wollten nicht nur die A-Bombe, sondern auch das notwendige Trägersystem. An Trägerraketen, Raketentreibstoffen und Antriebssystemen hatten nachweislich die Firmen von Jorge Antonio gearbeitet, und Daimler-Benz entwickelte nach dem Sturz Peróns diese Systeme in Stuttgart weiter.

An die Degussa war 1960 das für Israel gedachte argentinische Yellowcake geschickt worden. War Daimler-Benz am Bau oder an der Planung dieser Strahltriebwerke für Israels Atombombe beteiligt? Die konkrete Frage wollte die Daimler AG weder dementieren noch bestätigen. Das Unternehmen, dessen Produkte auf Präzision beruhen, erging sich in verdächtiger Ungenauigkeit. Statt meine Frage mit Ja oder Nein zu beantworten, verwies es auf eine Dissertation über »Gasturbinen und Flugtriebwerke der Daimler-AG 1952–1960«.<sup>376</sup> Daimler: »Über Lieferungen von Strahltriebwerken

nach Israel wird in diesem Buch nichts berichtet.«<sup>377</sup> Das verwundert nicht, denn das vom Konzernarchiv herausgegebene Buch ist auf der Grundlage der Unterlagen entstanden, die das Archiv gerne Studenten vorgelegt hat. Daimler: »Unsere Unterlagen weisen erstmals im Jahr 1961 Geschäftsbeziehungen zu Israel auf. Damals wurden zwei Pkw nach Israel geliefert, also keine militärischen Geräte.«<sup>378</sup>

Wenn Daimler-Benz am Antriebssystem mitgearbeitet hat, musste Eichmann davon wissen. Schließlich hatte er, wie er im Interview mit Sassen berichtet, im Auftrag des SD zwei Jahre lang Hebräisch studiert und konnte »müheles eine Zeitung lesen«.<sup>379</sup> Hat Eichmann Sassen gegenüber diese neue Kooperation mit Israel erwähnt? Wenn ja, dann ist diese Auskunft mit Sicherheit in der US-Botschaft gelandet, mit der Sassen laut BND zusammengearbeitet hat. Dann wusste die Eisenhower-Regierung über den Umweg Argentinien, dass ihre Verbündeten, nämlich die Bundesrepublik und Argentinien, heimlich Atomtechnologie entwickeln und weitergeben. John McCone und sein sowjetischer Amtskollege Wassili Emiljanow hatten aber 1959 vertraglich vereinbart, ihren Verbündeten diese Technologie nicht zu liefern und sie nicht zu tolerieren. Dann wäre die US-Regierung im Zugzwang gewesen, dieses Geschäft zu unterbinden.

An einem Abtransport nach Israel konnte der Kreml kein Interesse gehabt haben. Es ist durchaus denkbar, dass der KGB, wie es das erwähnte BND-Dokument besagt, »Kontakte« zu Eichmann besaß, dass etwa in seinem Umfeld Personen waren, die ihn, wie es in der Branche heißt, »nachrichtendienstlich abschöpften«. Dann hätte auch der Kreml über den Umweg Argentinien von dem nuklearen Dreiecks-Geschäft erfahren und alles daran gesetzt, es zu unterbinden, zumindest aber McCone aufgefordert, den Bau der israelischen Atombombe zu stoppen. Eichmann wäre für den Beweis, dass die USA vertragsbrüchig geworden waren, ein wichtiger Zeuge gewesen. Und er wäre ein Zeuge für die Durchsetzung des westdeutschen Regierungsapparates mit Nazis gewesen. Chruschtschow wollte in Paris die Entnazifizierung in einem entmilitarisierten Gesamtdeutschland vorschlagen. Er hätte einen Zeugen für die Öffentlichkeit gebraucht, nicht einen im Glaskäfig in Israel.

## Teller im Mai 1960: Bombs for Peace und das Erdbeben in Valdivia

Eichmann nur zum Schweigen zu bringen oder ihm eine Lektion zu erteilen, hätte mit relativ einfachen Mitteln bewerkstelligt werden können. Das Gleiche gilt für eine Propaganda-Aktion, um den in Paris vorgetragene Forderungen nach Entnazifizierung Nachdruck zu verleihen. Die Operation vom Mai 1960 war aber nicht wie geplant verlaufen. Oder besser gesagt: Es muss etwas Unvorhergesehenes passiert sein, das die ursprünglichen Pläne über den Haufen geworfen hat. Nur dieses Unvorhergesehene kann den immer noch extrem hohen Grad der Geheimhaltung erklären, mit dem alle beteiligten Staaten das Kapitel Eichmann behandeln. Es muss dahinter noch etwas anderes stecken. Etwas, das mit Eichmann nichts zu tun hat – aber am selben Ort und zur selben Zeit passiert ist. Was war, außer dem Gipfeltreffen in Paris und der Eichmann-Verhaftung in Buenos Aires, in der Welt geschehen?

Es tobte der Kalte Krieg, was damals geschehen ist, muss mit der einen oder mit der anderen Großmacht zu tun gehabt haben. Da die russische Staatsführung bis heute ihre Geheimarchive verschließt, besteht nur bei der Zweiten Großmacht von damals, den USA, die Möglichkeit, in deren Archiven und Bibliotheken zu recherchieren.

Die USA halten sich für das freieste Land der Erde, ein Land, das meint, Transparenz und Aktenöffentlichkeit erfunden zu haben. Ganz falsch ist dies nicht, habe ich im Bundesarchiv NARA in Washington erfahren. Deutsche Archive ähneln eher mittelalterlichen Vertragsarchiven der europäischen Königshäuser als Institutionen eines demokratischen Rechtsstaates. Argentinien hat im Gegensatz zu anderen südamerikanischen Staaten nicht einmal ein Informationsfreiheitsgesetz, und das Wenige, was die Ministerien freiwillig aus ihrem Amtsbereich herausgeben, sind Zeitungsausschnitte oder internationale Abkommen.

Im August 2010 flog ich nach Washington, in der Tasche ein gültiges ESTA-Visum. Ich hatte vorab meinen Besuch bei NARA angekündigt und mein Anliegen erklärt. Am International Airport Allen Dulles in Washington DC wurde ich nach der Gepäckausgabe von Sicherheitskräften herausgefischt, sieben Stunden verhört, meine Unterlagen wurden fotokopiert, und ich wurde ohne Begründung mit der nächste Maschine nach Deutschland zurückgeschickt. In meinen Pass wurde »refused« eingetragen. Seitdem bin ich »permanently« als nicht visumswürdig eingestuft. Daran änderten auch die Proteste des Auslandskorrespondenten-Klubs in Buenos Aires nichts.

Die in Washington lebende Historikerin Susanne Berger half. Sie war Beraterin der schwedisch-russischen Expertenkommission, die das Schicksal Raoul Wallenbergs aufklären sollte. Der schwedische Diplomat hatte in Budapest Hunderte Juden vor der SS gerettet und gilt nach seiner Verhaftung durch die Rote Armee als »verschollen«.<sup>380</sup> Berger ist mit dem Komplex Eichmann bestens vertraut. Sie half mir nach meinem Einreiseverbot.

Eigentlich ist die Rechtslage in den USA gut. Seit der Regierung von William J. Clinton gilt das »Nazi War Crimes Disclosure Act«, wonach alle Akten über Naziverbrechen offenzulegen sind. Das Gesetz ist Errungenschaft der US-Bürgerrechtsbewegung, und bis heute behauptet das US-Justizministerium, dass alle Unterlagen der Geheimdienste über Nationalsozialisten öffentlich seien. Das entspricht jedoch nicht den tatsächlichen Verhältnissen.

Im Lesesaal des Bundesarchives NARA liegt die »CIA namefile Eichmann« aus: Zeitungsartikel, Berichte über Eichmanns Rolle während des Nationalsozialismus, Briefe von Simon Wiesenthal, Memos des State Departments bezüglich der Auseinandersetzungen im UN-Sicherheitsrat. In diesem Material befindet sich nichts, was nicht hinlänglich bekannt und publizistisch verwertet worden wäre.

Berger wollte die Bestände des State Departments einsehen. Was ihr vorgelegt wurde, war äußerst überschaubar. Von der spektakulären Überführung eines Naziverbrechers nach Israel muss der damalige US-Botschafter in Buenos Aires, Willard L. Beaulac, am laufenden Band und detailliert seinen Dienstherren informiert haben. Davon befindet sich jedoch nichts in den Akten, die bisher offen sind.

Sie sah alle 18 Kartons der Botschaft für die Zeit 1959–1961 durch. Es fehlen in der Sammlung die politischen Berichte, die für die Vorjahre vorhanden sind. Vorgelegt wurden ihr die »general files« und die »classified general records«, nicht aber die Akten und Berichte von Botschafter Beaulac und seinen Assistenten. Die Unterlagen des State Departments sind alles andere als komplett. Zwar liegen in diesen Kartons die »Secretary of State Memos of Conversation«, »daily briefings«, »Undersecretary of State reports«, »incoming correspondence« und »daily summaries«. Ausführlich wird u. a. die Walfischkonferenz gefeiert. Zum sensationellen Auftauchen Eichmanns in Jerusalem, das eine Krise in der Frondizi-Regierung und eine Debatte im UN-Sicherheitsrat nach sich zog, steht dort hingegen so gut wie nichts. Nicht ein einziges Telegramm aus Buenos Aires, in dem Beaulac über die den Israelis zugeschriebene Operation berichtet und diese kommentiert. Dabei hätte er viel erzählen können, sein Spitzel Sassen war eine der zentralen Figuren der Nazi-Szene vor Ort, und Eichmanns Arbeitgeber, der Mercedes-Chef William Mosetti, war US-Staatsbürger und hatte glänzende Beziehungen zur US-Botschaft in Buenos Aires.

In den von Berger bei NARA eingesehenen Akten liegen nicht einmal »withdrawl sheets«, die auf noch im Außenministerium lagernde Dokumente schließen lassen. Diese könnten angefordert und, so denn nötig, eingeklagt werden. So wird Forschern von vornherein der Gang zu den Gerichten erschwert, wenn nicht gar versagt. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf die Geheimhaltung, mit der die US-Regierung 50 Jahre nach den Ereignissen das Thema Eichmann – und was dahinter steckt – noch immer behandelt. Und es wirft ein Blick auf die Praxis des US-Außenamtes, wie es mit dem »Nazi War Crimes Disclosure Act« umgeht.

Die Unterlagen des Weißen Hauses werden nicht bei NARA aufbewahrt, sondern in den Bibliotheken der Präsidenten, für jeden US-Präsidenten eine eigene, quer über das Land verstreut. Das erschwert wegen der Reisekosten den Zugang für private Rechercheure, die nicht im offiziellen Auftrag suchen. Berger fuhr für mich fast 3000 Kilometer bis nach Kansas, zur Eisenhower-Library in Abilene, dem Geburtsort des Generals. Sie sah tagelang die Akten durch und erstellte Kopien, die sie mir mailte: Unterlagen von AEC-Chef John McCone, von Sicherheitsberater Gordon Gray, des Kabinetts und

des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) sowie die »presidential papers« von Eisenhower. Außer einer einzigen Erwähnung im Zusammenhang mit der Diskussion im UN-Sicherheitsrat kommt der Fall Eichmann nicht vor. Diese Dokumente werden geheim gehalten.

Dafür fand die Historikerin in Kansas die Akten zu Plowshare. Atomsprengstoff sollte für zivile Zwecke genutzt werden, etwa beim Bau von Kanälen und Häfen. So wollte AEC-Chef McCone das Test-Moratorium vom Oktober 1958 umgehen. Plowshare war, wie erwähnt, von Edward Teller und Herbert York geplant worden.

Teller hatte 1930 bei Werner Heisenberg promoviert und war fünf Jahre später wegen seiner jüdischen Herkunft in die USA emigriert. Dort arbeitete er am Manhattan-Projekt mit, das die amerikanische Atombombe auf der Basis des angereicherten Urans entwickeln sollte – nicht auf der Basis von Natururan mit Schwerem Wasser, das die Nationalsozialisten und später die Israelis mit deutscher Hilfe zu kernwaffenfähigem Plutonium verarbeiteten. Auch an der Entwicklung der Wasserstoffbombe war Teller beteiligt.

In der wissenschaftlichen Gemeinschaft war er umstritten, seit er 1952 Robert Oppenheimer, einen früheren Kollegen im Los Alamos National Laboratory, belastet hatte. Oppenheimer hatte sich für Rüstungskontrollen ausgesprochen, was in den USA ausreichte, um als Kommunist und Staatsfeind verdächtig zu werden. Das »Komitee für unamerikanische Umtriebe« von Senator Joseph McCarthy hielt ihn für ein Sicherheitsrisiko und lud Teller als Zeugen vor das Komitee. Der erklärte dort bereitwillig, »dass ich mich persönlich sicherer fühlen würde, wenn die öffentliche Sache in anderen Händen läge. [...] Es wäre wohl das Weiseste, die Sicherheitsgarantie nicht zu erteilen.«<sup>381</sup> Oppenheimer wurde daraufhin die erforderliche »Clearance« für sensible militärische Forschung entzogen, was einem Berufsverbot gleichkam.

Nach dieser Aussage wurde Teller von akademischen Kreisen geächtet. Er diente sich den Militärs an und setzte sich vehement gegen ein Verbot von Atomwaffentests ein. Es hätte seinen Arbeitsplatz bedroht sowie die Interessen der mit dem Livermore Laboratory verbundenen Unternehmen, des »militärisch-industriellen Komplexes«, wie Eisenhower 1961 in seiner Abschiedsrede an die Nation dieses Monstrum aus den privaten Waffenschmieden und dem Pentagon getauft hatte.

In den Augen der US-Friedensbewegung war Teller Inbegriff des blinden Antikommunisten, dargestellt in dem berühmten Film »Dr. Seltam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben«. <sup>382</sup> Stanley Kubrick parodiert darin den geisteskranken Brigadegeneral Jack D. Ripper, der 1963, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, seinem Fluggeschwader den Angriff auf die Sowjetunion befiehlt. Der weise US-Präsident Muffley will einen Atomkrieg verhindern und verhandelt mit dem Kreml. Da trifft die russische Luftabwehr einen B-52-Bomber, worauf dessen Pilot, Major »King« Kong, auf einer Atom-bombe seinem sibirischen Ziel entgegenreitet. Während der nukleare Gegenschlag anrollt, erscheint im Pentagon der Deutsche Dr. Selt-sam, dessen rechter Arm auffallend oft abrupt aufschwingt, und erklärt, wie eine handverlesene Schar von Herrenmenschen den Atomschlag überleben könne. Am Ende springt der gelähmte Wis-senschaftler aus seinem Rollstuhl und kreischt: »Mein Führer, ich kann wieder gehen.« Diese Szene geht in Bildsequenzen von Kern-waffentests und Atompilzen über.

An Tellers Einfluss im Pentagon änderte diese Satire nichts. Was er vorschlug, gelangte in die Planungsstäbe des Verteidigungsmini-steriums und der Atomenergie-Kommission, AEC. Nach außen hin feierte man Teller als genialen Physiker, als Geheimwaffe gegen den Klassenfeind. Doch intern hegte AEC-Chef McCone schon im Mai 1959 Zweifel an seiner wissenschaftlichen Qualifikation. Zitat aus seinem Geheimvermerk: »Es hat sich herausgestellt, dass Dr. Teller im Irrtum war und Feet statt Meter sowie Durchmesser statt Radius benutzt hat, und deshalb war für sein Abkoppeln einer 200-Mega-tonnen-Bombe eine Aushöhlung mit einem Durchmesser von 1300 Fuß notwendig statt einer von 400 Fuß Durchmesser. Diesen Irrtum fand ich blamabel.« <sup>383</sup> Trotz dieser Blamage blieb Teller Chef des Livermore-Labors.

Herbert York war ab 1952 der erste Direktor des Lawrence Liver-more National Laboratory. 1958 wechselte er auf den Chefposten des US-Atomwaffenamtes DASA, der Defense Atomic Support Agency des Pentagons, und Teller trat seine Nachfolge im LLNL an.

Am 29. April 1960 führte McCone Teller in das Kabinett ein, um dem Präsidenten und seiner Generalität Plowshares Aufgaben in den kommenden zwei Jahren zu skizzieren: Mit Atombomben sollten ei-nen Kanal auf den Marshall-Inseln sowie zwei Häfen samt einem

Kanal in Alaska gebaut werden. Sie sollten in Zukunft bei der Ölförderung, bei Stauseen und im Bergbau eingesetzt werden. McCone trug mündlich vor, assistiert von Teller und Gerald Johnson.<sup>384</sup>

Am Anfang ging es in der Kabinettsitzung um die Genfer Abrüstungsverhandlungen. Zum Glück sei in der Diskussion über das Verbot von Nuklearversuchen der »peaceful use«, die Anwendung für friedliche Zwecke, ausgenommen worden. Man müsste eine genaue Sprachregelung finden, empfahl Teller, um den Begriff »friedliche Zwecke« so weit wie möglich auszulegen.<sup>385</sup>

Teller legte dem Kabinett Landkarten vor, auf denen die Orte eingezeichnet waren, an denen die Russen mit Atomsprennstoff Ausgrabungen getätigt hatten, wahrscheinlich zur Erkundung neuer Öl- und Gasvorkommen. Man brauche weitere Informationen zu diesem Thema, forderte Teller, und alle waren einverstanden.<sup>386</sup>

Dann kam er zur Sache und präsentierte seine beiden ausgereiften Projekte samt Bauplänen, Chariot und einen Kanal in Mittelamerika. An Letzterem hatte Corporate America Interesse angemeldet. William M. Whitman von der Panama Canal Company machte schon seit Monaten Druck in Washington, und Teller hatte ihn zu dieser Kabinettsitzung mitgebracht. Whitman wollte Eisenhower Fakten und Zahlen vorlegen. Mit der AEC war er sich längst einig, McCone wollte unbedingt einen zweiten Kanal bauen, der schon spöttisch Pan-Atomic Canal getauft worden war. In Panama war es wiederholt zu US-feindlichen Demonstrationen gekommen, die die Rückgabe des den USA überlassenen Territoriums forderten. Die CIA fürchtete den Verlust der Kanalzone. Das State Department hatte in anderen Ländern vorgefühlt, ob dort Interesse an einer neuen Verbindung zwischen Karibik und Pazifik bestünde. Das Problem sei nicht politischer Natur, sondern finanzieller. Teller legte dem Kabinett den Brief von George H. Roderick vor, des stellvertretenden Heeresstaatssekretärs und zugleich Vorstandsmitglied der Panama Canal Company. Niemand nahm daran Anstoß, dass die Interessen des industriellen Komplexes von denselben Personen durchgesetzt wurden, die hohe Posten in der Regierung und in den Streitkräften bekleideten. Roderick hatte Präsident Eisenhower vorgerechnet, dass ein mit konventionellen Mitteln gebauter Kanal 2,25 Milliarden Dollar kosten, ein stolzer Betrag.<sup>387</sup> Würde man hingegen bei der Aushebung nukleare Sprengmittel einsetzen, würde man Zeit und vor

allem viel Geld sparen. Auch könne man auf diese Weise zu einer Fahrerinne von 1000 Fuß Breite und 60 Fuß Tiefe gelangen.<sup>388</sup> Ein Kanal durch Panama würde 770 Millionen Dollar kosten, durch Kolumbien 1,21 Milliarden, hatte das Lawrence Laboratory fein säuberlich ausgerechnet.<sup>389</sup>

Die AEC hatte für die Panama Company schon Monate vorher in einem Bericht die Einsparungen durch nukleare Sprengungen anschaulich dargelegt: »Während hochexplosive [konventionelle – gw] den Fels nur zerbrechen und das Geröll nach der Sprengung mit mechanischem Gerät weggeräumt werden muss, verursachen nukleare Explosionen so große Krater, dass hinterher das Wegräumen von Geröll nicht notwendig ist. Die Kosten dieser mechanischen Räumung – Aufladen, Bewegen und woanders Abladen – sind dadurch verglichen mit denen einer nuklearen Explosion um ein Vielfaches höher [...].«<sup>390</sup> Das Ausgraben mit konventionellem Sprengstoff würde zehn Jahre dauern, mit nuklearem Material nur zwei bis drei Jahre, erklärte Whitman und verwies auf den AEC-Bericht vom Januar 1960.<sup>391</sup>

Auch die Umweltverschmutzung würde sich in Grenzen halten, behauptete der AEC-Bericht: Es würde »kein signifikanter Beitrag zum weltweiten Fallout« erfolgen.<sup>392</sup>

Natürlich müsse man die geologische Struktur der Gegend untersuchen, um Erdbeben zu vermeiden: »Details über Wetter, die Geologie der Böden sowie über die unterirdischen Wasser-Bewegungen müssen bekannt sein, bevor der Kanal gebaut werden kann.«<sup>393</sup>

Die AEC stellte sich den nuklearen Kanalbau wie eine Perlenkette vor: In einem bestimmten Abstand sollten Atombomben in einer Reihe gezündet werden, so dass hinterher nur die Krater miteinander verbunden werden müssten (»a series of nuclear explosions placed so that a series of connecting craters is formed«).<sup>394</sup>

Für die notwendige Testphase hatte Teller ein ausgereiftes Projekt samt Bauplänen und Landkarten mitgebracht: Chariot, in Alaska. Chariot stand für den Bau eines künstlichen Hafens unter Verwendung thermonuklearer Sprengkörper. Das Tiefwasserbecken sollte eine Meile lang und eine halbe Meile breit werden und der Verschiffung von Kohle und Öl dienen. Dass die Gewässer fast das ganze Jahr über vereist und nicht zu befahren wären, war ein nebensächliches Detail. Das Projekt genoss seit zwei Jahren die Genehmigung

der AEC, jetzt ging es um die Konkretisierung und das Einverständnis des Präsidenten. Für ein Hafenbecken in Cape Thompson sollte ein 230 Meter tiefer Krater mit einer 100-Kilotonnen-Zündung in das Gestein gesprengt werden. Dazu sollte mit vier weiteren 20-Kilotonnen-Detonationen ein Kanal ausgehoben werden, um das Becken mit dem Ozean zu verbinden.

Für Chariot hatte Teller eine neue Atomwaffe konstruiert, den Ditchdigger, wörtlich übersetzt: Grabenbagger. Zitat aus einem später auf der Homepage des US-Energieministeriums veröffentlichten Bericht: »Bei dem Projekt Ditchdigger sollte eine Atomwaffe getestet werden, um die Möglichkeit des Baus von Kanälen, die in den Ozean münden, zu sondieren.«<sup>395</sup>

Die Entwicklung des Ditchdiggers trat auf der Stelle, da hierfür unbedingt unterirdische Tests notwendig waren, und genau über die stritt man sich in Genf. Dem Livermore-Labor drohte eine Budgetkürzung. Doch die AEC war sich sicher, mit dem Ditchdigger fortfahren zu können, und genehmigte Anfang 1960 »Entwicklungsstudien« für die Geheimwaffe im Livermore Laboratory, zumindest solange, »wie es [aufgrund des freiwilligen Testmoratoriums – gw] keine anderen Vorbereitungen für eine Zündung geben kann«.<sup>396</sup>

Was andere Vorbereitungen für eine Zündung anbelangt, so brauchte die AEC hierfür grünes Licht von ganz oben. Nicht nur für Chariot, auch für einen zweiten Mittelamerika-Kanal benötigte man, wenn man Atomsprengköpfe dazu benutzen wolle, mehrere »vorangehende Experimente«, so Teller, sowie die »Erlaubnis, solche Test-Explosionen durchzuführen«.<sup>397</sup> Verteidigungsminister Gates fragte in der Kabinettsrunde, was diese zivilen Test-Explosionen mit Waffenentwicklung gemein hätten.<sup>398</sup> Teller wies darauf hin, dass Letztere möglicherweise von einem Atombomben-Teststopp verboten würden, die für zivil erklärten aber nicht.<sup>399</sup> So steht es im Protokoll der Kabinettsitzung. Secretary of Defense Gates war mit dieser Antwort zufrieden.

Präsident Eisenhower fragte Teller nach den Kosten der atomaren Sprengungen, verglichen mit dem Einsatz nichtnuklearer Sprengstoffe. Das hänge von der Menge ab, so die Antwort. Ab einer Kilotonne werde die Atomsprengung billiger, werden 100 Kilotonnen eingesetzt, koste eine Atomsprengung nur ein Zehntel der konventionellen Sprengung.<sup>400</sup>

Am Dienstag der folgenden Woche setzte sich der Nationale Sicherheitsrat (NSC) zusammen. Das Treffen war kurzfristig zum Teil des Zivilschutzmanövers »Operation Alert« erklärt und an einen geheimen Ort außerhalb Washingtons verlegt worden. Das war so konspirativ und überraschend, dass Verteidigungsminister Gates wegen des fehlenden Hubschraubers fast nicht gekommen wäre.

Das Protokoll der NSC-Sitzung liest sich wie die Wunschliste des militärisch-industriellen Komplexes. Es ging nicht um politische Entwicklungen, die die Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen könnten, um linke Wahlsiege, Rohstoffpreise oder Umweltschutz, sondern die nationale Sicherheit wurde mit der größtmöglichen Verfügbarkeit von modernen Waffensystemen gleichgesetzt. Ausschließlich davon schien der Fortbestand der USA und das Wohl ihrer Bürger abzuhängen. Alle Protokolle wurden mit dem Stempel »top secret« versehen – das ersparte langwierige Diskussionen im Kongress und in der Öffentlichkeit darüber, ob diese Milliarden Steuergelder, die in das Wettrüsten gesteckt wurden, nicht anders ausgegeben werden könnten, um die Welt sicherer und lebenswerter zu machen.

Auf dieser NSC-Sitzung hielt Herbert York einen langen Vortrag darüber, was in den Arsenalen lagerte und was noch entwickelt werden musste. Besonders am Herzen lagen ihm die Langstreckenraketen. Es ging um das Jupiter-Programm, um Triton und die vielversprechende Polaris-Rakete, die von U-Booten aus abgeschossen werden sollte. Polaris würde Ende des Jahres einsatzfähig sein, antwortete York auf die Frage von CIA-Chef Dulles. Auch zu flüssigen und festen Treibstoffen müsse geforscht werden.<sup>401</sup>

Am Ende regte Sicherheitsberater Gordon Gray an, den Geheimschutz von Yorks Präsentation aufzuheben. Auch Verteidigungsminister Gates sprach sich für eine Veröffentlichung aus, die Informationen seien durch Reden und Parlamentsausschüsse längst bekannt. York nickte, eigentlich stehe die Geschichte der US-Raketenentwicklung in den Kongress-Akten. Doch, so der Einwand, wenn sie veröffentlicht würden, müssten wohl die Kosten jedes einzelnen Programms angegeben werden.<sup>402</sup> Ob das Wählervolk damit einverstanden sei?

Am 7. Mai 1960 kündigte Eisenhower innerhalb der NATO neue seismische Forschungen an, um die Möglichkeiten, unterirdische Atomtests erfassen und identifizieren zu können, zu verbessern.<sup>403</sup>

Worin die bestehen sollten und wo er sie durchführen lassen würde, sagte er nicht.

»Andere Vorbereitungen für eine Zündung«, so das Energie-Ministerium, waren für die Weiterentwicklung von Tellers Wunderwaffe, dem Ditchdigger, unabdinglich.<sup>404</sup> Wegen des Teststopps konnten sie nicht auf einem US-Testgelände stattfinden, heißt es in dem Bericht.

Am 11. Mai fasste Edward Teller in einem Brief an Eisenhower noch einmal die Argumente für Plowshare zusammen. Sein Ditchdigger grabe sich wie eine Fräsmaschine durch das Gestein. Er erwähnte erneut den Kanal in Mittelamerika, vom Pazifik zum Atlantik – ließ aber die genaue Lage offen. Das Projekt sei technisch so weit ausgereift, dass es nunmehr zum experimentellen Einsatz kommen solle, kommen müsse.<sup>405</sup> Die von ihm vorgeschlagenen unterirdischen Sprengungen des Ditchdiggers würden das Problem des radioaktiven Fallouts sehr verringern, Personen müssten nicht aus den betroffenen Gebieten evakuiert werden, was ein großer Vorteil sei, da dies »mehrere hundert Millionen Dollar« kosten und »emotionale Widerstände« entfachen würde.<sup>406</sup> Teller: »Die Kombination einer reduzierten Kernspaltung, die bereits möglich ist, mit Explosionen tief im Erdreich vermindert die in die Atmosphäre abgegebene Radioaktivität im Verhältnis eins zu tausend. [...] Ich habe keinen Zweifel daran, dass Plowshare am Ende eine der wichtigsten Anwendungen von Atomenergie sein wird. Wenn uns erlaubt wird, mit unseren, Ihnen vorgelegten Plänen voranzuschreiten, dann glaube ich, dass Plowshare die erste große wirtschaftliche Anwendung der Kernspaltung werden wird. Hochachtungsvoll, Edward Teller.«<sup>407</sup> Eine Kopie ging an McCone.

»Explosionen tief im Erdreich« – so Teller – waren unterirdische Atomtests. Doch wo sollten diese durchgeführt werden?

Die Antwort Eisenhowers steht nicht in den Akten, wohl aber zahlreiche Entnahmeblätter, die besagen, dass an dieser Stelle Dokumente entnommen wurden und unter Verschluss aufbewahrt werden. Die Freigabe dieser Geheimdokumente habe ich beantragt und einige erhalten. Zitat aus einem Vermerk über ein Gespräch mit dem Vizepräsidenten, Verteidigungsminister Gates, General Twining, General Hickey, General Goodpaster und Sicherheitsberater Gray vom 29. April 1960: »Am Ende der Diskussion befahl der Präsident, alle Papiere über das Besprochene zu vernichten.«<sup>408</sup>

Am 12. Mai trat das Kabinett erneut zusammen. Erschienen waren unter anderem McCone, Mrs. Gertrude Schroeder von der CIA (Tagesordnungspunkt 2) und für Punkt 5 Herbert York und Generalmajor Burchinal.<sup>409</sup> Während Punkt 2 benannt wurde – Soviet Manpower<sup>410</sup> –, ist unklar, worum es bei Punkt 5 ging. Im Protokoll steht davon nichts, es endet beim Tagesordnungspunkt 4, Radiation Guide. Bei diesem ging es um die Gefahren von Radioaktivität, die die Kabinettsrunde als sehr gering einschätzte. Alle Strahlungen, auch die in der Natur vorkommenden, hätten einen Effekt auf »lebendes Gewebe«, in kleinen Mengen seien sie unschädlich.<sup>411</sup>

Nach Punkt 4 bricht das Protokoll ab. Kein Wort über jene Menschenversuche, die McCones Atombehörde und das Department of Defense damals durchführten. Schon seit Anfang der vierziger Jahre, während die Nazis in den Konzentrationslagern Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Juden für Menschenversuche aller Art missbrauchten, wurden in US-Gefängnissen Häftlinge ohne deren Wissen für Forschungszwecke mit Malaria infiziert. Nach dem Krieg wurden in Guatemala unter Leitung des US-Gesundheitsinstituts Gefangene mit Syphilis angesteckt. Die U.S. Navy sprühte aus Flugzeugen Krankheitserreger über San Francisco, Kalifornien, ab, um einen Angriff mit biologischen Waffen zu testen. Die Army blies Bazillen in die U-Bahn. Die AEC setzte radioaktive Substanzen in US- und kanadischen Städten frei, verabreichte schwangeren Frauen und Babies radioaktive Chemikalien. Plutonium-Spritzen wurden den Patienten der Chicagoer Universitätsklinik verabreicht, und atomarer Fallout bei den oberirdischen Atomtestversuchen in Nevada führte zum Tod von über 20 000 Zivilisten. Diese Vorgänge sind bekannt, die amtlichen Dokumente freigegeben, behandelt von mehreren Untersuchungsausschüssen, dem Church Committee, der Rockefeller Commission und dem Advisory Committee on Human Radiation Experiments.

Welche konkreten Absichten Mr. York an jenem 12. Mai unter Tagesordnungspunkt 5 Präsident Eisenhower und seinem Kabinett unterbreitete, verrät das Protokoll nicht. Auskunft darüber habe ich bei der CIA beantragt, da ja Mrs. Schroeder mit am Tisch saß. Der Antrag wurde abgelehnt, seine Bearbeitung würde zu viel Arbeit machen (»unreasonably burdensome search«).<sup>412</sup>

Nicht aus US-Archiven, sondern aus der Nationalbibliothek in

Buenos Aires erfahre ich, was Mister York vorhatte und wo er es vorhatte. Der argentinische militärische Geheimdienst meldete am selben Tag, als York in der Kabinettsitzung zum Thema Strahlengefahren und Atomtests sprach: »Am kommenden Sonntag Nachmittag [15. Mai – gw] wird in Ezeiza eine Kommission von US-Wissenschaftlern ankommen, geleitet von Dr. Herbert F. York, Forschungs- und Entwicklungsdirektor des US-Verteidigungsministeriums.«<sup>413</sup>

Mr. York reiste nicht allein, heißt es in dem Bericht, sondern hatte das nötige Equipment vorausgeschickt: »Eine Gruppe von nordamerikanischen Luftwaffenoffizieren, geleitet von Oberst A. Laird, ist gestern in Ezeiza mit einem gigantischen viermotorigen Flugzeug KB-50 eingetroffen.«<sup>414</sup> Bei der KB-50 handelte es sich um einen atomwaffenfähigen Langstreckenbomber mit Luftbetankung. Er blieb, so heißt es in dem Bericht, zwei Tage in Ezeiza und flog dann mit unbekanntem Ziel weiter.

Am 11. Mai waren in Ezeiza sieben weitere US-Maschinen gelandet, drei U-2-Flugzeuge und vier Bombenträger vom Typ P-57. Die U-2-Maschinen waren vom selben Typ wie die Spionageflugzeuge der CIA, unterstanden aber dem Kommando der US-Airforce und waren für die Überwachung von Atomtests, auch von Stratosphären-tests, ausgerüstet. Sie sollten Testversuche unternehmen, »pruebas« – heißt es im Bericht des militärischen Geheimdienstes Argentiniens.<sup>415</sup>

Auf Yorks Programm stand die Visite zweier Militärstützpunkte in Patagonien, darunter Puerto Belgrano, sowie ein Besuch bei der CNEA, der argentinischen Atombehörde. Dort übernahm gerade der Marineoffizier Armando Quihillalt das Kommando.<sup>416</sup> Was wurde in Ezeiza ausgeladen? Und was hatte jene »mehrköpfige Delegation der U.S. Navy«, wie es im Geheimdienstbericht heißt, kurz vor Yorks Eintreffen in Buenos Aires auf den Militärstützpunkt Puerto Belgrano gebracht? Von dort aus fahren die Transportschiffe der argentinischen Marine weiter in den Süden – die einfachste und billigste Art, schwere Fracht zu bewegen.

Präsident Frondizi empfing Yorks Delegation, begleitet vom argentinischen Oberkommandierenden der Streitkräfte, und wünschte gutes Gelingen.<sup>417</sup>

Die Opposition sah diese enge militärische Kooperation mit dem Atomwaffenamt des Pentagons mit Unbehagen. Wenn ein Mitglied

einer ausländischen Streitmacht argentinischen Boden betritt, ist dafür eine parlamentarische Genehmigung erforderlich. Am 12. Mai debattierte der Senat in geheimer Sitzung. Vorgeladen war der Luftwaffen-Minister, Brigadegeneral Ramón Abrahín. Auf der Tagesordnung standen »staatliche Angelegenheiten des Luftraums«, es ging aber auch um hohen militärischen Besuch aus den USA. Befriedigend waren die Antworten des Generals nicht, weshalb am 19. Mai die Senatoren erneut debattierten, wieder hinter verschlossenen Türen. Ab 20 Uhr musste der Außenminister zu Yorks Einladung Rede und Antwort stehen. Bis heute hält die Regierung diese Protokolle unter Verschluss.

Die argentinische Kriegsmarine plante zu diesem Zeitpunkt tief im Süden Patagoniens, in der Nähe von Puerto Deseado, einen Landeplatz für Wasserflugzeuge.<sup>418</sup> Zumindest ist dies die offizielle Beschreibung des Bauvorhabens. Die Hafenstadt liegt an der 40 Kilometer langen Mündungsbucht, Bahía Uruguay, in die einst der Río Deseado geflossen war. Der »ersehnte Fluss« floss einmal von den Anden, vom Lago Buenos Aires, 615 Kilometer durch die Provinz Santa Cruz in den Atlantik und endete in der Bucht. »In der letzten Eiszeit verließ der Fluss seinen Lauf, wahrscheinlich weil er durch Vulkangestein zugeschüttet wurde«, so Violeta Martínez, die Stadtarchivarin von Puerto Deseado.<sup>419</sup> Heute fließt der Río Deseado mit seinem tiefblauen Wasser nur noch teilweise durch das Gestein, an vielen Stellen verläuft er unterirdisch. Er mündet immer noch, allerdings unterirdisch, mit einer relativ großen Strömung in die Bucht, in der sich das Süßwasser der Andengletscher mit salzigem Meerwasser mischt.

Puerto Deseado war 1884 von spanischen und italienischen Siedlern gegründet worden. Die meisten waren Anarchisten und Sozialisten, und bis heute pflegt man ihre Traditionen. Die Böden sind karg und steinig, und 1960 lebten dort nur 4000 Menschen, die meisten von der Schafzucht. Ab und zu legte ein Kutter im Hafen an. Doch für weitere wirtschaftliche Aktivitäten fehlten Strom und vor allem Trinkwasser. Da war die Bevölkerung Feuer und Flamme, als im Januar 1960 die petrochemische US-Firma Texas Butadiene auftauchte – angeblich, um dort synthetischen Kautschuk zu produzieren, erinnert sich Pedro Urban, ein früherer Eisenbahner. Er ist ein wandelndes Lexikon, hat zu Hause haufenweise alte Zeitungen. An

das Projekt erinnert er sich gut, es war in aller Munde, und »die Regierung hatte der Texas Butadiene etliche Landstriche zugewiesen«. <sup>420</sup> Die Bevölkerung staunte, denn in der Gegend fehlte jegliche Infrastruktur. »Wir freuten uns über die künftigen Arbeitsplätze«, so Urban. <sup>421</sup>

Die Firma flog dutzende Ingenieure aus den USA ein, darunter den Projektleiter, Manuel Asensio. Er hatte im Ingenieurs-Corps der U.S. Army gedient, sein letzter Dienstgrad war Generalleutnant. Im Alter von 54 Jahren ging er in Pension. Das war am 1. Februar 1960, und 19 Tage später traf er in Puerto Deseado mit dem Postflugzeug ein.

Texas Butadiene heuerte Fachkräfte an, keine Experten für die Herstellung von synthetischem Kautschuk, sondern Sprengstoff-Fachleute. Besonders wählerisch war die Firma nicht. So nahm sie beispielsweise den Deutschen Heinz Steffens unter Vertrag, »Spezialist für Sprengstoff- und Schweißarbeiten unter Wasser«. <sup>422</sup> Steffens hatte seinen Abschluss als »Meister« für Hitlers Kriegsmarine 1945 abgelegt, schrieb er in seiner Autobiografie. Welche konkreten Spezialaufträge er während des Zweiten Weltkrieges ausgeübt hatte, verschweigt er. Nach dem Krieg kam er mit dem argentinischen Dampfer »Maipú« über Dänemark nach Südamerika. 1960 landete er in Puerto Deseado. Zitat: »Dort sollte Felsen für eine Schiffsanlegestelle abgewonnen werden – wegen der notwendigen Sprengarbeiten und der Strömung des einmündenden Flusses Río Deseado eine nicht ungefährliche Arbeit. Das Unglück wollte es, dass die Firma, die mir diese Arbeit in Auftrag gegeben hatte, in Konkurs ging.« <sup>423</sup> Mehr verrät Steffens dazu nicht. Kurze Zeit später nimmt ihn Hochtief unter Vertrag, Steffens zieht nach Paraná und arbeitet jahrelang an dem Tunnel unter dem Paraná. Ende der siebziger Jahre war er beim Bau des iranischen Atomkraftwerks Bushehr beteiligt.

Roberto Oyarzo war politisch unbelastet. Ihn hatte die Texas Butadiene schon als jungen Mann in Chile unter Vertrag genommen. Oyarzo kam im März 1960 im Alter von 23 Jahren in die Gegend. Er hatte bei der chilenischen Kupfergesellschaft Codelco Erfahrungen mit Dynamit gesammelt. Im Auftrag der texanischen Firma schaufelten er und seine Kollegen zunächst Sand weg – und zwar an der Stelle, wo sie die Mündung des unterirdischen Río Deseado in die Bucht vermuteten. »Wir sprengten an der engsten Stelle der Bucht

mit Dynamit tiefe Krater ins Vulkangestein«, so Oyarzo, »dort unten musste das Flusswasser sein.«<sup>424</sup> Doch obwohl sie drei Monate lang sprengten, fanden sie die Mündung nicht. Von anderem Sprengmaterial weiß Oyarzo nichts. Später seien, zusammen mit der Marine, Experten von außerhalb gekommen.<sup>425</sup> Was die dort unternommen hatten, könne er nicht sagen, weil er und seine Kollegen nur die Vorarbeiten, nicht aber die weiteren Sprengungen erledigt hätten.

Oyarzo hat nie erfahren, woher die private, ausländische Chemiefirma, die Texas Butadiene, diese riesige Menge Sprengstoff erhalten hatte. Der Verkauf von Dynamit war an strenge Kontrollen gebunden, nicht zuletzt wegen der zahlreichen Attentate der Peronisten auf ausländische Erdölfirmer. Jeder kleine Diebstahl wurde groß in der Presse aufgegriffen, um die »subversive Gefahr« in grellen Farben auszumalen. In den Protokollen der öffentlichen Sitzungen des argentinischen Kongresses fand ich einen interessanten Hinweis: Da fragte am 9. Juni 1960 der Abgeordnete Hernández Ramírez die Regierung nach dem »Verlust« (»substracción«) von mehr als 3200 Kilo Dynamit samt 4000 Meter Lunte und 12 000 Zündern. Diese Episode, so wunderte sich der Abgeordnete, habe nicht in der Zeitung gestanden. Er sei von der Nationalen Atomkommission CNEA informiert worden, der das Material abhanden gekommen sei.<sup>426</sup> Der Innenminister antwortete ausweichend. Er sprach von »Terroristen« und verwies auf den Ausnahmezustand und den Plan Conintes.<sup>427</sup>

Am 12. Mai titelte die lokale Presse in Puerto Deseado unter Berufung auf einen leitenden Ingenieur: »Die erste Phase der Bauarbeiten wurde von Texas Butadiene erfolgreich abgeschlossen.«<sup>428</sup> Sie berichtete über den Bauplan der Kriegsmarine: eine Rampe sollte in der Bucht Uruguay gebaut werden, um Wasserflugzeugen im Anti-U-Boot-Krieg die Landung zu ermöglichen. Aber was dieser ein paar Meter lange Betonstreifen vom Grund der Bucht bis ans Ufer wirklich sollte, konnte niemand schlüssig beantworten. Wasserflugzeuge waren für den militärischen Einsatz längst nicht mehr geeignet, und Militärflugzeuge konnten auf dem nahe gelegenen Luftwaffenstützpunkt in Puerto Deseado bequem landen, dessen Landebahn war 1400 Meter lang.<sup>429</sup> Es gab für diese Rampe in der Bucht Uruguay keinen plausiblen Grund – aber den hatte es für den Hafen in Alaska des Projekts Plowshare auch nicht gegeben.

Der argentinischen Marine ging es natürlich um mehr als eine überflüssige Landepiste in einer unwirtlichen Gegend. Gar nicht überflüssig wäre es gewesen, Puerto Deseado endlich Trinkwasser zu bringen – ein uralter Wunsch. Und es war der Marineoffizier Marcos Oliva Day, der diesen alten Plan realisieren wollte, erinnert sich sein Sohn.<sup>430</sup> Hätte er die unterirdische Mündung gefunden, wäre die gesamte Gegend aufgewertet worden.

Bis heute fordert die Bevölkerung, eine Leitung von Puerto Deseado zum Gletschersee Buenos Aires zu legen – oder zumindest bis zu der Stelle, wo der Río Deseado von der Erdoberfläche verschwindet und unterirdisch weiterfließt. Doch die Militärs wollten Ordnung schaffen und dem Fluss seinen alten Verlauf, wie vor der Eiszeit, wiedergeben. Besser gesagt: Sie wollten einen Kanal in das Vulkangestein bomben, um die Bahía Uruguay wieder mit dem Fluss zu verbinden.

Doch einen kilometerlangen Graben in hartes Felsgestein zu sprengen – so etwas hatte man in Südamerika noch nie unternommen. Man brauchte Hilfe.

An der Bahía Uruguay, gegenüber der Isla del Rey, lag die Marinebasis. Laut ihres Jahresberichts 1960 waren dort Anfang des Jahres ein Offizier, zwei Unteroffiziere, sechs Soldaten und vierzig Wehrpflichtige stationiert, Ende des Jahres hatte sich die Anzahl verdoppelt.<sup>431</sup> Ihre Hauptaktivität war die Unterstützung der Operation Caleta Zar in der Bahía Uruguay gewesen, des Baus einer Rampe für Wasserflugzeuge, benannt nach einem argentinischen Admiral.

Der Bericht des militärischen Geheimdienstes erwähnt den Besuch der U.S. Marines am Morgen des 11. Mai auf dem Militärstützpunkt in Puerto Belgrano. Wenn von dort nach dem 11. Mai ein Schiff in See gestochen ist, müssen sich dazu Unterlagen im Marinearchiv in Buenos Aires befinden. In der Tat. Aus Puerto Belgrano fuhr am 14. Mai das Frachtschiff der Kriegsmarine »San Bartolomé« unter dem Kommando von Marcos Oliva Day nach Puerto Deseado. Laut Presse transportierte sie Personal und Baumaterial für die Rampe der Bahía Uruguay. Es kämen »hundert Spezialisten«, feierte das Lokalblatt *El Orden* schon zwei Tage vorher.<sup>432</sup>

Die Eintragung von Fracht und Begleitpersonen in das Bordbuch ist gesetzlich vorgeschrieben, schließlich ist es eine öffentliche Urkunde mit Beweiskraft in Gerichtsverfahren. Doch für die Fahrt der

San Bartolomé vom 14. Mai fehlen diese Eintragungen im Bordbuch.<sup>433</sup> Interessant sind die Angaben bezüglich des Tiefgangs des Schiffes. Bei der Abfahrt in Puerto Belgrano ragte die San Bartolomé vorne 7 Fuß ins Wasser, hinten hingegen 14,5, so das Bordbuch.<sup>434</sup> Sie lag schräg im Wasser, war »instabil« und kaum navigationsfähig, erklärten mir die Archivare im Marinearchiv.<sup>435</sup> Die Werte lassen darauf schließen, dass sie nicht gleichmäßig beladen worden war, sondern etwas im hinteren Laderaum mit sich führte, das nicht auseinandergenommen und gleichmäßig verteilt werden konnte. Ein großes, schweres Gerät.

Am 18. Mai kam das Schiff in Puerto Deseado an, immer noch mit 6,5 Fuß Tiefgang am vorderen und 14 Fuß im hinteren Teil.<sup>436</sup> Hier ist etwas entladen worden, und am 21. Mai fuhr das Schiff in die Bahía Uruguay. Am 27. Mai, notierte das Bordbuch, trafen dort zur Unterstützung der Operation drei Schnellboote der Kriegsmarine ein.<sup>437</sup> Um welche konkrete Operation es sich handelte und unter welchem Kommando sie stattfand, erwähnt das Register nicht. Erst am nächsten Tag fuhr die Bartolomé nach Puerto Deseado zurück, wo sie bis zum 3. Juni im Hafen lag. Dann ging es wieder nach Puerto Belgrano.

Was damals im Mai 1960 in der Bahía Uruguay passiert ist, wird bis heute verschwiegen. Hat Edward Teller sein angeblich für Alaska geplantes Chariot-Projekt in jenem menschenverlassenen Winkel in Angriff genommen und seine Geheimwaffe, den Ditchdigger, ausprobiert? Der Plan war schon fertig.

Der Bericht des US-Energie-Ministeriums listet die Testversuche von Plowshare ab 1961 auf.<sup>438</sup> 1960, während des Moratoriums, soll angeblich kein Atomversuch stattgefunden haben. Allerdings heißt es in diesem Bericht, dass im November 1960 die für das Chariot-Projekt vorgesehenen 100 Kilotonnen Atomsprengeffekt auf 200 Kilotonnen erhöht wurden. Das heißt, dass die am 11. Mai 1960 vorgesehenen 100 Kilotonnen sechs Monate später verdoppelt wurden. Auf welche Erkenntnisse diese Erhöhung zurückgeht, verschweigt der Bericht.

Der Ditchdigger ist laut des offiziellen Berichts im Dezember 1959 und im Juni 1960 mit nicht-nuklearem Sprengstoff TNT in Nevada sowie – nach dem Testmoratorium – 1961 mit nuklearem Sprengmaterial getestet worden.<sup>439</sup> Wo, wird in dem Bericht nicht erwähnt

(»not determined«).<sup>440</sup> Danach taucht Tellers nuklearer Grabenbagger nicht mehr auf.

Ich habe das Pentagon zu den Testversuchen seines obersten Atomwaffen-Entwicklers York in Argentinien gefragt. Zu York äußerte man sich nicht, verwies mich aber an das Bundesarchiv in Washington. Da ich wegen des Einreiseverbots nicht selbst suchen konnte, fragte ich die Archivare. Sie fanden schließlich zwei Blatt, in denen die York-Reise, Monate später, erwähnt wurde. Ende Juli wollte der stellvertretende Forschungschef des Pentagon, Edward Witting, auf Einladung der Atomkommission nach Argentinien fahren und Yorks Werk fortsetzen. Das State Department wurde um Mithilfe bei der Vorbereitung des Besuchs gebeten, wie zuvor bei York.<sup>441</sup> Im Bundesarchiv fehlt nicht nur die Antwort auf diesen Antrag, sondern auch alles andere in Bezug auf die York-Reise im Mai 1960 samt seines Atombombengeschwaders.

Ich habe beim Department of Energy, wo die Unterlagen der AEC lagern, einen Antrag nach dem US-Informationsfreiheitsgesetz (FOIA) gestellt. Ohne Erfolg. Und das State Department hält mein Einreiseverbot aufrecht.

Bei der Eisenhower-Library in Kansas versuche ich, die noch geheimen Dokumente freizubekommen. Es ist jedoch unklar, wer zuständig ist, denn die Papiere der Präsidenten-Archive unterliegen nicht dem FOIA und sind nicht einzuklagen. Die in Kansas zugänglichen Dokumente erwähnen weder den York-Besuch in Argentinien noch den Einsatz der Wunderwaffe Tellers, des Ditchdiggers, vor Ort.

Einen Vermerk gab Kansas frei: Nach der Rückkehr Yorks stritt sich das Kabinett darüber, in welchen Fällen beladene Langstreckenbomber in ferne Länder geschickt werden können. Denn offensichtlich war inzwischen dem Weißen Haus aufgefallen, dass die US-Regierung nur in ganz speziellen Fällen anderen Staaten bei ihrem militärischen Atomprogramm helfen darf – etwa in einem gemeinsamen Verteidigungsfall. Dies besagt Artikel 9 des US-Energiegesetzes von 1954 sehr klar.<sup>442</sup> Und im Rahmen von Atoms for Peace, des Programms für die Verbreitung von Atomtechnologie für zivile Zwecke, darf diese Technologie sowie das angereicherte Uran nur an Staaten geliefert werden, die die Safeguards unterschrieben haben, das heißt, die sich den internationalen Kontrollen unterwerfen. Das war im Falle Argentinien während der Tests nicht der Fall. Die

Fronzidi-Regierung hat erst am 23. Mai 1960 – einen Tag nach dem Beben in Valdivia – schriftlich angekündigt, die Safeguards künftig zu akzeptieren. Mit anderen Worten: Die gesamte Operation, der Transport der Atombomben und die Tests, war in einem Staat und mit Militärs eines Staates durchgeführt worden, die keine Kontrollen akzeptieren wollten und die nicht einmal Mitglied in der NATO waren.

Dass die Fronzidi-Regierung nach den Tests die Safeguards unterschrieb, beantwortete aber die brennende Frage nicht, nämlich die der Haftung. Das Weiße Haus versuchte, die Argentinier nachträglich mit einem neuen Vertrag in die Pflicht zu nehmen, und die ließen das mit sich machen. Am 4. Juni 1960 empfahl McCone seinem Präsidenten die Unterschrift unter den Kooperations-Vertrag mit Argentinien für den zivilen Gebrauch der Kernenergie.<sup>443</sup> Der neue Vertrag erweiterte die im Juli 1955 beschlossene Zusammenarbeit und sollte die zum 28. Juli 1960 auslaufende Vereinbarung ablösen. Artikel I enthielt eine Verzichtserklärung für Haftungsschäden bei der Anwendung der überlassenen Informationen, Artikel II schloss die Haftung der USA für den den Argentinern überlassenen atomaren Kraftstoff aus.<sup>444</sup> »Respectfully, Chairman«. Eisenhower beeilte sich und unterschrieb fünf Tage später.

Irgendwann wurde seiner Regierung klar, dass sie bei ihrem Abenteuer in Patagonien gegen das US-Energiegesetz verstoßen hatten, indem sie, ohne dass die nationale Sicherheit dies erfordert hätte, Atombomben ans andere Ende der Welt geschickt hatten. Zitat des Memos aus dem Weißen Haus: »Der Präsident nimmt Bezug auf den Brief des Verteidigungsministers vom 6. Oktober 1960, in dem es um den Einsatz in Friedenszeiten geht und um Flüge und andere Operationen, die Atomwaffen mit sich führen. Er nimmt den Vorbehalt der Atomkommission zur Kenntnis, ab wann Kriegswaffen in Manövern eingesetzt werden dürfen, die nicht direkt auf die Einsatzbereitschaft abzielen.«<sup>445</sup> Eisenhower entschied: »Genehmigt. Der Verteidigungsminister soll die Risiken auf ein Minimum senken.«<sup>446</sup>

Puerto Deseado blieb ein gottverlassener Ort. Die ersehnte Leitung zum Gletschersee in den Anden oder bis zum Ort, an dem der Río Deseado versiegt, wurde nie gebaut. Trinkwasser ist bis heute rationiert.

Um die Bahía Uruguay ranken sich Geheimnisse, es sei militärisches Sperrgebiet gewesen, so der Eisenbahner Urban, der nach wie vor glaubt, dass 1960 eine US-Chemiefirma investieren wollte und merkwürdige Dinge tat: »Ende des Jahres [1960, nach dem Abschluss der Bauarbeiten in der Bucht – gw] brach die Firma von einem Tag auf den anderen ihre Zelte ab. Das war eine herbe Enttäuschung.«<sup>447</sup>

Enttäuschend war auch der Besuch des deutschen Botschafters, der von den Atomversuchen Wind bekommen hatte. Anfang Dezember war er nach Puerto Deseado gereist, hatte sich dort ein Flugzeug und ein Boot gemietet und die Bahía Uruguay inspiziert. Er suche nach »lukrativen Möglichkeiten für deutsche Investoren«, erzählte er den Leuten im Dorf. Und die hofften wieder auf Arbeitsplätze. Der Botschafter kam nie wieder. Seinen Bericht habe ich beim Auswärtigen Amt beantragt. Trotz intensiver Suche konnte man ihn »nicht ermitteln«, teilte man mir mit.<sup>448</sup>

Die argentinische Öffentlichkeit weiß bis heute nicht, welche Experimente auf ihrem Boden stattgefunden haben. Sämtliche Gebäude der Militärbasis in der Bahía Uruguay wurden bis auf den letzten Stein abgerissen. Die Regierung von Cristina Fernández de Kirchner verweigerte mir den Zugang zur Einwanderungsbehörde und zu den Registern der Flughäfen. Über den York-Besuch lägen keine Erkenntnisse vor, teilte mir das argentinische Verteidigungsministerium schriftlich mit.<sup>449</sup> Es hält sowohl den Text des Militärabkommens mit den USA geheim wie die Protokolle der nichtöffentlichen Debatten im Senat über York.

Laut Bordbuch hat die San Bartolomé am 18. Mai am Kai in Puerto Deseado angelegt. Hier wurde die Ladung gelöscht und über die Landstraße an den Ort ihres Einsatzes transportiert, frühestens am 19. Mai. Ab hier verrät das Bordbuch nur noch, dass zahlreiche Taucher und Schnellboote der Marine vor Ort waren.<sup>450</sup> Ab dem 20. konnten die Gerätschaften aufgestellt und eingerichtet werden, ab dem 21. Mai waren sie einsatzbereit.

Wenn die US-Atombehörde und das Pentagon Mitte Mai 1960 in Puerto Deseado unterirdische Sprengsätze gezündet haben, dann muss es Erdbewegungen gegeben haben. Das ist ein physikalisches Gesetz.

Die Behörde U.S. Geological Survey, die aus aller Welt Informationen sammelt, teilte mit, über seismische Auffälligkeiten im Süden

Argentiniens im Mai 1960 keine Informationen zu besitzen.<sup>451</sup> Allerdings habe es damals dort keine Messstationen gegeben. Auch im Nachbarland Chile wurden erst nach 1960 Stationen eingerichtet. In den im Internet veröffentlichten Statistiken finden sich keine Hinweise auf Erdbewegungen in Südargentinien, die auf unterirdische Sprengungen schließen lassen. Die fehlen allerdings auch für die Stratosphärenversuche der Amerikaner im Südatlantik im Jahr 1959 – sie wurden von der argentinischen Presse<sup>452</sup> und in einem Vermerk des Auswärtigen Amtes erwähnt.

Auskunftsfreudiger als die USGS ist das Guinness Buch der Rekorde. Am Samstag, dem 21. Mai 1960, begann sich um 6.02 Uhr auf der anderen Seite der Anden, im chilenischen Puerto Octay, am Nordufer des Lago Llanquihue die Erde zu bewegen. Erdstöße mit einer Stärke von bis zu 7,25. Am folgenden Tag, um 15.11 Uhr Ortszeit, ereignete sich das stärkste Beben der Menschheitsgeschichte.

Professor Carlos Rojas war damals drei Jahre alt, heute lehrt er physische Geografie an der Universität in Valdivia, dem Zentrum des Bebens. Sein Elternhaus und das seiner beiden Großeltern wurden komplett zerstört. Er erinnert sich: »Straßen öffneten sich, Häuser fielen zusammen, in den Wohnungen flogen Möbel, Porzellan und Bücher durcheinander. Dächer und Masten fielen auf Autos. Die Holzbauten knarrten, hielten aber meist stand, während sich der Boden wie in Wellen bewegte. Es dauerte über drei Minuten, 210 Sekunden.«<sup>453</sup>

Für die Chilenen gehören Erdbeben zum Alltag. Schon die Mapuche-Indianer bauten aus gutem Grund ihre Hütten niemals in Ufernähe. Die Chroniken berichten von einer Katastrophe im Jahr 1552, die die Spanier in Angst und Schrecken versetzte. Es folgten viele andere. Doch das Beben von 1960 war das gewaltigste, das jemals gemessen wurde. 9,5 Punkte, die freigesetzte Energie war 20 000 Mal höher als die der Hiroshima-Bombe.

Weil Südküste gering bevölkert war, kamen »lediglich« 1665 Menschen ums Leben. Flüsse verließen ihr Flussbett, neue Seen entstanden, Berge verschoben sich. Der folgende Tsunami schleuderte Schiffe kilometerweit landeinwärts. Die Erdkruste brach auf einer Länge von 1200 Kilometern auf, bis hinunter nach Puerto Aysén. Der Vulkan Puyehue spuckte wochenlang Lava und Asche. Am 23. Mai erreichte eine Flutwelle von zehn Metern Hawaii, Japan, die Philippinen

und die Westküste der USA. Auch dort waren die Verwüstungen verheerend.

Valdivia war ab Mitte des 19. Jahrhunderts, nach dem Eintreffen der deutschen Einwanderer, schnell gewachsen. Die neuen Siedler hatten mit Erdbeben dieser Größenordnung keine Erfahrungen. Sie bauten ihre Häuser auf unsicheren Grund, so Professor Rojas: »Die Stadt liegt auf einer Insel in der Flussmündung des Río Calle-Calle, umgeben von Sümpfen und Halbinseln. Später wurden die niedrigeren Feuchtgebiete aufgeschüttet und bebaut. Diese Gebäude am Ufer des Flusses und die auf den Aufschüttungen sind praktisch ausnahmslos zerstört worden.«<sup>454</sup>

Bis heute sind in Valdivia, 900 Kilometer südlich von Santiago, Risse in Mauern und auf Plätzen zu sehen. Vom Aufschwung des Andenstaates ist wenig zu spüren. Touristen verirren sich selten dorthin. Die Panamericana geht an der Kleinstadt vorbei, nur einmal am Tag landet ein Flugzeug aus der Hauptstadt. Und fast immer regnet es, nicht nur im Winter.

Auf dem Fischmarkt am Flussufer wird der Fang feilgeboten, Pazifikfische und Meeresfrüchte, daneben Gemüse und Obst. Hinter dem Geländer warten auf Felsen riesige See-Elefanten darauf, dass ihnen die Händler Köpfe und Gräten zuwerfen. Das Erdbeben von 1960? Die Leute sind schweigsam. »Das Schlimmste war der Krach, der vorher aus dem Boden dröhnte«, sagt einer. »Und dann, als alles zerbarst.« Am Ende kam die Flut.

Die Erdstöße dauerten bis zum 6. Juni und endeten auf der chilenischen Pazifik-Halbinsel Taitao, in der Nähe des Gletschensees Lago Buenos Aires. Carlos Rojas träumt bis heute davon. »Ich erlitt einen sehr tiefen Schock. Ich hörte auf, zu sprechen. In meiner Kindheit war ich schüchtern und verstört, wie viele hier. Das hat sich nur langsam normalisiert.«<sup>455</sup>

Ich habe Professor Rojas vom Projekt Plowshare und den Sprengungen in Südargentinien im Mai 1960 erzählt. Er schwieg. Nach einigen Minuten fand er seine Sprache wieder und bat mich, ihm die Unterlagen darüber zuzusenden.

Ich habe die führenden Geologen und Physiker Chiles und Argentiniens befragt, ob ein Erdbeben wie das von Valdivia von Tellers Wunderwaffe, dem Ditchdigger, verursacht werden konnte. Die Antwort war ausnahmslos: Nein.

Professor Mario Pino lehrt, wie sein Kollege Carlos Rojas, an der Universität Valdivia Geologie. Er hat in Münster promoviert. »Natürlich führen unterirdische atomare Sprengungen zu Erdbewegungen«, meint er, aber das seien kleinere Erdbewegungen, »nicht zu vergleichen mit den chilenischen«. <sup>456</sup>

Erdbeben, erklärt er, entstünden über Jahrzehnte, manchmal sogar über Jahrhunderte, wenn sich eine tektonische Platte unter eine andere schiebe. <sup>457</sup> An der Pazifikküste Chiles prallen zwei Platten aufeinander: die Nazca-Platte und die Südamerikanische Platte. Jedes Jahr schiebt sich die Südamerikanische Platte sieben Zentimeter westwärts über die Nazca-Platte. Die Geologen nennen das Subduktion. Diese setzt eine gigantische Menge Energie frei, die in einer Tiefe von 30 bis 50 Kilometern gespeichert wird und sich früher oder später ihren Weg an die Erdoberfläche bahnt. Dann entstehen Erdbeben, die in Chile mehrere Male fast 9 Punkte erreichten, 1960 sogar 9,5. Geologen können diese Ansammlungen der unterirdisch gespeicherten Energie feststellen und das Ereignis grob voraussagen. Deshalb wird dort, wo tektonische Platten aufeinanderstoßen, erdbebensicher gebaut.

Erdbeben dieses Ausmaßes können also nicht herbeigebombt, nicht verursacht werden. So viel steht heute fest. Ob sie aber durch unterirdische Sprengungen ausgelöst werden können – wie der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt – das fragte ich den Leiter der geologischen Fakultät der Universität von Buenos Aires und Direktor des Andischen Forschungsinstituts, Professor Victor Ramos. »Vom physikalischen Gesichtspunkt aus ist das vorstellbar«, sagt er, »wer in die Erdkruste eingreift, kann Erdbewegungen auslösen. Wenn zum Beispiel ein Stausee mit Wasser gefüllt wird, wird ein extrem hoher Druck auf das Erdreich ausgeübt. Wasser wiegt sehr viel. Aber bis zu einer künstlichen Auslösung eines Erdbebens ist es sehr weit.« <sup>458</sup>

Was er von den im Internet verbreiteten Verschwörungstheorien hält, wonach die Erdbeben in Haiti und Japan von sogenannten »tektonischen Waffen« verursacht worden seien? Professor Ramos hält das – wie seine Kollegen – für unmöglich. Aber er weiß, dass die Militärs im Geheimen vieles getan haben, worüber sich zivile Forscher nur wundern können: »Für Militärs ist die Idee, Erdbeben als Waffen einzusetzen, sicher verführerisch. Die dort freigesetzte Ener-

gie ist jenseits der Größenordnung, die wir momentan erfassen können. Aber um so eine Katastrophe zu verursachen, bräuchten sie eine immense Menge an Energie, mindestens hundert Atombomben von der Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe. Sie müssten sehr tief bohren, um in die Bereiche zu gelangen, in denen Erdbeben entstehen, mindestens 30 Kilometer tief, wahrscheinlich 50 oder noch tiefer. Der Bergbau geht nicht tiefer als vier Kilometer, Erdölbohrungen maximal sieben. Und ich halte es für sehr schwierig, dies im Geheimen zu unternehmen. Die Russen haben einmal auf ihrer Halbinsel Kola Tiefbohrungen gemacht. Das hat Jahre gedauert, war eine gigantische Sache und hat viele Millionen Rubel verschlungen. Und alle wussten davon. Trotzdem sind sie nicht weiter als dreizehn Kilometer ins Erdreich eingedrungen. Das ist die tiefste Bohrung, die auf der Welt jemals gemacht worden ist.«<sup>459</sup>

Auch Vulkane, so Ramos, seien nicht zu benutzen. Zwar führe der Kanal eines aktiven Vulkans hundert Kilometer ins Erdreich, aber eine hineingeworfene Bombe würde nicht zünden, sondern sofort von der Lava gelöscht werden. Und wer in einen nicht aktiven Vulkan eine Bombe werfe, müsste damit rechnen, schon in einer Tiefe von etwa sieben Kilometern eine Eruption auszulösen. Die Vulkane der Anden seien 50 Kilometer vom Erdbebengebiet entfernt, viel zu weit also, glaubt Ramos.<sup>460</sup> Aber natürlich haben zu allen Zeiten Wissenschaftler ihre Seele verkauft und sich auf der Suche nach der endgültigen Vernichtungswaffe in den Dienst von Generälen gestellt. Und ob nach dem Einsatz des Ditchdiggers und dem ungewollten – von den damals Beteiligten aber mit Sicherheit vermuteten – Auslösen eines verheerenden Erdbebens überlegt und geforscht wurde, wie man auf feindlichem Territorium solche Katastrophen auslösen kann – das weiß die Fachwelt bis heute nicht.

Ramos hält es für wahrscheinlich, dass Unsummen Steuergelder für die Suche nach Waffen mit der größtmöglichen Zerstörungskraft, darunter auch die sogenannten »tektonischen Waffen«, ausgegeben wurden. Den Universitäten werden diese Forschungsunterlagen vorenthalten.

Eine Waffe, die Erdbeben herbeiführen und damit einem feindlichen Staat großen Schaden zuführen oder mit einer Monsterwelle einen feindlichen Staat überschwemmen kann, wird es wohl nicht geben. Der Hauptgrund dafür ist nicht nur die immense Menge von

Sprengstoff, die in großer Tiefe eingesetzt werden müsste – das Hauptproblem ist, dass sie nicht »fokussiert« werden kann. Mit anderen Worten: Wer an irgendeiner Stelle des Planeten unterirdische Sprengsätze zündet, der bewirkt zwar Erdstöße, aber es ist völlig unklar, an welchem Ort des Planeten die Erde beben wird. Diese Methode kann nicht gezielt eingesetzt werden und fällt damit als Waffe aus. Irgendwann muss das den Tellers in West und Ost aufgefallen sein. Im Mai 1977 verabschiedete die UNO eine Konvention über das Verbot des »militärischen oder anderweitig feindlich gesinnten Einsatzes von Umwelt-Modifikationen«. Gemeint waren Eingriffe, die das Wetter verändern oder geologische Reaktionen wie Erdbeben künstlich herbei führen könnten. Auch die USA unterschrieben.

Heute ist die Entstehung von Erdbeben erforscht. Geologen können feststellen, wo sich Energiemassen unter der Erde ansammeln. Aber was war 1960 Stand der Forschung? Über die Folgen von unterirdischen Sprengungen wusste man fast gar nichts, man wollte sie gerade erst testen. Und die wissenschaftliche Theorie der tektonischen Erdplatten entstand erst ab 1960. Was war York und Teller über die geologischen Gegebenheiten in den vulkanischen Regionen Patagoniens bekannt? Vermutlich gar nichts.

Aber wie haben York und seine Leute reagiert, als sie sahen, dass plötzlich, auf der anderen Seite der Anden, die Erde aufbrach und eine Katastrophe geschah, wie sie die Welt noch nicht kannte? Mussten sie nicht davon ausgehen, dass ihre Versuche dieses Erdbeben ausgelöst haben?

Was am Nachmittag des 22. Mai in Washington passierte, kann nur vermutet werden. Die bisher freigegebenen Papiere geben darüber keine Auskunft. Auch Eisenhowers Kalender verrät nur, dass er an jenem Sonntag auf seiner Farm war, am nächsten Morgen brach er um 8,50 Uhr Ortszeit nach Washington auf.<sup>461</sup> Dort erwartete ihn ein hektischer Tag. Der israelische Ministerpräsident Ben Gurion würde gleich die Verhaftung Eichmanns bekanntgeben. Auch über dieses spektakuläre Ereignis steht in den Protokollen kein Wort.

Seine Sekretärin Ann C. Whitman notierte in ihrem Tagebuch, dass Eisenhower bei seiner Rückkehr aus Europa vom Gipfeltreffen im Weißen Haus mehrere »Krisen« erwartet hatten, darunter »das

Erdbeben in Chile«. <sup>462</sup> Und es gibt in Kansas eine eigene Akte über das Erdbeben in Chile. Sie beginnt allerdings nicht mit dem 23. Mai, mit der Rückkehr des Präsidenten ins Weiße Haus, sondern eine ganze Woche später, als den Opfern humanitäre Hilfe gewährt wird. Was in dieser Woche das Kabinett zu dieser Katastrophe diskutiert hat, fehlt in der Akte. <sup>463</sup>

Am 24. Mai tagte der Nationale Sicherheitsrat. Anwesend waren CIA-Chef Allen Dulles, John McCone und – Mr. York weilte ja in Argentinien – der Atomphysiker George Kistiakowsky. Der gebürtige Russe hatte Mitte der vierziger Jahre die Explosionsabteilung im Los Alamos National Laboratory geleitet. 1960 war er Vorsitzender von Präsident Eisenhowers Science Advisory Committee.

Die US-Regierung musste fürchten, dass die Versuche des Pentagons in Argentinien in der ganzen Welt bekannt würden, und dies praktisch zeitgleich mit dem gescheiterten Pariser Gipfel. Gewiss würde man den Vereinigten Staaten die Schuld für das Erdbeben in die Schuhe schieben. Zu viele waren eingeweiht, vor allem in Argentinien. Die Presse hatte über die York-Reise und seine Testversuche berichtet, <sup>464</sup> im Senat hatte man über sie debattiert.

Doch nichts davon geschah. Alle Welt staunte über das Auftauchen des SS-Mannes Eichmann in Israel. Das war die Sensation, Chile wurde unter »ferner liefen« abgehakt. Kritische Fragen nach einem Zusammenhang zwischen dem Erdbeben und den Atomversuchen des Pentagons unterblieben. Ein perfektes Ablenkungsmanöver.

Die Erdstöße in Valdivia begannen um 15.11 Uhr der lokalen Zeit. Das heißt, während der Süden Chiles auseinanderbarst, war es in Washington erst 14.11 Uhr und in Tel Aviv schon nach 21 Uhr. Hat Eisenhower am nächsten Morgen Ben Gurion angerufen, bevor er seine Farm auf dem Weg ins Weiße Haus verließ, und ihn um Hilfe gebeten?

Auf jeden Fall gab Ben Gurion am 23. Mai um 16 Uhr, Ortszeit Israel, zur Überraschung aller in der Knesset Eichmanns Verhaftung bekannt. Nicht einmal seine engsten Mitarbeiter hatte er vorher eingeweiht, auch nicht seinen »Geschäftsfreund« Adenauer. Offenbar hatte er keine Zeit mehr, zum Telefonhörer zu greifen und seinen Vertrauten, den Chef der Israel-Mission in Köln, Felix Shinnar, zur Beruhigung ins Bundeskanzleramt zu schicken.

Die Eichmann-Verhaftung und die Spekulationen über seine Entführung aus Argentinien beherrschten monatelang die Weltpresse. Sie verdrängten die Schreckensmeldungen über das Erdbeben in Chile und den folgenden Tsunami auf die hinteren Seiten, Spekulationen über einen Zusammenhang mit den US-Atomversuchen in Patagonien unterblieben.

## Eichmann, Plowshare und der Geschäftsfreund nach dem 23. Mai 1960

Nach der Erklärung Ben Gurions in der Knesset schlugen in Argentinien die Wellen hoch. Nach 1945 war der Nationalsozialismus selten in der Presse erwähnt worden, die Judenvernichtung noch seltener. Nun füllten sie plötzlich die Titelseiten – so als hätte das Land am Río de la Plata erst 1960 von Adolf Hitler gehört. Dass es sich um eine Entführung durch den Mossad handeln musste, schien von vorneherein festzustehen, die Journalisten suchten nicht nach anderen Erklärungen.

Merkwürdig war das Verhalten der argentinischen Kommunisten. Ihre Parteizeitung *Nuestra Palabra* verlor nicht ein einziges Wort über den Skandal, der die argentinische und die Weltöffentlichkeit bewegte. Im Mai 1960 erwähnte sie weder Eichmann noch die anderen Nazis, die offen herumliefen und aus ihrer Weltanschauung kein Geheimnis machten. Auch zur Verletzung der nationalen Souveränität äußerte sie sich nicht. Kannte die Parteiführung Details über die zehntägige Gefangenschaft Eichmanns und seinen Abtransport nach Israel, oder wartete man auf die Sprachregelung aus Moskau?

Alle Ausgaben von *Nuestra Palabra* liegen im Archiv beim Zentralkomitee in Buenos Aires. Über das Nicht-Erwähnen der spektakulären Eichmann-Aktion wunderte sich auch die Archivarin, die mir beim Durchforsten half.<sup>465</sup> Auf meine Bitte wollte sie sich »bei den alten Genossen« umhören, auf welchen Umstand dieses auffällige Schweigen zurückzuführen sei. Und sie wurde fündig, rief mich kurze Zeit später an und sagte, Fanny Edelman wolle mir »die wirklichen Geschehnisse der Eichmann-Aktion« berichten.<sup>466</sup> Edelman, Jahrgang 1911, war bis zu ihrem Tod 2011 Präsidentin der Kommunistischen Partei Argentiniens. Sie ist in Südamerika als Teilnehmerin der internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg eine historische Figur.

Einige Tage später traf ich mich mit ihr. Die alte Dame war sehr freundlich, servierte Tee und Kekse und meinte, alles sei »ein Missverständnis«, sie wisse gar nichts von der Eichmann-Geschichte oder gar von einer Verwicklung der argentinischen Kommunisten.<sup>467</sup> Das wiederholte sie mehrere Male und dann entschuldigte sie sich, dass ich umsonst gekommen wäre.

Mit Ausnahme der KP hatte sich im Mai 1960 nach dem Auftauchen Eichmanns in Israel die gesamte argentinische Öffentlichkeit über die Verletzung der nationalen Souveränität empört – nicht nur diejenigen, die heimlich oder weniger heimlich mit den Nazis sympathisiert hatten. Außenminister Diógenes Taboada bestellte den israelischen Botschafter ein. Der sorgte nur für weitere Verwirrung und übergab eine schriftliche Erklärung aus Tel Aviv, in der von »Freiwilligen« die Rede war. Die *La Nación* vom 7. Juni 1960 zitiert aus dieser Erklärung wörtlich: »Die israelische Regierung wusste nichts davon, dass Adolf Eichmann aus Argentinien gekommen war, weil sie [die Freiwilligen – gw] die israelischen Sicherheitskräfte darüber nicht informiert hatten. Erst nach dem Erhalt eines Telegrammes des israelischen Botschafters vom 1. Juni 1960 untersuchte die Regierung die Einzelheiten des Falles zusammen mit den Sicherheitskräften, die Eichmann verhaftet hatten. [...] Jüdische Freiwillige, darunter einige Israelis, begannen nach dem Zweiten Weltkrieg die Suche nach Eichmann. 15 Jahre lang suchten Freiwillige ohne Ergebnis. Diese Freiwilligen erhielten vor einigen Monaten Nachrichten über Eichmann.«<sup>468</sup> Diese »Freiwilligen« hätten dann Kontakt mit Eichmann aufgenommen und ihn gefragt, ob er mit nach Israel käme, Eichmann habe sich 24 Stunden Bedenkzeit erbeten und dann seine Zustimmung erteilt.<sup>469</sup> Die Freiwilligen hätten ihn dann »mit seiner vollen Zustimmung aus Argentinien verbracht« und ihn den israelischen Sicherheitskräften übergeben, außerdem habe Eichmann den »Freiwilligen« einen von ihm handgeschriebenen Brief mit dem Datum Mai 1960 überreicht, in dem er seine Zustimmung bekräftigte, »nach Israel zu reisen«.<sup>470</sup>

Diese Darstellung machte die Argentinier noch wütender. Der mit Haftbefehl gesuchte SS-Mann sei wohl kaum »freiwillig« nach Israel gereist, hieß es. Und wenn alles so freiwillig gewesen sei, dann sollten die Israelis den Gefangenen zurückbringen oder wenigstens in der argentinischen Botschaft in Tel Aviv abliefern und erneut einladen.

Ben Gurion verhedderte sich in Widersprüchen und schrieb einen weiteren Brief an seinen Amtskollegen. Wer in Buenos Aires im Mai am Werk gewesen war, ließ er im Dunkeln, er sprach nicht mehr von »jüdischen Freiwilligen« – von Israelis sowieso nicht. Aber er bemühte die »edlen Motive« und die »imperative Kraft der Moral« bei den Geschehnissen bezüglich Eichmanns, seines Gefangenen, der »mit seiner Zustimmung nach Israel verbracht« worden sei.<sup>471</sup> Am Ende entschuldigte sich der Ministerpräsident für die »ernste formelle Verletzung der argentinischen Gesetze durch diejenigen, die am Ende ihre lange Suche mit der Gefangennahme Eichmanns beendeten«.<sup>472</sup>

Welche Gesetze er meinte, die verletzt worden waren, schrieb er nicht. Doch wieder fantasierte die Presse, dass dies nur internationale Gesetze gewesen sein könnten wie der Bruch der nationalen Souveränität.

Fronidzi geriet innenpolitisch in die Defensive, vor allem aus den Kreisen der Rechten. Die Argentinier hatten in der Vergangenheit einmal zwei Peronisten aus dem Nachbarland Uruguay gewaltsam herausgeholt, sie aber nach heftigen Protesten aus Montevideo wieder zurückgeben und sich sogar entschuldigen müssen. Selbiges verlangten sie nun von den Israelis. War nicht am 9. Mai – also zwei Tage vor Eichmanns Verschwinden – ein argentinisch-israelisches Auslieferungsabkommen auf den Weg gebracht worden? Das wäre der richtige Weg gewesen, hieß es. Das Abkommen wurde übrigens niemals ratifiziert.

Fronidzi drohte mit der Anrufung des UN-Sicherheitsrats und bot an, dass nach erfolgter Rückgabe auf dem juristischen Weg die Auslieferung beantragt werden könnte. Vermutlich war dieses Angebot reines Theater, da auch Frondizi massives Interesse daran haben musste, dass Eichmann den Mund hielt. Das hinderte sein Außenministerium aber nicht daran, dem US-Botschafter zu erklären, dass man auf Rückgabe hoffe und der Meinung sei, dass Ben Gurion diese der Verurteilung durch den Sicherheitsrat vorziehen würde. US-Botschafter Willard Beaulac hielt den Gesprächsinhalt in einem Aktenvermerk fest.<sup>473</sup>

Die israelische Regierung hoffte, dass die USA die Behandlung im UN-Sicherheitsrat abwenden würden. Sie war über die unnachgiebige Haltung von Buenos Aires verärgert. Der argentinische Ver-

treter vor dem Rat war Mario Amadeo, ein ehemaliger Zuträger für den nationalsozialistischen SD, der nur darauf wartete, Israel vor der Weltöffentlichkeit endlich anklagen zu können. Amadeo genoss nicht das Vertrauen Frondizis, und dass er die wahren Hintergründe kannte, ist unwahrscheinlich.

Das State Department versuchte mit Nachdruck, die Diskussion im UN Security Council zu vermeiden, »strongly avoid«, so ein Vermerk vom 15. Juni.<sup>474</sup> Es wollte ihren treuen Verbündeten, den Westdeutschen, die öffentliche Schmach ersparen. Es wollte sich auch aus eigenem Interesse weitere Nachforschungen über die Ereignisse des Mai 1960 ersparen und hoffte, dass die Öffentlichkeit am Ende die widersprüchlichen Erklärungen irgendwie hinnehmen würde. Nach einem Gespräch mit dem Konsul der Deutschen Botschaft in Buenos Aires, Werner Bruckmann, notierte sein Kollege von der US-Botschaft: »Die argentinische Regierung wird sich kaum mit der israelischen Erklärung abfinden, dass Eichmann freiwillig mit der israelischen Gruppe das Land verlassen habe. Auch die deutsche Öffentlichkeit würde sich damit nicht abfinden. Ich vermute, dass er [Bruckmann – gw] damit meinte, dass auch die deutsche Regierung ein ähnliches Interesse an einer Aufklärung hätte.«<sup>475</sup> Der Vermerk endet mit dem Hinweis, dass die Adenauer-Regierung auf Abstand zu dem Gefangenen gehen wolle, da dieser »through some act« seine deutsche Staatsbürgerschaft verloren und damit keinen Anspruch auf Beistand habe.<sup>476</sup>

Im Streit zwischen Israel und Argentinien wurde ein Vermittler aus Uruguay eingesetzt. Der forderte die israelische Regierung auf, ihren Gefangenen an die argentinische Botschaft in Tel Aviv zu überstellen – aber das lehnte Golda Meir strikt ab und bot lediglich eine verbale Entschuldigung an. Die israelische Außenministerin machte Amadeo zwei Friedensangebote: Sie, die Israelis, wären bereit, Eichmann für ein bis zwei Minuten in die argentinische Botschaft in Tel Aviv zu bringen, damit diese ihn offiziell in Verwahrung nehmen und ihn dann an die israelischen Behörden übergeben könnte.<sup>477</sup> Oder man würde sich entschuldigen und eine Entschädigung zahlen, gedacht sei an 500 bis 1000 israelische Pfund.<sup>478</sup> Amadeo nannte das israelische Angebot eine »Farce« und lehnte beleidigt ab.<sup>479</sup>

Auch in Israel entspann sich ein Streit. Zwar wurden die Verhaftung Eichmanns und der kommende Prozess begrüßt, doch »Israel

müsse seine Fehler in der Behandlung der Affäre analysieren und gegebenenfalls daraus lernen«, kritisierte die Tageszeitung *Haaretz*.<sup>480</sup> Ben Gurion habe wissen müssen, dass das Asylrecht auf dem instabilen Kontinent heilig sei, und warum habe er nicht einfach den Mund gehalten, sondern musste die Entführung auf argentinischem Boden erwähnen? Kein Wunder, dass sich die Südamerikaner nun ärgern würden: »Wenn Israel angegeben hätte, nicht zu wissen, wo oder wie Eichmann von seinen Agenten gefasst worden ist, wäre nichts passiert. [...] Und um die Argentinier vollends zu brüskieren, fügte Ben Gurion hinzu, dass sich viele Nazis in diesem Land verstecken würden. Ist es nicht wichtig, dass diese unter der Regierung Perón gekommen waren, nicht in Frondizis Amtszeit? Nach großer Überzeugungsarbeit stimmte Ben Gurion schließlich zu, eine Entschuldigung für die Verletzung der Souveränität Argentiniens abzugeben. Wenn aber Eichmann von jüdischen Flüchtlingen ohne das Wissen der israelischen Regierung gefasst wurde, warum musste sich die Regierung dann entschuldigen?«<sup>481</sup>

Eisenhower rief Frondizi an und bat ihn, die geplante Behandlung des Themas im Security Council am 30. Juni »zu suspendieren«.<sup>482</sup> Er solle sich mit Ben Gurion versöhnen. Doch der zeigte sich wenig versöhnlich. Der US-Präsident legte nach und kippte Öl ins Feuer. Warum musste sein Land, warf er öffentlich seinem argentinischen Amtskollegen vor, so viele Nazis aufnehmen und Auslieferungen ablehnen?

Argentinien bestand auf der Sitzung des Sicherheitsrates. Dort erinnerte der Vertreter der UdSSR an Eichmanns Kriegsverbrechen und daran, dass nach den alliierten Abkommen solche Leute vor ein Gericht gestellt werden und nicht in Amerika Unterschlupf finden sollten. Er verurteilte die Verletzung der Souveränität.<sup>483</sup> Doch Amadeo und Frondizi hatten sich mittlerweile hinter den Kulissen geeinigt. Sie akzeptierten die angebotene Entschuldigung und verwiesen den israelischen Botschafter als *Persona non grata* des Landes. Die Entführung wurde zu den Akten gelegt. So wollten es die USA.

Im April 1961 begann in Jerusalem der Prozess gegen Adolf Eichmann. Die Eröffnung sei ein Meilenstein in der Menschenrechts-Diskussion gewesen, meint der argentinische Richter Leopoldo Schiffrin, Vorsitzender des »Wahrheitstribunals« in La Plata.<sup>484</sup> Er ist einer der wenigen Juristen, die nach dem Militärputsch von 1976 den

Generälen nicht zu Diensten waren, sondern ins Exil gingen. Sein Wahrheitstribunal verhandelt auch den Fall der verschwundenen Betriebsräte von Mercedes-Benz.

Schiffrin hatte im Mai 1960 gerade seinen ersten Job in der Justizverwaltung angenommen, und er erinnert sich gut an die hitzigen Diskussionen. Der Eichmann-Skandal thematisierte in der argentinischen Öffentlichkeit erstmals die jahrelange Koexistenz von Juden und Nazis, die in Buenos Aires zusammenlebten. Die Juden waren kleine Leute, sie waren entweder mit gar nichts oder mit sehr wenig Geld aus Europa geflüchtet. Sie waren keine Zionisten und eher darum bemüht, nicht aufzufallen – jedenfalls nicht als Juden. Die Nazis in ihrer Nachbarschaft traten hingegen als »Herrenmenschen« auf und wurden von den Militärs gedeckt, auch nach dem Putsch gegen Perón. Und aus Israel kam die Order, dass man gegen die braunen Emigranten vor Ort nichts unternehmen solle. Israel verstand sich als Siedler-Nation, die Schoah war im öffentlichen Leben praktisch nicht präsent. Den überlebenden Juden wurde vorgeworfen, dass sie keinen Widerstand geleistet hätten, manchen sogar Kollaboration. Das Thema kam zuerst mit der Kasztner-Affäre hoch, und dann heftig mit Eichmann.

Heute hält Schiffrin die Ergreifung und Überführung des Kriegsverbrechers für eine undurchsichtige Spionageaktion, bei der es um alles Mögliche, aber nicht um Gerechtigkeit gegangen war.<sup>485</sup> Doch damals hätten die israelischen Richter, so Schiffrin, Mut bewiesen, als sie strafprozessuales Neuland betraten.<sup>486</sup> Sie stützten sich, um das Verfahren überhaupt eröffnen zu können, erstmals auf den Begriff der »universellen Justiz«. Bestimmte Verbrechen wie die Schoah seien so furchtbar, dass für sie weder die Verjährung noch die Vorschrift gelten sollte, dass sie dort verhandelt werden müssten, wo sie begangen worden sind.

Eichmann wurde in Jerusalem u. a. wegen »crimes against humanity« angeklagt, Verbrechen gegen die Menschheit, nicht Menschlichkeit, wie es oftmals in falscher deutscher Übersetzung heißt. Die Untaten hatten nicht in Israel stattgefunden, der Täter besaß die israelische Staatsbürgerschaft ebenso wenig wie seine Opfer. Israel hatte es zum Zeitpunkt der Verbrechen nicht gegeben. Dies hätte ein unüberwindbares Verfahrenshindernis werden können. Die Juristen wandten erstmals eine Logik an, die viele Jahre später in der Grün-

dung des Internationalen Strafgerichtshofes münden würde. Und, so Schiffrin, von dem Geschacher um die Aktion Geschäftsfreund und den US-Atomtests in Argentinien hätten die Richter nichts gewusst, allenfalls aufgrund der Geheimniskrämerei etwas ahnen können.<sup>487</sup> Sie haben Eichmanns Rechtfertigungsversuche, nur Befehle ausgeübt zu haben, nicht gelten lassen. Und sie haben sich, angesichts der Ungeheuerlichkeit von Auschwitz, über geltendes Völkerrecht hinweggesetzt und den SS-Mann auf die Anklagebank gesetzt.

Diese mutige Entscheidung wurde von der Weltöffentlichkeit gefeiert, mit zunehmendem Abstand immer mehr. Dies ist paradox, weil die aktuelle internationale Rechtsprechung in eine ganz andere Richtung geht. Wofür sich die Einzelperson zu verantworten hat, das gilt für einen Staat noch lange nicht: So hat erst im Februar 2012 der Internationale Gerichtshof in Den Haag auf Antrag der Bundesrepublik entschieden, dass italienische Gerichte keine Zivilverfahren von ehemaligen Zwangsarbeitern verhandeln dürfen. Ehemalige italienische Kriegsgefangene, die von den Nazis zur Sklavenarbeit in der deutschen Rüstungsindustrie gezwungen worden waren, hatten Schadensersatz gefordert. Die Eröffnung dieser Verfahren sei rechtswidrig gewesen, urteilten die Richter in Den Haag, da diese Ansprüche in zwischenstaatlichen Verträgen abgegolten werden. Individuen dürfen einen fremden Staat wegen Kriegshandlungen nicht verklagen, auch nicht bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen. Diese »Staaten-Immunität« diene der Rechtssicherheit. Die Merkel-Regierung begrüßte das Urteil.

Auf die Immunität des Staates beruft sich auch die Obama-Administration in einem Fall, der Ende 2010 zufällig bekannt geworden ist. In Guatemala hatten zwischen 1946 und 1948 die US-Gesundheitsbehörden an über 5000 Menschen ohne deren Wissen medizinische Tests vorgenommen, die dem Hirn eines Josef Mengele hätten entsprungen sein können. Soldaten und Gefangene waren mit Syphilis-Erregern infiziert worden, 83 von ihnen starben. Obama und Hillary Clinton haben sich dafür öffentlich entschuldigt. Aber die Eröffnung eines Zivilverfahrens vor einem US-Gericht lehnt das Justizministerium ab, es gelte die Doktrin der Staaten-Immunität. Die Beamten hätten in Guatemala im Auftrag der US-Regierung gehandelt. Außerdem sei nicht klar, ob Ausländer im Ausland unter dem Schutz der US-Verfassung stünden. Und schließlich könnten die

Kläger gar nicht beweisen, dass »die Beklagte [die US-Regierung – gw] ein Verfassungsrecht gebrochen habe, das zum Zeitpunkt des Unrechts klar definiert war«. <sup>488</sup>

Ohne historische Situationen gleichsetzen zu wollen: Adolf Eichmann hätte dies nicht besser formulieren können. Waren die Juden nicht per Gesetz ausgebürgert, staatenlos und ihrer Rechte beraubt worden? Und kein deutsches Gesetz hatte klar definiert, dass man Menschen nicht in die Konzentrationslager schicken dürfe. Beamte wie er, so versuchte Eichmann in Jerusalem zu erklären, hätten die Unrechtmäßigkeit der empfangenen Befehle nicht ermessen können und nach geltendem Gesetz gehandelt.

Doch außer der mutigen Prozessöffnung ist wenig Positives über das Eichmann-Verfahren zu sagen. Die Jerusalemer Richter fanden sich damit ab, dass die Hintergründe der Verhaftung verschwiegen und die Umstände von Eichmanns Entdeckung falsch oder gar nicht dargelegt wurden.

Eine juristische Grundregel lautet, dass niemand für ein und dieselbe Sache zweimal verurteilt werden darf. In dem Mitte 2011 vom BND teilweise vorgelegten Sassen-Interview behauptet Eichmann, zuvor wegen seiner Tätigkeit in Budapest verurteilt worden zu sein – wo genau, das hat der BND überpinselt. <sup>489</sup> Aus dem Zusammenhang geht hervor, dass dies nur Israel gewesen sein kann. Der frühere Leiter der jüdischen Gemeinde in Budapest, Rudolf Kasztner, hatte gegen sich selbst einen Prozess beantragt, um sich vom Vorwurf der Kollaboration freizusprechen. Es ging dabei um seine Zusammenarbeit mit Eichmann in Ungarn. Ist dort auch Eichmann angeklagt und – in Abwesenheit – verurteilt worden? Falls dies so gewesen ist, wäre er 1961 für dasselbe noch einmal gerichtet worden.

Nach Eichmanns Verhaftung in Israel wurde die Zentrale Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes eingeschaltet, die sich um andere im Ausland wegen Naziverbrechen verhaftete Deutsche gekümmert und rechtlichen Beistand gewährt hatte, wie im Falle Merten. Eichmann rechnete fest damit, ebenfalls einen Anwalt und konsularischen Schutz zu bekommen, er habe schließlich auf Befehl und nach damals gültigen Gesetzen gehandelt. Doch die Zentrale Rechtsschutzstelle verweigerte den Rechtsschutz. Und in Israel wollte kein Jurist seine Verteidigung übernehmen.

In einer Akte aus den Beständen des BND heißt es hierzu unter

dem Titel »Viele Geheimnisse auch im Prozess gegen Eichmann« in einem Vermerk vom 30. Mai 1960: »Alle amtlichen Erklärungen vom Generalinspektor der Polizei, von Justizminister Rosen usw. lassen erkennen, dass im Verfahren gegen Eichmann nur das behandelt werden wird, was Israel für vertretbar hält. Zur Sprache kommen dürfte nochmals der Kasztner-Prozess von 1955, aber wie der Geheimdienst Eichmann fasste, welches Land ihm Aufenthalt gewährt hatte und welche Staatsbürgerschaft er bei der Ergreifung besaß, das alles und noch viel mehr soll Staatsgeheimnis bleiben.«<sup>490</sup> Dass die Frage seines Transportes nach Israel ein Staatsgeheimnis bleiben sollte, ist wenig überraschend. Doch warum die Frage der Staatsbürgerschaft?

Ob er Deutscher war oder nicht, war bei der Entscheidung wichtig, ob die Bundesrepublik seine Verteidigungskosten bezahlen müsste – so wie sie es in anderen Fällen bereitwillig getan hatte. Das Gerücht war aufgekommen, dass Eichmann nicht Deutscher, sondern Österreicher sei. Unstrittig ist, dass er 1906 in Solingen geboren wurde und dann mit seinen Eltern nach Linz zog. Sein Vater nahm die österreichische Staatsangehörigkeit an – da war sein Sohn Adolf schon volljährig.

Die Bundesregierung lehnte trotzdem eine Übernahme der Anwaltskosten ab. Eichmann-Verteidiger Robert Servatius wollte die Bundesrepublik in einem Prozess vor dem Verwaltungsgericht Köln zur Übernahme der Kosten zwingen. Ohne Erfolg. Im April 1961 wurde seine Klage abgewiesen. »Ob der Kläger die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, muss sehr bezweifelt werden. [...] Die Frage kann indes offenbleiben, denn selbst wenn unterstellt wird, dass der Kläger als Deutscher im Sinne des Bundestagsbeschlusses gilt, gehört er trotzdem nicht zum bedachten Personenkreis. Er ist nämlich nicht als Kriegsgefangener oder sonst irgendwie durch die Ereignisse bei dem Zusammenbruch des Reiches in den Gewahrsam der Feindmächte gekommen, sondern von einer Macht, die nicht zu den Kriegführenden gehörte, in einem Staate, der gleichfalls nicht zu den kriegsführenden Staaten gehörte, 15 Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen mit Gewalt festgenommen worden. Er hatte sich unter falschem Namen nach Argentinien begeben und dort aufgehalten, um einer Entdeckung und einer Strafverfolgung in der Bundesrepublik zu entgehen. Er hat sich dadurch der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen und muss insoweit nun dafür die Folgen tragen.«<sup>491</sup>

Einige der abgetauchten Nazis hatten die argentinische Staatsbürgerschaft angenommen und rechtlich damit automatisch die deutsche verwirkt. Das galt zum Beispiel 1952 für den Generalmajor der Waffen-SS, Ludolf von Alvensleben, Teilnehmer an der Gesprächsrunde Sassen/Eichmann. Er war in Polen in Abwesenheit wegen des Mordes an Tausenden Juden zum Tode verurteilt worden, die Münchner Staatsanwaltschaft hatte gegen ihn Haftbefehl erlassen. Als argentinischer Staatsbürger war er vor der Auslieferung sicher.

Nach dem Putsch gegen Perón von 1955 hörte das großzügige Passverteilen auf. Der inzwischen mit Haftbefehl gesuchte Eichmann brauchte also einen Grund, damit man ihm seinen Antrag auf einen südamerikanischen Pass nicht verweigern konnte. Und was ist einfacher, als Vater eines auf argentinischem Boden geborenen Kindes zu sein?

Adolf Eichmann hatte zusammen mit seiner angetrauten Veronika Liebl drei in Europa geborene Söhne: Klaus, Horst und Dieter. Und dann, so steht es in den Biografien, ist da noch ein Nachzügler: Ricardo, Jahrgang 1955, Sohn der damals 46-jährigen Veronika Liebl-Eichmann. Die Geburtsurkunde wurde erst anderthalb Jahre nach seiner Geburt ausgestellt, zu einem Zeitpunkt, als gegen Adolf Eichmann der Frankfurter Haftbefehl erlassen worden war. Wahrscheinlich hätte Eichmann ohne Probleme unter Vorlage der Geburtsurkunde des kleinen Ricardo einen argentinischen Pass erhalten. Die Behörden in Buenos Aires gaben auf Nachfrage an, dass er unter dem Namen Eichmann nicht eingebürgert worden sei. Vielleicht als Klement? Bisher wurde diese Anfrage nicht beantwortet. Es wäre heute noch, nach Jahren des Leugnens, peinlich genug.

Interessant ist erneut ein Blick in die Akten, die in Berlin und die in Buenos Aires. Das Auswärtige Amt beauftragte zur Klärung der Staatsbürgerschaft die Deutsche Botschaft in Buenos Aires mit weiteren Nachforschungen. Und die meldete nach Bonn, dass weder das Ehepaar Eichmann noch seine drei Söhne einen Antrag auf Einbürgerung gestellt hätten. Der vierte Sohn, Ricardo, wird gar nicht erwähnt.<sup>492</sup> Und das argentinische Außenministerium teilte der Auslandsvertretung schriftlich mit, »dass keine Unterlagen über [eine – gw] argentinische Staatsangehörigkeit des Adolf Eichmann, seiner Ehefrau Veronika Katharina geborene Liebl sowie seiner Söhne Klaus [...], Horst [...] und Dieter [...] vorliegen.«<sup>493</sup>

In der bis vor kurzem geheimen Handakte von Staatssekretär Karl Carstens hingegen findet sich der aufschlussreiche Vermerk: »Der Herr Minister hat entschieden, dass seitens des Auswärtigen Amtes kein Antrag auf Einleitung des Staatsangehörigkeits-Feststellungsverfahrens im Fall Eichmann gestellt werden soll.«<sup>494</sup> Was so viel heißt wie: Wir haben uns hinter den Kulissen geeinigt. Den Kölner Verwaltungsrichtern teilte man dies aber nicht mit, sondern ließ sie weiter über den Antrag von Rechtsanwalt Servatius verhandeln. Nur die US-Regierung informierte man, dass der Gefangene seine Staatsbürgerschaft verloren habe und dass sich, so heißt es in einem Vermerk der US-Botschaft in Buenos Aires, »die deutsche Regierung deshalb nicht verpflichtet sehe, ihm zur Seite zu stehen.«<sup>495</sup>

In den nicht-öffentlichen Akten des argentinischen polizeilichen Geheimdienstes SIDE befindet sich ein Bericht über die familiären Verhältnisse der Eichmanns. Am 28. Mai, kurz nach Bekanntgabe der Verhaftung durch Ben Gurion, klingelten SIDE-Beamte bei Veronika Eichmann, geborene Liebl, in der Garibaldistraße. Sie lebte zu diesem Zeitpunkt seit acht Jahren in Südamerika, konnte sich aber mit den Polizisten wegen fehlender Sprachkenntnisse nicht verständigen. Ein Dolmetscher wurde hinzugezogen. Doch die Frau war unsicher und bat, ihren ältesten Sohn Klaus hinzuziehen zu dürfen. Die Beamten kamen wieder und warteten auf Klaus und Dieter. Diese wichen aus, erzählten von einem »Onkel« Ricardo Klement.<sup>496</sup> Als der Rechtsanwalt von Veronika Liebl wenige Tage später einen sogenannten Habeas-Corpus-Antrag auf Feststellung des Aufenthaltsortes einreichte, verschwieg er Eichmanns Staatsbürgerschaft und den Umstand, dass sein Mandant Vater eines argentinischen Kindes sei. Der Antrag scheiterte an der Weigerung der israelischen Behörden, die Schriftsätze des argentinischen Außenministeriums zu beantworten.

Mit dem Auftauchen Eichmanns am 23. Mai 1960 als Gefangener in Israel, glaubte der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer nun endlich seinen Kronzeugen gegen Adenauers Staatssekretär Hans Globke zu haben. Er wusste zu diesem Zeitpunkt noch nicht, dass die Israelis fortan alle Hebel in Bewegung setzen würden, um ihn zum Schweigen zu bringen.

Auch der frühere Militärverwaltungsrat im besetzten Griechenland, Max Merten, machte sich Hoffnungen, dass der Gefangene in Israel seine Darstellung bestätigen würde. Diese Hoffnung gründete

sich nicht zuletzt auf eine 12-teilige Artikelserie im *Hamburger Echo* unter dem Titel »Wenn Eichmann auspackt« im Herbst 1960. Im fünften Teil vom 17. September wird über die Rolle Globkes bei der Deportation der griechischen Juden berichtet und Mertens Version bestätigt.<sup>497</sup> Doch beide merkten schon bald, dass die israelischen Justizbehörden ihren Gefangenen abschotteten und eine Belastung deutscher Würdenträger verhinderten. Dass daran maßgeblich der Bundesnachrichtendienst beteiligt war, konnten sie nur vermuten.

Natürlich wollten Adenauer und Globke wissen, wie Eichmann wirklich nach Israel gekommen war und warum sie von Ben Gurion nicht gewarnt wurden. Da sie von den Amerikanern nichts erfuhren, fiel ihnen nichts Besseres ein, als den BND zu beauftragen, der zu diesem Zeitpunkt schon enge Kontakte mit dem Mossad unterhielt. Viel kam dabei nicht heraus. In einer »Eigenfeststellung« des BND, in der u. a. aufgeführt wird, dass an eine Auslieferung Eichmanns nach Deutschland nicht zu denken sei, da »Deutschland keine Todesstrafe mehr« kenne, und Ben Gurion nicht zuletzt froh sei, seinem Geheimdienst nach »mehreren Misserfolgen der Organisation« endlich einmal Anerkennung zukommen zu lassen,<sup>498</sup> heißt es, dass im Verfahren nur das behandelt werden würde, was Israel für vertretbar hielt: »Nicht einmal darüber ist Klarheit zu gewinnen, ob eine Verbindung zu dem Zwischenfall mit der El-Al-Sondermaschine besteht, die am Morgen des 22. Mai aus Südamerika zurückkehrte. Sie [...] war in [der nordbrasilianischen Stadt – gw] Recife mehrere Stunden lang aufgehalten worden.«<sup>499</sup>

Die Israelis wollen Eichmann mit der Sondermaschine der El Al, Flugnummer 4X-AGE, entführt haben. Diese ist nachweislich am 19. Mai um 17.52 Uhr mit einer Zwischenlandung in Brasilien in Ezeiza gelandet. Das Flugzeug setzte die Delegation in Argentinien ab und trat am 21. Mai um 0.15 Uhr seinen Rückflug an, angeblich mit dem betäubten Eichmann an Bord. Mit nur einmaligem Auftanken in Dakar will die Maschine vom Typ Britannia am 22. Mai um 9.45 Uhr in Israel gelandet sein. Das wären insgesamt 33,5 Stunden, abzüglich fünf Stunden Zeitverschiebung, also 28,5 Stunden. Das hätte für etliche Umwege gereicht.

Laut den Angaben des Herstellers Bristol Aeroplane Company hat die Britannia eine Reisegeschwindigkeit von 575 km/h und eine Reichweite von maximal 6869 Kilometer. Die Distanz zwischen

Buenos Aires und Dakar beträgt 6952 km. Sie wäre also, hätte sie nicht, wie auf dem Hinweg, irgendwo auf dem Weg aufgetankt, vor der afrikanischen Küste ins Meer gestürzt. Der Gründer von Mercedes-Benz Argentina, Jorge Antonio, hat später öffentlich gesagt, dass die argentinischen Militärs ihren Gefangenen, gemeint ist Eichmann, nach Natal, in Nordbrasilien, ausgeflogen und dort in die Maschine der El Al gesetzt hätten.<sup>500</sup>

Viele wussten schon damals, dass die angebliche Entführung durch den Mossad nicht den Tatsachen entsprechen konnte. Aus Teheran kabelte die US-Botschaft unverschlüsselt an das State Department, dass man in Kreisen der israelischen Vertretung der Überzeugung sei, dass der Leiter der israelischen Delegation, Abba Eban, bei den Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit Argentiniens nicht gewusst habe, dass mit der Sondermaschine der El Al auf dem Rückweg der Kriegsverbrecher transportiert worden sei.<sup>501</sup>

Weil der BND nichts über die genauen Hintergründe der Entführung herausbekam, konzentrierte er sich auf das anstehende Verfahren gegen Eichmann. Auszug aus einem Geheimvermerk des BND vom 29. März 1961: »Am 8. März wurde 605/I der Sonderauftrag erteilt, festzustellen, ob a) in dem durch israelische Behörden geführten Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Eichmann (1) Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik, (2) tätige oder ehemalige Mitarbeiter des eigenen Dienstes genannt und belastet werden [...]«<sup>502</sup> Dafür standen dem BND nicht nur 145 handschriftliche Notizen des Gefangenen zur Verfügung, sondern ebenso dessen Vernehmungen: »Außer mit **GELÖSCHT**, Oberst **GELÖSCHT** und Staatsanwalt Bach führt Eichmann gelegentlich auch nichtprotokollierte Gespräche mit einer ihm namentlich unbekanntem Person über ehemalige Angehörige des RSHA. Bemerkung: Vermutlich handelt es sich bei dem unbekanntem Gesprächspartner um einen Angehörigen des israelischen Nachrichtendienstes.«<sup>503</sup> Diese Protokolle wurden dem Gericht vorenthalten. Doch der BND hatte schnell Kenntnis darüber erlangt, dass Eichmann die Namen Globkes und vieler anderer Mitglieder in der Bonner Regierung durchaus geläufig waren.

Eichmann hatte ein »Gefühl der relativ geringen Schuld. [...] Er fühlte sich lediglich zuständig für die reibungslose Abwicklung der Deportationstransporte aus dem Reich und den europäischen Län-

dern in die Lager des Ostens. [...] Er verhartete jedoch auf seiner Behauptung, stets nur Befehle seiner ihm vorgesetzten Instanzen weitergeleitet, selbst jedoch niemals eine Exekution angeordnet oder gar vorgenommen zu haben.«<sup>504</sup>

Eichmann, von der deutschen Regierung als »verteidigungsunwürdig« eingestuft,<sup>505</sup> fühlte sich verraten und packte aus. Süffisant erwähnte der BND, dass die israelischen Vernehmer den Eindruck hätten, »dass Eichmanns Intelligenz nicht besonders ausgeprägt ist. Dagegen erscheint er gelegentlich als der Typ des subalternen Beamten, der sich der jeweiligen Obrigkeit gegenüber devot verhält.«<sup>506</sup> Auch gegenüber den israelischen Polizeibeamten.

BND und der israelische Mossad tauschten rege Informationen über den Gefangenen aus, Kassiber, Briefe an die Angehörigen, Abhör-Protokolle der Anwaltsgespräche und die Aussagen den Polizei-offizieren gegenüber. Sie verbanden gemeinsame Interessen. Die einen wollten propagandistische Angriffe aus der SBZ abwehren, die anderen eine Diskussion über Eichmanns Zusammenarbeit mit den zionistischen Organisationen während des Faschismus verhindern. Zitat BND: »Eine Quelle, die als Berater des argentinischen Nachrichtendienstes tätig ist, meldet, dass bedeutende [argentinische – gw] Militärs, unter ihnen der Oberbefehlshaber **GELÖSCHT**, die Ansicht vertreten, dass Eichmann als Doppelagent für Deutschland und Israel gearbeitet habe. So erklärten sich seine teilweise vorzüglichen Beziehungen zu in Argentinien angesehenen Juden. In Eichmanns Besitz soll sich umfangreiches Informationsmaterial befunden haben. Die fundierten Kenntnisse über ehemalige prominente Nationalsozialisten würde Eichmann anlässlich der Gerichtsverhandlung auswerten.«<sup>507</sup> Dies geschah aber nicht.

Manches aus den Verhören in Israel sickerte in die linke Presse. So veröffentlichte die italienische Wochenzeitung *Espresso* eine Meldung ihres Korrespondenten aus Tel Aviv: »Botschafter Klaiber angeklagt«.<sup>508</sup> Darin heißt es, dass der deutsche Botschafter in Rom, Manfred Klaiber, laut Eichmanns Aussagen, während des Krieges für die Versenkung des Schiffes *Struma*<sup>509</sup> verantwortlich gewesen sein soll.<sup>510</sup> Bis dahin hatte es stets geheißsen, dass es ein sowjetisches U-Boot durch Torpedoschuss versenkt hatte.<sup>511</sup> Die *Struma* sollte 769 jüdische Flüchtlinge aus den Balkanländern nach Palästina bringen, wurde aber in der Meerenge der Dardanellen versenkt. Klaiber war

damals an der Deutschen Botschaft in Ankara tätig gewesen. Im Artikel, der dem Auswärtigen Amt vorlag, heißt es weiter: »Gleichzeitig hat Bonn einen Schritt bei der israelischen Regierung unternommen, um die Richter von Tel Aviv zu veranlassen, den Fall der Struma während des Prozesses gegen Eichmann nicht aufzugreifen.«<sup>512</sup> Klai-ber bestritt die Vorwürfe und sprach über eine von der kommunistischen Presse initiierten Hetzkampagne zur »Verächtlichmachung von Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland«.<sup>513</sup>

Dem BND wurde aus Washington gemeldet, dass Eichmann mit den israelischen Behörden kooperiere und Namen aus seiner Zeit im Reichssicherheitshauptamt und aus Budapest nenne: Hermann Krumey, Kurt Becher, Adolf Beckerle, Edmund Veesenmayer, General Otto Winkelmann, Peter-Heinz Seraphim, Eberhard von Thadden und Max Merten.<sup>514</sup> Mit Kasztner habe Eichmann Hand in Hand gearbeitet, inklusive eines »Gentlemen agreement, wonach E. die von Kasztner benannten Zionisten und reiche Juden zur Auswanderung freigab, während Kasztner dafür für Ruhe und Ordnung bei der Deportation der anderen Sorge trug«.<sup>515</sup>

Der BND fürchtete, dass der angesehene Bremer Geschäftsmann Kurt Becher, einst Eichmanns Vorgesetzter in Budapest, »auffliegen« würde. So meldete der V-Mann 16128: »bis zu welchem Grade Gefahr besteht, dass Becher im Zusammenhang mit Eichmann auf- fliegt und mit ihm einige Geschäftsverbindungen vornehmlich Rich- tung **GELÖSCHT** bloßgestellt werden, scheint mir damit noch nicht sicher.« Kurt Alexander Becher, Bremen, Händler in Getreide und anderen konsumierbaren Angelegenheiten, im Dritten Reich rechte Hand von Eichmann in Budapest, heute finanziert von **GELÖSCHT** (Bankhaus Pferdenges), hat sich soeben neu verheiratet und ist zur Hochzeitsreise nach Argentinien gefahren. Böse Zungen behaupten, es wäre eine Absatzbewegung [...].«<sup>516</sup>

Bedrohlicher für den Bonner Staat waren angebliche Aussagen Eichmanns über NS-Diplomaten, die auch in der Bundesrepublik weiter ihren Dienst versahen: Walther Becker, Dr. Hans Bidder, Her- bert Blankenhorn, Dr. Werner Gregor, Dr. Wilhelm Grewe, Dr. Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld, Dr. Werner Junker, Dr. Manfred Klai-ber, Theodor Kordt, Dr. Hans-Ulrich von Marchtaler, Dr. Wilhelm Melchers, Dr. Ernst-Günther Mohr, Graf Dr. Rudolf Strachwitz, Gebhardt von Walther, Wolfgang Freiherr von Welck

und Otto Bräutigam.<sup>517</sup> Hier galt es, die israelischen Behörden davon zu überzeugen, diese Dinge hinter verschlossenen Türen zu belassen. Schließlich winkte die Aktion Geschäftsfreund und das Versprechen Adenauers, die Atompläne in der Negev-Wüste mit Rat und vor allem mit D-Mark zu unterstützen.

Die Weltöffentlichkeit war gespannt auf den Prozess in Jerusalem. Die Anklage lautete auf Verbrechen gegen das jüdische Volk und »crimes against humanity«, Verbrechen gegen die Menschheit. Eichmanns Verteidiger Robert Servatius forderte, wie zuvor Nahum Goldmann, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, dass die Anklage vor einem internationalen Gericht verhandelt werden müsse. Ben Gurion, der bis dahin keinen Finger gerührt hatte, um Nazis zu jagen oder anzuklagen, versetzte dies in Rage: »Ich bin glücklich, dass unserem kleinen Volk Gelegenheit gegeben wird, den Verbrecher im eigenen Land der Gerechtigkeit zuzuführen. In Israel herrscht volle Redefreiheit. Sie kamen aber hierher, um als Präsident der Zionistischen Organisation eine engere Zusammenarbeit zwischen Staat und Organisation herbeizuführen; nun fanden Sie es richtig, in einer Angelegenheit, die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, sich direkt an die Presse zu wenden. Amerikanische Journalisten, die nicht unter den Schreckenstaten der Nazis gelitten haben, können sich erlauben, »ganz objektiv« zu sein und Israel das Recht abzuspochen, einen der größten Verbrecher abzuurteilen. Es ist die Pflicht des Staates Israel und das unanfechtbare Recht unabhängiger Juden, den ganzen Hergang der furchtbaren Taten vor der Welt darzustellen und die Wahrheit über die abscheulichen Verbrechen aufzurollen. Das ist vielleicht das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass sich die Gerechtigkeit in dieser Art offenbart.«<sup>518</sup> Goldmann antwortete, dass die Nazis nicht nur Juden umgebracht hätten.

Doch Ben Gurion bestand auf einem Prozess vor ausschließlich israelischen Richtern. Nur so konnte er verhindern, dass alle Aussagen und die Hintergründe der Verhaftung öffentlich wurden. In Bonn war man zufrieden. Unter dem Titel »Geheim, auch dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen« berichtete der deutsche Botschafter, mit Kopie an den BND, über die Absicht, »kurzen Prozess« mit Eichmann zu machen: »Habe gestern eine passende Gelegenheit benutzt, um mit dem israelischen Botschafter [in Washington – gw], Avraham Harman, ein Gespräch über die publizistische Behandlung

des Eichmann-Prozesses zu führen. Harman führte [...] Folgendes aus: Die israelische Regierung sei sich der Schwierigkeiten, die der Eichmann-Prozess hinsichtlich seiner publizistischen Behandlung aufwerfe, durchaus bewusst. Sie habe keinerlei Interesse daran, dass der Prozess von unberufener Seite zu einem antideutschen Propagandaschaustück gemacht und entsprechend ausgebeutet werde. Ben Gurion gehe von der klaren These aus, dass das heutige Deutschland mit dem Deutschlands Hitlers nicht identisch sei, er habe das anlässlich seiner Begegnung mit dem Herrn Bundeskanzler in New York klar zum Ausdruck gebracht. [...] In Hinblick auf die Weltöffentlichkeit könne man nicht umhin, das Verfahren so zu gestalten, dass es allgemein als ein fairer und korrekter Prozess anerkannt werde. Dies setze ein gewisses Mindestmaß an Öffentlichkeit der Verhandlungen voraus. Infolgedessen werde man sowohl Vertreter der internationalen Presse zulassen als auch eine begrenzte Anzahl von Plätzen für das allgemeine Publikum zur Verfügung stellen müssen. Auf der anderen Seite sei die israelische Regierung nachdrücklich bestrebt, dem Verfahren nicht den Charakter eines großen Schauprozesses zu geben und zu verhüten, dass es durch die internationale Presse zu einer Zirkusveranstaltung gemacht werde. Foto- und Fernsehreporter sollten daher nur einmal vor Beginn des Verfahrens zugelassen werden. [...] Die israelische Anklagebehörde verfolge nicht das Ziel, das Verfahren über einen längeren Zeitraum hinzuziehen, sie strebe ein kurzes Verfahren an.«<sup>519</sup> Wilhelm Grewe war, wie Eichmann den israelischen Polizisten gegenüber ausgesagt hatte, schon im Tausendjährigen Reich ein erfolgreicher Diplomat gewesen.

Ben Gurion wollte der Bonner Regierung nicht nur die Nazi-Vorwürfe ersparen. Er fügte sich in die ihm zugedachte Rolle im Kalten Krieg. Entsprechend lautet der Titel einer Meldung des BND, die sich in den Globke-Akten der Konrad-Adenauer-Stiftung befindet: »Israelische Regierung will die propagandistische Auswertung des Eichmann-Prozesses durch den Sowjetblock verhindern.«<sup>520</sup>

Mit Genugtuung meldete man im Dezember aus Tel Aviv, dass der Leiter der Agitprop-Abteilung des Zentralkomitees der SED, Albert Norden, bei seinem Besuch in Israel kaum öffentlich beachtet wurde: »Norden hat von der israelischen Regierung mit Bestimmtheit kein Material im Zusammenhang mit dem Eichmann-Prozess erhalten, diesbezügliche Behauptungen Nordens sind Propaganda.«<sup>521</sup> In Tel

Aviv sei über Pläne der SBZ oder des Sowjetblocks, in dem Prozess als Nebenkläger aufzutreten, »nichts bekannt«: »Die Regierung beabsichtigt, den gesamten Prozess auf dokumentarische Unterlagen abzustützen und Zeugenaussagen auf ein Mindestmaß zu beschränken.«<sup>522</sup>

Nicht nur auf die Interessen der Bundesrepublik sollte Rücksicht genommen werden, auch Argentinien wollte man nicht unangenehmen Fragen der Weltöffentlichkeit aussetzen. »Die Bemerkung Ben Gurions, manche Abschnitte des Prozesses würden geheim durchgeführt, bezieht sich auf die Durchführung der Entführung Eichmanns, um die Beziehungen zu Argentinien nicht erneut zu belasten.«<sup>523</sup>

Das Auswärtige Amt schickte einen offiziellen Vertreter zum Prozess, der anfangs, so heißt es, ausgesprochen misstrauisch und aufmerksam beobachtet wurde.<sup>524</sup> Das Misstrauen kam nicht nur von israelischer Seite, auch die arabischen Staaten fürchteten, dass der Vertreter der Bundesregierung auch nach Abschluss des Eichmann-Prozesses dableiben und sich in einen offiziellen oder halboffiziellen Botschafter verwandelt würde. Für Staatssekretär Carstens lag bereits 1961 die Aufnahme politischer Beziehungen im wohlverstandenen Interesse beider Länder, doch die Erfahrung zeige, dass die arabischen Regierungen wenig geneigt seien, »die für sie recht lukrativen und wichtigen Beziehungen zur Bundesrepublik ernstlich zu gefährden, mit anderen Worten: die arabischen Staaten würden im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwar verhältnismäßig schwere schriftliche und mündliche Proteste erheben, aber keine sonstigen ernsthaften Reaktionen zeigen. [...] Die erste, wilde arabische Feindschaft gegenüber Israel sei, wenn auch keineswegs etwa abgeklungen, so doch einfach infolge Zeitablaufs zu der beginnenden Erkenntnis gelangt, dass der Staat Israel eine Realität darstelle, mit der man sich abzufinden habe [...]«<sup>525</sup>

Das Bundeskanzleramt wollte sich nicht auf die Berichte des Außenamtes stützen, sondern eine eigene Quelle vor Ort haben. Der BND nahm den Journalisten Rolf Vogel unter Vertrag, Sohn einer jüdischen Mutter. Die Karriere-Diplomaten hielten von diesem Herrn mit Agenten-Mission wenig, er leide unter einem außergewöhnlich schweren Minderwertigkeitskomplex, der sich merkwürdigerweise auf die Tatsache gründe, dass seine Mutter Jüdin, er also »Halbjude« sei.<sup>526</sup> Das Wort »Halbjude« steht ohne Gänsefüßchen. Wenn man ihn kritisierere, so heißt es weiter, führe Vogel das auf eine

angebliche Antipathie gegen Juden zurück, dabei fehle es Herrn Vogel fast vollständig an Schulbildung und ziemlich weitgehend auch an persönlichem Benehmen.<sup>527</sup>

Vogel reiste, getarnt als Journalist, auf Staatskosten ständig zwischen Bonn, Pullach und Jerusalem hin und her. Seine Mission war nicht nur die Unterrichtung des Bundeskanzleramtes, seine Hauptaufgabe war die Entlastung von Hans Globke.

Vogel suchte den Bonner Oberstaatsanwalt Werner Pfromm auf. Ausgerechnet an ihn hatte Fritz Bauer das Verfahren gegen Globke abgeben müssen. Dort gab Vogel zu Protokoll, wie segensreich die Nürnberger Rassengesetze und vor allem ihre Kommentierung durch Globke für »jüdische Mischlinge« wie ihn gewesen seien: »Als die Nürnberger Rassegesetze erlassen wurden, gab es in unserem Hause [...] viele Gespräche über die Entwicklung. Mein Vater war der Meinung, dass man den Kommentar abwarten müsse, um die Gesetze in ihrer vollen Auswirkung zu erkennen. Als der Kommentar dann herausgekommen war, hat mein Vater mehrfach darauf hingewiesen, dass dieser Kommentar gerade für uns Mischlinge noch Möglichkeiten des Weiterlebens in Deutschland gebe.«<sup>528</sup> Sein Vater starb im August 1939 und musste die weiteren Möglichkeiten nicht mehr auskosten. Seine Mutter überlebte im KZ Theresienstadt.

Und weiter heißt es in der Vernehmung Vogels: »Ich habe später mit dem verstorbenen Staatssekretär Dr. Otto Lenz oftmals über die Arbeit Globkes gesprochen und weiß auch aus diesen Gesprächen, dass Globkes Tätigkeit nur darauf gerichtet war, mit Hilfe des Kommentars den Mischlingen ersten Grades so weit als möglich Hilfe und Erleichterung zu bringen. Aus eigenem Erleben kann ich sagen, dass durch diese Lücken im Gesetz erst die Voraussetzungen geschaffen waren, dass wir Mischlinge nicht sofort in den Strom der Endlösung hineingerieten.«<sup>529</sup>

In der Vernehmung befragte ihn Oberstaatsanwalt Pfromm nach dem Ministerpräsidenten Ben Gurion, den Vogel getroffen und ihm sein Buch »Israel, Staat der Hoffnung« überreicht hatte. Vogel: »[...] kam das Gespräch auf die zahlreichen Presseangriffe gegen Herrn Staatssekretär Dr. Globke. [...] Hier äußerte Ben Gurion sehr lebhaft, dass er Kenntnis habe, dass Eichmann von seinem Verteidiger Servatius nach Dr. Globke gefragt [...] geäußert habe: ›Globke? Wer ist das? Ich habe den Namen nie gehört. Ich kenne ihn nicht.‹ Ben

Gurion wiederholte im Laufe unseres etwa einstündigen Gespräches diese ihm bekannte Äußerung mehrere Male. [...] Ben David [Militäradjutant Ben Gurions – gw] erklärte mir, dass diese Äußerung Eichmanns von dem wachhabenden Soldaten übermittelt war, der bei den ersten Gesprächen zwischen Eichmann und seinem Verteidiger anwesend gewesen ist.«<sup>530</sup>

Frage Pfromms an Vogel: »Haben Sie Vorstellungen darüber, ob der israelische Ministerpräsident Bedenken hätte, wenn seine Äußerungen über das Gespräch Eichmann–Servatius in dem hiesigen Strafverfahren beweismäßig verwertet werden?«<sup>531</sup> Antwort Vogel: »Das Gespräch, das ich im Anschluss mit seinem Adjutanten Ben David hatte, zeigte mir deutlich, dass die Sympathien des Ministerpräsidenten und seiner Umgebung absolut auf Seiten Globkes standen, soweit es die Angriffe in der Presse betraf [...].«<sup>532</sup> Man könnte aber nicht die Worte eines Wachpostens öffentlich verwerten: »Ich habe viel eher das Gefühl, dass man hofft, dass Servatius selbst oder der Prozessverlauf des Eichmann-Verfahrens die letzte Klärung auch zu diesem Punkt [...] bringen wird.«<sup>533</sup> Vogel bat um Vertraulichkeit.

Und so geschah es. Eichmanns Verteidiger teilte der Staatsanwaltschaft unaufgefordert mit: »Mein Klient hat mich ausdrücklich ermächtigt zu erklären, dass ihm der heutige Staatssekretär Dr. Globke unbekannt sei und dass er sich nicht erinnern könne, mit ihm jemals gesprochen zu haben. [...] An den von Rechtsanwalt Merten erwähnten Vorfall betreffend Aktion zur Rettung von Juden aus dem Bereich Saloniki-Ägäis kann sich mein Klient nicht erinnern.«<sup>534</sup>

In den internen BND-Akten, die auf den Mitteilungen des Mossad beruhen, finden sich etliche Hinweise darauf, dass Eichmann in Israel in den Vernehmungen ausführlich über Globkes Beteiligung an der Juden-Vernichtung geplaudert hat. Hier heißt es: »Eichmann führt aus: ›Globke war um den 17. September 1938 in der Schweiz in Sachen Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der Schweizer Regierung zur Regelung der Frage der Einreise der Juden deutscher Staatsangehörigkeit. [...] Zur Regelung wurde Folgendes in Aussicht genommen: Die deutsche Regierung wird dafür Sorge tragen, dass alle Pässe der reichsangehörigen Juden möglichst beschleunigt mit einem Merkmal versehen werden, das den Inhaber als Juden kennzeichnet. Der direkte Weg des Ministerialrats Globke zum Reichssi-

cherheitshauptamt lief zu meinem Vorgesetzten, Amtschef IV, Müller.«<sup>535</sup> Und weiter unten berichtet Eichmann: »Da wurde nun der Referent im Ministerium des Inneren, Abteilung I, PR Dr. Feldscher geschickt, um auf dieser Besprechung am 27.10.42 den Vorschlag seines Staatssekretärs weiter zu erläutern und Stellung zu folgenden Fragen zu nehmen: a) Personenkreis, der unter die Sterilisation fällt, b) Rechtsgrundlagen der Sterilisierung, c) Rechtliche Stellung der Mischlinge nach erfolgter Sterilisation, d) verwaltungsmäßige Durchführung der Sterilisation ... und hier war Ministerialrat Globke federführend mit zuständig.«<sup>536</sup>

Wären diese Aussagen an die Öffentlichkeit gelangt, hätten sie die Adenauer-Regierung schwer belastet. Im Prozess wurden sie den Richtern und der Öffentlichkeit vorenthalten. Dort wird Eichmann erklären: »Globke? Der Name sagt mir gar nichts.« Er hoffte wohl, hierdurch mit einer Haftstrafe davonzukommen.

Zum Prozess nach Jerusalem war der Ostberliner Professor Friedrich Karl Kaul angereist. In seinem Gepäck hatte er nicht nur die Vollmachten von Auschwitz-Opfern, um als Nebenkläger aufzutreten. Er wollte, so befürchtete die Bundesregierung, den »Zonenfilm« vorführen, eine in der DDR produzierte Dokumentation über die Beteiligung Globkes an der Judenverfolgung. »Kaul wird nun doch nach Israel kommen«, klagt ein Vermerk des AA nach einem Gespräch mit dem Chef der Israel-Mission Shinnar.<sup>537</sup> Die israelische Regierung werde mit allen Mitteln versuchen zu verhindern, dass Herr Kaul seinen Auftrag durchführe und seine Anwesenheit zu einer Verleumdungskampagne gegen die Bundesrepublik missbrauche. Kaul werde wahrscheinlich den Ostzonenfilm über die Judenfrage mitbringen. Wenn es möglich sei, werde man den Film bei der Einfuhr anhalten, wenn es Kaul aber gelänge, den Film durchzuschmuggeln, so werde man es doch unter allen Umständen zu verhindern wissen, dass er aufgeführt werde. Dies entspräche der Auffassung von Ben Gurion.<sup>538</sup> Shinnar versprach, dass Eichmann nicht nach Polen ausgeliefert würde, falls von dort ein Antrag käme. In diesem Fall würde die Bundesregierung diesem Ansinnen zuvorkommen und ihrerseits einen Auslieferungsantrag stellen. Geplant sei dies aber nicht, so die Absprache.<sup>539</sup>

Rolf Vogel spionierte in Jerusalem für seinen Pullacher Dienstherrn nicht nur mit Augen und Ohren. Zusammen mit dem *Bild-*

Reporter Frank Lynder, Schwiegersohn von Axel Cäsar Springer, brach er in Kauls Jerusalemer Hotelzimmer ein. Auszug aus einem Geheimvermerk des Auswärtigen Amtes: »Soeben erscheint Rudolf Vogel zusammen mit dem Reporter der *Bild*-Zeitung, Herr Lynder (während des Krieges englischer Geheimdienst), und deponiert in meinem Hotelzimmer ein Aktenstück. Sie erklären dazu, dieses Aktenstück heute Abend aus dem Hotelzimmer Kaul im Hotel King David unbemerkt entnommen zu haben.«<sup>540</sup> Das Diebesgut sollte mit Diplomatenpost nach Pullach gehen. »Der Wert der Unterlagen scheint mir nicht allzu groß zu sein«, monierte Diplomat Preuschen und schloss das Telegramm mit der »Bitte um Weisung falls Bedenken bestehen«.<sup>541</sup>

In den Akten des BND, die der Bundesnachrichtendienst nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes teilweise freigeben musste, liest sich das ganz anders. Dort findet sich kein Hinweis auf den Einbruch bei Kaul durch den BND-Spion. Auch das Diebesgut müsste sich in den BND-Akten befinden. Doch es fehlt. Möglicherweise liegt es noch in Pullach. Es findet sich aber eine Notiz, die den Sachverhalt so darstellt: »Dem Rechtsanwalt Kaul (aus der Ostzone) wurden in Tel Aviv [sic!] im Hotel durch einen schnellen Zugriff anliegende Akten gestohlen. Es ist völlig unbekannt, wer es war und wo die Akten jetzt sind. Nach Auffassung des Doktors sollte aber **GE-LÖSCHT** einen Teil dieser Anlagen erhalten, ohne dass irgendein Verdacht auf uns fällt.«<sup>542</sup> Wie gesagt, die Anlage fehlt.

In den Akten befinden sich Hinweise auf einen Herrn Wickert, der auf eine nicht näher benannte Weise in den Besitz der »gestohlenen Dokumente« gelangt war. Dass diese im Auftrag des BND entwendet wurden, steht dort nicht. Offensichtlich plante der BND, über einen V-Mann Kaul die entwendeten Dokumente wieder zu verkaufen. Zitat: »Die Klärung der rechtlichen Situation, in der sich Wickert bei einem Besuch Kauls befinden würde, ergab: Kaul hätte jederzeit die Möglichkeit, Wickert der Kriminalpolizei oder der Staatsanwaltschaft [...] als Zeugen in der Angelegenheit der ihm in Jerusalem gestohlenen Dokumente zu benennen und um seine Vernehmung bezüglich des Mannes zu bitten, der dem Wickert in Nürnberg Kaul-Papiere zum Kauf angeboten hat.«<sup>543</sup>

Mit solchen Fragen beschäftigte sich also die Rechtsabteilung des BND. Am Ende nahm man von dem Plan Abstand, man fürchtete,

dass Kaul die Presse mobilisieren würde. Zum Glück konnte man Wickert wieder »verschwinden« lassen. Vorschlag: die Sache erst mal auf Eis legen. Dann folgt ein weiterer Vermerk, wieder ging alles schief. Ein Brief wurde falsch adressiert und ging vermutlich als unzustellbar nach Ostberlin zurück.

Globke benutzte den BND wie eine von ihm beauftragte private Detektei, um Beweismaterial gegen Merten und Entlastungsmaterial für sich selbst zu sammeln. Auf Steuerkosten wurden die Archive durchforstet, um Widersprüche in Mertens Aussage aufzudecken. Globkes persönlicher Referent Manfred Baden übermittelte an Oberstaatsanwalt Pfromm, dass Merten bei seiner kommissarischen Vernehmung im Eichmann-Prozess vom 29. bis 31. Mai 1961 unter Eid in Berlin ausgesagt habe, dass er nur Parteianwärter gewesen sei, aber nicht endgültig als Parteimitglied in die NSDAP aufgenommen worden wäre. Diese Aussage entspreche nicht den Tatsachen.<sup>544</sup> Baden beantragte die Beiziehung der Akten.

Auch die Finanzämter wurden durchforstet, um Belastendes gegen Merten zu erhalten. Fast wurde man fündig, als man auf einen Diamantenverkauf aus dem Jahr 1954 stieß, der nicht korrekt in der Steuerklärung angegeben worden war. Verbarg sich hinter dieser Zahlung vielleicht ein kriminelles Geschäft? Die damals erzielten 111 580,86 D-Mark, so erklärte später der Anwalt von Merten, stammten aus seiner Tätigkeit als Treuhänder einer Erbgemeinschaft jenseits des Eisernen Vorhangs.<sup>545</sup>

Die Bundesregierung erstattete gegen ihn Anzeige wegen Falschaussage. Die geladenen Zeugen sprachen sich mit Globke persönlich oder mit dem BND ab, wie Rolf Vogel. Der Nachrichtendienst war auf die Ortung »ostzonaler« Aktivitäten angesetzt. Die Mitglieder des Eichmann-Komitees wurden vom Verfassungsschutz überwacht, ihre Ausstellungen über die Judenverfolgung im Dritten Reich beschlagnahmt, ihre Veranstaltungen gestört oder verboten.

Im Adenauer-Staat galt jeder, der nicht hundertprozentig auf der radikal antikommunistischen Linie lag, als verdächtiger Ost-Spion. Jeder wurde unter die Lupe genommen, auch der Eichmann-Verteidiger Robert Servatius. Der Verfassungsschutz fand heraus, dass der Jurist Abwehroffizier beim 6. Armeekorps in Münster gewesen war. Zwischen 1945 und 1948 verteidigte er vor dem internationalen Militärtribunal und dem US-Militärtribunal in Nürnberg. Dann unter-

hielt er eine Anwaltspraxis in Köln, beriet Großunternehmen. Das lag ja noch auf Linie, aber verdächtig machten ihn seine Russischkenntnisse. Außerdem hatte er 1952 an einer Reise der Handelskommission nach Moskau teilgenommen. Er soll mit dem Minister für Außenhandel der SBZ Kontakte unterhalten haben. Davon habe er aber immer brav den Verfassungsschutz unterrichtet. Das Gütesiegel fiel positiv aus: »Keinerlei Anhaltspunkte für irgendwelche Ostkontakte«,<sup>546</sup>

Merten hatte weniger Glück. Gegen ihn sprach nicht nur, dass er sich von SPD-Anwälten verteidigen ließ, Gustav Heinemann und Diether Posser, letzterer ein bekannter »Kommunistenanwalt«. Doch trotz aller Anstrengungen konnte der Verfassungsschutz keine »sicheren Erkenntnisse über Mertens Ostkontakte« vorweisen. Auch Gehlen tat, was man von ihm erwartete. Im kleinen Kreis trug er seine Ergebnisse vor: »Es sei als erwiesen anzusehen, dass Merten Ostkontakte hat und bei seinen Angriffen gegen die griechische Regierung wie auch gegen Staatssekretär Globke vom Osten her »gesteuert« wird.«<sup>547</sup> Seine Quelle wollte der BND nicht nennen. Man wisse aber, dass sich Merten um die Übernahme der Verteidigung Eichmanns bemühe: »Im Falle einer Übertragung der Verteidigung an ihn würde die Finanzierung von den östlichen Stellen übernommen werden.«<sup>548</sup> Doch auch Gehlen blieb den wirklichen Nachweis einer Oststeuerung Mertens schuldig: »Der BDN [sic!] sei jedoch um die Beschaffung weiterer benutzbarer Beweise bemüht. Hierbei wurde davon ausgegangen, dass im Falle einer Veröffentlichung über die Ostkontakte Mertens mit überzeugenden Beweisen die Position Mertens entscheidend erschüttert würde.«<sup>549</sup>

Da die Bundesregierung die Übernahme der Verteidigungskosten ablehnte, zahlte Israel 20 000 Dollar an Eichmanns Verteidiger Servatius. Dafür sprach der sich mit den israelischen Behörden über jeden Schritt ab. Ob er Durchschläge seiner Verteidigerpost nach Pullach schickte, ist den Akten nicht zu entnehmen, vieles ist noch nicht freigegeben oder geschwärzt. Wahrscheinlich wurde sein Telefon abgehört, damit der BND Staatssekretär Globke detailliert unterrichten konnte.

Dieser Verdacht ergibt sich aus den Globke-Akten in der Adenauerstiftung. Vermerk vom 19. Oktober 1960: »Betrifft Dr. Max Merten. Quelle mit besonders gutem Einblick berichtet: Dr. Serva-

tius, der Verteidiger Eichmanns, hat vor seiner Abreise nach Israel noch am 3. Oktober 1960 ein Telefongespräch mit Dr. Merten geführt. Im Verlaufe dieses Gesprächs behauptete Merten, Staatssekretär Dr. Globke sei vom Untersuchungsrichter zu seinen (Mertens) Erklärungen bereits vernommen worden. [...] Interessant ist, dass sich Dr. Merten immer wieder Dr. Servatius als »Mitarbeiter« bei der Verteidigung Eichmanns geradezu aufdrängt.«<sup>550</sup> Interessant ist aber auch, dass Globke über den Richter Rechtsanwalt Servatius ausrichten ließ, »dass die erforderlichen Mittel für die Verteidigung Eichmanns in jedem Fall von Bonn zur Verfügung gestellt würden. Servatius solle sich an Staatssekretär Dr. Globke persönlich wenden.«<sup>551</sup> Aus welchem öffentlichen Topf Globke den Eichmann-Anwalt bezahlen wollte, geht aus dem Vermerk nicht hervor. Auch nicht, welche Gegenleistung er dafür haben wollte.

Später notiert Globkes Referent Baden, »dem Bundeskanzler vorzulegen«, dass Eichmann soeben von Servatius zu Max Merten befragt worden sei, und Eichmann die Behauptung Mertens als unwahr bezeichnet habe.<sup>552</sup>

Was Eichmanns Zelle verließ, wurde bis ins Letzte zensiert, Briefe und seine Memoiren: »Eichmann wird [...] mit Aufzeichnungen nach Abschluss der Beweisaufnahme beginnen«, heißt es in einem BND-Vermerk. »Um den Veröffentlichungen den nötigen familiären Anstrich zu geben und um zu verhindern, dass seitens der Familie Eichmann irgendwelche gegenteiligen und unkontrollierbaren Veröffentlichungen vorgenommen werden, wird Frau Vera Eichmann [...] Ende Juli nach Deutschland fliegen [...]. Die ersten Manuskriptseiten soll Dr. Servatius bereits am 8. August mitbringen. Die Bearbeitung wird gemeinsam von **GELÖSCHT** und **GELÖSCHT** gemacht werden, der zu diesem Zweck gleichfalls nach Deutschland kommt.«<sup>553</sup>

Sogar den Stil schrieben die Zensurbehörden ihrem Gefangenen vor. Er solle sich an den Erinnerungen des KZ-Kommandanten Höß ein Vorbild nehmen, erfuhr der BND: »Für die Herausgabe der Eichmann-Bekanntnisse haben sich inzwischen insofern Schwierigkeiten ergeben, als die Israelis Eichmann zwingen wollen, seine Bekenntnisse nicht nur in Stil und Inhalt à la Höß niederzuschreiben, sondern sie wollen ihre Zustimmung zur Freigabe nur dann geben, wenn Yad Vashem den Verlag bestimmt, in dem das Eichmann-Buch erscheint.«<sup>554</sup>

Im April 1961 brachte die Tageszeitung *Maariv* einen ausführlichen Bericht ihrer Bonner Korrespondentin Inge Deutschkron. »Wird Globke geladen werden?«, fragte sie.<sup>555</sup> Der Assistent von Rechtsanwalt Servatius soll dies angeblich beabsichtigen. Neues Material aus England sei aufgetaucht, wonach Globke und Eichmann sich kannten.

Gemeint ist Material, dass sich Merten-Verteidiger Posser in britischen Archiven beschafft hätte. Auf einer Pressekonferenz erwähnte er ein Bild, das Globke zusammen mit Eichmann zeige. In Bonn heulten die Alarmsirenen, das Auswärtige Amt zitierte Mitarbeiter der britischen Botschaft heran, um herauszufinden, wie brisantes Material aus dem »Public Office« in die Hände eines berüchtigten Kommunistenanwalts gelangen konnte. Man schickte sogar einen eigenen Beamten nach England, um zu sehen, was Posser wohl ermittelt haben könnte. »Zur Vermeidung eines falschen Eindrucks lege das Foreign Office Wert darauf, dass der deutsche Archivbeamte bald nach Deutschland zurückkehre und dass über seinen Aufenthalt in London möglichst nichts bekannt werde.«<sup>556</sup> Es soll sich bei dem Material um Dokumente aus dem SD handeln, in denen auch Kollaborateure der Deutschen genannt worden sein sollen, etwa der V-Mann der Abwehr Karamanlis, mittlerweile Ministerpräsident in Athen.

Die griechische Regierung war entsetzt. Außenminister Evangelos Averoff beklagte sich bitter bei seinem deutschen Amtskollegen über die Undankbarkeit des vor einem Jahr entlassenen Merten und drückte sein »Befremden darüber aus, dass die Bundesregierung, und zwar der Bundeskanzler persönlich, sich für die vorzeitige Freilassung von Herrn Merten aufgrund einer durch die griechische Regierung zu treffenden Sonderreglung eingesetzt habe, ohne genaue Kenntnis des Charakters von Herrn Merten gehabt zu haben. Die griechische Regierung sei bei ihrer Zustimmung zur Freilassung des Herrn Merten [...] davon ausgegangen, dass ihr hieraus keinerlei Schwierigkeiten erwachsen würden«.<sup>557</sup>

Averoff beanstandete, dass es die Bundesregierung in dieser Frage an den »notwendigen Einwirkungen auf die SPD habe fehlen lassen«, doch im Außenministerium verwies man darauf, dass die Rechtsanwälte Heinemann und Posser stets die Vertretung von Personen übernommen hätten, »die der Regierungspolitik feindlich gegenüber standen«, sie seien nicht »zugänglich«.<sup>558</sup>

Dahinter stecke Kalkül, denn »unter dem Deckmantel, der absoluten Gerechtigkeit zu dienen«, verfolgten sie offensichtlich die Absicht, »der Regierung Schwierigkeiten zu machen«. <sup>559</sup>

Die Sorge war unbegründet. Die englischen Dokumenten belegten zwar Verhandlungen über jüdisches Vermögen. Aber der israelische Staatsanwalt Jakob Bar-Or versicherte den Deutschen, keine neuen Dokumente aus London erhalten zu haben, in denen der Name Globke auftaucht. Er werde zwar in einem anderen Dokument aus Nürnberg erwähnt, aber er persönlich werde die Sätze, wonach man Dr. Globke fragen solle, »nicht verlesen«, versprach der Staatsanwalt. <sup>560</sup>

Ben Gurion erfüllte seinen Teil des Deals. Er verhinderte ein internationales Tribunal und schottete seinen Gefangenen von der Außenwelt ab. Die Frage der Staatsbürgerschaft wurde ebenso wenig wie seine Überführung nach Israel zur Sprache gebracht. Weder wurden das Nazigold in Argentinien erwähnt noch die deutschen Konzerne, die dort ihre Gelder wuschen. Kein Wort von den deutschen Technikern in Argentinien, von der atomaren Zusammenarbeit zwischen Israel, Argentinien und der Bundesrepublik. Die Nazis in den Regierungsstuben blieben unerwähnt. Und Eichmanns Aussagen führten nicht zu einer einzigen Verhaftung eines weiteren flüchtigen Kriegsverbrechers.

Die kompletten Sassen-Protokolle tauchten im Prozess nicht auf. Teile wurden an die Presse verkauft, und CIA-Chef Dulles persönlich sorgte dafür, dass der Name Globke entfernt wurde. Erst als er erstinstanzlich zum Tode verurteilt worden war, beantragte Eichmann im Revisionsverfahren Globkes Vernehmung. In der Haft verfasste er über Globkes Rolle bei den »Judenangelegenheiten« für seinen Verteidiger lange Ausführungen, die in Kopie beim BND landeten: »Ab 13. Juli 1935 als Koreferent. [...] Ab dem 7. Juli 1941 als Referent für das Staatsangehörigkeitswesen. Als Koreferent für Staatsangehörigkeitswesen in den eingegliederten Ostgebieten. Ab 1. Juli 1943 bezüglich allgemeiner Fragen des Staatsangehörigkeitsrechtes. Als Leiter des Vertreters. Bei Aberkennung der Staatsangehörigkeit. Bei Einzelentscheidungen. [...] Dr. Globke kann auf Befragen der Verteidigung nicht auf den Gedanken verfallen, er könne darüber mangels Wissens keine Auskunft geben. [...] Mit anderen Worten: Dr. Globke hatte eine wirklich große Amtsfülle [...]. (Nicht ich

stelle dies fest, sondern der Geschäftsverteilungsplans des Reichsministeriums des Inneren.)«<sup>561</sup>

Erst im Revisionsverfahren schob der Gefangene dem Auswärtigen Amt, dem Reichsinnenministerium und der Parteizentrale eine große Mitschuld zu und beantragte eine neue Beweisaufnahme. Er begründete dies mit den Argumenten, die er vorher schon in geheimen Vernehmungen zu Protokoll gegeben hatte, die aber nicht in der öffentlichen Verhandlung, sondern nur beim Geheimdienst gelandet waren. Nicht nur das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), so Eichmann, habe die Entscheidungen getroffen. Und mit Bezug auf ein Protokoll über die Wannsee-Konferenz heißt es: »Im Zuge der Endlösungsvorhaben sollen die Nürnberger Gesetze die Grundlage bilden, wobei Voraussetzung für die restlose Beseitigung des Problems auch die Lösung der Mischehen und Mischlingsfragen ist.« [...] Im Verlauf der Konferenz machte Staatssekretär Stuckart [Innenministerium, hier bekleidete Globke einen hohen Posten – gw] den Vorschlag, die Mischlinge zu sterilisieren. [...] Ausführlich wurde Eichmann durch **GELÖSCHT** auch zu den »Richtlinien für die Behandlung von Judenfragen« gehört. Eichmann kennt den Verfasser nicht, hält es jedoch für möglich, dass es aus einer Stelle des Reichsinnenministeriums stammt.«<sup>562</sup> Weiter unten holt Eichmann schließlich zum großen Rundumschlag aus: »Mir ist so, als ob beispielsweise Ex-Bundespräsident Heuss ehemals für das Ermächtigungsgesetz stimmte ...«<sup>563</sup> Dann zitiert Eichmann Stuckart auf der Wannsee-Konferenz: »Mischehen? – Mischlingsfragen? – Sterilisieren? – Genauer: Zwangssterilisieren! – Keine Umstände meine Herren. Der Gesetzgeber sagt einfach: Diese Ehen sind geschieden!« [...] Die Fachleute für Mischlingsfragen im Reichsinnenministerium hatten ihren großen Tag. [...] Aus dem von seinen eigenen Leuten aufgestellten Sterilisierungsvorschlag machte der erste Staatssekretär im RMDI die Zwangssterilisierung.«<sup>564</sup>

Der BND erfuhr von der Wende durch seinen Spitzel Rolf Vogel. Der meldete aus Jerusalem dem Kanzleramt: »Soeben hat Dr. Servatius in seiner Berufungsrede gefordert, den ehemaligen Ministerialrat des Reichsinnenministeriums Dr. Globke als Zeugen zur Revision zu der Frage zu laden, dass Eichmann an die Nürnberger Gesetze und das Reichsbürgergesetz verbindlich gebunden war. [...] Die Taten der Untergebenen beruhen auf Anordnungen. [...] Habe heute

früh mit Staatsanwalt Bar-Or noch vor der Verhandlung gesprochen [...]. Voraussichtlich werden die Beweisanträge Dr. Servatius generell abgelehnt.«<sup>565</sup>

Und so geschah es, die Richter lehnten eine neue Beweisaufnahme und die Ladung Globkes aus formellen Gründen ab. Der Zahlung für den Atomreaktor stand nichts mehr im Wege, notierte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt am 25. August 1961 in einem als »streng geheim« deklarierten Aktenvermerk.<sup>566</sup> Demnach habe ihn Botschafter Shinnar aufgesucht, um auf ausstehende Zahlungen für die Aktion Geschäftsfreund hinzuweisen. Noch einmal wurden Umfang und Zahlungsmodalitäten, »Entwicklungshilfe auf kommerzieller Basis in Form eines Darlehens von jährlich 200 Millionen DM für 10 Jahre«, genannt, sowie der Hinweis darauf erbracht, dass der erste Teil der diesjährigen Rate in Höhe von insgesamt 85 Millionen DM bereits im Juni/Juli des Jahres überwiesen werden sollte – und zwar, »um die Vertraulichkeit zu wahren«, als reine Banktransaktion zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Israelischen Industrie-Kreditbank.<sup>567</sup> Der Staatssekretär notierte: »Die Auszahlung sollte in jedem Falle aber erst nach Beendigung des Eichmann-Prozesses erfolgen, worunter die Beendigung der eigentlichen Gerichtsverhandlungen, also nicht etwa der Urteilsspruch selbst verstanden worden sei. Der Prozess hätte in diesem Sinne am 14. des Monats seinen Abschluss gefunden. Eine Woche später, am 21. des Monats hätte daher auch Staatssekretär Globke in einer Unterhaltung mit ihm, Shinnar, bestätigt, dass die Voraussetzung für die Kreditgabe nunmehr gegeben sei.«<sup>568</sup>

Die im März 1960 in New York verabredete Aktion Geschäftsfreund – die geheime Zahlung von bis zu zwei Milliarden DM an Israel – war nach der Verhaftung Eichmanns demnach also zunächst ausgesetzt worden. Doch schon bald konnte Ben Gurion Adenauer davon überzeugen, dass die alten Absprachen weiterhin gültig seien.

Das Auswärtige Amt, das von Anfang an gegen den Pakt in dieser Form gewesen war, spielte auf Zeit und versuchte, jede Ratenzahlung des Geschäftsfreundes zu verzögern. Schon der ersten Rate ging ein langes Hin und Her voraus. Nachdem der Plan unter Federführung des Bundeskanzleramtes »fast bis zur Abschlussreife bearbeitet worden ist«, heißt es in einem »streng geheimen« Aktenvermerk, legte das AA Einspruch in Hinblick auf die unsichere Situation bezüglich

des Eichmann-Prozesses ein. Erst wenn sicher sei, dass Eichmann vor Gericht weder Globke noch andere hohe Mitglieder der Bundesregierung belasten würde, könne gezahlt werden, »keinesfalls vor Beendigung des Eichmann-Prozesses«, so das AA.<sup>569</sup> Die Israelis feilschten um den Zeitpunkt. Der israelische Bevollmächtigte Shinnar wurde nach dem Abschluss der Beweisaufnahme im Eichmann-Prozess erneut vorstellig und setzte die Diplomaten unter Druck: »Das Auswärtige Amt werde also gebeten, keine Bedenken mehr zu erheben oder zu billigen, dass die beschränkte Transaktion in Höhe der Hälfte der Jahresquote jetzt durchgeführt wird. Wegen der weiteren Transaktionen könnte man später, hoffentlich in ruhigerer Atmosphäre sprechen.«<sup>570</sup> Offensichtlich war die Atmosphäre nicht immer »ruhig« gewesen. Man kann es anhand der Akte nur erahnen.

Der Eingabe der Regierung in Jerusalem, dass der Abschluss der Plädoyers ausreiche, widersprach das AA erneut, es müsse bis zur Verkündung des erstinstanzlichen Urteils gewartet werden, während das Abwarten der Rechtskraft und der Entscheidung im Gnadenverfahren wohl eine ungebührliche Verzögerung bedeuten würde.<sup>571</sup>

Man einigte sich im Herbst. Globke setzte sich durch, die Bundesrepublik zahle, nachdem Eichmann geschwiegen hatte. Am 31. Oktober 1961 schickte die KfW den Entwurf für den Kreditvertrag mit der Industrial Development Bank of Israel. Die erste Rate – 85 Millionen D-Mark – sollte in »Infrastrukturprojekte und in die industrielle Entwicklung« fließen, so die gewählte Formulierung. Der Zinssatz lag zwischen vier und fünf und einhalb Prozent, getilgt werden sollte ab acht Jahren.<sup>572</sup> Ben Gurion war zufrieden.

Im April 1962 stand die zweite Rate des Geschäftsfreundes an. Und Shinnar erinnerte an die Verpflichtungen. Inzwischen war auch das Wirtschaftsministerium eingeweiht worden, das in konspirativer Manier mitmischte und statt der üblichen Amtssprache Andeutungen und Decknamen benutzte. »In der Angelegenheit eines Kölner Geschäftsfreundes, den wir vor einiger Zeit mit dem Ergebnis einer Zahlung von 83,- DM behandelt haben, scheint eine neue Besprechung nötig. Ich glaube, dass es zweckmäßig wäre, das alte Kränzchen, das beim letzten Mal die Sache behandelt hat, erneut bei Ihnen [Staatssekretär Lahr – gw] zusammentreten zu lassen.«<sup>573</sup>

Das Kränzchen trat zusammen, getrieben nicht zuletzt von Globke, notierte das Außenamt. »Botschafter Shinnar überreichte mir heu-

te die beiliegende Abschrift einer Herrn Staatssekretär Globke übergebenen Aufzeichnung, mit der eine zweite Tranche von 100 Millionen DM Entwicklungshilfe für Israel erbeten wird. [...] Nach Mitteilung von Botschafter Shinnar wird es Staatssekretär Globke übernehmen, die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten.«<sup>574</sup>

Im Oktober 1963 sollte wieder Zahltag sein: »Der Geschäftsfreund erwartet von uns jährlich 200, die nach der bisherigen Praxis in Halbjahrestranchen gegeben wurden. Im ersten Halbjahr 1963 wurden 100 gegeben«, so ein AA-Vermerk.<sup>575</sup> Und die Israelis wollten die fehlenden 100 Millionen sofort. Mit einem ordentlichen Staatsvertrag zwischen zwei Regierungen habe die Aktion Geschäftsfreund nichts gemein: »Über das von Herrn Bundeskanzler seinerzeit geführte Gespräch sind keine absolut eindeutigen Unterlagen vorhanden. Der Gesprächspartner hat zwar brieflich den Inhalt des Gesprächs bestätigt, wie er ihn verstanden hat, eine Bestätigung von deutscher Seite liegt aber nicht vor. Der Brief der Gegenseite soll sich bei Herrn Abs befinden. [...] Die Rechtslage gibt zu mancherlei Zweifeln Anlass. Einmal ist der Bundeskanzler staatsrechtlich wohl nicht in der Lage, ohne Bundeskabinett, insbesondere ohne Finanzminister und ohne Parlament finanzielle Verpflichtungen auf zehn Jahre einzugehen. Ich glaube auch nicht, dass der Bundeskanzler das Gespräch so verstanden hat. Im Übrigen besteht über den Gesprächsinhalt keine beiderseits anerkannte Darstellung.«<sup>576</sup>

Doch Adenauer wies seinen Außenminister an, im laufenden Jahr noch den vollen Betrag zu zahlen, ohne die vom AA geforderten Abschlüsse.<sup>577</sup> Das Verhältnis innerhalb des Kabinetts wurde zunehmend schlechter. Geschuldet war dies nicht zuletzt dem Umstand, dass der Außenminister im August 1963 erfuhr, dass Adenauer hinter seinem Rücken mit den Israelis über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen geredet hatte. Schriftlich protestierte er beim Bundeskanzler: »Mit Bestürzung entnehme ich Ihrem Schreiben vom 17. des Monats, dass Sie Herrn Botschafter Shinnar erklärt haben, Sie beabsichtigen nunmehr diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Das Auswärtige Amt hat im Vertrauen auf eine konsequente Fortführung unserer seit vielen Jahren festliegenden Politik aus anderem Anlass den Botschaftern der arabischen Staaten versichert, dass sich an der Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Problem der Anerkennung Israels nichts geändert habe.«<sup>578</sup>

Man würde »die Glaubwürdigkeit mindestens in der arabischen Welt verlieren«. <sup>579</sup>

Es galt noch die sogenannte »Hallstein-Doktrin«, benannt nach dem Staatssekretär im AA, Walter Hallstein. Sie besagte, dass zu jedem Land, das die DDR diplomatisch anerkennt, automatisch die Beziehungen abgebrochen würden. Zwar wandten die meisten arabischen Staaten nicht dieselbe Logik gegenüber Staaten an, die eine Botschaft in Tel Aviv unterhielten – aber sie hätten vermutlich die DDR anerkannt, und das AA fürchtete eine Kettenreaktion und eine Aufwertung jenes Staates, der in Bonn noch als »SBZ« oder »sogenannte DDR« bezeichnet wurde. Der Außenminister bat Adenauer, ihm »vor weiteren Schritten in dieser Richtung Gelegenheit zu eingehender Rücksprache« zu geben. <sup>580</sup>

Zwei Jahre später machte das AA grundsätzliche Bedenken geltend, wies darauf hin, dass die Abmachung zwischen Ben Gurion und Adenauer kein wirklicher Staatsvertrag sei, sondern eher in eine andere Kategorie passe. In welche – das steht in dem Vertrag nicht, das Wort Erpressung fällt nicht. Verabredet sei ursprünglich ein »Kredit auf kommerzieller Basis« gewesen, aber in dem folgenden Briefverkehr wurde aus dem Kredit eine Regierungshilfe. »Das Gespräch Adenauer/Ben Gurion sei [...] keine Regierungsvereinbarung, sondern eine Absichtserklärung gewesen, die nicht nur mit den üblichen Vorbehalten einer solchen zu verstehen, sondern auch unter dem der israelischen Regierung bekannten Gesichtspunkt zu werten sei, da sie weder durch eine Entscheidung der Bundesregierung noch gar des deutschen Parlaments bestätigt worden sei. [...] Ebenso wenig sei es richtig, diese Hilfe als eine kommerzielle zu bezeichnen. Diese Bezeichnung sei, wie beiderseits bekannt, nur aus Tarnungsgründen gewählt worden [...].« <sup>581</sup>

Die Öffentlichkeit erfuhr von dem Zwist zwischen Kanzleramt und dem Außenamt nichts. Alle hielten zähneknirschend dicht und zahlten. Die wenigen Eingeweihten bildeten einen »kleinen Kreis, um den Komplex Israel zu besprechen«. Es ging nicht nur um den Druck aus Tel Aviv, immer mehr wussten von dem Deal und fragten nach. Auch die Vereinigten Staaten. »Gelegentlich [...] müsste auch die Frage geklärt werden, was den Amerikanern gesagt werden soll. Diese drängen weiter und bitten, ihnen eine umfassende Auskunft zu erteilen«, schrieb Carstens. <sup>582</sup> Die erhielten sie auf höchster Geheimhal-

tungsstufe: »Staatssekretär Hopf [...] könne mir streng vertraulich sagen, dass Präsident Kennedy auf einem absolut zuverlässigen Wege von den von uns getroffenen Maßnahmen unterrichtet worden sei. Die Unterrichtung sei bewusst auf seine Person beschränkt worden. Den Andeutungen von Staatssekretär Hopf entnehme ich, dass die Israelis die Unterrichtung übernommen haben.«<sup>583</sup>

US-Präsident John F. Kennedy wusste also Bescheid, unklar ist, ab welchem Zeitpunkt. Dass die CIA die Unterredung zwischen Adenauer und Ben Gurion im März 1960 im Waldorf Astoria in New York, bei der die Finanzierung Dimonas verabredet wurde, abgehört hat, kann als sicher gelten. Auf meine Frage verweigerte mir der Geheimdienst die Auskunft, bis heute. Er wolle seine Methoden und Quellen nicht gefährden, schrieb man mir.

Ab Mitte 1963 hatte Kennedy den israelischen Ministerpräsidenten in mehreren Briefen zu einer Inspektion des Dimona-Komplexes aufgefordert, nachdem im Februar die argentinische Regierung die Lieferung von 100 Tonnen Uran an Israel beschlossen hatte.<sup>584</sup> Im November wurde er ermordet. Und kein anderer US-Präsident störte sich fortan an der israelischen Atombombe. Auch nicht die Internationale Atomenergie-Behörde in Wien. Selbst als 1986 der ehemalige Dimona-Techniker Mordechai Vanunu der Presse gegenüber von der unterirdischen Installation des Atomkraftwerks berichtete, in der kernwaffenfähiges Material hergestellt wird, rührte sich nichts. Vanunu wurde vom Mossad entführt, nach Israel verschleppt und saß 18 Jahre in Haft. Aus dieser Entführung machte der Geheimdienst keine heldenhafte Gerechtigkeitslegende. Man hatte gewaltsam und illegal einen Menschen zum Schweigen gebracht, der der Weltöffentlichkeit die unliebsame Wahrheit erzählt hatte.

1965 neigte sich die Aktion Geschäftsfreund ihrem vorzeitigen Ende zu. Bundeskanzler Adenauer hatte zwei Jahre zuvor sein Amt aufgegeben, mit ihm hatte Globke seinen Hut nehmen müssen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der BRD war ausgemachte Sache, und schon im selben Jahr wurden die Botschaften eröffnet.

Das AA wollte die beiden Komplexe – Geschäftsfreund und diplomatische Beziehungen – strikt voneinander trennen. Als es im April an die fälligen 200 Millionen »erinnert« wurde, wies es darauf hin, dass man sich »niemals mit im vornherein festgelegten periodi-

schen Zahlungen einverstanden erklärt« habe, »sondern es seien voneinander differierende Beträge jeweils von Jahr zu Jahr oder von Halbjahr zu Halbjahr in selbständigen Vereinbarungen festgelegt worden.«<sup>585</sup>

Nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen sollten nicht nur die Aktion Geschäftsfreund, sondern beispielsweise auch die deutsch-israelischen Waffenlieferungen »normalisiert« und in legale Bahnen gelenkt werden: »Die Ablösung der Waffengeschäfte durch Zahlung einer Abstandssumme wurde nach langem und zähen Ringen erreicht. [...] Die Ersatzlieferungen erfolgen durch die USA und Frankreich auf Initiative und für Rechnung der Regierung von Israel.«<sup>586</sup> Und die künftige Wirtschaftshilfe würde in Form von Anleihen und technischer Hilfe erfolgen, nicht in Form »nicht rückzahlbarer Finanzleistungen«.<sup>587</sup> Nur noch einmal, die letzte Rate, würde geheim erfolgen, dann sei Schluss mit der Zahlung und mit der Geheimniskrämerei: »Wir werden in der Zukunft unbedingt zu einer Offenlegung unserer Hilfsmaßnahmen gegenüber Israel kommen müssen.«<sup>588</sup>

Der israelische Botschafter Asher Ben-Nathan klopfte im Oktober noch einmal im Kanzleramt an. Dort versprach man ihm zwar viel, aber bevor an eine Realisierung oder Auffrischung des alten Pakts zu denken war, meldete der deutsche Botschafter in Israel an Außenminister Gerhard Schröder: »Erfahre im hiesigen Außenministerium streng vertraulich, Herr Bundeskanzler habe im Gespräch mit Ben-Nathan die Bereitschaft der Bundesregierung erkennen lassen, Israel finanzielle Mittel für Waffenkäufe zur Verfügung zu stellen und eine Fortsetzung der Aktion Geschäftsfreund, die hier unter dem Decknamen ›das Ding‹ läuft, wenn auch in etwas anderer Form zu ermöglichen.«<sup>589</sup>

Ben Nathan sprach erneut im AA vor und bat, den Geschäftsfreund »fortlaufen« zu lassen, da der vereinbarte Zeitraum von zehn Jahren »noch lange nicht abgelaufen, ebenso wie die vorgesehene Größenordnung noch keineswegs erreicht sei.«<sup>590</sup> Doch der Staatssekretär war unnachgiebig, mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen habe definitiv eine neue Etappe der deutsch-israelischen Beziehungen begonnen. ›Das Ding‹ war beendet.

Insgesamt zahlte die Kreditanstalt für Wiederaufbau 630 Millionen DM, im Geheimen, ohne Kabinettsbeschluss, ohne den Finanz-

minister und ohne das Parlament zu informieren. Die KfW bestätigt diese Zahlung, behauptet aber, heute keine einzige Unterlage dazu zu besitzen. »Nur sehr wenige eingeweihte Mitarbeiter der KfW wussten, dass die KfW im Rahmen der geheimen Aktion Geschäftsfreund bereits seit 1961 jährlich Kredite an Israel gegeben hatte.«<sup>591</sup> Diese Aktion sei ein Ausnahmefall gewesen. Auf meine Frage, ob dieser »Kredit« verzinst und zurückgezahlt worden sei, antwortete sie: »Als Bank des Bundes wickelt die KfW auch dessen Aufträge ab, wie die von Ihnen angefragte Angelegenheit ›Geschäftsfreund‹. [Wir bitten um – gw] Ihr Verständnis dafür, dass [wir uns – gw] zu solchen Geschäften nicht öffentlich äußern können.«<sup>592</sup>

Am Ende bekamen alle, was sie wollten. Die Argentinier unterwarfen sich den US-Safeguards über das gelieferte angereicherte Uran – ausgerechnet am 23. Mai 1960, dem Tag, an dem Ben Gurion die Verhaftung Eichmanns bekannt gegeben hatte. Und zwei Wochen später unterzeichneten sie den bilateralen »Vertrag über die zivile Nutzung der Atomenergie«.

Das Weiße Haus bewilligte der Regierung von Arturo Frondizi noch ein Darlehen von 7,6 Millionen Dollar für ihre Stahl- und Chemieindustrie. John McCone wurde nach der gescheiterten Invasion in der Schweinebucht auf Kuba CIA-Chef.

William Mosetti führte Mercedes-Benz Argentina aus dem Nazi-geldwäschepfand heraus und schied nach erfolgreicher Karriere 1975 aus. Seinen Lebensabend verbrachte er in der Schweiz, versüßt durch den Diplomatenstatus, den ihm das State Department laut seiner Social Security Number gewährt hatte.

Ben Gurion erhielt für seinen Atomreaktor 630 Millionen D-Mark und an dem Tag, an dem er die Festnahme Eichmanns bekanntgab, einen lang ersehnten Brief aus Washington – die Zusage über die Lieferung von Rüstungsgütern.<sup>593</sup> »Ich bin überaus glücklich«, antwortet er dem Außenminister Herter, »dass wir jetzt von Ihnen elektronische Ausrüstung erhalten. Es freut mich auch, zu hören, dass unser Militärattaché in Washington noch weitere Informationen über verschiedene Dinge, die Sie uns freundlicherweise liefern wollen, erhalten wird.«<sup>594</sup>

Ohne einen Kronzeugen brachen die Ermittlungen gegen Globke zusammen. Der Bonner Oberstaatsanwalt Pfromm stellte das Verfahren gegen den Staatssekretär ein. Globke erwirkte Gegendarstel-

lungen und erstattete, wie sein Dienstherr Adenauer, Strafanzeige wegen Verleumdung. Gegen Merten wurde das Verfahren zunächst eröffnet, versandete aber, nachdem Globke das Kanzleramt verlassen hatte und Merten erkrankte. 1970 wurde es eingestellt.

Die USA gaben ihren Widerstand gegen die israelischen Atombomben-Pläne auf. Sie unternahmen nichts, obwohl sie von den argentinischen Uran-Lieferungen an Israel wussten und über die Aktion Geschäftsfreund unterrichtet worden waren.

Über seine letzte Reise aus Argentinien nach Israel schwieg Eichmann vor Gericht. Im Dezember 1961 wurde er zum Tod durch den Strang verurteilt. Eine Revision wurde abgelehnt.

In den Akten des BND befindet sich ein Vermerk vom 2. März 1961, dessen Betreff sowie die komplette erste Seite geschwärzt wurde, bevor man ihn dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig überließ.<sup>595</sup> Die Beamten des BND waren damals fast ausnahmslos Männer aus den Sicherheitsdiensten der Nazis gewesen, darunter SS-Leute, die im bayerischen Pullach hohe Beamtenbezüge einstrichen und einer ansehnlichen Altersversorgung entgegen sahen. Angesichts der Nachrichten, die ihnen der Mossad schickte, waren sie indigniert, dass der einst so effiziente SS-Offizier inzwischen Haltung verloren habe: »Die Erklärungen A. E.s machen keinen guten Eindruck, nicht nur wegen des sowohl sprachlichen als auch gedanklich miserablen Deutsch. **GESCHWÄRZT** Das Verhalten Eichmanns **GESCHWÄRZT** ist ausgesprochen devot, wenn nicht sogar kriecherisch. Beispielsweise spricht er **GESCHWÄRZT** nur in der dritten ›Person‹ an, was er sicherlich nicht bei der SS gelernt hat. Aber auch die sachlichen Erklärungen, Deutungen usw. sind in einer schleimigen und daher um so unglaubwürdigeren Form gehalten. Auffallend sind die äußerst dürftigen allgemeinen Kenntnisse über Zusammenhänge usw., die selbst für das Niveau eines geistigen Mittelständlers mit viertklassiger Realschulbildung unter Durchschnitt liegen.«<sup>596</sup> Dies könne, so der BND-Mann, nicht durch eine allgemeine Beschränktheit oder mangelndes Gedächtnis begründet sein: »Möglicherweise wirken die ihm gegebenen Drogen und Spritzen auch für das Gedächtnis und für das Gehirn.«<sup>597</sup>

Als Beweis liegt dem Vermerk der Abschiedsbrief Eichmanns an seinen Bruder in Linz bei: »Lieber Robert. Ich gehöre nicht der Kommunistischen Partei an. [...] Aber wer waren sie denn, Hitler und

andere autoritäre Führungspersönlichkeiten: Sie wurden selbst Figuren im hohen Spiel des internationalen Fatalismus und waren dumm und ungeschickt genug [...] nichts zu durchschauen, zum Unheil ihrer Völker. Da lobe ich mir die Form der östlichen Länder, die reißt sämtliche Völker der Erde global umfassend, die Wurzel des Übels: Rassenhass, Rassenmord usw. automatisch aus [...]. Und ich denke, dass es für die Ruhe, die Sicherheit und den Frieden nichts Zweckmäßigeres gibt, als die Verwirklichung der marxistisch-leninistischen Doktrinen, und ich kann nicht anders, als dir zu schreiben: »Aus dem Osten kommt das Licht!«<sup>598</sup>

Dass sich Eichmann zu irgendeinem Zeitpunkt mit dem Marxismus oder Leninismus beschäftigt hat – dafür gibt es nicht den geringsten Anhaltspunkt. Dass der Mann, der bis Kriegsende Hunderttausende in den Tod geschickt hat, am Ende seines Lebens Reue empfunden hat, ist nicht auszuschließen. In seinem Schlusswort vor Gericht bedauerte er zwar verbal seine Mitwirkung an der Judenvernichtung, stellte sich aber als Befehlsempfänger dar und schob die Schuld auf die Reichsführung.

Alles, was seine Zelle verließ, wurde von den Behörden zensiert, auch sein angebliches Bekenntnis zur marxistischen Doktrin. CIA-Chef Dulles muss irgendwie von einem derartigen Brief, angeblich aus der Feder Eichmanns, erfahren haben und bereitete sofort eine öffentliche Kampagne vor, um den Nazi als Kommunisten darzustellen. Doch noch bevor sie anlief, blies er sie ab. In einem Vermerk hielt er fest: »Es stellt sich heraus, dass wir nicht in der Lage sein werden, eine Bestätigung [für die Behauptung, dass Eichmann ein Kommunist ist – gw] zu erhalten. Und ohne einen Beleg halten wir es für nicht angebracht, diese Story zu bringen.«<sup>599</sup> Das war sogar für Dulles zu starker Tobak aus der Desinformationsküche seiner Kollegen vom Mossad. Zu diesem Zeitpunkt war Eichmann nicht einmal mehr für die Propaganda im Kalten Krieg zu gebrauchen.

Am Ende war er ein gebrochener und verwirrter Mensch, »dumm und ungeschickt genug, um nichts zu durchschauen«, wie er bezeichnenderweise in seinem Abschiedsbrief formuliert hatte.<sup>600</sup> Wie konnte er, der ergebene Befehlsempfänger, verstehen, dass seine früheren Vorgesetzten Karriere machten und nur er für das, was er für Loyalität hielt, büßen musste? Der ihm in Budapest übergeordnete SS-Standartenführer Kurt Becher lebte unter seinem Namen in Bre-

men und machte glänzende Geschäfte mit Argentinien, Ungarn und Israel, Hans Globke war Staatssekretär. Dass sich Ben Gurion von Adenauer sein Schweigen mit Atomtechnologie und vielen Millionen D-Mark bezahlen ließ – davon wusste der Gefangene ebenso wenig wie von dem Umstand, dass seine angebliche Entführung von den geheimen US-Atomversuchen abgelenkt hatte.

Am 31. Mai 1962 wurde er gehängt. Er wurde nicht mehr gebraucht. Ein Totenschein wurde nie vorgelegt.

Dem Mann, der drei Jahre vor Eichmanns Festnahme Generalstaatsanwalt Fritz Bauer den Wohnort des Kriegsverbrechers mitgeteilt hatte, wurde nicht gedankt.

Im April 2011 stellte das Nationalarchiv in Jerusalem zum 50. Jahrestag des Eichmann-Prozesses einige Dokumente ins Netz, darunter den Brief Lothar Hermanns an Justizminister Rosen vom 3. Februar 1961. Der jüdische Emigrant hatte an die ausgelobte Belohnung für Eichmanns Ergreifung erinnert. Zitat: »Trotzdem ich selbst Jude bin, und mich im KZ Dachau befunden habe, werde ich nicht davor zurückschrecken, die gesamte Operation in allen ihren Einzelheiten der Öffentlichkeit preiszugeben, und sämtliche Beteiligten, deren Namen und Wohnorte mir bekannt sind, wegen Freiheitsberaubung unter Gewaltanwendung, Menschenraub, Bestechung, und Betrug gegen die Behörden unwiderruflich bei der zuständigen Justiz und den Regierungsstellen anzuzeigen [...]. [...] so werde ich mich nicht im Geringsten daran stören und mir auch keinerlei Gewissensbisse machen, wenn der im März in Israel beginnende Prozess noch vor Beginn eine plötzliche, nicht für die Juden günstige Wendung nehmen sollte, die mit der Anklage aller Beteiligten wegen schwerer Verbrechen enden würde. Die Regierung von Israel als Hauptbeteiligte an dieser, der Welt absichtlich falsch aufgetischten Aktion, die im Grunde genommen ganz anders vor sich gegangen ist, trägt allein die Schuld daran, wenn durch die angedrohte Maßnahme jetzt ein öffentlicher Welt-Skandal in Szene gehen sollte.«<sup>601</sup>

Eine »Drohung« – heißt es auf der Homepage des israelischen Nationalarchivs, das die Antwort des Justizministeriums ebenfalls ins Netz stellt.<sup>602</sup> Darin wurde die Darstellung Hermanns, dass sich alles ganz anders abgespielt hat und dass dabei schwere Straftaten begangen worden sind, keinesfalls bestritten, man wollte nur nicht zahlen: »Weder die israelische Regierung noch eine ihrer offiziellen Institu-

tionen haben eine Belohnung für die Entdeckung oder Ergreifung Adolf Eichmanns ausgelobt«, heißt es in dem Schreiben des Justizministerium, und man ermahnte: »Als Jude und jemand, der selbst in einem KZ gelitten hat, werden Sie sicher etwas Befriedigung empfinden, dass dieser Mann [...] ergriffen wurde und nun für seine Taten Rede und Antwort vor einem Gericht stehen wird – auch wenn er von anderen gefunden und ergriffen wurde.«<sup>603</sup>

Gegen diese beleidigende Darstellung als Erpresser wehrt sich seine Großnichte, Liliana Hermann. Sie forderte das Nationalarchiv zu einer Richtigstellung auf. Mit Erfolg. Im Januar 2012 änderten die Archivare den Text und verweisen seitdem auf die Zahlung der Belohnung durch Ministerpräsidentin Golda Meir, viele Jahre später.<sup>604</sup>

Liliana Hermann hatte bei ihren Besuchen in Coronel Suárez erfahren, dass ihrem Großonkel für seinen Einsatz nicht nur kein Denkmal gebaut, sondern dass er sogar verhaftet und misshandelt worden war. Die Akten der Polizei der Provinz von Buenos Aires befinden sich in einer Gedenkstätte an die Opfer der Militärdiktatur in La Plata. Frau Hermann erhielt eine Kopie über den Vorgang. Danach wurde Lothar am 21. März 1961, sechs Wochen nach seinem Brief an Rosen, in Coronel Suárez verhaftet. Kurz zuvor hatte der argentinische polizeiliche Geheimdienst von »Gerüchten in Mar del Plata« Wind bekommen, wonach »zwei westdeutsche Geheimdienstler« sowie »Agenten des Staates Israel« in Südargentinien auf der Suche nach Josef Mengele seien<sup>605</sup> und, wie kurz zuvor die Zeitung *La Mañana* gemeldet hatte, »wenige Kilometer« von der Hafenstadt Mar del Plata entfernt, den KZ-Arzt gesichtet haben wollten.<sup>606</sup> Die Agenten seien in Begleitung des Korrespondenten der Zeitung *La Razón* und des Besitzers des Hotels Picadilly in Buenos Aires, wo die Israelis gewohnt hätten. Der Artikel erwähnt fünf Personen im 3. Stock eines Hotels gegenüber des Strandes. Ihr Auto, mit dem sie sich bewegen, habe verdeckte Nummernschilder. Einer der fünf war in der Lobby des Hotels von einer Frau als Sohn einer bekannten jüdischen Familie aus Buenos Aires erkannt worden, er habe, so die Frau, in der israelischen Armee gekämpft.<sup>607</sup>

Das Gerücht, wonach sich Mengele in der Gegend aufhalten sollte, ging auf Reporter des *Daily Express* aus London zurück, auf Geoffrey Thursby und Juan Vesey Comben.<sup>608</sup> Sie tauchten, nach-

dem sie in Mar del Plata nicht fündig geworden waren, bei der Polizei in Coronel Suárez auf und erkundigten sich über Lothar Hermann. Die Polizei besuchte Hermann daraufhin zu Hause, und der beschwerte sich über die »seit zwei Monaten andauernden Belästigungen der Presse«. <sup>609</sup> Die Journalisten wollten von ihm Informationen über Mengele haben. Die bekamen sie aber nicht und übten Druck aus: Sie erfanden daraufhin die absurde Anschuldigung, dass Hermann in Wirklichkeit der KZ-Arzt Mengele sei. Sein Hinweis, dass er ein jüdischer Emigrant sei, nutzte nichts, er wurde »unter Polizeischutz gestellt«. <sup>610</sup> Was außer des vagen Verdachts eines britischen Journalisten gegen ihn vorlag, geht aus der Akte nicht hervor. Nachbarn bestätigten allerdings die »Anwesenheit von mehreren israelischen Agenten«. <sup>611</sup> Auch Adolfo Kleiner, bis heute führendes Mitglied der jüdischen Gemeinde in Coronel Suárez, erinnert sich an das Ereignis. Kleiner wohnt direkt hinter dem Bahnhof, und kurz vor Hermanns Festnahme verließ eine Gruppe das Bahnhofsgebäude durch den Hinterausgang, »darunter waren Agenten des Mossad«. <sup>612</sup> Sie begaben sich auf direktem Weg zu Hermanns Haus, zwei Blocks vom Bahnhof entfernt.

Einen Tag nach seiner Festnahme, am 22. März, trafen die Fingerabdrücke Mengeles aus der Migrationsbehörde in Coronel Suárez ein und wurden mit Hermanns verglichen. Ergebnis: negativ. Doch Hermann blieb etliche Tage bei der Polizei, wo er, so erinnert sich seine Tochter Silvia, »sehr schlecht behandelt wurde«. <sup>613</sup> Die Großnichte Liliana glaubt, dass mit dieser gemeinsamen Operation aus britischen Journalisten, BND-Leuten und israelischen Agenten Lothar Hermann bedroht werden sollte, damit er nicht über die wahren Hintergründe vom Mai 1960 auspackt.

Dass Hermann 1957 den Frankfurter Generalstaatsanwalt informiert hatte, war nicht nur zu Journalisten durchgesickert. Auf jeden Fall erhielt er ab 1966 mehrere Drohbriefe. Hermann vermutete, dass Klaus Eichmann dahinter stünde und überreichte der Polizei den Drohbrief. <sup>614</sup> Er glaubte, dass ihn Eichmanns Sohn für den Tod seines Vaters verantwortlich machte. Erneut erhielt er Polizeischutz. Klaus Eichmann übrigens lebte zu diesem Zeitpunkt wieder in Deutschland.

Aus Sicherheitsgründen hatte Hermann Fritz Bauer vertraulich informiert. In Argentinien lebten Tausende Nazis, und es hätte le-

bensgefährlich sein können, als Nazi-Jäger bekannt zu sein. Trotzdem veröffentlichte der Ben-Gurion-Biograf Michael Bar-Zohar in Israel sein Buch über die »Operation Eichmann«<sup>615</sup> und bezeichnete ihn darin als Hinweisgeber. Dies meldete die argentinische Lokalzeitung *El Imparcial* im Mai 1971.<sup>616</sup> Wieder dementierte der inzwischen vollständig erblindete Mann. Bar-Zohar war seine Sicherheit offensichtlich gleichgültig gewesen. 1974 verstarb Hermann an Krebs.

## Was ist noch offen?

Fest steht, dass die Mossad-Version der »heldenhaften Entführung« nicht stimmen kann. Technisch wäre sie unmöglich gewesen; und sie widersprach den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Ben-Gurion-Regierung. Fest steht auch, dass die USA während des Atomtest-Moratoriums in Argentinien geheime nukleare Sprengungen durchführten. Das verheerende Erdbeben in Chile wäre mit Sicherheit als Folge dieser Zündungen dargestellt worden.

Unklar ist nach wie vor, wie die Entführung Eichmanns genau ablief und was zwischen der Ergreifung des SS-Mannes und seinem Auftauchen in Israel passiert ist. Ob die Eichmann-Operation ursprünglich von östlichen Nachrichtendiensten mit lokaler Logistik geplant war, um der sowjetischen Forderung nach einem entmilitarisierten und entnazifizierten Gesamtdeutschland Nachdruck zu verhelfen, und die westlichen Geheimdienste ihnen zuvorkamen bzw. intervenierten, kann nur vermutet werden. Wahrscheinlich ist, dass die USA die Eichmann-Operation letztlich in Szene setzen ließen, um von ihren Atomtests und dem Erdbeben abzulenken. Wie dies im Einzelnen bewerkstelligt wurde und ob Eisenhower dafür dem israelischen Ministerpräsidenten die Atombombe versprach, lässt sich erst nach Aktenoffenlegung endgültig feststellen.

Am 23. Mai 1960 gab Ben Gurion die Verhaftung Eichmanns bekannt. Wo war Eichmann in den Tagen zwischen dem 11. und dem 23. Mai? Wer hatte ihn am 11. Mai, fünf Tage vor dem Gipfeltreffen, vor seiner Haustür abgefangen – und was hatte man ursprünglich mit seiner Person geplant? Haben die argentinischen Militärs und der Geheimdienst ruhig zugesehen, was vor ihrer Nase passierte? Und was haben die USA unternommen, um das Thema Entnazifizierung und Entmilitarisierung in Paris nicht diskutieren zu müssen? Auf welchem Weg und auf wessen Betreiben war der Kriegsverbrecher am Ende nach Israel gelangt? Und: Hätte man Eichmann auch

dann vor Gericht gestellt, wenn in Südamerika die Erde nicht gebebt und das Weiße Haus ein Ablenkungsmanöver gebraucht hätte?

Präsident Dwight D. Eisenhower war im Januar 1961 aus dem Amt geschieden. In seiner Abschiedsansprache warnte er vor den ernststen Folgen – »grave implications« – des »militärisch-industriellen Komplexes«. <sup>617</sup> Dort verdienten zu jener Zeit 3,5 Millionen US-Amerikaner ihren Lebensunterhalt. Die Macht des Rüstungs-Establishments könne die demokratischen Institutionen bedrohen und die Regierung verleiten, Konflikte nicht politisch, sondern militärisch lösen zu wollen – auch mit Atomwaffen. <sup>618</sup> Das sprach er mit ernster Mine in die Kamera, aber seine Erfahrung mit diesem »militärisch-industriellen Komplex« behielt er für sich.

Eisenhower wusste, dass bei dem Plowshare-Programm und den Versuchen im Mai 1960 in Argentinien nicht die Nationale Sicherheit im Vordergrund gestanden hatte. Niemand wollte dem Pentagon sein Abschreckungspotenzial wegnehmen. Chruschtschows Vorschläge zielten nicht auf eine atomwaffenfreie Welt, sondern auf gegenseitige Rüstungskontrolle ab. Die US Atomic Energy Commission zündete in Südamerika atomare Sprengsätze, um eine neue Technologie für den Kanalbau zu entwickeln. Ihr Ziel war die Verminderung von Kosten. Im Prinzip hätte das Projekt in Mittelamerika auch mit konventionellen Mitteln realisiert werden können. Weil aber die Bauherren, die Panama Canal Company, so wenig wie möglich für das Forträumen des Schutts ausgeben wollten, flog die US Airforce Atombomben quer über den Kontinent. Es lag kein Verteidigungsfall vor. Die Rote Armee belagerte weder den Río de la Plata noch die Pinguine am Río Deseado. Der Grund war die Maximierung des Profits. Deshalb umging man das Moratorium und bürdete die Risiken bei den Sprengungen sowie die Haftung den Argentinern auf.

In Puerto Deseado waren keine Vorkehrungen getroffen, Ärzte, Krankenhäuser und die Polizei nicht informiert worden. Die Bevölkerung wurde nie aufgeklärt, ebenso wenig die Geologen Chiles und Argentinens. Geologische Untersuchungen der vulkanischen Böden, um »seismic effects« zu vermeiden, wie es der AEC-Bericht vom Januar 1960 gefordert hatte, wurden unterlassen. Den von dem Erdbeben betroffenen Chilenen spendete Eisenhower ein paar Decken und Konserven und ließ sich als barmherziger Wohltäter feiern.

Sein Nachfolger John F. Kennedy führte das Plowshare-Programm fort. Und Barack Obama hält bis heute sämtliche Akten zu den Atomwaffenversuchen von Herbert York im Mai 1960 in Argentinien geheim.

In der US-amerikanischen Gesellschaft haben Werte wie Transparenz und Offenheit Gewicht, nirgendwo ist der Zugang zu staatlicher Information so gut geregelt wie in den USA – trotz aller Versuche des militärisch-industriellen Komplexes, diese Rechte einzuschränken. Das Nazi War Crimes Disclosure Act gebietet die Offenlegung aller Informationen zu Nazi-Verbrechern. Dass CIA & Co. ihre Eichmann-Unterlagen weiterhin unter Verschluss halten, ist wenig verwunderlich. Man weiß ja, um wen es sich bei diesen Herrschaften handelt. Dass das US-Justizministerium, dem ich den Schriftverkehr übersandt habe, auch keinen Vorschlag hat, wie man die CIA zur Einhaltung der US-Gesetze bewegen könne, überrascht schon mehr; man wünschte mir aber »good luck«. <sup>619</sup> Das US-Energieministerium sitzt das Problem aus. Es entscheidet weder über meinen Antrag auf Akteneinsicht noch über meinen Widerspruch, weil es gesetzliche Fristen nicht beachtet. <sup>620</sup> Nicht einmal der US Geological Survey hat bisher dazu Auskunft erteilt. Das State Department hält mein Einreiseverbot – trotz wiederholter Proteste der argentinischen Journalistenverbände – aufrecht. Alle halten dicht.

Bis heute werden den Wissenschaftlern, die nicht im Dienste der US-Streitkräfte stehen, diese Berichte vorenthalten. Eine erbärmliche Haltung der Regierung von Barack Obama, der sich in diesem Punkt auf die Solidarität seiner Amtskollegen in Moskau, Berlin, Jerusalem und Buenos Aires verlassen kann. Auch die halten dicht.

Die in diesem Buch behandelten Komplexe liegen über ein halbes Jahrhundert zurück. Sie sind historisch abgeschlossene Ereignisse. Ihre weitere Geheimhaltung – wenn sie überhaupt jemals sinnvoll war – kann sich heute auf keine Legitimation stützen.

Das Bundeskanzleramt hüllt sich in peinliches Schweigen. Angela Merkel schützt weiterhin den CDU-Staat der fünfziger Jahre. Liegt das Kapitel der düsteren Adenauerjahre mit Globke & Gehlen immer noch nicht weit genug zurück?

Den Bundesnachrichtendienst habe ich gefragt, ob er von den unterirdischen Atomversuchen in Südargentinien im Mai 1960 Kenntnis hatte. Dazu erhielt ich den Bescheid, dass »eine Abfrage der Archivda-

tenbank [...] aktuell keinen Treffer ergeben hat«. <sup>621</sup> Wahrscheinlich war dies eine ehrliche Antwort. Der BND war mit der Bespitzelung des Eichmann-Komitees und den Handlangerdiensten für Staatssekretär Hans Globke derart beschäftigt, dass er sich nicht darum kümmern konnte, ob jemand in der Welt atomare Geheimwaffen testete und dabei ein Erdbeben auslöste. Bezeichnenderweise hatte, Monate nach den Tests, das Auswärtige Amt keinen Nachrichtendienstler nach Puerto Deseado geschickt, sondern den Botschafter, dem man mehr zutraute.

Der BND hält Teile seiner Eichmann-Akten – darunter über 100 Seiten des Sassen-Interviews – weiterhin geheim. Im Februar 2012 hat das von mir angerufene Bundesverwaltungsamt zum zweiten Mal die Geheimhaltung und Aktenschwärzung für rechtswidrig erklärt. <sup>622</sup> Doch bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt habe ich die Akten nicht erhalten.

Das Bundesarchiv in Koblenz habe ich wegen Untätigkeit verklagt. <sup>623</sup> Die Akten zur Aktion Geschäftsfreund liegen im Nachlass von Hermann Josef Abs, der für Adenauer die Details der Operation verhandelt hat. Er befindet sich im Historischen Institut der Deutschen Bank, und die Bank möchte mir diese Unterlagen nicht zeigen. Ebenso hält die Konrad-Adenauer-Stiftung wesentliche Teile des Globke-Nachlasses mir gegenüber zurück. Genehme Publizisten hingegen durften in diese Unterlagen blicken. Dass es sich dabei um amtliches Schriftgut handelt, das nach Koblenz gehört, gab der Präsident des Bundesarchivs zu. Auch er, schrieb er mir, »bedauere die Privatisierung« dieses historischen Materials, könne aber nichts unternehmen, um diese Unterlagen nach Koblenz zu überführen. <sup>624</sup>

Vom Verwaltungsgericht Koblenz kam eher das Bekenntnis zu den Traditionslinien der finsternen fünfziger Jahre als eines zu neuen Ufern der Demokratie. Es verneinte im Februar 2012 einen Anspruch auf Nutzung dieser Unterlagen und meinte, dass »das Bundesarchiv nicht über einen rechtlich durchsetzbaren Herausgabeanspruch gegen die Besitzer dieser Unterlagen verfügt«. <sup>625</sup> Das Prinzip der Aktenöffentlichkeit sei erst vom Informationsfreiheitsgesetz eingeführt worden, also kein Grundrecht. <sup>626</sup>

Die Regierung in Buenos Aires mauert ebenfalls. Dabei könnte sie mit gutem Gewissen darauf verweisen, dass das Fehlen einer demokratischen Öffentlichkeit in der Katastrophe endet. In Argenti-

nien regierte 1960 eine pseudodemokratische Regierung, die Opposition – Peronisten und Kommunisten – saß im Gefängnis oder war im Exil. Sie trifft keine Verantwortung, Heute redet die peronistische Regierung von »regionaler Integration«. Will sie ihren chilenischen Nachbarn verschweigen, dass auf argentinischem Territorium US-Militärs unterirdische Atomexplosionen gezündet haben, deren Wellen möglicherweise das Erdbeben von Valdivia ausgelöst haben? Es reicht die Spur eines Verdachts.

Die israelische Geschichtsforschung tabuisiert das Kapitel der Zusammenarbeit der zionistischen Organisationen mit Nazis und lässt ihren Geheimdienst weiterhin die Entführungslegende verbreiten. Wird Shimon Peres sein Wissen mit ins Grab nehmen, wie es alte, selbstgerechte Männer gerne tun? Was mutet er der Diaspora zu? Als 1960 Eichmann in Israel auftauchte, wurden die in Argentinien lebenden Juden wegen der angeblichen Verletzung der nationalen Souveränität beschimpft. Man warf ihnen vor, dem Staate Israel mehr Loyalität zu zollen als Argentinien. Müssen sie heute, als Beweis ihrer Loyalität Israel gegenüber, die Eichmann-Legende als »Staatsraison« akzeptieren – so wie der Vatikan jahrhundertlang seinen Gläubigen das Bekenntnis abverlangt hat, dass die Erde eine Scheibe sei?

Auch der Dachverband der jüdischen Organisatoren in Argentinien steht in der Pflicht. Die DAIA kannte spätestens 1959 durch Lothar Hermann Eichmanns Adresse. Ihr Funktionär Gregorio Schurmann war bei Hermanns Festnahme in Coronel Suárez dabei, der jüdische Antifaschist wurde eingeschüchtert und misshandelt. Die DAIA verweigert bis heute Hermann, dem ehemaligen KZ-Häftling, eine Ehrung, seiner Familie eine Entschuldigung.

Und was hat die russische Regierung zu verbergen? Bis heute hat sie sich weder zur Eichmann-Aktion noch zu den US-Versuchen im Mai 1960 in Argentinien geäußert. Das Eintreffen der US-Bomber und der U-2-Flugzeuge Mitte Mai in Buenos Aires stand in der Zeitung und wird in der sowjetischen Botschaft mit Sicherheit zur Kenntnis genommen worden sein. Und spätestens im Juli 1960 muss der Kreml Details über diese US-Atomtests erfahren haben. Am 1. Juli 1960 war ein US-Spionageflugzeug des Strategic Reconnaissance Geschwader der US Airforce über sowjetischem Staatsgebiet von MIG-Raketen getroffen worden – von derselben Aufklärungseinheit also, die schon im Mai in Argentinien im Einsatz gewesen

war. Die beiden Überlebenden des im Juli abgeschossenen Flugzeugs, John McKone und Bruce Olmstead, landeten im Lubjanka Gefängnis in Moskau und wurden wochenlang verhört.<sup>627</sup> Diese Protokolle sind bis heute nicht zugänglich. Wird die russische Regierung irgendwann einsehen, dass nicht nur die Produktionsmittel dem Gemeinwohl unterzuordnen sind, sondern dass an erster Stelle das Wissen zu sozialisieren ist?

Und Plowshare? Wäre Edward Teller nicht Physiker, sondern Chemiker gewesen, hätte er in die Kategorie Giftmischer und Hexenmeister gehört. Sein Projekt Chariot wurde nicht realisiert, sein Ditchdigger niemals entwickelt. Als die Ureinwohner Alaskas von den geplanten unterirdischen Atomspaltungen erfuhren, kündigten sie Widerstand an. Auch aus dem mittelamerikanischen Pan-Atomic Canal – Krater an Krater – wurde nichts. Im Mai 1973 fand der letzte von insgesamt 27 unterirdischen Atomtests von Plowshare statt. Bombs for Peace und Tellers nuklearer Bagger waren damit begraben.

Während Herbert York sich später für Gespräche mit der Sowjetunion und für Abrüstung einsetzte und sein damaliger Mitstreiter George Kistiakowsky gegen den US-Militäreinsatz in Vietnam öffentlich protestierte, blieben Teller größere Einsichten in die Konsequenzen seines Tuns erspart. Ob er nach seinen südamerikanischen Erfahrungen mit dem Ditchdigger an »tektonischen Wunderwaffen« weiterbastelte, um den Klassenfeind mit Erdbeben und Flutwellen in die Knie zu zwingen, können wir nur vermuten. Aber später kam er erneut mit einem Vorschlag in die Schlagzeilen, als er mithilfe von »Weltraum-Spiegeln« der Sowjetunion das Sonnenlicht nehmen und dort Missernten auslösen wollte. US-Präsident Ronald Reagan war von seinem »Dr. Seltsam« so begeistert, dass er sich von ihm SDI, den strategischen, satellitengestützten Abwehrschirm entwickeln ließ. Und wieder durfte der »militärisch-industrielle Komplex« viele Milliarden Steuergelder verpulvern. Vielleicht gerade deshalb verlieh George W. Bush Edward Teller für sein Lebenswerk die Freiheitsmedaille, die höchste US-Auszeichnung. Eine andere Physikerin hat sie vor kurzem übrigens ebenfalls erhalten: Angela Merkel, von Barack Obama.

Die Ereignisse vom Mai 1960 bieten sich für eine Fortsetzung von Kubricks Meisterwerks an: Teil Zwei – wie heute Regierungen in West und Ost, in Nord und Süd, mit der Informationsfreiheit umge-

hen und wie groß ihre Angst vor dem eigenen Volk ist. Leider agieren die real handelnden Politiker derart absurd, dass sie sich von keinem Komiker annähernd darstellen lassen. Sie reiten nicht auf der Atom-bombe wie seinerzeit der B-52-Pilot, Major »King« Kong, sondern sie brüten auf ihr, um das Problem auszusetzen. Und das Problem heißt: Rechenschaft über ein sehr peinliches Kapitel abzulegen. Über das, was im Mai 1960 geschehen ist.

## Anmerkungen

**1** Die Angaben sind dem Terminkalender Eisenhowers entnommen, abrufbar unter: [www.eisenhower.archives.gov/research/online\\_documents/presidential\\_appointment\\_books/May\\_1960.pdf](http://www.eisenhower.archives.gov/research/online_documents/presidential_appointment_books/May_1960.pdf), Abilene, Kansas. **2** Vgl. Alan Ryan: Klaus Barbie and the U. S. Government: A Report to the Attorney General of the United States, August 1983. **3** Der BND übergab 2010 dem Forscher Peter Hammerschmidt seine Barbie-Akten. Siehe auch: Der Bundesnachrichtendienst und sein Agent Klaus Barbie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 59. Jahrgang, 4/2011, Berlin 2011, S. 333–349. **4** Vgl. Haaretz vom 23. März 2007: In the Service of the Jewish state, Shraga Elam und Dennis Whitehead. **5** Vgl. Bundesverwaltungsgericht Leipzig Dr. Weber ./ BRD. 7 A 6/08 und 20 F 22.10, es gibt verschiedene Freigaben. **6** Vgl. BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1301–1750, S. 432. **7** Vgl. BND-Archiv, erste Freigabe, Signatur 121099, S. 1301–1750, S. 392. Informationen über Eichmann, Vermerk vom 4. Juni 1960, Quelle: V-5473. **8** Vgl. u. a. David Cesarani: Adolf Eichmann: Bürokrat und Massenmörder, London 2002. **9** Neal Bascomb: Hunting Eichmann, How a Band of Survivors and a Young Spy Agency Chased Down the World's Most Notorious Nazi, Boston/New York 2009. **10** Erstaussstrahlung NDR, 29. Juli 2010, 21.45 Uhr: Eichmanns Ende – Liebe, Verrat, Tod, Erstes Fernsehprogramm. **11** Interview der Autorin mit Liliana Hermann am 13. April 2011 in Buenos Aires. **12** Vgl. Bettina Stangneth: Eichmann vor Jerusalem, Das unbehelligte Leben eines Massenmörders, Zürich-Hamburg 2011, Fußnote 888, S. 605 f. **13** Vgl. ebd., S. 12, S. 60. **14** Siehe auch: Junge Welt vom 6. Juni 2011: Mossad-Legenden. **15** Vgl. Stangneth, a. a. O., S. 402. **16** Ebd., S. 405 f. **17** Aussage von Adolfo Kleiner von der jüdischen Gemeinde am 26. Februar 2012 und von Alicia Dandörfer, einst enge Freundin Lothar Hermanns, am 28. Februar 2012 in Coronel Suárez der Autorin gegenüber. **18** E-Mail von Bettina Stangneth an Liliana Hermann am 16. Oktober 2011. **19** Vgl. Gaby Weber: Daimler-Benz und die Argentinien-Connection, Von Rattenlinien und Nazigeldern, Hamburg 2004. **20** Vgl. Urteil der nationalen Junta über die Wiedererlangung des Vermögens gegen Mercedes-Benz Argentinien vom 20. Dezember 1957, Aktenzeichen 7343, S. 682, alte Zählung 138 bzw. 458. Das Urteil befindet sich in der Akte von Mercedes-Benz Argentina im Handelsregister von Buenos Aires.

21 Hannah Arendt: Eichmann in Jerusalem, a report on the Banality of Evil, New York 1963. 22 Vgl. Bundesverwaltungsgericht Leipzig, Dr. Weber./BRD, 7 A 6/08 und 20 F 22.10, Signatur 121099, S. 93. 23 Vgl. u. a. Zvi Aharoni und Wilhelm Dietl: Der Jäger, Operation Eichmann: Was wirklich geschah, Stuttgart 1996. 24 Siehe dazu: [www.gabyweber.com/prozesse.php](http://www.gabyweber.com/prozesse.php). 25 Vgl. Politisches Archiv Auswärtiges Amt (PAAA), B 130, Bd. 4024 A, geheim gelöscht am 28. Juni 2011, Telex vom 26. März 1960 an das AA von deutscher Botschaft in Paris. 26 Spiegel 20/61 vom 10. Mai 1961: Globke und die Juden. Zu Globke siehe auch Jürgen Bevers: Der Mann hinter Adenauer, Hans Globkes Aufstieg vom NS-Juristen zur Grauen Eminenz der Bonner Republik, Berlin 2009. 27 Siehe Verfahren gegen Hans Globke, Staatsanwaltschaft Bonn. Landesarchiv Düsseldorf, Rep 00195\_01058. 28 Vgl. Vertragsarchiv des argentinischen Außenministeriums, Vertrag vom 29. Juli 1955. 29 Vgl. ebd. 30 Vgl. National Library Dwight Eisenhower (NLE), (eigene Zählung 1253) Ann Whitman Files, Cabinet Series, Box 16, A 75-22. Memorandum of Conversation, 24. November 1959. 31 Vgl. ebd. 32 Vgl. ebd. 33 Interview der Autorin mit Roberto Ornstein in der CNEA am 22. März 2011, veröffentlicht im Deutschlandfunk, 2. September 2011, 19.15–20 Uhr. 34 M. D. Nordyk: The Soviet Program for Peaceful use of Nuclear Explosion, DoE, LLNL, Sept. 2000, S. 1. 35 Vgl. PAAA, B 130, Bd. 4024 A, Vermerk vom 3. November 1958. 36 PAAA, B 130, Bd. 4786a, Vermerk vom 29. Januar 1959. 37 Vgl. PAAA, B 130, Bd. 4024 A, Geheimhaltung gelöscht am 28. Juni 2011. 38 Ebd., Telex vom 26. März 1960. 39 Vgl. NLE Abilene, (3219) Ann Whitman files, Cabinet Series. Box 16 A 75-22, Cabinet meeting may 12, 1960. 40 PAAA, B 43 I18, 22, Vermerk vom 5. Januar 1959. 41 Vgl. ebd., Vermerk des AA vom 30. März 1960. 42 PAAA, B 130, Bd. 4786a, Vermerk vom 22. April 1959, S. 4. 43 Vgl. New York Times, 19. März 1959: Greatest scientific experiment ever conducted. Zitiert nach Wikipedia: Operation Argus. 44 Tageszeitung La Razón, Buenos Aires, 4. Mai 1960, S. 1: Harán trabajos científicos con aviones de E. U. 45 PAAA, B 43 I18, 22, Vermerk vom 5. Januar 1959. 46 Vgl. ebd., Deutsche Botschaft in Washington DC am 22. Januar 1959. 47 Ebd., Fernschreiben der Deutschen Botschaft in Paris an AA vom 22. April 1959. 48 Vgl. ebd. 49 Vgl. PAAA, B 130, Bd. 4024, Telex der Deutschen Botschaft in Washington D.C., 28. März 1960, S. 2. 50 Vgl. NLE Abilene, John McCones Papers, declassified 9. März 2011, NLE 2011–20., Vermerk vom 5. Mai 1959, S. 3. 51 Vgl. ebd., S. 1. 52 Vgl. ebd., S. 2. 53 Vgl. ebd. 54 Vgl. ebd., S. 3. 55 Vgl. The U. S. Department of Energy (DoE), Nevada Operations Office, Office of Public Affairs and Information, Plowshare Program. 56 Interview der Autorin mit R. Ornstein in der CNEA am 22. März 2011. 57 Ebd. 58 Vgl. The U. S. Department of Energy, Nevada Operations Office, Office of Public Affairs and Information, Plowshare Program, S. 1, S. 7 ff., S. 25.

59 Archivos y Colecciones particulares de la Biblioteca Nacional en Buenos Aires, fondo centro estudios nacionales, CEN Nachlass frondizi, caja 1666 casa militar, inteligencia. 60 Vgl. Charles Higham: *Trading with the Enemy: The Nazi-American Money Plot 1933–1949*, New York 1983, xvi. 61 Vgl. ebd. 62 Vgl. Feature ausgestrahlt von WDR, SWR und DLF Sendung, SWR 2: 18. Januar 2007, 20.03–21 Uhr: Eichmann und William Mosetti – Wie und warum wurde Eichmann aus Argentinien entführt? Vgl. Interview der Autorin am 22. Mai 2006 in Washington mit Professor Christopher Simpson, Autor von: *The Splendid Blonde Beast: Money, Law and Genocide in the Twentieth Century*, New York 1993. 63 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 8119 F/1.655 f 3 und 4: Aktenvermerk der Deutschen Bank vom 15. März 1935, S. 3 ff. 64 PAA, Pol VII 164, Geheime Reichssache, Vermerk vom 5. Februar 1942, S. 9 f. 65 Vgl. Dirección Nacional de Migraciones, Buenos Aires, Abteilung Fichas. 66 Vgl. Higham, a. a. O., S. 44 f. 67 Vgl. ebd., S. 45. 68 Joseph Borkin: *The Crime and Punishment of I. G. Farben, The startling account of the unholy alliance of Adolf Hitler and Germany's great chemical combine*, New York 1978, S. 89. 69 Vgl. ebd., S. 47. 70 Investigation of National Defense Program, April 1942, Special Committee to Investigate the National Defense Program, Washington D. C. 1942, U.S. Senate, S. 4374. 71 Interview der Autorin mit Franzi Mosetti in Mailand am 16. Juni 2007. Vgl. auch Franzi Mosetti: *Eighty years of an eventful life, longing for Africa*, Eigenverlag, erschienen zu seinem 80. Geburtstag, 1994. Siehe auch Mosettis Lebenslauf, den er der Firma Daimler-Benz vorlegte, übersandt an die Autorin im September 2006. 72 Interview und E-Mailwechsel der Autorin mit Francesco Mosetti. 73 Vgl. Protokoll der Einwanderungsbehörde vom 10. April 1943 in Los Angeles, Aktenzeichen 100-11, 052 alp, der Autorin vom U.S. DoJ nach dem FOIA freigegeben. 74 Vgl. Mitteilung des National Personnel Records Center, St. Louis, Missouri, vom 24. August 2004 der Autorin gegenüber aufgrund eines Informationsantrags nach dem FOIA. 75 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Register Nr.: 6010004229. 76 Schreiben an die Autorin vom 27. September 2006. 77 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 117391. Brief des »Deutsches Komitee pro Palästina zur Förderung der jüdischen Palästinaansiedlung«, Berlin. Auf dem Briefkopf sind die Mitglieder aufgelistet: »Ehrenausschuss: Staatsminister a. d. pro. Dr. Becker, Preußischer Ministerpräsident Dr. Otto Braun, Staatsminister Dr. Grimme, Geh. Regierungsrat L. Kastl, Generalkonsul Eugen Landau, Reichstagspräsident Paul Löbe, Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Hermann Pünder, Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Julius Ruppel, Dr. h. c. Heinrich Sahn, Oberbürgermeister von Berlin, Botschafter Dr. von Schubert, Dr. W. H. Solf, Botschafter Dr. h. c. Max M. Warburg, Direktor Oscar Wassermann, Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums Dr. Weismann, Präsidium: Botschafter z. D. Graf Bernstorff, Vorsitzender

Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt, Rabbiner Dr. Leo Baeck, Prof. Dr. Dr. I. V. Bredt, M. d. R. Dr. R. Breitscheid, M. d. R. Kurt Blumenfeld, Regierungspräsident Dr. H. Haussmann, Prof. Dr. O. Hötzsch, Domkapitular Prälat Prof. Dr. Kaas, M. d. R. Siegfried von Kardoff, M. d. R. Gesandter Freiherr von Richthofen, Geheimer Konsistorialrat Univers.-Prof. Dr. Sellin, Leo Simon, Berlin, Legationsrat Prof. Dr. M. Sobernheim, Kommerzienrat Konsul Dr. W. Sobornheim.« 78 Vgl. zu dieser Praxis unter anderem ein Schreiben des Polizeipräsidenten Danzigs nach »telefonischer Rücksprache mit dem Standesamt« auf die Anfrage des Deutschen Generalkonsulats bezüglich eines Identitätsnachweises für Herrn Max Aron, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 157 III-F, Film 81610, 27. Dezember 1935. 79 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 58/954, Geheime Kommandosache 17. Juni 1937, betr.: Polkes, Feivel. 80 Vgl. ebd., R 58/954. 81 Vgl. ebd., R 58/623, Geheime Kommandosache vom 17. Juni 1937, Abt. II, 112. Bericht zu Polkes, abgezeichnet am 16. Juni von Six, S. 2. 82 Vgl. ebd., S. 3. 83 Alfred Wiener: Kritische Reise durch Palästina, Berlin 1927, S. 8. Zitiert nach: Klaus Polkehn: Der Zionismus im Komplott mit dem Nationalsozialismus, Klartexte 9, Freiburg 1987, Fußnote 8. 84 So der zionistische Funktionär Gerhard Holdheim im Jahre 1930 in einer der »Judenfrage« gewidmeten Ausgabe der Süddeutschen Monatshefte 12/1930: Der Zionismus in Deutschland, S. 855. Zitiert nach Polkehn, a. a. O., Fußnote 10. 85 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 117391, Brief des deutschen Generalkonsulats Jerusalem an das Auswärtige Amt vom 9. Februar 1932. 86 Vgl. ebd. 87 Vgl. ebd., Memorandum Hexters vom 21. März 1932. 88 Alfred Rosenberg: Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten, München 1937, S. 153. Zitiert nach Polkehn, a. a. O., Fußnote 11. 89 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 117391, Deutsches Generalkonsulat, Jerusalem den 17. Mai 1933. 90 Vgl. ebd. 91 Ebd., R 2/14518, Bestand Reichswirtschaftsministerium, Aufzeichnung vom 11. März 1935, geschickt an das Reichsbank-Direktorium. 92 Vgl. ebd. 93 Vgl. ebd., R 157 III-F, Film 81611. 94 Vgl. ebd. Zu diesem Thema siehe auch: Gaby Weber: Chatting with Sokrates, Berlin 2008. 95 Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 117391, Bericht vom 30. Oktober 1933. 96 Vgl. ebd. 97 Vgl. ebd. 98 Vgl. ebd., R 157 III-F, Film 81611, Deutsches Generalkonsulat an AA 18. Januar 1935, S. 1. 99 Vgl. ebd., S. 3. 100 Vgl. ebd., R 104785, politische Beziehungen Palästinas zu Deutschland, ohne Datum. 101 Ebd., R 58/982, Sicherheitsdienst des Reichsführers Oberabschnitt Donau an den Chef des Sicherheitshauptamtes Berlin, Wien am 3. Februar 1939, S. 100. 102 Vgl. ebd., Z/B 7051, Das Palästinaamt und die ihm angeschlossenen zionistischen Organisationen, Tätigkeits- und Lagebericht, 1. Januar bis 29. März 1939. 103 Vgl. ebd., Das Palästinaamt und die ihm angeschlossenen zionistischen Organisationen, Tätigkeitsbericht 3. Mai bis 31. Dezember 1938. Leiter des Palästinaamtes Dr. Alois Rothenberg, S. 8. 104 Ebd., ZA 1/7358, Akte 12,

Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Vermerk vom 26. Juni 1939. **105** Vgl. ebd. **106** Ebd. **107** Ebd. **108** Zitiert nach Susanne Meinl, Jutta Zwilling: *Legalisierter Raub: Die Ausplünderung der Juden im Nationalsozialismus durch die Reichsverwaltung in Hessen*, Frankfurt am Main 2004, S. 212. **109** Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R2/14696, Reichsminister der Finanzen am 31. Januar 1939, betrifft Inzahlungsnahme von Wertpapieren und Grundstücken. **110** Vgl. hierzu u. a. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R2/14699, Vermerk vom 2. Dezember 1938. **111** Ebd., R2/14697, Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, Mitgliederrundbrief vom 17. April 1939, S. 2. **112** Vgl. ebd. **113** Vgl. ebd., R2/14897, Bescheid vom 29. April 1939. **114** Vgl. ebd., R2/14696. **115** Vgl. ebd. **116** Vgl. ebd., R2/31800 Fiche 1: Reichswirtschaftsminister an Reichsfinanzminister, 12. Dezember 1942. **117** Vgl. ebd., R2/14699, Vermerk vom 2. Dezember 1938. **118** Vgl. ebd., R2/14699, Der Reichswirtschaftsminister am 18. Juli 1939 an das Rechtsaufsichtsratsamt für Privatversicherung. **119** Ebd. **120** Vgl. ebd. **121** BND-Archiv, erste Freigabe September 2010, 100470, S. 189. **122** Am 24. Juni 2010 habe ich noch einmal per E-Mail im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde dazu nachgefragt, aber keine weiteren Informationen über den Verbleib der angeblich in Sigmaringen verbrannten Unterlagen zur JuVA erhalten. **123** Auskunft des Bundesfinanzministeriums per E-Mail an die Autorin vom 16. August 2010. **124** Auskunft der Presseabteilung der Bundesbank per E-Mail an die Autorin vom 12. August 2010. **125** Zitiert nach Meinl/Zwilling, a. a. O., S. 258. **126** Vgl. Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, DN 1 – 34773, Bericht über den Ablauf der Geschäftstätigkeit der Barkasse am 21. April 1945, der Bericht trägt das Datum vom 21. Juli 1945. **127** Vgl. ebd., DN 1 – 34762, Bericht über die im Jahr 1947 geleistete Arbeit, Dresdner Bank, Bankenkommission, S. 2. **128** Vgl. ebd. **129** Vgl. ebd., Vermerk der Bankenkommission vom 26. Juni 1950. **130** Vgl. ebd., DN 1 – 114922 c, Vermerk, Mappe Grundsatz, vom 11. Dezember 1958. **131** CIA Namefile, room 2001. RG 263, Box 14 – NN3-263-008, entry A 1-86. **132** BND-Archiv, Signatur 100470, ISkult Presse-nachrichten, Vermerk vom 20. September 1954. **133** Bundesverwaltungsgericht Leipzig, Dr. Weber ./, BRD, 7 A 6/08 und 20 F 22.10, Signatur 121099, S. 93. **134** Ebd. **135** Vgl. ebd., S. 200. **136** Tom Segev im Gespräch mit der österreichischen Journalistin Elisa Vass, ORF, Ö1, Journal Panorama am 16. September 2010, 18.20 Uhr. **137** Die Kronenzeitung, 15. Januar 2011: Historiker: Simon Wiesenthal war Mossad-Agent. **138** Vgl. Shraga Elam: *Hitlers Fälscher, Wie jüdische, amerikanische und Schweizer Agenten der SS beim Falschgeldwaschen halfen*, Wien 2000, S. 60. **139** Vgl. ebd., S. 60. **140** Vgl. ebd., S. 60, S. 72. **141** Vgl. ebd., S. 9. **142** BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1751 bis 2200, S. 19 f. **143** Vgl. ebd., S. 20. **144** Vgl. ebd. **145** Vgl. Bundesarchiv Koblenz, B 206/1985, fol 1 – 920, BND 102350, S. 252, Informationen über Eichmann, Linz 13. Dezem-

ber 1948. 146 Vgl. ebd., Vermerk vom 16. Dezember 1948. 147 Ebd.  
148 Ebd., S. 267, Bericht vom 25. Oktober 1948. 149 Vgl. ebd. 150 Ebd.,  
Vermerk vom 13. Dezember 1948. 151 Ebd. 152 Ebd., Bericht der Sicher-  
heitsdirektion Linz von 25. Oktober 1948, S. 258. 153 Ebd., S. 258 f.  
154 Vgl. BND-Archiv, 10235, B 206/1986 fol 1 – 249, S. 49, Vermerk  
ohne Datum. 155 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, B 206/1985, BND-Bestand  
102350, S. 66. 156 Vgl. ebd., S. 71. 157 Vgl. ebd. 158 BND-Archiv,  
Signatur 121099, S. 1301–1750, S. 365. 159 Vgl. ebd., S. 414, Fernschreiben  
vom 14. Juni 1960. 160 BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1751 bis 2200, S. 37,  
Vermerk vom 5. August 1960. 161 Ebd., S. 36, Vermerk vom 11. August  
1960. 162 Vgl. Unterlagen des Department of the Army, U.S. Army Intel-  
ligence and Security Command, Unterlagen des CIC zu Rudel etc., freige-  
geben nach dem Freedom of Information Act, Archiv des Instituts für So-  
zialforschung, Hamburg, der Autorin freundlicherweise zur Einsicht zur  
Verfügung gestellt. 163 Vgl. ebd. 164 Ebd., dem Bericht beiliegendes  
Faltblatt. 165 Vgl. German nationalist and neo-nazi activities in Argenti-  
na, released 2. Dez 1980, report vom 22. Juli 1953, übersandt von der CIA  
an die Autorin im März 2011 als Antwort auf FOIA-Anträge, S. 2. 166 Vgl.  
ebd. 167 Ebd., S. 36. 168 Vgl. ebd., S. 37. 169 Vgl. ebd. 170 BND-  
Archiv, Signatur 100470, S. 31, Vermerk vom 19. Juli 1959. 171 Vgl. Uki  
Goñi: La auténtica Odessa, Buenos Aires 2002, S. 337 ff. 172 BND-Archiv,  
Signatur 100470, S. 31 f. 173 BND-Archiv, Signatur 100470, S. 34, Vermerk  
vom 28. August 1959. 174 Ebd. 175 Ebd. 176 BND-Archiv, Signatur  
100470, S. 27. 177 PAAA, B 82, Nr. 432, BND an Bundesinnenministeri-  
um am 4. Februar 1961. 178 Vgl. PAAA, B 82, Nr. 432, Bundesamt für  
Verfassungsschutz am 22. März 1961 an BMI. 179 E-Mail-Schreiben des  
Berliner Bundesarchivs an die Autorin vom 29. Dezember 2010. 180 Schrei-  
ben eines Dr. Martín Domínguez vom 21. November 1973 an das argenti-  
nische Handelsregister, AZ 48.312. 181 Brief von Simon Wiesenthal vom  
30. März 1954 an Nahum Goldmann, den der Rabbiner Kalmanowitz an  
die CIA als Anlage am 6. Mai 1954 weiterleitete. CIA Namefile, National  
Archives and Records Administration, College Park (NARA). 182 NARA,  
CIA Namefile Eichmann, a. a. O., Vermerk vom 20. Oktober 1953. 183 Vgl.  
RG 263, Records of the CIA, CIA Namefiles 2d Releases, Eichmann, Adolf,  
Volume 2. 184 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, Allproz 6/95. 185 Vgl. BND-  
Archiv, Signatur 100470, S. 128. 186 Vgl. BND-Archiv, Signatur 100470,  
S. 67. 187 Vgl. BND-Archiv, Signatur 100470, S. 126, Vermerk vom  
13. September 1960. 188 Ebd. 189 Alex Weissberg: Die Geschichte von  
Joel Brand, Köln-Berlin 1956. 190 Vgl. PAAA, B 90 – 5, Mikrofiche, am  
15. Mai 1959 schrieb BMI an Institut für Zeitgeschichte bezüglich »Unter-  
suchungen über die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus«.  
191 Vgl. ebd., Brief vom 9. Februar 1959. 192 BND-Archiv, Signatur 121099,  
S. 1751 bis 2200, S. 64. 193 Ebd., S. 159. 194 E-Mail der Generalbundes-

anwaltschaft an die Autorin vom 30. Dezember 2010. 195 Mitteilung der Generalbundesanwaltschaft vom 17. Dezember 2010 an die Autorin. 196 Vgl. ebd. 197 Vgl. ebd. 198 Vgl. Ricardo Burzaco: *Las Alas de Perón, Aeronautica Argentina, 1945–60*, Buenos Aires 1995, S. 40. 199 Abhörprotokoll der Schweizer Bundesanwaltschaft bez. Kleiner, Hans, Schaffhausen, vom 13. Juni 1947, AZ C 16.6234. Die Schweizer Dokumente bezüglich Kleiner stellte freundlicherweise Hermann Weiss zur Verfügung, Autor des Buches: *Buchvorwerk im Riesengebirge*, Herbolzheim 2006. 200 Vgl. Ricardo Burzaco, a. a. O., S. 41. 201 Vgl. Gaby Weber, a. a. O., S. 75 f. 202 Vgl. ebd., S. 68. 203 Vgl. [www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1955k/kap1\\_2/kap2\\_3/para3\\_1.html](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1955k/kap1_2/kap2_3/para3_1.html). 204 Vgl. Diego Hurtado de Mendoza, *Universidad Nacional de San Martín: Autonomy, even Regional Hegemony – Argentina and the »Hard Way« toward Its First Research Reactor (1945–1958)*. Accepted for publication in *Science in Context* (Cambridge University Press, 2005), Vol. 18, No. 2, S. 285–308. 205 Vgl. Herbert Brandl: *Gasturbinen und Flugtriebwerke der Daimler-AG 1952–1960*. Hg. von Harry Niemann u. a., *Wissenschaftliche Schriftenreihe des DaimlerChrysler Konzernarchivs*, Bd. 6, Vaihingen 2004, S. 72. 206 Vgl. ebd., S. 82. 207 Ebd. 208 Vgl. *Der Wiederaufbau der Gesellschaft für Weltraumforschung als organisatorische Basis der westdeutschen Raumfahrt-Community 1948–1956*, S. 83. Abrufbar unter: [www.techniksoziologie-dortmund.de/Veroeffentlichungen/Files/1993/04\\_Kapitel\\_3.pdf](http://www.techniksoziologie-dortmund.de/Veroeffentlichungen/Files/1993/04_Kapitel_3.pdf). 209 Vgl. Biblioteca Nacional, CEN, a. a. O., Caja 1603 »departamento fábrica«, August 1959, *Aufzählung der Infrastruktur*. 210 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, B 102/93589. 211 Vgl. Urteil vom 19. Februar 1959, 6430 Mercedes-Benz S. A. s/interdicción, S. 716 der Akte im Handelsregister Buenos Aires, alte Zählung 1672. 212 Vgl. Ruth von Ellrichshausen: *El Casco y yo*, 1991, S. 52 f. 213 Vgl. Uki Goñi: *Perón y los Alemanes*, Buenos Aires 1998, S. 75. 214 Die Autorin hat Ende Februar mehrere Tage in Coronel Suárez recherchiert und mit Freunden, Sekretärinnen, Nachbarn und seiner letzten Ehefrau gesprochen. Einige baten bei den Gesprächen um Vertraulichkeit. Lolem soll in den fünfziger Jahren einen extrem nazifreundlichen Verwalter gehabt haben und wird heute von Fachts Neffen verwaltet. 215 Vgl. Michael Karpin: *The Bomb in the Basement, How Israel went nuclear and what that means for the world*, New York 2007, S. 61. 216 Vgl. ebd., S. 36. 217 Vgl. NLE, a. a. O., Memorandum 24. Oktober 1959. 218 Vgl. NLE, Ann Whitman files, international series, box 32, 1331, Memorandum von Außenminister Christian A. Herter vom 3. August 1960. 219 Vgl. Michael Karpin, a. a. O., S. 60 f. 220 Vgl. ebd., S. 68. 221 Vgl. ebd., S. 69. 222 Vgl. ebd., S. 71 ff. 223 Vgl. David Fischer: *History of the International Atomic Energy Agency: the first forty years*, Wien 1997, S. 56. 224 Vgl. Avner Cohen: *Israel and the Bomb*, New York 1998, S. 73. 225 Vgl. ebd. 226 Vgl. Rainer Karlsch: *Hitlers Bombe, Die geheime Geschichte*

der deutschen Atombombenversuche, München 2005. **227** Vgl. Konzernarchiv Evonik, PCA 01 – 205 MS Betriebe .3.44 – 31.7.50, Schreiben vom 31. März 1941 der Auergesellschaft an die Degussa. Danach erhielt Wirtz von Degussa den größten Teil des Uranmetalls, aber: »Dr. Wirtz ist nicht im Bilde darüber, dass außer ihm auch noch andere Stellen Uranmetall erhalten, so dass das gemeinsame Zusammentreffen von Dr. Wirtz und Prof. Bothe mit unseren Herren [...] einigermaßen delikater Natur ist.« **228** »Energieerzeugung aus dem Uranisotop der Masse 238 und anderen schweren Elementen (Herstellung und Verwendung des Elements 94)«, MPG Archiv, KWI-P/7H Pu 6-11. **229** Anmeldung am 28. August 1941. Abweichend von Weizsäckers Patentantrag erwähnt er nukleare Sprengstoffe nicht. »Technische Energiegewinnung, Neutronenerzeugung und Herstellung neuer Elemente durch Spaltung von Uran oder verwandten schweren Elementen«, MPG-Archiv, KWI-P/7H 24, 25-1 bis 25-14. **230** Patent Nummer: DE 963090, angemeldet am 12. Mai 1955. **231** E-Mail der Evonik Service GmbH an die Autorin vom 17. Juli 2008. Dort vermutet man, dass es sich bei den Patenten aus den vierziger Jahren lediglich um »Anmeldungen gehandelt habe, die die beiden Forscher im Rahmen ihrer Forschungstätigkeit für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik erarbeitet haben, und die durch das Institut beim Reichspatentamt eingereicht worden waren [...] und dass seinerzeit keine Patente erteilt wurden«. **232** Vgl. E-Mail von Rainer Karlsch an die Autorin vom 18. Oktober 2011. **233** Vgl. E-Mail an die Autorin von Herbert Schein, Schwiegersohn von Helmut Dix, Teilhaber der Firma bis zu Kriegsende, vom 16. Oktober 2011. **234** Bundesarchiv Koblenz, B 138/7459, 26. Juli 1956. **235** Vgl. Cohen, a. a. O., S. 62. **236** Vgl. ebd., S. 61 f. **237** Vgl. ebd., S. 62. **238** Vgl. Mitteilung des Department of Energy an die Autorin vom 20. März 2009, das Dokument stammt vom 5. März 1962. **239** Vgl. CNEA Dekret vom 31. Oktober 1960. **240** Vgl. Cohen, a. a. O., S. 86. **241** Vgl. ebd. **242** Vgl. ebd., S. 88. **243** Vgl. ebd. **244** Zitiert nach Cohen, a. a. O., S. 88. **245** Vgl. ebd., S. 89. **246** Vgl. Bundesarchiv Koblenz, B 206/58961, Schreiben der Einkaufsdelegation der Israel-Mission an das Bundeswirtschaftsministerium vom 7. Oktober 1953, Zahlungsaufforderung für drei Öllieferungen im Jahr 1953. **247** Vgl. PAAA, B 130, Bd. 3211 A, Freigegeben am 20. Januar 2010, Protokoll über eine Geheimsitzung im Palais Schaumburg vom 5. April 1952. **248** PAAA, B 2-VS, Bd. 4, Wiedergutmachung, Briefwechsel Adenauer-Erhard-Ben-Gurion, 1. Dezember 1952 bis Mai 1965, hier Vermerk vom 26. September 1958 AA an das Finanzministerium, S. 2. **249** Vgl. ebd., S. 3. **250** Vgl. ebd., S. 4. **251** Vgl. ebd. **252** Vgl. Der Spiegel, 17/54 vom 21. April 1954: Oberländer – Baustein oder Dynamit. **253** Vgl. PAAA, B 2-VS, Bd. 4, Deutsche Botschaft in Oslo an AA vom 19. Dezember 1958. **254** Vgl. Archiv der Konrad Adenauer-Stiftung (KAS), St. Augustin, Bestand Globke, Akte I-070-085/3. **255** KAS,

Ie 5673 V/40 4016, S. 1. 256 Vgl. ebd. 257 Vgl. ebd., S. 1f. 258 Ebd., S. 2. 259 Ebd. 260 Akten der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Hans Globke, Landesarchiv Düsseldorf, 29. Dezember 1960, 8Js 425/60, S. 1. 261 Vgl. ebd., Rep 00195\_01055, Bl. 81. 262 Vgl. ebd. 263 Ebd., Bl. 82. 264 Vgl. Landesarchiv Düsseldorf, Rep 00195\_01058, Bl. 48 f., Vernehmung am 28. März 1961 von Legationsrat Dr. Ulrich Scheske, von 1955 bis Januar 1958 an der Rechtsabteilung der deutschen Botschaft in Athen. 265 Vgl. ebd., Bl. 50. 266 Vgl. ebd., Bl. 52. 267 Vgl. ebd., Bl. 50, Bl. 52. 268 Vgl. PAA, B 130, 5448 A, Vermerk vom 30. Oktober 1957 über Besprechung im AA am 17. Oktober 1957. 269 Vgl. ebd. 270 Vgl. Landesarchiv Düsseldorf, Rep 00195\_01058, 19. Februar 1958, Ermittlungsakte der Bonner Staatsanwaltschaft gegen Hans Globke. Die Ermittlung wurde von Fritz Bauer eingeleitet und nach Bonn abgegeben. 271 Vgl. ebd., Rep 00195\_01055, Bl. 10. 272 Ebd., Bl. 58, Vernehmung von Max Merten durch den Bonner Oberstaatsanwalt Pfromm am 28. Dezember 1960. 273 Ebd., Bl. 54. 274 Vgl. ebd. 275 Vgl. ebd. 276 Vgl. ebd., Bl. 55. 277 Ebd., Bl. 51 f. 278 Ebd., Bl. 76. 279 Vgl. Landesarchiv Düsseldorf, Rep 00195\_01058, Bl. 71 f., Vernehmung von René Burkhardt am 6. April 1961. 280 Ebd., Bl. 89. 281 Vgl. ebd., Bl. 172 f. 282 Vgl. PAA, B 2, Büro Staatssekretär, Bd. 444, 1958–1965, Sonderband Israel, »Peinlich für Globke und Kanter«, Zeitungsartikel in den Akten des Auswärtigen Amtes, ohne Datum und Quelle. 283 Landesarchiv Düsseldorf, Rep 00195\_01058, Bl. 40, Vernehmung von Gustav von Schmoller am 16. März 1961. 284 Vgl. ebd. 285 Ebd., Bl. 173, Vernehmung von Diether Posser am 15. Mai 1961. 286 Vgl. ebd., Bl. 170. 287 Vgl. ebd., Bl. 170, Bl. 172. 288 Vgl. KAS, a. a. O., Akte I-070–100/2, Schriftverkehr mit den Strafverfolgungsbehörden. Handschriftlicher Vermerk ohne Datum. 289 Vgl. Landesarchiv Düsseldorf, Rep 00195\_01055, Bl. 10. 290 Zu Globke siehe: Jürgen Bevers: Der Mann hinter Adenauer, a. a. O. 291 Landesarchiv Düsseldorf, Rep 00195\_01055, Bl. 4, Vermerk vom 22. Juni 1960. 292 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, Bestand Bundeskanzleramt, B 136/50 274, das Verfahren wurde unter dem Aktenzeichen 1P Js 644/53 geführt. 293 Vgl. ebd. 294 Vgl. BND-Archiv, 10235, B 206/1986 fol 1 – 249. 295 Vgl. Bundesarchiv Koblenz, Bestand Bundeskanzleramt, B 136/50274. 296 Vgl. Cesarani, a. a. O., S. 316. 297 Die Briefe Lothar Hermanns sind abgedruckt in der Broschüre des Dokumentationszentrums für Nazi-Kriegsverbrechen in Haifa: Der SS-Personal-Akt Adolf Eichmanns: Die Entführung Eichmanns von Argentinien, die Verurteilung Eichmanns in Jerusalem. Hg. von Tuviah Friedman, Haifa 2005. 298 Vgl. Dietmar K. Nickel: Es begann in Rehovot. Die Anfänge der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland, Ed.: European Committee of the Weizmann Institute, Zürich 1989, S. 22. 299 Vgl. ebd. 300 Brief Cohns an Adenauer vom 11. August 1959, zitiert nach Nickel, a. a. O., Fußnote 65.

**301** Vgl. ebd., S. 22. **302** Vgl. Bundesarchiv Koblenz, B 138/4388, Vermerk vom 8. Februar 1960. **303** Ebd., V 138/4388, Abteilungsleiter II des BM Atomfragen vom 4. März 1960. **304** Yeshayahu A. Jelinek/Rainer A. Blasius: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria, Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), S. 309–344, S. 309. **305** Vgl. ebd., S. 343. **306** Vgl. PAAA, Sonderband Israel, B 2, Büro Staatssekretär. Bd. 444, 1958–65, Vermerk Carstens vom 12. Juni 1961. **307** Vgl. Jelinek/Blasius, a. a. O., S. 311. **308** Vgl. PAAA, B 2, Bd. 444, KfA an Kanzleramt u. a., Brief vom 31. Oktober 1961. **309** Vgl. PAAA, B 150, Aktenkopien 1960, Abs an Adenauer am 29. Juli 1960, S. 5. **310** PAAA, B 150, Aufzeichnung »streng geheim« vom 25. August 1961, Büro Staatssekretär. **311** PAAA, B 2, Bd. 444, Sonderband Israel, Aktenvermerk Carstens vom 12. Juni 1961, S. 1. **312** Ebd., S. 2. **313** Vgl. PAAA, B 130, Bd. 2306 A, Handelspolitik, Vermerk vom 4. März 1960. **314** PAAA, B 2, Bd. 444, Vermerk vom 27. September 1965. **315** PAAA, B 130, Bd. 2306 A, Vermerk Carstens vom 25. Juli 1960. **316** Vgl. ebd. **317** Ebd. **318** Zitiert nach Jürgen Bevers, a. a. O., S. 201. **319** Ebd. **320** Vgl. PAAA, B 130, Bd. 2306 A, Vermerk Carstens vom 25. Juli 1960. **321** Vgl. ebd. **322** Vgl. ebd. **323** Vgl. ebd. **324** Vgl. PAAA, B 2-VS, Bd. 319 A, freigegeben am 23. Dezember 2009, Vermerk vom 30. September 1960. **325** PAAA, B 130, 5680 A, Vermerk vom 20. Januar 1961. **326** PAAA, B 13 – 301, Bd. 140, 21. Mai 1962. **327** PAAA, B 14 – 301, Bd. 141, Telegramm aus Accra vom 28. Februar 1960. **328** Vgl. PAAA, B 150, Aktenkopien 1960, 29. Juli 1960, Hermann J. Abs an Bundeskanzler Adenauer. **329** CIA Dokument vom 15. Juni 1960, abrufbar unter: [www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB150/box14\\_do\\_file\\_vol2/doc12.pdf](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB150/box14_do_file_vol2/doc12.pdf), Sidelight of the Eichmann case. **330** Interview der Autorin mit Isidoro Gilbert in Buenos Aires, Dezember 2010. **331** Vgl. Biblioteca, Caja 1664\_ 1393, Neue Nummer: 03.3.8.3., 10. Februar 1960, S. 1. **332** Vgl. ebd. **333** Vgl. Archivo General de la Armada, Caja 93, Bericht vom 23. April 1959. **334** NLE Abilene, (3744) Memo vom 21. Februar 1960, S. 1. **335** Ebd. **336** Vgl. Bundesarchiv Koblenz, B 206/724, Bl. 253, Meldedienstliche Verschlussache, 16. März 1960, Tagesmeldungen BND. **337** Vgl. NLE, (3320) Brief HerTERS an William Benton vom 28. Mai 1960, Herter Papers, Chronological File Box 8A 68-22. **338** Interview der Autorin mit Isidoro Gilbert in Buenos Aires, Dezember 2010. **339** Vgl. PAAA, B 130, 8473 A, Ministerbüro bez zu USA und Kanada. **340** NLE, (3299) AEC am 9. April 1959, Memo Diskussion mit Herter. **341** Vgl. PAAA, B 130, Bd. 4752 A, Fernschreiben aus Washington an das AA vom 12. Dezember 1959. **342** Vgl. ebd., Fernschreiben aus Washington an das AA vom 5. Dezember 1959. **343** Vgl. ebd., Kommuniké vom 5. Februar 1960. Vgl. außerdem Britischer Entwurf über die sowjetischen Absichten auf der Gipfelkonferenz, Fernschreiben aus Washington vom 4. April 1960,

ebd. **344** Sherman Kent and the Board of National Estimates: The Summit Conference of 1960: An Intelligence Officer's View, abrufbar unter: [www.cia.gov](http://www.cia.gov). **345** NLE, (3893) Office of the staff secretary, international series, box 17, krushchev, vol III of III (4) may-july 1960, S. 3. **346** Ebd. **347** NLE, (3619) 445<sup>th</sup> Meeting of the National Security Council, Ann Whitmann NSC box 12, 24. Mai 1960. **348** NLE, (3226) Kabinettsitzung am 26. Mai 1960. **349** Vgl. NLE, (3621) 445<sup>th</sup> Meeting of the National Security Council, , Ann Whitman NSC box 12, 24. Mai 1960. **350** Vgl. ebd., (3618) S. 5. **351** Interview der Autorin mit Liliana Hermann, Groß- nichte von Lothar Hermann, u. a. am 30. Januar 2012 in San Martín. **352** Siehe Schreiben von Lothar Hermann an Tuviah Friedman, den Leiter der Dokumentation in Haifa, vom 28. März 1960, Familienbesitz Liliana Hermann. **353** BND, erste Freigabe, Signatur 121099, S. 1301–1750, S. 392, Informationen über Eichmann, Vermerk vom 4. Juni 1960, Quelle: V-5473. **354** Vgl. ebd. **355** La Razón, 9. Dezember 1960, S. 4: Eichmann fue el engranaje de la diabólica maquinaria Nazi – dice el hombre que escribió sus Memorias en Buenos Aires. **356** NARA, Disarmament 1960–61, 321.9, RG 84 Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, Argentina U.S. Embassy, General Records, 1936–61, 1959–61: 312 to 1959–61: 350- box 3. Eichmann case – 1960, Gespräch am 21. Juni 1960. **357** NLE, (3304) McCone box 5 – 79-9, Memo vom 17. Mai 1960, S. 1. **358** Ebd., (3305) S. 2. **359** NLE, (3992) AEC, Paris 18. Mai 1960: Memo for the files of McCone, McCone box 5, sealed file number 5 (1). **360** Vgl. KAS, Akte I-070-029/1, Abrüstung, Schreiben von Chruschtschow an Adenauer vom 2. Juni 1960. **361** Vgl. ebd. **362** Vgl. ebd. **363** Vgl. PAAA, 302-82-07, Bericht aus Moskau über neue Atomtestversuche der Sowjetunion im Pazifik, 29. Juni 1960. **364** Isser Harel: Das Haus in der Garibaldistraße, Frankfurt a. Main/Berlin/Wien 1976. **365** Aharoni/Dietl: a. a. O. Peter Malkin/Harry Stein: Eichmann in my hands, A compelling first-person account by the Israeli agent who captured Hitler's chief executioner, New York 1990. **366** Es geht um den berühmten lettischen Flieger Herbert Cukurs. Er hatte sich 1940, als die Sowjetunion gerade Lettland besetzt hatte, auf den Weg nach Moskau gemacht, um dem sowjetischen Geheimdienst seine Dienste anzubieten. Ein Jahr später marschierten die Deutschen in Riga ein – und das hätte für jemanden, der im Verdacht stand, Sowjet- spitzel zu sein, gefährlich werden können. Cukurs wurde Mitglied des Erschießungskommandos von Viktor Aräjs, das der SS bei Exekutionen zur Hand ging. Konkrete Anschuldigungen gegen ihn liegen nicht vor, nachweislich hat er zwei jüdischen Frauen das Leben gerettet. Nach dem Krieg setzte sich Cukurs nach Brasilien ab, wo er unter seinem legalen Namen lebte. Ein Auslieferungsantrag wurde nie gestellt. 1965 wurde er in Montevideo von einem angeblichen Kommando namens »Die nicht vergessen wollen« erschlagen. Man warf ihm vor, Mitglied der nationalfaschistischen

Pärkonkrust gewesen zu sein. 1997 erschien das Buch »Der Tod des Henkers von Riga« zunächst in Israel, dann in mehreren Sprachen in großer Aufmerksamkeit. Der Autor nannte sich Anton Künzle, ein angeblicher israelischer Geheimagent. Das Vorwort der englischen Ausgabe verfasste General Meir Amit, Chef des Mossad. Während die weltweite Presse das Buch in den höchsten Tönen pries, urteilt Margers Vestermanis vom jüdischen Museum in Riga: »Es ist wirklich eine Schande, dass der Mossad so schlecht arbeitet. So primitiv, wenigstens was das Buch ›Der Tod des Henkers von Riga‹ betrifft.« Näheres auf der Homepage der Autorin unter: [www.gabyweber.com](http://www.gabyweber.com). Vgl. auch die Sendung im Deutschlandfunk: Der Bluff des Rächers, 1. Februar 2008. **367** Vgl. BN, Nachlass Frondizi, a. a. O., Caja 1393, Richard Helms an General Lagalaye vom 23. September 1960. **368** Vgl. ebd. **369** Vgl. Schreiben des NLE an die Autorin vom 5. Januar 2012. **370** Vgl. Dirección de Aeronáutica Civil Uruguay, Aeropuerto Carrasco, Flugbericht vom 11. Mai 1960. **371** Interview der Autorin mit Antonio B. am 8. Januar 2010 in Uruguay. **372** Ebd. **373** Ebd. **374** Interview der Autorin mit Uki Goñi am 7. Oktober 2010 in Buenos Aires. **375** Vgl. BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1301 bis 1750, S. 432, Vermerk vom 5. Juli 1960. **376** Brandl, a. a. O. **377** E-Mail von Dr. Lothar Ulsamer, Daimler AG, Leiter der Abt. Politik und Außenbeziehungen der Daimler AG an die Autorin vom 27. Januar 2012. **378** Ebd. **379** BND-Archiv, Signatur 121099, S. 69, eigene Aussage Eichmanns gegenüber Sassen, dritte Freigabe Sassen-Interview. **380** Siehe auch: [www.raoul-wallenberg.eu](http://www.raoul-wallenberg.eu). **381** Edward Teller: Testimony in the Matter of J. Robert Oppenheimer. 28. April 1954. Online verfügbar unter: [www.pbs.org/wgbh/amex/bomb/filmmore/reference/primary/tellertestimony.html](http://www.pbs.org/wgbh/amex/bomb/filmmore/reference/primary/tellertestimony.html). **382** Originaltitel: Dr. Strangelove or: How I Learned to Stop Worrying and Love the Bomb, 1964. **383** NLE, John McCones Papers, Vermerk vom 5. Mai 1959, declassified 9. März 2011, NLE 2011–20. **384** Vgl. NLE, (3158) Kabinettsitzung vom 29. April 1960. **385** Vgl. ebd., (3168). **386** Vgl. ebd. **387** Vgl. NLE, (3189) Brief von George H. Roderick ohne Datum, vorgelegt am 29. April 1960 im Kabinett, S. 3 des Briefes. **388** Vgl. ebd. **389** Vgl. ebd., (3180). **390** NLE, William Merrill Whitman Papers, 1940–83, A 95, Box 75. U.S. AEC: Annex VII, Nuclear Construction of a sea level canal and cost of nuclear excavation, Isthmian canal plans 1960, Januar 1960, official use only, declassified 18. September 1963, S. 9. **391** Vgl. ebd., S. 13. **392** Vgl. ebd., S. 3. **393** Ebd., S. 27. **394** Vgl. ebd., S. 1. **395** Department of Energy, Executive Summary: Plowshare Programm, S. 3. **396** Ebd. S. 3. **397** Vgl. NLE, (3158) Kabinettsitzung vom 29. April 1960. **398** Vgl. ebd. **399** Vgl. ebd. **400** Vgl. ebd. **401** Vgl. NLE, National Security Council, Discussion at the 443rd Meeting of the National Security Council, Thursday, May 5, 1960, NSC Series, Box 12, Eisenhower Papers, 1953–1961 (Ann Whitman File). **402** Vgl. ebd. **403** Vgl. PAAA, B 43 I18, 22, Vermerk vom 11. Mai 1960.

**404** Vgl. DoE, Plowshare Programm, a. a. O., S. 3. **405** Vgl. NLE, (1288) Ann Whitman Diary Series, Box 11, a 75-22, 1285 central files, confidential files, subject series, box 8, pre-acc, Teller-Brief an Eisenhower vom 11. Mai 1960, S. 1. **406** Vgl. ebd. **407** Ebd., (1289) S. 2. **408** NLE, (1384) Memo Meeting with the President am 29. April 1960. **409** Vgl. NLE, (3208) Papers as President, Ann Whitman files, Cabinet Series, Box 16 A 75-22, Anwesenheitsliste 12. Mai 1960. **410** Vgl. ebd., (3218) Protokoll Kabinettsitzung 12. Mai 1960, S. 3. **411** Vgl. ebd., (3219) S. 4. **412** Vgl. CIA-Brief an die Autorin vom 16. Februar 2011, Ref: F-2011-00542. **413** BN, Frondizi Nachlass, caja 1666, casa militar, inteligencia, Bericht über den anstehenden Besuch von York, 12. Mai 1960. **414** Ebd., Bericht vom 13. Mai 1960. **415** Vgl. ebd., Bericht vom 12. Mai 1960. **416** Vgl. La Prensa, 18. Mai 1960: La Presidencia de la Comisión Nacional de Energía Atómica. Der Artikel befindet sich in der argentinischen Nationalbibliothek, Nachlass Frondizi, caja 1677. **417** Vgl. BN, caja 1666, casa militar, inteligencia, a. a. O., Bericht vom 17. Mai 1960, »Declaraciones«. **418** Vgl. El Orden, 12. Mai 1960, S. 1: Finalizó exitosamente la primera etapa de trabajos la Texas Butadiene. Das wurde auch von R. Ornstein bestätigt. **419** Interview der Autorin mit Violeta Martínez am 7. April 2011 in Puerto Deseado, veröffentlicht im Deutschlandfunk, »Dossier« am 3. September 2011, 19.15 Uhr. **420** Interview der Autorin mit Pedro Urban am 7. April 2011 in Puerto Deseado, veröffentlicht im Deutschlandfunk, »Dossier« am 3. September 2011, 19.15 Uhr. **421** Ebd. **422** Vgl. Heinz Steffens: Ein Deutscher zwischen zwei Welten, Paraná 2008, S. 39. Die Autorin hat 2010 Steffens noch vor seinem Tod in Paraná interviewt. **423** Ebd., S. 71. **424** Interview der Autorin mit Roberto Oyarzo am 7. April 2011 in Puerto Deseado, veröffentlicht im Deutschlandfunk, »Dossier« am 3. September 2011, 19.15 Uhr. **425** Ebd. **426** Vgl. Camara de Diputados de la Nación, Protokolle, 9. Juni 1960, S. 503. **427** Vgl. ebd. 503 f. **428** El Orden, a. a. O. **429** Auskunft vom Leiter des Flughafens in Puerto Deseado am 7. April 2011 der Autorin gegenüber. **430** Interview der Autorin mit Marcos Oliva Day am 7. April 2011 in Puerto Deseado. **431** Vgl. Archivo General de la Armada, Buenos Aires, Caja 93. **432** Vgl. El Orden, a. a. O. **433** Vgl. Archivo Armada, Libro de navegación San Bartolomé No. 1525/1, Aufzeichnung vom 14. Mai 1960. **434** Vgl. ebd. **435** Besuch im Marinearchiv in Buenos Aires im März 2011. **436** Vgl. Archivo Armada, Libro de navegación San Bartolomé No. 1525/1, Aufzeichnung vom 18. Mai 1960. **437** Vgl. ebd., Aufzeichnungen vom 27. Mai 1960. **438** Vgl. DoE, Plowshare Programm, a. a. O., S. 7 ff. **439** Vgl. ebd., S. 14, S. 26. **440** Vgl. ebd., S. 14. **441** Vgl. NARA, RG 59, CDF 1960-63, 102.2102/7-1360, Herbert York, 2 pp, Box 107, 250/3/3/2. **442** Chapter 9, Section 91, C. (»Militärische Anwendung der Atomenergie«) des Atomic Energy Act 1954. Danach kann der US-Präsident die AEC und das Department of Defense beauftragen, anderen Nationen nichtnukleare

Teile für Atomwaffen oder Atomwaffenforschung zu verkaufen oder zu leihen – aber nur wenn das kein übertriebenes Risiko für die gemeinsame Verteidigung und Sicherheit darstellt. 443 Vgl. DoE-Archiv, RG 326, Collection Secretariat, Box 1343, Folder 5, IA2, freigegeben nach dem FOIA vom DoE an die Autorin. 444 Vgl. ebd. 445 NLE, John McCone Papers, Memo 26. November 1960, Goodpaster to Secy of Defense and Chairman AEC re atomic matters, O & M 12-1, freigegeben 30. Juni 2011. 446 Ebd. 447 Interview der Autorin mit Pedro Urban am 7. April 2011 in Puerto Deseado. 448 Vgl. Brief des AA an die Autorin, vom 29. Juni 2011, 117-251.07 Weber. 449 Vgl. Schreiben des argentinischen Verteidigungsministeriums an die Autorin, Vermerk vom 12. April 1960. 450 Vgl. Archivo Armada, a. a. O., Bordbuch vom 18. Mai 1960. 451 Vgl. Antwort der USGS an die Autorin, vom 15. Juli 2011, Aktenzeichen: REF:USGS-2011-00110. 452 Vgl. La Razón, 4. Mai 1960, S. 1: Harán trabajos científicos con aviones de E. U. 453 Interview der Autorin mit Prof. Rojas sowie seinem Kollegen, Prof. Mario Pino, am 26. April 2011 in Valdivia. 454 Ebd. 455 Ebd. 456 Interview der Autorin mit Prof. Mario Pino am 26. April 2011 in Valdivia. 457 Ebd. 458 Interview der Autorin mit Dr. Ramos am 23. März 2011 in der UBA. 459 Ebd. 460 Ebd. 461 Vgl. Terminkalender Eisenhower, a. a. O. 462 Vgl. NLE, (3573) Ann Whitman Diary Series, A 75-22, Box 11, Diary Period May 26 to June 6. 463 Laut der Mitteilung des NLE an die Autorin vom 8. Juli 2011 betreffen das Erdbeben in Chile folgende Akten: Records as President, White House Central Files, Official File, OF 113-T, Disaster Aid for Chile Due to Earthquake, 1960 (1)–(2) [Box 477] – 128 Seiten; sowie White House Office, Office of the Special Assistant for National, Security Affairs, OCB Series, Subject Subseries, Chilean Disaster, Relief [Box 1] – 76 Seiten. Laut dieser Auskunft befinden sich in de Akten keine Hinweise auf Atomwaffenversuche, und die Akten beginnen erst Ende Mai, also einige Tage nach dem Erdbeben. 464 Vgl. La Razón, a. a. O. 465 Mehrere Besuche der Autorin im Archiv des ZK der KPA in Buenos Aires Ende 2008. 466 Telefonat mit der Autorin Ende Januar 2009. 467 Interview der Autorin mit Fanny Edelman am 29. Januar 2009 in Buenos Aires. 468 Zitiert nach La Nación, 7. Juni 1960, S. 3: Israel envió una nota sobre Adolf Eichmann. 469 Vgl. ebd. 470 Vgl. ebd. 471 Zitiert nach Clarín, 11. Juni 1960, S. 10: Ben Gurion Lamenta la Violación de la Ley Argentina. 472 Vgl. ebd. 473 Vgl. NARA, (4187) Disarmament 1960–61, 321.9, RG 84 Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, Argentina US Embassy, General Records, 1936–61, 1959–61: 312 to 1959–61: 350- box 3. Eichmann case – 1960, Vermerk vom 9. Juni 1960. 474 Vgl. NARA, (4213) State, NND 959076, Box 3, Eichmann case – 1960, Telegramm vom 15. Juni 1960. 475 Ebd., (4184) Vermerk vom 7. Juni 1960. 476 Vgl. ebd. 477 Vgl. ebd., (4248) Nachricht vom 16. Juni 1960 aus New York an das State Department. 478 Vgl. ebd. 479 Vgl.

ebd. **480** Vgl. ebd., (4270) Artikel vom 12. Juni 1960. **481** Ebd., (4272). **482** Vgl. ebd., (4260) 21. Juni 1960 aus New York. **483** NARA, (4161) Disarmament 1960–61, 321.9, RG 84 Records of the Foreign Service Posts of the Department of State, Argentina U.S. Embassy, General Records, 1936–61, 1959–61: 312 to 1959–61: 350- Box 249 /old box2, Entry US 2023. Declassified NND 948831, Telegramm aus New York über die Sitzung des Sicherheitsrats vom 22. Juni 1960. **484** Interview der Autorin mit Leopoldo Schiffrin am 9. März 2011 in La Plata. **485** Ebd. **486** Ebd. **487** Ebd. **488** Vgl. Schreiben des beklagten US-Justizministerium an das Bezirksgericht des Bundesstaates Columbia vom 9. Januar 2012, S. 12, Verfahren Gudiel vs. Sebeluis, Aktenzeichen: 1:11-cv-527-RBW. **489** Vgl. Bundesverwaltungsgericht Leipzig, Dr. Weber ./ BRD, 7 A 6/08 und 20 F 22.10, Signatur 121099, S. 93. **490** BND-Archiv, zweite Freigabe, Signatur 121099, S. 1301 bis 1750, S. 403, Eigenmeldung vom 30. Mai 1960. **491** PAAA, B 82, Nr. 432. **492** Vgl. PA AA, B 82, Nr. 432, Schreiben der deutschen Botschaft in Buenos Aires vom 8. November 1960 an AA. **493** Vgl. PAAA, B 82, Nr. 432, Dokument vom 9. Februar 1962. **494** PA AA, 20. Mai 1961, B 130, Bd. 7007 A, Handakte Carstens. **495** Vgl. NARA, (4184) Disarmament 1960–61, a. a. O., 350- box 3. Eichmann case, Memo 7. Juni 1960 von Julian Nugent. **496** Vgl. BN, caja 473, Bericht vom 28. Mai 60, Bericht Nr. 1778. **497** Vgl. Wolfgang Breyer: Dr. Max Merten – ein Militärbeamter der deutschen Wehrmacht im Spannungsfeld zwischen Legende und Wahrheit, Mannheim 2009, S. 137. **498** Vgl. BND-Archiv, zweite Freigabe, Signatur 121099, S.1301 bis 1750, S. 403, Eigenmeldung vom 30. Mai 1960. **499** Ebd., S. 404. **500** Vgl. Jorge Antonio im Interview mit Román Lejtman in TV América 2, »Documenta«, am 5. November 2006. Der Auszug aus dem Interview ist auf der Homepage der Autorin zu finden: [www.gabyweber.com](http://www.gabyweber.com). **501** Vgl. NARA, (4319) State, Eichmann case, a. a. O., Telex vom 14. Juli 1960, von US Botschaft in Teheran an State. **502** BND-Archiv, Signatur 3187, Bericht vom 29. März 1961, S. 7. **503** Ebd., S. 11. **504** Ebd., S. 9. **505** Vgl. ebd., S. 11. **506** Vgl. ebd., S. 9. **507** BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1301 bis 1750, S. 432. **508** Vgl. PAAA, B 130, 5680 A, Fernschreiben vom 10. November 1960. **509** In den Unterlagen des BND und des AA heißt das Schiff Strouma. **510** Vgl. PAAA, B 130, 5680 A, Fernschreiben vom 10. November 1960, S. 1. **511** Erst Ende der achtziger Jahre wurde die Version der Versenkung durch die Nazis bestätigt, siehe: H. D. Heilmann, Aus dem Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam. In: Götz Aly u. a. (Hrsg.): Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie, Institut für Sozialforschung in Hamburg: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 4, Berlin 1987, S. 165. **512** PA AA, B 130, 5680 A, Fernschreiben vom 10. November 1960, S. 2. **513** Vgl. ebd., S. 3. **514** Vgl. BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1301 bis 1750, S. 437. **515** Vgl. BND-Archiv, Signatur 121099,

S. 1751 bis 2200, S. 368, Geheimvermerk 29. März 1961. 516 Ebd., S. 19.  
517 Vgl. BND-Archiv, Signatur 100470, S. 58. 518 BND-Archiv, Signatur  
121099, S. 1301 bis 1750, S. 408. 519 BND-Archiv, Signatur 100470,  
S. 157 ff., Vermerk vom 23. November 1960. 520 KAS, 993/5/60 vom  
19. Dezember 1960. 521 Ebd., S. 2. 522 Ebd. 523 Ebd. 524 Vgl.  
PA AA, B 2, Büro Staatssekretär. Bd. 444, 1958–65, Sonderband Israel.  
525 Ebd., S. 2. 526 Vgl. PA AA, B 130, 5680 A, Vermerk vom August 1961.  
527 Vgl. PA AA, B 130, 5680 A, ohne Datum. 528 Landesarchiv Düsseldorf,  
Rep 00195\_01058, Bl. 7, Vernehmung von Rolf Vogel am 9. März 1961.  
529 Ebd., Rep 00195\_01058, Bl. 9. 530 Ebd., Bl. 5. 531 Ebd. 532 Ebd.,  
Bl. 6. 533 Ebd. 534 Landesarchiv Düsseldorf, 1060, Bl. 37, Servatius am  
3. Januar 1961 an den leitenden Oberstaatsanwalt in Bonn. 535 BND-  
Archiv, Signatur 3187, S. 7. 536 Ebd. 537 PA AA, B 130, 5680 A, Gespräch  
mit Botschafter Shinnar, Vermerk vom 27. April 1961. 538 Vgl. ebd.  
539 Vgl. ebd. 540 PA AA, B 130, 2306 A, Vermerk »Geheim« vom 29. Juni  
1961. 541 Vgl. ebd. 542 BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1751 bis 2200,  
S. 447. 543 BND-Archiv, Signatur 121099, S. 2201 bis 2425, S. 35, Vermerk  
vom 28. September 1961. 544 Vgl. KAS, Akte I-070-083/1, Baden am  
31. Juli 1961 an StA Pfromm. 545 Vgl. PA AA, B 2, Bd. 444, Sonderband  
Israel, Schreiben der Oberfinanzdirektion München vom 15. Februar 1954.  
546 PA AA, B 130, 5680 A, 19. Dezember 1960, S. 2. 547 PA AA, B 2,  
Bd. 444, Sonderband Israel, Vermerk vom 2. Februar 1961. 548 Vgl. ebd.,  
Vermerk vom 14. November 1960, S. 2. 549 Ebd., Vermerk vom 2. Fe-  
bruar 1961. 550 KAS, Akte I-070-085/3, Vermerk vom 19. Oktober 1960.  
551 Ebd. 552 Vgl. KAS, I-070-083/1, Dokument vom 7. Juli 1961.  
553 BND-Archiv, Signatur 121099, S. 2201 bis 2425, S. 19 f., Vermerk vom  
20. Juli 1961. 554 Ebd., S. 26. 555 Vgl. PA AA, B 130, 5680, Vermerk vom  
April 1961, ohne Angabe des Tages. 556 PA AA, B 2, Bd. 444, Sonderband  
Israel, Vermerk vom 24. Oktober 1960. 557 Ebd., Vermerk vom 2. No-  
vember 1960. 558 Vgl. ebd., S. 2 des Vermerks. 559 Vgl. ebd. 560 Vgl.  
PA AA, B 130, Bd. 5515. 561 BND-Archiv, Signatur 121099, S. 2201 bis 2425,  
S. 169, S. 171. 562 BND-Archiv, Signatur 3187, S. 10, S. 4 des Vermerks  
vom 29. März 1961. 563 Ebd., S. 6. 564 Ebd. 565 KAS, Akte I-070-  
088/1, Fernschreiben von Rolf Vogel am 22. März 1962 an AA. 566 Vgl.  
PA AA, B 150, Aktenkopien 1960, 25. August 1961, Shinnar. 567 Vgl. ebd.,  
S. 1. 568 Ebd., S. 2. 569 Vgl. PA AA, B 2, Bd. 444, Vermerk vom 12. Juni  
1961, S. 2. 570 Vgl. ebd., Aufzeichnung am 25. August 61, S. 2. 571 Vgl.  
PA AA, B 150, Vermerk vom 3. Oktober 1961. 572 Vgl. PA AA, B 2, Bd. 444,  
Sonderband Israel, Vertrag vom 31. Oktober 1961. 573 Ebd., 14. April 1962.  
574 Ebd., Vermerk vom 16. April 1962. 575 Ebd., Vermerk vom 2. Oktober  
1963. 576 Ebd., Vermerk vom 8. Oktober 1963. 577 Vgl. ebd., Vermerk  
vom 13. Oktober 1963. 578 Ebd., Vermerk vom August 1963. 579 Vgl.  
ebd. 580 Vgl. ebd., S. 2. 581 Ebd., Vermerk vom 4. Oktober 1965.

582 Ebd., Vermerk von Staatssekretär Carstens vom 16. Oktober 1963.  
583 Ebd., Vermerk vom 25. September 1963. 584 Vgl. Cohen, a. a. O., S. 129 f. 585 PAAA, B 2, Bd. 444, Sonderband Israel, Dr. Kurt Birnenbach an den Bundeskanzler, Vermerk vom 30. April 1965. 586 Ebd., 16. April 1965, S. 1. 587 Vgl. ebd., S. 2. 588 Ebd., Vermerk vom 31. Mai 1965, S. 1. 589 Ebd., Fernschreiben aus Tel Aviv vom 14. Oktober 1965. 590 Vgl. ebd., Vermerk vom 4. Oktober 1965, S. 1. 591 Heinrich Harries: Wiederaufbau, Welt und Wende 1948–1998. Die KfW – eine Bank mit öffentlichem Auftrag, Frankfurt am Main 1998, S. 82. 592 E-Mail von Dr. Charis Pöthig, Stellvertretende Pressesprecherin der KfW vom 18. Oktober 2010 an die Autorin. 593 Vgl. NLE, Ann Whitman files international series, box 32. Avraham Harman, Ben Gurion to Herter. 6/9/60 A (ISR) State/NSC. Der Brief zitiert Ben Gurions Brief vom 23. Mai 1960. 594 Ebd., S. 1. 595 Vgl. BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1751 bis 2200, S. 269, Vermerk vom 2. März 1961. 596 Ebd., S. 2. 597 Ebd. 598 Ebd. S. 282. 599 NARA, CIA namefile, a. a. O., Vermerk vom 21. April 1961. 600 Vgl. BND-Archiv, Signatur 121099, S. 1751 bis 2200, S. 282. 601 Der Brief ist Online verfügbar unter: [www.archives.gov.il/ISA/RG\\_74/A\\_3145/3](http://www.archives.gov.il/ISA/RG_74/A_3145/3). Der Brief vom 3. Februar 1961 befindet sich auch in der Dokumentation Friedmans, a. a. O. 602 Vgl. ebd. 603 Ebd., Brief vom 31. März 1961. 604 [www.archives.gov.il/ISA/RG\\_74/A\\_3145/3](http://www.archives.gov.il/ISA/RG_74/A_3145/3). 605 Vgl. Legajo 10.587, Ms. Ds Legajo 25.765, Tomo II und Legajo 32.739, Comisión provincial por la Memoria. Memo des Direktors des Geheimdienstes vom Depto AR No. 35 vom 15. März 1961 »Gerüchte in Mardel«, S. 26 der Akte. 606 Vgl. La Mañana, 13. März 1961, S. 1: Más Revelaciones Sobre el Caso del Dr. Mengele. 607 Vgl. ebd. 608 Vgl. Comisión provincial por la Memoria, 24. März 1961, »Noticias graficas«: Mengele no era Mengele. 609 Vgl. ebd. 610 Vgl. ebd. 611 Dies erfuhr Liliana Hermann bei ihrem Besuch in Coronel Suárez im Februar 2011. 612 Tonbandinterview der Autorin mit Adolfo Kleiner am 26. Februar 2012 in Coronel Suárez. 613 Dies erzählte Silvia Hermann ihrer Nichte Liliana. Interview der Autorin mit Liliana Hermann am 13. April 2011 in Buenos Aires. 614 Vgl. Legajo 10.587, Ms. Ds Legajo 25.765, Tomo II und Legajo 32.739, Comisión provincial por la Memoria, Folio 80 f, Bericht der Polizei von Coronel Suárez vom 18. Mai 1966, Unterschrift Juan Nelo Trujillo. 615 El Imparcial, 30. April 1971, S. 1: Un autor israelí vincula a un convecino con la captura del Nazi Adolf Eichmann. 616 Vgl. ebd. 617 Vgl. Abschiedsrede von Präsident Eisenhower, gehalten am 17. Januar 1961. Abschrift abrufbar unter: [en.wikisource.org/wiki/Eisenhower's\\_farewell\\_address](http://en.wikisource.org/wiki/Eisenhower's_farewell_address). 618 Vgl. ebd. 619 Vgl. E-Mail des Department of Justice vom 28. Juni 2011 an die Autorin. 620 Vgl. Schreiben des Department of Energy, 5. Januar 2011 an die Autorin. 621 Vgl. Schreiben des BND an die Autorin vom 30. August 2011, gez. Ulrich Utis. 622 Entscheidung des Fachsenats des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig vom 23. No-

vember 2011, bekannt gegeben Anfang Februar 2012, Aktenzeichen: 20 F 22.10. **623** Siehe: [www.gabyweber.com/prozesse.php](http://www.gabyweber.com/prozesse.php). **624** Vgl. Schreiben des Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Hartmut Weber, an die Autorin, mit Datum vom 16. November 2010. **625** Vgl. VerwG Koblenz, 5 K 42411.KO, Urteil vom 1. Februar 2012, Dr. Weber ./.. BRD, S. 14. **626** Einzelheiten zu dem Rechtsstreit unter: [www.gabyweber.com/prozesse.php](http://www.gabyweber.com/prozesse.php). **627** Die beiden kamen wenige Tage nach dem Amtsantritt von John F. Kennedy und dem US-Versprechen, auf weitere U-2-Flüge zu verzichten, im Januar 1961 frei. Vgl. Time Magazine, 3. Februar 1961: Return of the Airmen, Gambit in the Cold War. RB-47 Flyers McKone & Olmstead.

Eine Auswahl der angeführten Dokumente stellt die Autorin freundlicherweise auf ihrer Homepage unter [www.gabyweber.com](http://www.gabyweber.com) zur Verfügung.

## Personenregister

- Abrahín, Ramón 138  
Abs, Hermann Josef 88, 99, 101,  
105, 183, 197  
Adenauer, Konrad Hermann  
Joseph 8–10, 15, 17–22, 56, 61,  
67, 86–89, 92, 95–97, 99,  
100–102, 104, 105, 110, 117, 123,  
124, 151, 156, 163, 164, 168, 169,  
175, 181, 183–185, 188, 190, 196,  
197  
Altgelt, Ernesto 64  
Alvensleben, Ludolf-Hermann  
von 162  
Amadeo, Mario 156, 157  
Antonio, Jorge 16, 24, 71, 72, 76,  
124, 165  
Aramburu, Pedro Eugenio 62, 64  
Ardenne, Manfred von 73  
Arendt, Hannah 13  
Asensio, Manuel 139  
Averoff, Evangelos 178  
  
B., Antonio 122  
Baden, Manfred 175, 177  
Baeck, Leo 37  
Balke, Siegfried 99  
Bandel 71  
Barbie, Nikolaus »Klaus« 9  
Bar-Or, Jakob 179, 181  
Bar-Zohar, Michael 193  
Bascomb, Neal 11  
Bauer, Fritz 12, 22, 69, 77, 87, 97,  
98, 123, 163, 171, 190, 192  
Baumbach, Werner 71  
  
Bayrhofer, Walther 45  
Beaulac, Willard Leon 127, 128,  
155  
Becher, Kurt Andreas Ernst 53, 54,  
167, 189  
Becker, Walther 167  
Beckerle, Adolf 167  
Begin, Menachem 87  
Belchenko, Vladimir 106  
Ben Gurion, David 8, 9, 14, 15, 17,  
21, 69, 80, 81, 83, 87, 88, 98,  
100–102, 104–106, 115, 121, 123,  
124, 150, 151, 153, 155, 157, 163,  
164, 168, 169, 171, 172, 179, 181,  
182, 184, 185, 187, 190, 194  
Ben-Nathan, Asher 186  
Berger, Susanne 127, 128  
Bergmann, Ernst David 79  
Bernbaum, Maurice 116  
Bidder, Hans 167  
Bittenfeld, Hans-Heinrich  
Herwarth von 167  
Blankenhorn, Herbert 167  
Brand, Joel Jenö 66  
Brandt, Willy 20, 104  
Braun, Wernher von 69  
Bräutigam, Otto 168  
Brown, Lutcher 122  
Bruckmann, Werner 156  
Burchinal, David A. 136  
Bunge, Emy 77  
Burkhardt, René 93–95  
Bush, George Walker 33, 199  
Bush, Prescott 33

- Carstens, Karl 101, 103, 104, 163, 170, 184
- Castro, Fidel 19, 81
- Cesarani, David 11
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 18, 26, 80, 100, 107, 109–113, 115–117, 125, 195
- Clement, Gastón Carlos 108
- Clinton, Hillary Diane 159
- Clinton, William Jefferson »Bill« 127
- Cohen, Sam 40, 41
- Cohn, Josef 83, 99, 100
- Comben, Juan Vesey 191
- Couve de Murville, Maurice 26
- Cukurs, Herbert 120
- Dadieu, Armin 56, 60
- Day, Marcos Oliva 141
- Dayan, Moshe 82
- de Gaulle, Charles André Joseph Marie 82, 83, 104, 112
- Deutschkron, Inge 178
- Dewoitine, Émile 71
- Diebner, Kurt 83
- Dietl, Wilhelm 120
- Dornberger, Walter 69
- Dulles, Allen Welsh 20, 28, 34, 67, 122, 127, 134, 151, 179, 189
- Dulles, John Foster 34
- Eban, Abba 165
- Edelman, Fanny 153
- Eichmann, Adolf Otto (alias Ricardo Klement bzw. Alfred Veres) 9–16, 21, 22, 31, 36–38, 42, 43, 48, 51–60, 62–69, 76, 77, 86, 94, 96–98, 102, 105–107, 114–116, 118–128, 150–173, 175–182, 187–194, 196–198
- Eichmann, Dieter 162, 163
- Eichmann, Horst 162
- Eichmann, Klaus 11, 12, 69, 162, 163, 192
- Eichmann, Ricardo 162
- Eichmann, Veronika (geb. Liebl) 55, 64, 119, 162, 163, 177
- Eisenhower, Dwight David 7–9, 19, 23–30, 74, 79–82, 107–111, 113, 116, 117, 122, 125, 128, 129, 131, 133–136, 143, 144, 150, 151, 157, 194, 195
- Eitan, Rafael »Rafi« 121
- Elam, Shraga 53
- Ellrichshausen, Alfred 76, 77
- Ellrichshausen, Ruth 76
- Emiljanow, Wassili 24, 80, 125
- Esau, Abraham Robert 83
- Facht, Roberto 76, 77
- Farish II., William Stamps 32, 33, 35
- Flegenheimer, Hans 73
- Frank, Hans Michael 66
- Freude, Ludwig 77
- Friedman, Tuviah 98
- Frisch, Otto Robert 83
- Fritsch, Eberhard 61, 65–68
- Frois, Enrique 122
- Fronidizi, Arturo 18, 24, 107–109, 118, 119, 128, 137, 144, 155–157, 187
- Fuldner, Horst Alberto Carlos 66, 77
- Galland, Adolf 60, 71
- Gates, Thomas Sovereign 113, 117, 133–135
- Gawlik, Hans 93
- Gehlen, Reinhard 20, 176, 196
- Gentner, Wolfgang 99
- Gerhardsen, Einar 89
- Gilbert, Isidoro 107, 109
- Globke, Hans Josef Maria 10, 15, 20–22, 66, 67, 90, 93–97, 101, 105, 110, 163–165, 169, 171–173, 175–183, 185, 187, 188, 190, 196, 197

- Gnavi 121  
 Goldmann, Nahum 51, 168  
 Gomberg, Henry 86  
 Goñi, Uki 59, 123  
 Goodpaster, Andrew Jackson 117,  
 135  
 Gray, Gordon 122, 128, 134, 135  
 Gregor, Werner E. H. 167  
 Grewe, Wilhelm Georg 167, 169  
 Gronchi, Giovanni 111  
 Groth, Wilhelm 83  
 Guevara, Ernesto »Che« 19, 81,  
 118  
  
 Haberland, Ulrich 99  
 Hahn, Otto 73, 83, 99  
 Hallstein, Walter 184  
 Harel, Isser 12, 98, 120  
 Harman, Avraham 86, 168, 169  
 Harriman, William Averell 33  
 Harteck, Paul Karl Josef Maria 83  
 Hausmann, Israel Simon 47  
 Hausser, Paul 56, 57  
 Heinemann, Gustav 176, 178  
 Heisenberg, Werner 83, 129  
 Helfferich, Emil 33  
 Helms, Richard McGarran 121, 124  
 Henrici, Julius 71  
 Henrici, Karl 71  
 Hermann, Liliana 11–13, 191, 192  
 Hermann, Lothar 11, 12, 68, 69,  
 77, 98, 114, 123, 190–193, 198  
 Hermann, Silvia 11, 12, 69, 77, 192  
 Herter, Christian Archibald 28,  
 86, 109, 110, 117, 187  
 Hertwig, Hans-Joachim 115  
 Heuss, Theodor 180  
 Hexter, Maurice B. 40  
 Hickey, Thomas Francis 135  
 Himmler, Heinrich Luitpold 33  
 Hitler, Adolf 33, 35, 36, 57, 69, 70,  
 76, 88, 90, 99, 110, 139, 153, 169,  
 188  
  
 Hopf, Volkmar 185  
 Horten, Reimar 71  
 Höß, Rudolf Franz Ferdinand 177  
  
 Jeckeln, Rodolfo 70  
 Johnson, Gerald 131  
 Junker, Werner 167  
  
 Kaltenbrunner, Ernst 37  
 Kammler, Hans Friedrich Karl  
 Franz 83  
 Kanter, Ernst 92  
 Karamanlis, Konstantinos 95, 96,  
 178  
 Kasztner, Rudolf 52, 53, 158, 160,  
 161, 167  
 Kaul, Friedrich Karl 173–175  
 Kennedy, John Fitzgerald 19, 107,  
 185, 196  
 Kent, Sherman 112  
 Kesselring, Albert 56  
 Kistiakowsky, George Bogdan 151,  
 199  
 Klaiber, Manfred 166, 167  
 Kleiner, Adolfo 192  
 Kleiner, Hans (alias Juan Kleiner)  
 70–72, 75  
 Kopps, Reinhard (alias Juan Maler)  
 67, 73  
 Kordt, Theodor 167  
 Koretz, Zvi 93, 94  
 Kröger, Herbert 115  
 Krumei, Hermann Alois 167  
 Kubrick, Stanley 130, 199  
  
 Lagalaye, Juan Alberto 121  
 Laucher, Carlos 64  
 Lynder, Frank 174  
  
 Macmillan, Maurice Harold 26  
 Marchtaler, Hans-Ulrich von 167  
 Martínez, Violeta 138  
 McCarthy, Joseph Raymond 129

- McCone, John Alexander 24, 28,  
29, 80, 85, 86, 107, 111, 116, 117,  
125, 128–131, 135, 136, 144, 151,  
187
- McKone, John 199
- Meir, Golda 45, 82, 156, 191
- Meissner 92
- Meitner, Lise 83
- Melchers, Wilhelm 167
- Mengele, Josef 60, 69, 159, 191, 192
- Merkel, Angela 159, 196, 199
- Merkel, Curt-Heinz 115
- Merten, Max 20–22, 90–97, 160,  
163, 167, 172, 175–178, 188
- Mohr, Ernst-Günther 167
- Møller, Fredrik 85
- Mollet, Guy 81, 82
- Mosetti, Carry 35
- Mosetti, Francesco »Franzi« 35
- Mosetti, William 16, 31, 34–36, 39,  
75–77, 119, 123, 128, 187
- Müller, Heinrich 48, 173
- Müller, Vincenz 115
- Mussolini, Benito Amilcare  
Andrea 35, 36, 70
- Nannen, Henri 62
- Nasser, Gamal Abdel 79, 81, 82
- Negley, William 34, 122
- Nenne 84
- Neurath, Konstantin Hermann  
Karl Freiherr von 77
- Norden, Albert 169
- Obama, Barack Hussein 159, 196,  
198
- Oberländer, Theodor 10, 89, 110
- Ojeda, César 70
- Olmstead, Bruce 199
- Oppenheimer, Julius Robert 129
- Ornstein, Roberto 30
- Ortíz 121
- Oyarzo, Roberto 139, 140
- Pardo, Pablo 116
- Peres, Shimon 81, 82, 124, 198
- Perón, Juan Domingo 13, 16, 24,  
60–62, 64, 65, 70–74, 76, 77,  
80, 118, 124, 157, 158, 162
- Pfromm, Werner 171, 172, 175, 187
- Pilger, Hans Carl Adolph 40
- Pineau, Christian 82
- Pino Quivira, Mario 148
- Pitts, Ray 108, 109
- Polkes, Feivel 38
- Posser, Diether 96, 97, 176, 178
- Preuschen 174
- Priebke, Erich 73
- Quarles, Donald Aubrey 28, 29
- Quihillalt, Oscar Armando 137
- Ramírez, Hernández 140
- Ramírez 121
- Ramos, Victor Alberto 148, 149
- Ranner, Herbert 56, 57
- Rauff, Walter 9
- Reagan, Ronald Wilson 199
- Reichelt, Hans 115
- Richter, Ronald 73, 76
- Rockefeller, John Davison 31–36,  
39, 123
- Roderick, George H. 131
- Rojas, Carlos 146–148
- Roosevelt, Franklin Delano 35, 45
- Rosen, Pinchas 106, 161, 190, 191
- Rosenberg, Alfred Ernst 40
- Roth 71
- Rudel, Hans-Ulrich 60–63, 68,  
71, 73
- Sänger, Eugen 74
- Sassen, Willem 11, 12, 51, 62, 63,  
65–69, 114, 115, 125, 128, 160,  
162, 179, 197
- Savio, Manuel Nicolás  
Aristóbulo 73

- Schacht, Horace Greeley  
Hjalmar 60
- Schellenberg, Walter 32
- Schiffrin, Leopoldo Héctor 158,  
159
- Schintlholzer, Luis 58, 59
- Schmitz, Hermann 33
- Schmoller, Gustav von 95, 96
- Schnurr, Walther 73–75
- Schröder, Gerhard 186
- Schroeder, Gertrude 136
- Schumann, Kurt 115
- Schurman, Gregorio 114, 198
- Schwammburger, Josef 73
- Seeböhm, Hans-Christoph 110
- Seelmann-Eggebrecht, Walter 73
- Segev, Tom 53
- Seraphim, Peter-Heinz 167
- Servatius, Robert 161, 163, 168, 171,  
172, 175–177, 178, 180, 181
- Shinnar, Felix 151, 173, 181–183
- Skorzeny, Otto 56, 60
- Speidel, Hans 92
- Speidel, Wilhelm 92
- Springer, Axel Cäsar 174
- Springer 47
- Stalin, Josef 109
- Stangneth, Bettina 11–13
- Staudt, Richard Wilhelm 77
- Staudt, Willy 77
- Steffens, Heinz 139
- Strachwitz, Rudolf Alfred  
Emanuel 167
- Straßmann, Fritz 83
- Strauß, Franz Josef 83, 84, 99, 101,  
103
- Streiff, Richard 7
- Stuckart, Wilhelm 180
- Swenson 121
- Taboada, Diógenes 154
- Tank, Kurt Waldemar 71, 76
- Teller, Edward 8, 29, 126, 129–133,  
135, 142, 143, 147, 150, 199
- Thadden, Eberhard Hans Arnold  
von 167
- Thursby, Geoffrey 191
- Toussis, Andreas 92
- Tröstl, Ferdinand 73
- Truman, Harry S. 35
- Twining, Nathan Farragut 135
- Uiberreither, Siegfried 56, 60
- Ulbricht, Walter Ernst Paul 110
- Urban, Josef 57, 58
- Urban, Pedro 138, 139, 145
- Vacarezza 121
- Vanunu, Mordechai 185
- Veesenmayer, Edmund 167
- Vogel, Rolf 170–175, 180
- Walker, George Herbert 33
- Wallenberg, Raoul 127
- Walther, Gebhardt von 167
- Weissberg, Alex 66
- Weizmann, Chaim 42, 83
- Weizsäcker, Carl Friedrich von 83
- Welck, Curt Wolfgang Heinrich  
Freiherr von 167
- Whitman, Ann C. 150
- Whitman, William M. 131, 132
- Wickert 174
- Wiesenthal, Simon 51, 53, 64
- Winkelman, Otto 167
- Wirtz, Karl Eugen Julius 83, 84
- Wisliceny, Dieter 94
- Witting, Edward 143
- Wyschinski, Andrei  
Januarjewitsch 25
- York, Herbert Frank 29, 30, 129,  
130, 134, 136–138, 143, 145, 150,  
151, 196, 199